DER SPIEGEL

Nr. 40/4.10.10
Deutschland: 3,80 €

4 190700 703809 40

PRINTED IN GERMANY

„Ich wünschte, ich wäre tot“

Marilyn Monroe – Aus den Aufzeichnungen einer Unsterblichen

Österreich € 4,10
Schweiz sfr 7,10
BeNeLux € 4,30
Dänemark dkr 41,–
Finnland € 6,40
Frankreich € 4,90
Griechenland € 5,50
Großbritannien £ 4,75
Hongkong HK$ 75,–
Italien € 4,90
Japan (inkl. tax) Yen 1.628,–
Malta € 5,40
Norwegen NOK 57,–
Polen (ISSN 00387452) Zł 27,–
Portugal (cont.) € 4,90
Schweden skr 58,–
Slowakei € 6,10
Slowenien € 5,10
Spanien € 4,90
Spanien / Kanaren € 5,10
Thailand Baht 430,–
Tschech. Republik Kc 170,–
Türkei TL 13,–
Ungarn Ft 1.500,–

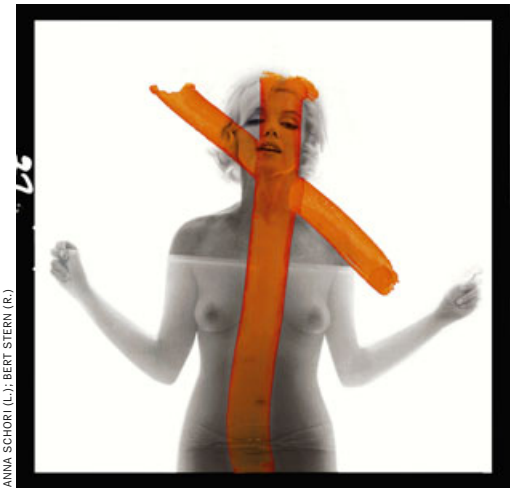
www.spiegel.de

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

4. Oktober 2010 **Betr.: Titel, But, SPIEGEL-Buch**

Ihr früher Tod im August 1962, im Alter von nur 36 Jahren, ließ Marilyn Monroe unsterblich werden. Der Mythos, der dann um sie entstand, nährte sich aus simplen Projektionen: Ein Sexobjekt der Männer sei sie, ein bisschen naiv dazu. Es ist an der Zeit, dieses Bild zu korrigieren. Die SPIEGEL-Redakteure Susanne Beyer, 41, und Lothar Gorris, 50, hatten als erste deutsche Journalisten Gelegenheit, bisher unveröffentlichte Briefe, Gedichte und Notizen Marilyn Monroes auszuwerten. Ihr Fazit: Die Monroe taugt nicht als eine Art Gegenentwurf zur Emanzipation, sie war eine nachdenkliche, recht moderne Frau. Beyer traf in New York Anna Strasberg, 71, die Erbin des Nachlasses, und sprach mit Zeitzeugen. Kurz vor ihrem Tod hatte sich die Schauspielerin drei Tage lang fotografieren lassen, zumeist war sie nackt und betrunken. Bilder, die ihr missfielen, strich sie hernach mit Nagellack durch. Den Ausschnitt eines dieser Fotos druckt der SPIEGEL als Titelbild (Seite 168).



ANNA SCHORI (L.); BERT STERN (R.)

Strasberg, Beyer in New York, Monroe 1962

Sein Leben war ein Vorbild für den Hollywood-Film „Lord of War“. 2008 aber wurde Wiktor But, 43, wegen des Verdachts des Waffenhandels in Bangkok festgenommen, nun soll er in die USA ausgeliefert werden. Ein Team von SPIEGEL-Redakteuren hat den Fall recherchiert und herausgefunden, warum mögliche Hintermänner in Moskau und Washington sich vor seinen Enthüllungen fürchten müssen. Thilo Thielke, 42, Südostasien-Korrespondent, campierte mit Buts Ehefrau Alla und dessen Anwalt vor dem Gefängnis in Bangkok und hielt Kontakt zu But. Die Moskauer SPIEGEL-Leute Matthias Schepp, 46, und Benjamin Bidder, 28, spürten vor Ort Buts Bruder Sergej, 49, und Geschäftspartner Richard Chichakli, 51, auf; gemeinsam mit SPIEGEL-Autor Erich Follath, 61, befragten sie die beiden Insider. Follath sprach zudem mit Ermittlern, die heute in New York, Brüssel und Kinshasa leben. Sein Fazit: „But ist ein Mann ohne Skrupel“ (Seite 120).

Für Juden wie für Christen sind die Zehn Gebote die zentrale Richtschnur ihres Glaubens, doch auch für nichtreligiöse Menschen gehören sie zum überlieferten Wertekanon der Gesellschaft. Im neuen SPIEGEL-Buch „Die Zehn Gebote“ hat der langjährige SPIEGEL-Autor Mathias Schreiber, 67, ihre Geschichte rekonstruiert. Schreiber plädiert für eine Neuentdeckung der Gebote, die „als humane und ethische Ressource ernst genommen werden sollten“. Das Buch erscheint an diesem Montag, es kostet 19,99 Euro.

In diesem Heft

Titel

Unveröffentlichte Notizen und Gedichte aus dem Nachlass von Marilyn Monroe zeichnen ein neues Bild des Sexsymbols 168

Deutschland

Panorama: Üppige Gehälter für Manager staatlich geretteter Krisenbanken / Mieterbund fordert Öko-Siegel für wärmegedämmte Gebäude / Bleiberecht für gut integrierte jugendliche Ausländer 15
Protest: Stuttgart 21 wird zur Machtprobe für Bundeskanzlerin Angela Merkel 20
Baden-Württemberg: Nach einer glatten Parteikarriere irrlichtert Ministerpräsident Stefan Mappus im Amt 23
SPD: Die Kanzler-Ambitionen des Peer Steinbrück 26
Terrorismus: Wie glaubwürdig sind die Warnungen eines Hamburger Islamisten? 27
Sozialpolitik: Ministerin Ursula von der Leyens Pläne stoßen auf Widerstand von CSU bis SPD 28
Interview mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft über die Hartz-IV-Reform 29
Wie eine frühere Hartz-IV-Familie nun mit Niedriglohn über die Runden kommen muss ... 31
CDU: Interview mit Armin Laschet über seine Kandidatur für den NRW-Landesvorsitz und sein Verständnis für Thilo Sarrazin 32
Einheit: Das letzte Kabinett der DDR kämpft um Anerkennung und Pensionen 34
Karrieren: Wolfsburgs Oberbürgermeister schmückt sich mit einem Professorentitel – zu Recht? 38
Gesundheit: Interview mit dem Pharmaprüfer Rainer Hess über das neue Arzneimittelgesetz und Einflüsterungen der Pharmalobbyisten 39
Essay: Der verhängnisvolle Einheitsfrust der Westdeutschen 42
Kriminalität: Eine Bankfilialleiterin buchte aus Mitleid das Geld von Vermögenden auf die Konten säumiger Kunden 44

Gesellschaft

Szene: Öko-Bestattungen in China / Sachbuch über das Denken im Zeitalter des Internets ... 62
Eine Meldung und ihre Geschichte – Warum Frauen an einer Schule in Hongkong seit kurzem Hosen tragen dürfen 64
Finanzen: Wie der Internationale Währungsfonds die Welt regiert 66
Ortstermin: Der Ex-Minister Heinz Eggert erklärt den wilden Osten Deutschlands 79

Wirtschaft

Trends: Interview mit IG-Metall-Vize Wetzel über seinen Kampf für Lohnangleichungen / „Atomkraft? – Nein danke“-Geschäft boomt / Erneuter Wechsel im Porsche-Vorstand 80
Welthandel: Neu entflammter Währungskrieg zwischen den USA und China 82
Energie: E.on drohen wegen Wettbewerbsbehinderung Millionenzahlungen 85
Affären: Eine illustre Clique soll Aktienkurse manipuliert haben 88
Regierung: Wie lange kann der kranke Wolfgang Schäuble Finanzminister bleiben? 92
Finanzpolitik: Interview mit Liechtensteins Regierungschef Klaus Tschütscher über den verblassenden Ruf seines Landes als Steueroase 94
Investoren: Die Reederei des ZDF-„Traumschiffs“ ist auf Grund gelaufen 96

MARIJAN MURAT / DPA

Gefahr für Merkel

Seiten 20, 23

Die Eskalation um das Bahnprojekt Stuttgart 21 wird auch für Angela Merkel zur Gefahr. Mit Blick auf die Wahl in Baden-Württemberg hat sie sich mit Ministerpräsident Stefan Mappus verschworen – dem Antityp zu ihrem Modernisierungskurs und dem Wunsch nach Konsens.

Bankangestellte als Samariterin

Seite 44

Ihr Motiv war Mitleid: Die Filialleiterin einer Bank im Rheinland plünderte die Guthaben betuchter Sparer und füllte mit dem Geld die Konten bedürftiger Kunden auf. Für sich selbst nahm sie keinen Cent. Jetzt steht sie vor dem Ruin.

Die Geldmacht

Seite 66

Ehemals war der IWF das Hassobjekt aller Globalisierungsgegner. Unter Direktor Dominique Strauss-Kahn und infolge der Finanzkrise ist der Fonds einflussreicher geworden, regiert wie eine Weltfinanzbehörde und setzt Europa unter Druck.

Hartz IV und die Minimum-Ministerin

Seiten 28 bis 31

STEPHANIE PILICK / PICTURE ALLIANCE / DPA

Der Widerstand gegen Ursula von der Leyens Hartz-IV-Pläne wächst. Die CSU nervt die Bildungskarte, SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft spricht von „Willkür“. Derweil beklagen sich Geringverdiener, dass sie einst mit Hartz IV und weniger Stress mehr Geld bekamen.

Fest des Hilfswerks Arche

Machtprobe im Währungsstreit

Seite 82

Zwischen den USA und China droht ein Handelskrieg – mit unabsehbaren Folgen für die ohnehin labilen Devisenmärkte. Die Angst vor einem Abwertungswettlauf wächst, viele Anleger flüchten ins Gold.

TIM SLOAN / AFP

Wen Jiabao, Barack Obama

Bücher der Welt, Welt der Bücher

Seiten 152 bis 157

Aus Anlass der Frankfurter Buchmesse porträtiert der SPIEGEL Buenos Aires, die Hauptstadt des Gastlandes Argentinien, stellt Romane von Migranten der zweiten Generation vor und berichtet über die Tricks von Raubkopierern.

Oasen im Weltall

Seite 142

Gliese 581 heißt das faszinierendste Planetensystem, das die Astronomen bisher entdeckt haben. Sechs erdähnliche Planeten umkreisen den Zwergstern. Zwei davon könnten bewohnbar sein.

Facebook: Geburt einer Feindschaft

Seite 102

Das Online-Portal Facebook hat über 500 Millionen Nutzer und ist das weltgrößte soziale Netzwerk. Doch hinter den Kulissen wird erbittert über die wahren Väter des Unternehmens gestritten. Ehemalige Partner werfen Konzernchef Mark Zuckerberg Niedertracht und Ideenklau vor.

MARCIO JOSE SANCHEZ / AP

Medien

Trends: Internet-Community lässt deutsche Schulen fotografieren / AOL-Gründer Steve Case kommt Middelhoff zu Hilfe 101
Karrieren: Der Kampf der Facebook-Gründer um Ruhm, Macht und Milliarden 102

Ausland

Panorama: Islands Ex-Premier Haarde fürchtet politische Vendetta / Wer ist Kim Jong Un? ... 106
Österreich: Haiders Erbe 108
Argentinien: Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner über Fall und Aufstieg ihres Landes 114
Griechenland: Steuerfahnder im Kampf gegen den Schlendrian 116
Zeitgeschichte: Jimmy Carters Abrechnung mit Helmut Schmidt 118
Waffenhandel: Die Wiktor-But-Story 120
Global Village: Die Marihuana-Hochschule von Oakland 128

Serie

Zentralasien (Teil II): Warum Kasachstan von einem Platz an der Weltspitze träumt 130

Wissenschaft · Technik

Prisma: Landwirtschaft hebt Meeresspiegel / Elfenbein aus dem Permafrost 139
Astronomie: Zwei Erden, eine Sonne – das Planetensystem des Zwergsterns Gliese 581 ... 142
Lobbyisten: Wie einige US-Wissenschaftler Zweifel am Klimawandel säen 144
Gesundheit: Schwarz-Gelb streitet um den Embryonenschutz 148

Kultur

Szene: Ein Pariser Museum zeigt Fotokunst nur für Volljährige / Der deutsch-türkische Schriftsteller Dogan Akhanli über seine Verhaftung in Istanbul 150
Literatur: Argentiniens Hauptstadt Buenos Aires ist die Metropole des Zeitgeistes 152
Im Netz kursieren immer mehr Raubkopien von Büchern 156
Romane von Migrantenkindern, die auf Deutsch schreiben, sind die Überraschung des Bücherherbstes 157
Bestseller 159
Bürgerbewegungen: SPIEGEL-Gespräch mit dem Dirigenten Kurt Masur über seine Rolle bei der friedlichen Revolution 1989 in Leipzig 160
Nachruf: Oswalt Kolle 164
Literaturkritik: Thomas Lehrs anspruchsvoller 9/11-Roman „September“ 166

Sport

Szene: Dopingjäger Werner Franke über die jüngsten Clenbuterol-Fälle / Olympia 2018 – Garmischer Grundbesitzer fürchten Enteignungen 181
Fußball: Kreative Nische – der FSV Mainz 05 bereichert die Bundesliga 182
Wettskandale: Einer der Angeklagten diente Bochumer Ermittlern als eine Art Kronzeuge 186

Briefe 8
Impressum, Leserservice 188
Register 190
Personalien 192
Hohlspiegel / Rückspiegel 194

Titelbild: Foto Bert Stern

SPIEGEL 39/2010

„Ich bin schlichtweg erschüttert über die Details im SPIEGEL-Bericht, welche von den führenden Regierungsvertretern aus Großbritannien, Frankreich, aber auch Russland ins Spiel gebracht wurden, um die deutsche Einheit mindestens auf die lange Bank zu schieben."

Lothar Brandt aus Neuenkirchen in Mecklenburg-Vorpommern zum Titel „Geheimakte Deutschland – Vor 20 Jahren: Wie Europas Politiker die Einheit verhindern wollten"

Irgendwie hätte es klappen können

Nr. 39/2010, Titel: Geheimakte Deutschland – Vor 20 Jahren: Wie Europas Politiker die Einheit verhindern wollten; Einheit: SPIEGEL-Redakteur Stefan Berg über sein Leben in Ost und West

War der Verzicht auf die D-Mark der Preis für Deutschlands Wiedervereinigung? Who cares? Wohl aber war das Erstarren des europäischen Projekts der Preis für das Ende des Kalten Krieges.

London — Pascal Michels

Ihr Titel bestätigt mir aufs Neue, dass unsere damalige politische Führung im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung eine diplomatische Meisterleistung vollbracht hat, die zwei rückwärtsgerichteten „Germanen-Skeptiker" Mitterrand und Thatcher eine jämmerliche Figur abgegeben haben und Theo Waigel nach 20 Jahren offenbar immer noch nicht weiß, dass nicht die Idee des Euro, aber der viel zu frühe Zeitpunkt seiner Einführung „fremdbestimmt" war – obwohl er mitten im Geschehen stand.

Seeheim-Jugenheim (Hessen) Wolfgang Flügel

Uneingeschränkte Gratulation zum umfassend informativen SPIEGEL-Titel.

Deutsch Evern (Nieders.) Dr. P. Wagemann

Diese Art von „Geschichtsvermarktung" spricht der Möglichkeit beziehungsweise der Notwendigkeit einer kritischen Rekonstruktion des deutschen Vereinigungsprozesses Hohn.

Costa de Caparica (Portugal) Dr. Ines Lehmann

Mich verwundert, dass an der Einheit beteiligte Politiker das Faktum, dass die Aufgabe der D-Mark der Preis für die Vereinigung war, so scharf negieren. Die Einheit konnte nur vor dem Hintergrund einer europäischen Integration vonstattengehen. Die Mark als Symbol für Macht und Wohlstand war der Preis, den Kohl für die Einheit zahlen musste – und es ist keiner, für den man sich schämen müsste.

Marburg (Hessen) Matthäus Gerling

Der Beitrag von Condoleezza Rice zeigt: Es waren weniger die Politikelefanten, die die Einheit herbeigeführt haben, als die ungewöhnliche kollektive Intelligenz der Menschen in der DDR und unzählige Wasserträger, die die „Großen" letztlich zur deutschen Einheit zwangen.

Bayreuth Ortwin Lowac
Bis 1991 Aussen-, Deutschland- und verteidigungspol. Sprecher der CSU im Bundestag

JAN-PETER BOENING / ZENIT / LAIF

Jubelnde Menge in Dresden, Dezember 1989
Ungewöhnliche kollektive Intelligenz

Ich habe selten einen derart aufschlussreichen Erfahrungsbericht über die deutsche Einheit gelesen – und das sogar noch aus einer Institution, die der Autor, Stefan Berg, damals als „Hochburg westdeutscher Selbstgerechtigkeit" erlebt hat! Also auch Hut ab vor dem SPIEGEL!

Worpswede (Nieders.) Dr. Jürgen Teumer

Herr Berg, nun seien Sie mal nicht so streng mit den „Wessis". Wirtschaftswunder konnten sie. Deutsche Einheit eben nicht. Keiner muss alles können. Wer ein Leben lang gelernt hat, Erster, Schnellster, Bester und Schönster zu sein, wird auch nicht zu Selbstkritik am eigenen Tun neigen. Die DDR bot sich als Projektionsfläche prima an, um eigene Defizite nicht wahrnehmen zu müssen. (Umgekehrt gilt das ebenso.) Manchmal leiste ich mir noch die Sentimentalität und träume, es hätte doch irgendwie klappen können mit dieser Vereinigung. Heute haben wir eine deutsche Nichteinheit, die das Land erheblich belastet.

Berlin Gerhard Mühlhausen

Wir haben uns den Artikel von Herrn Berg gegenseitig laut vorgelesen. Seine Sprachfeinheit, Melancholie und Klugheit drücken aus, was wir bisher nicht so treffend und so ausführlich formuliert haben.

Dalhunden (Frankreich) Cornelia Conrad, Karlheinz Dreyer

Mit Genuss nehme ich zur Kenntnis, wie arrogante Wessis mit ihrem anpasserischen Verhalten, das sonst immer nur das Leben in der DDR bestimmt haben soll, mit der Geheimniskrämerei um die Verdienstöhe, mit ihren oberflächlichen Umgangsformen, mit ihrem selten zugegebenen Un- und Halbwissen über den Osten mal ordentlich ihr Fett wegkriegen! Danke, Stefan Berg!

Bad Doberan (Meckl.-Vorp.) Joachim Lange

Scharfsinnig, klar, relevant

Nr. 39/2010, Debatte: Philosoph Richard David Precht über das Unbehagen der bürgerlichen Mittelschicht

Prechts Heilmittel scheint ein Aufruf zu gesellschaftlicher Moral zu sein; aber haben solche Appelle im Lauf der Jahrhunderte wirklich entscheidend geholfen?

Berlin Dr. Dieter Krickeberg

Der verschwurbelte Essay zeigt: Richard David Precht hat mein Buch offenbar nicht gelesen, und wenn er es gelesen hat, dann hat er es nicht verstanden. Er kritisiert die „turmhoch gestapelten Statistiken", aber widerlegt keinen einzigen der von mir genannten Fakten und stellt keinen einzigen der von mir beschriebenen Zusammenhänge in Frage. Aus dem Essay spricht der schlecht verhohlene Ärger, dass das Buch eines „hölzernen Finanzmannes", der noch dazu eine „näselnde Stimme" hat und demnächst

Diskutieren Sie auf SPIEGEL ONLINE

- **Titel** Wird Marilyn Monroe bis heute unterschätzt? *www.spiegel.de/forum/Monroe*
- **Ausländerrecht** Sollten integrierte Jugendliche von der Abschiebung verschont werden? *www.spiegel.de/forum/Abschiebung*
- **Astronomie** Gibt es Leben auf anderen Planeten? *www.spiegel.de/forum/Planeten*

STAR MEDIA / IMAGO STOCK & PEOPLE

Autor Sarrazin
Schlecht verhohlener Ärger?

„Pensionär“ ist, zum Verkaufserfolg wird, obwohl doch er – der jugendlich-dynamisch-liberale Precht – viel eher zum Bestseller-Autor bestimmt ist. So einem wird man doch noch etwas ankleben können! Richard David Precht hat mein Mitleid selbst dann, wenn er es nicht braucht.

Berlin — Thilo Sarrazin

Bravo, Herr Precht! Der scharfsinnigste, klarste und relevanteste SPIEGEL-Artikel seit Jahren. Folgen wir seinem Appell: Heute schon selbstlos gewesen? Oder wenigstens freundlich?

Magdeburg — Andreas Schmiedecke

Ich weiß nicht, ob Herr Precht dasselbe Buch gelesen hat wie ich; jedenfalls habe ich nicht religiöse Wahnvorstellungen als die zentralen Themen gefunden, sondern die autoritären, patriarchalischen Strukturen muslimischer Clans mit archaischen Moral- und Wertevorstellungen. Und gerade deren Mitglieder sind renitent gegenüber Bemühungen, ihnen „Lesen und Werte beizubringen“, was Precht von Herrn Sarrazin einfordert.

Dresden — Dr. Peter Woller

Bringschuld der Gesellschaft

Nr. 38/2010, Integration: Warum die Sarrazin-Debatte Einwanderer wieder in die Opferrolle bringt

Herr Fleischhauer tituliert pauschal das Publikum der Sarrazin-Lesung in der Urania – wo auch ich zugegen war – als zurechtgemachten, nach Eau de Toilette riechenden „Mob“! Rechtschaffene, intellektuelle Bürger, die sich Sorgen um die Zukunft unseres Landes machen, mit dem Pöbel gleichzusetzen ist ein Skandal.

Berlin — Detlef Sachs

Fleischhauers Beitrag berührt einen Aspekt, der in der jüngsten Integrationsdebatte zu kurz gekommen ist: die Bringschuld der Mehrheitsgesellschaft. In Deutschland leben sehr viele Selcuks, die immer noch ein klares Bekenntnis zu ihren (muslimischen) Migranten und deren Nachfahren vermissen. Das Echo auf Sarrazins Thesen legt nahe, dass das Land für ein solches Bekenntnis noch nicht bereit ist.

Bielefeld — Dr. Said Sahel

In einen Topf geworfen

Nr. 36/2010, Kommunen: Wie deutsche Kämmerer mit hochspekulativen Finanzprodukten zockten

Sämtliche Transaktionen der Kommunen, ihre Zinslast über Derivate zu reduzieren, werden bei Ihnen in einen Topf geworfen. Dabei können die Kommunen nach Regelungen der Länder Zinsderivate zur Optimierung von Zinsbelastungen ausdrücklich nutzen. Eine Erhebung des Bundes der Steuerzahler in NRW bestätigt, dass die Kommunen ganz überwiegend Derivate mit positivem Effekt für die Haushalte einsetzen. Völlig anders sind dagegen die von Ihnen zu Recht als riskant kritisierten Spread-Ladder-Swaps zu beurteilen. Deshalb wollen wir betonen, dass der Deutsche Städtetag zu keinem Zeitpunkt werbend für Spread-Ladder-Swaps tätig geworden ist. Unsere Aktivitäten dienen allein dazu, die mit dem Einsatz von Derivaten verbundenen Risiken zu begrenzen und spekulative Derivatgeschäfte zu verhindern.

Berlin — Monika Kuban
Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages

Weniger als eine Praline

Nr. 38/2010, Gesundheit: Wie die Pharmalobby das neue Arzneimittelgesetz beeinflusst

Es sollte eine Gesundheitsreform für den Patienten werden, doch das, was die FDP jetzt auf den Weg bringt, ist eine Reform für die Pharmaindustrie. Alle Krankenkassen sollten mit ihren Mitgliedern auf die Straße gehen und dagegen protestieren.

Hörstel (Nrdrh.-Westf.) — Wolfgang Graefer

MARTIN MEISSNER / AP

Apotheke einer Uni-Klinik
Reform für die Pharmaindustrie

Es ist Ihnen wohl entgangen, dass eine blutfettregulierende Tablette heute weniger kostet als eine Praline. Die AOK-Ausschreibungen dienen den Interessen der Patienten? Dann ist Ihnen wohl entgangen, dass eine erhebliche Anzahl der meist älteren chronisch Kranken die ausschreibungsbedingte andauernde Umstellung auf neue Präparate nicht verträgt und die Einnahme verweigert – mit fatalen Folgen für die eigene Gesundheit und mit Mehrkosten von über 20 Millionen Euro pro Jahr.

Bad Homburg (Hessen)
Dr. Alexander Oehmichen

Völlig strukturlos

Nr. 38/2010, Bildung: Warum die meisten Studenten so wenig fürs Studium tun

Als Psychologiestudentin kann ich sagen, dass da wenig Zeit ist für Party, Entspannung und Facebook. Die Studenten sind an den Unis absolut anonym und den meisten Vortragenden herzlich egal. Deshalb geht die Lern- und Vorbereitungszeit oft für organisatorische Dinge drauf.

Nürnberg — Leonie Kropf

Ihre Überschrift hätte lauten müssen: „Studierende in den weichen Fächern bummeln“ – aber das wäre nicht gerade neu, denn dieser Unterschied zwischen den Fächern besteht nicht erst seit Bologna.

Essen — Dr. Christina Klüver

„Die meisten“ Studierenden werden mir wohl zustimmen, wenn ich sage, dass wir tatsächlich erschöpft sind – aber sicher nicht vom Bummeln.

Reutlingen (Bad.-Württ.) — Elena Müller

Dass man auf derart schmaler empirischer Grundlage keine allgemeinen Schlüsse ziehen kann, ist eigentlich selbstverständlich. Außerdem verkennt der Artikel die wirklich stressbegründenden Faktoren: dass die nächste Klausur über den Weitergang des Studiums entscheidet und ein schlechtes Ergebnis die Jobchancen schmälert.

Jena — Kristina Müller

Die Ineffizienz völlig strukturloser Stundenpläne beobachte ich täglich aufs Neue. Die Stärken der universitären Bildung lagen noch nie in der Organisation eines geregelten Tagesablaufs oder in ihrer „Praxisnähe“. Beides leistet die betriebliche Ausbildung, die es zu stärken und zum dualen Studium weiterzuentwickeln gilt.

München — Fabian Ochsenfeld

Korrekturen

zu Heft 39/2010

Seite 66, „Eine Meldung und ihre Geschichte“: Der gezeigte Zeitungsausriss stammt aus einer Beilage der „Berliner Morgenpost“.

Seite 115, „Kontinent der Angst“: Die rechtsextreme Partei Jobbik ist nicht an der ungarischen Regierung beteiligt, wie die Grafik „Rechtes Europa“ auf der Seite 118 zeigt. Jobbik erhielt bei der Parlamentswahl im April 2010 gut zwölf Prozent der Sitze und zog als drittstärkste Partei erstmals ins ungarische Parlament ein.

zu Heft 37/2010

Seite 85, „Revolver in Rosa“: Das beschriebene halbautomatische Gewehr hat keine „Durchschlagskraft am Abzug“, sondern ei-

SCHULZ / KEYSTONE

Stockender Verkehr auf der A 7
Sinnvolles Disziplinieren

Schmerz- und konfliktbeladen

Nr. 38/2010, Verkehr: Ein Kieler Fuhrunternehmer wehrt sich vor Gericht gegen die vielen Lkw-Überholverbote auf Autobahnen

Fast alle überholenden Lkw sind zu schnell unterwegs, und sehr viele kümmern sich nicht um Überholverbote. Mit einem GPS-gesteuerten Fahrtenschreiber, der Verstöße automatisch registriert und zur Ahndung weiterleitet, wäre das Problem behoben. Aber in unserer Lobbykratie ist mit solchen Lösungen wohl kaum zu rechnen.

Niddatal (Hessen) Charlie Dombrow

Das Thema ist in seiner schicksalhaften Auswirkung so schmerz- und konfliktbeladen, dass es zynisch bei mir ankommt, wenn Sie den Verniedlichungsbegriff einer Imagekampagne für die Akzeptanz des Lkw-Verkehrs einsetzen: „Brummi“.

Schwebheim (Bayern) Paul Zeitler

Nicht der Freifahrtschein für ein Überholen oft auf Kosten des Lebens anderer, sondern das sinnvolle Disziplinieren derjenigen Fahrzeugspezies, die viele Verkehrsunfälle und somit stundenlange Staus verursacht, sind zu fordern.

Ahrensburg (Schl.-Holst.) Günther Lange

Zur Stauvermeidung sollte ein Lkw-Überholverbot generell bei dichtem Verkehr gelten. Die Entscheidung darüber hat der Fahrer pflichtgemäß zu treffen, genauso wie er beurteilen muss, wann Licht nötig ist.

Dortmund Jürgen Voigt

nen Abzugswiderstand von 3,5 Pfund. Der erwähnte Amoklauf fand nicht „ein paar Meilen entfernt von der Messe“ an der Virginia Tech im benachbarten Manassas, sondern im 250 Meilen entfernten Blacksburg statt.
Seite 131, „Nächtebücher“: Der zusammen mit Fritz Raddatz abgebildete Autor ist Ernst Schnabel, nicht Erich Schnabel.

zu Heft 46/2009
Der SPIEGEL berichtete in der Geschichte „Die Schläferin“ auf Seite 57 unter anderem über das Treffen Volker Rühes mit Peter-Michael Diestel. Dabei habe Diestel nach Angabe Rühes die Dienstwaffe von Erich Mielke getragen. An dieser im Bericht verbreiteten Behauptung hält Volker Rühe inzwischen nicht mehr fest und der SPIEGEL deshalb auch nicht.

Komplett negierte Gefahr

Nr. 38/2010, Konservatismus: Stephanie zu Guttenbergs Kreuzzug gegen Lady Gaga

Wenn Sie von Lady Gaga als Kunstwerk sprechen, mag das Ihrer Vorstellung von Kunst entsprechen. Dabei will Lady Gaga doch nur provozieren, und Frau zu Guttenberg attackiert sie und andere zu Recht.

Bielefeld Hans-Joachim Heuel

Die Gefahr, die für Kinder von einer zunehmend sexualisierten Musikindustrie ausgeht, wird von Ihnen komplett negiert. Stattdessen wird Stephanie zu Guttenberg lächerlich gemacht, indem sie als überspannte Konservative dargestellt wird, die bloß den drei „K“ nachtrauert und quasi aus Frustration darüber einen „Kreuzzug“ gegen vollkommen unbescholtene Künstler führt. Dabei wäre es immens wichtig, dieses Thema mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu behandeln und die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren. Davon würden besonders jene Kinder profitieren, die nur bedingt fürsorgliche und verantwortungsbewusste Eltern und aufgrund dessen uneingeschränkten Zugang zu jeder Art von Medien haben – leider ein Massenphänomen.

Berlin Adina Hauck

LUCAS JACKSON / REUTERS

Superstar Lady Gaga
Spielerisch und locker

Sie werfen zu Pop noch ein bisschen Grünen-Politik und Neokonservatismus, das reicht mir nicht für ein so sensibles Thema, das Frau zu Guttenberg engagiert vertritt.

Wachtberg (Nrdrh.-Westf.) Erika Wiese

Stars wie Lady Gaga verhindern mit ihrer spielerischen und lockeren Art, dass Jugendliche sich zu verklemmten und pervertierten Menschen entwickeln. Die neuen Konservativen wie Frau zu Guttenberg sollten darauf achten, dass sie mit ihren falsch verstandenen Moralvorstellungen nicht den alten Mief heraufbeschwören.

Neuwied (Rhld.-Pf.) Oliver Kunz

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich im Mittelbund ein vierseitiger Beihefter der Firma ARAG, Düsseldorf.

FINANZKRISE

Staatsbanken zahlen üppige Boni

BERT BOSTELMAN / BILDFOLIO

Zentrale der Commerzbank in Frankfurt am Main

Die vier Banken, die vom Bund in der Krise gerettet wurden, unterlaufen die Vorgaben der Bundesregierung zur Kappung der Vorstandsgehälter. Insgesamt 68 Manager in Banken, die mit Mitteln des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) gestützt wurden, verdienen mehr als eine halbe Million Euro im Jahr. Das geht aus einer internen Aufstellung des Soffin hervor. Danach beschäftigt die Commerzbank allein 35 Banker mit einem Jahresgehalt von über 500 000 Euro. In 33 Fällen handelt es sich dabei um „Spezialisten an den Standorten Frankfurt, London und New York“. In keinem Fall werde aber ein Gehalt von einer Million Euro erreicht. Auch die kriselnde WestLB zahlt weiter üppige Gehälter. Insgesamt 24 Angestellte, davon 8 in Deutschland, übersteigen die Gehaltsvorgabe des Soffin. Beim Immobilienfinanzierer Aareal Bank liegen die Gehälter von sieben Angestellten über der 500 000-Euro-Marke. Selbst bei der zwangsverstaatlichten Hypo Real Estate sind zwei Mitarbeiter betroffen. Die Höhe der Gehälter ist politisch heikel, gesetzlich aber bislang nicht zu beanstanden. Für Vorstandsmitglieder von Banken, denen der Bund zu Hilfe kam, gelten strenge Auflagen – sie dürfen nicht mehr als 500 000 Euro im Jahr verdienen. Die entsprechende Regelung des Soffin gilt jedoch nicht für die Mitglieder der zweiten Führungsebene. Der großzügige Umgang mit Boni und Gehältern ruft die Politik auf den Plan. Im Restrukturierungsgesetz für Banken, das dem Soffin Anfang 2011 neue Aufgaben zuweist, will die Regierung die Boni-Zahlungen in staatlich gestützten Banken begrenzen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) hat noch weitergehende Vorstellungen. Zumindest bei der HRE will er die Boni-Auszahlung auch rückwirkend stoppen. „Wenn Mitarbeiter der HRE, die mit dem Geld der Steuerzahler am Leben erhalten wird, mit Erfolg auf die Einhaltung von Bonus-Regelungen klagen, muss der Staat sich wehren können“, sagt Kauder. „Wenn sie auf ihre variablen Lohnbestandteile nicht verzichten, müssen wir mit Änderungskündigungen dagegen vorgehen.“

AUSSENPOLITIK

Schwieriger Besuch

Syriens Präsident Assad soll zum Staatsbesuch nach Berlin kommen. „Wir möchten das Land aus der Schmuddelecke holen, in die es sich selbst unglücklich hineinmanövriert hat“, sagt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Ruprecht Polenz. Er hatte bei seiner jüngsten Nahost-Reise auch mit dem syrischen Präsidenten gesprochen. US-Präsident George W. Bush hatte Syrien auf seine Liste der „Schurkenstaaten“ gesetzt. Wegen seiner Unterstützung der radikalen Gruppen Hamas und Hisbollah steht Assad ebenso in der internationalen Kritik wie mit der Nähe zum iranischen Amtskollegen und Holocaust-Leugner Mahmud Ahmadinedschad. Humanitäre Organisationen kritisieren zudem massive Menschenrechtsverletzungen. Ganz ohne Bedingungen will Berlin deshalb den roten Teppich nicht ausrollen: Assad müsste schon eine handfeste Absichtserklärung im Gepäck haben, auf die Führer der Hamas und Hisbollah einzuwirken, so dass diese sich endlich auch am Friedensprozess beteiligten.

AFP

Assad, Ahmadinedschad

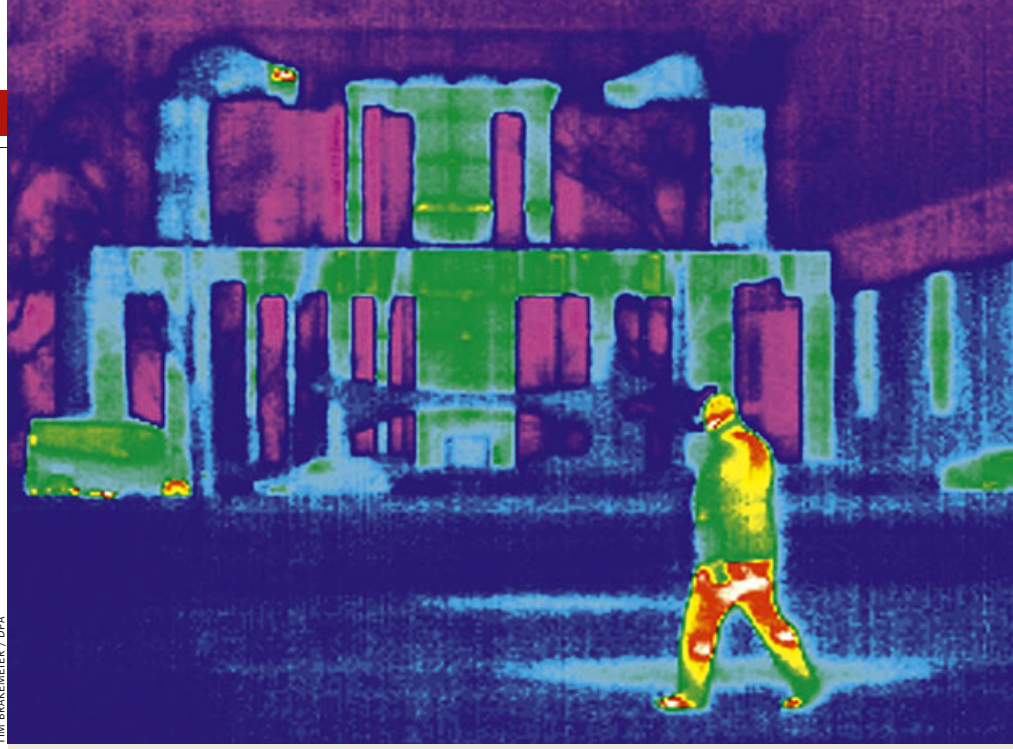
ENTWICKLUNGSHILFE

Rüge für Niebel

Innerhalb des Bundeskabinetts ist ein Streit über künftige Zahlungen an den Globalen Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) entbrannt, an dem Staaten, Stiftungen und Unternehmen in aller Welt beteiligt sind. In scharfem Ton wies Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am vergangenen Freitag den Wunsch von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) zurück, im Finanzplan für 2012 und 2013 die Etatansätze um insgesamt 400 Millionen Euro zu erhöhen. Der Streit ist brisant, weil die Bundesregierung bei der am Montag in New York beginnenden Geberkonferenz des Fonds erklären muss, welche Beiträge Deutschland in den kommenden drei Jahren zahlen wird. Niebel hatte sich bis zuletzt vehement gegen eine Zusage für 2012 und 2013 gewehrt. Die entsprechenden Mittel im Finanzplan, so Schäuble, „haben Sie eigenmächtig … umgeschichtet“. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte in ihrer Rede vor der Uno vor zwei Wochen den Fonds noch als „ein multilaterales Instrument“ gelobt, „das sich bewährt hat“, und versprach weiterhin Unterstützung „auf hohem Niveau“. Niebel gab nach, sein Staatssekretär Beerfeltz erklärte, die Bundesregierung wolle bei der Geberkonferenz eine Zusage für die 400 Millionen Euro machen. Gegenüber Schäuble deutete Niebel ein Gespräch mit Merkel so, als wünsche die Kanzlerin, den GFATM wie bisher mit 200 Millionen Euro jährlich zu unterstützen. Das Kanzleramt dementierte. „Über Beiträge sei nicht gesprochen worden“, erfuhr Schäuble aus der Regierungszentrale, auch nicht über mehr Haushaltsmittel für Niebel. Der finanzielle Mehrbedarf sei, so Schäuble „aus den vorhandenen Mitteln“ des Entwicklungs-Etats zu finanzieren. Niebel möge die erfolgte Umschichtung „gegebenenfalls zurücknehmen“.

BENEDICTE DESRUS / SIPA PRESS

Afrikaner mit Moskitoschutz



TIM BRAKEMEIER / DPA

Wärmebild des Kanzleramts

WÄRMEDÄMMUNG

Mieterbund will Öko-Mietspiegel

Nach dem Willen des Deutschen Mieterbunds (DMB) soll der Mietspiegel künftig Auskunft darüber geben, wie gut eine Immobilie gegen den Verlust von Wärme geschützt ist. „Der Wert einer energetisch modernisierten Wohnung sollte angemessen bei der ortsüblichen Vergleichsmiete, zum Beispiel im Mietspiegel, berücksichtigt werden“, sagt Mieterbundpräsident Franz-Georg Rips. „Hier kann abgebildet werden, dass der Markt bereit ist, mehr Miete für energetisch modernisierte Wohnungen zu zahlen.“ Damit kontert der Mieterbund Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die vergangene Woche eine Gesetzesänderung in Aussicht gestellt hatte, die es Vermietern erlaubt, die Kosten von energetischen Gebäudesanierungen stärker auf die Mieter umzulegen. Von einer stärkeren Abwälzung der Sanierungskosten auf die Mieter war vorher bei Union und FDP keine Rede. Das federführende Bundesjustizministerium prüft derzeit Änderungen am Mietrecht. Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) geht davon aus, dass im ersten Halbjahr 2011 erste Ergebnisse vorliegen. Sogenannte Öko-Mietspiegel gibt es bereits in Darmstadt, Bochum und in Ansätzen auch in Berlin.

KRIMINALITÄT

Camorra-Boss verhaftet

Die deutsch-italienische Task-Force, eine bilaterale Kommission zur Mafia-Bekämpfung, kann einen Erfolg verbuchen. Eine Sondereinheit der Polizei überwältigte in Hamburg den mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen Camorra-Chef Salvatore Rinaldi, 46, aus Neapel. Der Gesuchte saß in einer Pizzeria im Stadtteil Barmbek, er leistete keinen Widerstand. Rinaldi gilt als hochrangiges Mitglied des gleichnamigen Camorra-Clans. Er wurde von der Staatsanwaltschaft Neapel gesucht, nachdem ein Gericht ihn zu sechs Jahren und zehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt hatte, weil er unter anderem von der neapolitanischen Unternehmerin Silvana Fucito Schutzgeld erpresste. Doch die Inhaberin eines Farbenhandels wagte den Widerstand und erstattete Anzeige. Die Gründerin einer Anti-Mafia-Vereinigung von Kaufleuten wurde für ihren Mut ausgezeichnet. Der Rinaldi-Clan soll den neapolitanischen Stadtteil San Giovanni a Teduccio beherrschen. Bereits vor drei Jahren war in Hamburg Clan-Boss Gennaro Rinaldi („Löwe von Villa“) verhaftet worden. Der Mafioso hatte in Neapel ebenfalls wegen Schutzgelderpressung eine Freiheitsstrafe von acht Jahren zu verbüßen. Für den ehemaligen Vorsitzenden der Parlamentarischen Anti-Mafia-Kommission in Italien, Francesco Forgione, ist die Hansestadt eine Hochburg des Clans außerhalb von Italien.

INNERE SICHERHEIT

Geplante Eskalation

Die Union will die FDP mit einer „öffentlichen Kampagne“ schnell zu einem neuen Gesetz für die umstrittene Speicherung von Kommunikations-Verbindungsdaten bewegen. Das kündigten konservative Abgeordnete in einer internen Koalitionsrunde an. Auch ein Treffen zwischen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Innenminister Thomas de Maizière (CDU) am vergangenen Montag brachte in diesem Punkt keine Einigung. Die Ministerin hatte noch als Abgeordnete gegen die Pflicht für Telekommunikationsanbieter, sämtliche Telefon- und Internetverbindungsdaten anlasslos sechs Monate zu speichern, Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt – mit Erfolg: Die Richter erklärten im März dieses Jahres das deutsche Gesetz, das eine EU-Richtlinie umsetzen sollte, für verfassungswidrig. Unions-Innenpolitiker wie Hans-Peter Uhl sehen seither eine „eklatante Schutzlücke“ und drängen auf ein neues Gesetz. De Maizière macht das Thema, das unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ schon Zehntausende Demonstranten auf die Straße brachte, jetzt zur Chefsache. Ende dieser Woche will er Experten des Bundeskriminalamts (BKA) in Berlin anhand möglichst spektakulärer Fälle belegen lassen, dass es wegen der aktuell fehlenden Speicherpflicht tatsächlich blinde Flecken in der Verbrechensbekämpfung gibt. Am Mittwoch hatte bereits BKA-Chef Jörg Ziercke vor dem Innenausschuss Morde an Polizisten als Beispiel genannt. Im Justizministerium sieht man die Polizeiauftritte kritisch. Es könne nicht sein, dass nachgeordnete Bundesbehörden Öffentlichkeitsarbeit gegen die FDP machten. Leutheusser-Schnarrenberger plädiert dafür, zunächst eine laufende Überprüfung der Richtlinie durch die EU abzuwarten und künftig zumindest nicht anlasslos zu speichern – wobei sie Unternehmen wie die Telekom auf ihrer Seite sieht. De Maizière gibt sich in der Sache siegessicher: „Das Gesetz wird kommen.“

CHRISTIAN DITSCH / VERSION

Demonstranten in Berlin

NATO

Strategische Kraftspiele

Vor dem Nato-Gipfel im November droht eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland über die nukleare Abrüstung. Bei einem Treffen Mitte Oktober soll das neue Strategische Konzept der Nato endgültig abgestimmt werden, doch Außenminister Guido Westerwelle muss mit Widerstand rechnen. Er fordert, Atomwaffen weiter zu reduzieren. In einem geheimen Entwurf des neuen Konzepts der Allianz wird zwar sowohl die Nato-Strategie der nuklearen Abschreckung bestätigt, allerdings in einer anderen Passage auch das langfristige Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt benannt. Westerwelle sieht die Notwendigkeit von Nuklearwaffen durch das geplante Raketenabwehrsystem der Nato weiter relativiert und möchte das in der neuen Strategie erwähnt wissen. Frankreich stemmt sich grundsätzlich gegen Abrüstungsvisionen. Schon die Erwähnung des Ziels einer atomwaffenfreien Welt in dem Nato-Konzept geht Frankreich zu weit. Paris sieht dadurch seine nationale Souveränität in Frage gestellt. Für die Abstimmung rechnet die Bundesregierung deshalb mit dem Versuch Frankreichs, die Passagen zur Abrüstung so weit wie möglich aufzuweichen.

MARINE NATIONALE / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Französisches Atom-U-Boot

BUNDESWEHR

Grüne: Truppe soll stärker schrumpfen

Nach der Regierung überarbeiten jetzt auch die Grünen ihre Vorstellungen für die zukünftige Größe der Bundeswehr. Die grünen Verteidigungsexperten wollen, dass die Truppe von derzeit rund 250 000 auf 160 000 Soldaten schrumpft. Im Bundestagswahlkampf 2009 hatten die Grünen noch eine Reduzierung auf 200 000 gefordert. Diese Zahl dürfte nach dem Vorstoß von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) jedoch bald sogar von der Union unterboten werden. Der verteidigungspolitische Sprecher Omid Nouripour erläuterte den neuen Reformplan am vergangenen Dienstag in der Bundestagsfraktion; er lehnt sich an Berechnungen des Generalinspekteurs an. Ein formeller Beschluss der Grünen-Fraktion ist für den November vorgesehen. Bis dahin wollen die Grünen auch weitere Eckdaten für die Reform der Bundeswehr festlegen. Dazu finden Vorschläge des Haushaltspolitikers Alexander Bonde Zustimmung bei den Verteidigungspolitikern. Bonde verlangt eine Reduzierung der Bundeswehr-Standorte von derzeit rund 400 auf 250 sowie eine Senkung der Zahl der Stellen für Zivilangestellte von knapp 90 000 auf 65 000. Teure Beschaffungen etwa des Eurofighters, des Transportflugzeuges A400M und des Kampfhubschraubers „Tiger“ sollten in der Stückzahl reduziert werden. Statt für aufwendige Waffensysteme sollen Soldaten vermehrt für Aufgaben in internationalen Einsätzen ausgebildet werden. Dafür seien mehr Infanteristen, Militärpolizisten und Fernmelder erforderlich.

JENS SCHLÜTER / DAPD

Bundeswehr-Ausbildung

MARCELO HERNANDEZ/HAMBURGER ABENDBLATT

ABSCHIEBUNGEN

Bleiberecht für gut Integrierte

Die für die Ausländerpolitik in den Ländern zuständigen Innenminister wollen das Aufenthaltsrecht für Jugendliche ändern. Denn sie können nicht mehr glaubhaft erklären, warum junge Arbeitskräfte im Ausland gesucht werden, gleichzeitig aber in Deutschland ausgebildete und integrierte Migranten abgeschoben werden. So musste die Härtefallkommission des Hamburger Senats am vergangenen Donnerstag über die Abschiebung der 20-jährigen Ghanaerin Kate Amayo entscheiden. Deren Mutter war 1991 nach Deutschland gekommen und hatte vor einigen Jahren die Tochter hinterhergeholt, obwohl ihr als Hartz-IV-Aufstockerin kein Familiennachzug erlaubt war. Kate Amayo sprach schon bald perfekt Deutsch, machte jüngst ihr Abitur mit der Durchschnittsnote 1,8 – und sollte dennoch in ihr Herkunftsland abgeschoben werden; der Abflug war bereits terminiert.

Fälle wie den der Kate Amayo gibt es jedes Jahr einige hundert. Wenn zielstrebige Jugendliche, denen Deutschland längst zur Heimat geworden ist, in ihre Geburtsländer zurückgeschickt werden sollen, gibt es meist Proteste von Mitschülern, Kirchen, Vereinen und Lokalmedien. Bislang gingen die Ausländerbehörden sehr unterschiedlich mit ihnen um. Manche dulden die Jugendlichen, andere sind restriktiver, befürchten Präzedenzfälle und den Nachzug von Kindern, die auf Zuwendungen des Staates angewiesen sind. Und wollen verhindern, dass Prostituierte ihren Nachwuchs und Drogendealer neue Kuriere ins Land holen.

Die Parteien sind sich der Schicksale bewusst. Das Problem ist oft: Wer Jugendlichen das Aufenthaltsrecht gewährt, gibt es damit auch den Eltern. Sie dürfen zusammenbleiben, das verlangt der Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz. Die Kriterien, wer als integriert gilt, sind strittig. Reicht eine Schulausbildung und das ernsthafte Bemühen, den Lebensunterhalt bestreiten zu wollen, wie die SPD meint? Oder muss der Unterhalt der Familie gesichert sein, wie es die Union verlangt? Am 28. Oktober will der Bundestag über mehrere Gesetzesinitiativen debattieren. Rüdiger Veit, Migrationssprecher der SPD-Bundestagsfraktion, wird dort auf Einigung und Eile drängen. Es sei doch „Irrsinn“, sagt der ehemalige Verantwortliche einer Ausländerbehörde, „dass wir hier sozialisierte Jugendliche rausschmeißen und dann über fehlende Fachkräfte jammern“. Auch CDU-geführte Länder wie Niedersachsen, die bisher restriktiv waren, drängen auf neue Gesetze. Wir wollen die „humanitären Gründe mit den Interessen des Landes in Einklang bringen“, sagt Hans-Hermann Gutzmer aus dem Innenministerium in Hannover. Ulrich Mäurer, der Innensenator von Bremen, wollte indes auf neue Gesetze nicht warten. Der SPD-Mann entschied, dass es kein gesetzliches „Regelungs-Defizit“ gebe und wies seine Ausländerbehörden per Erlass an, künftig lange hier lebende Jugendliche nicht mehr auszuweisen. Ausnahme: Wer kriminell wird, muss weg.

DANIEL MAURER / DAPD (L.); MICHAEL DALDER / REUTERS (R.)

Christdemokraten Mappus, Merkel, Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Demonstranten am vergangenen Donnerstag: *Gefährliche Liebschaft*

PROTEST

Merkels Bahnhofs-Mission

Stuttgart 21 verändert Deutschland. Die Polizei knüppelt Demonstranten nieder und heizt die Stimmung auf, der Staat verliert Vertrauen, und die politische Landschaft erneuert sich. Das schwarz-grüne Projekt ist mausetot, die Kanzlerin gibt sich einen konservativen Anstrich.

Christine Oberpaur steht an einem Absperrgitter im Zentrum von Stuttgart, an ihrer linken Hand trägt sie einen Ring mit einem Familienwappen. Sie ist 64 Jahre alt, Wirtschaftspsychologin und stammt aus einer konservativen Unternehmerfamilie, der viele Kaufhäuser in Süddeutschland gehört haben. Sie hat immer CDU gewählt.

Ein Polizist in Schutzkleidung mustert sie durch das Visier seines Helms. Als Oberpaur ihn anschaut, sieht er weg. „Heute Nacht habe ich mein Demokratie-Verständnis verloren“, sagt sie.

Die zarte Frau hat einen Tag und eine Nacht im Schlossgarten gewacht, dem Regen und der Kälte getrotzt. Sie war da, als die Polizei mit den Wasserwerfern kam, und duckte sich hinter eine Plane. „Das Pfefferspray hat unbeschreiblich in den Augen und im Hals gebrannt“, sagt sie. Immerzu habe sie husten müssen, dann sei sie weggerannt. „Ich bin ja weiß Gott keine mutige Frau, geschweige denn eine Berufsdemonstrantin.“

CDU? „Damit ist jetzt Schluss“, sagt sie.

Der Donnerstag der vergangenen Woche ist ein Tag, der vieles verändert hat. Die CDU verliert Christine Oberpaur, die CDU verliert wahrscheinlich noch viele andere Wähler, dazu die Grünen als möglichen Koalitionspartner. Und der Staat in Baden-Württemberg, das ist vielleicht das Wichtigste, verliert Vertrauen. Denn der Staat hat sich an diesem Tag von seiner hässlichen Seite gezeigt.

Der Staat war im Recht bis dahin. Das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 ist durch alle demokratischen Instanzen gegangen, es ist voll legitimiert, wenn auch nicht akzeptiert von vielen Bürgern. Aber dann stürzte sich die Polizei auf Demonstranten, die Bäume schützen wollten. Knüppel, Pfefferspray, Wasserwerfer – die Mittel eines grimmigen Staates, maßlos eingesetzt. Die Polizei zählte 130 Verletzte, 16 mussten ins Krankenhaus. Verantwort-

lich sind die Behörden in Baden-Württemberg, angeführt vom schneidigen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (siehe Seite 23).

Aber die Schlacht von Stuttgart ist auch ein Problem von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hat das Projekt zur Chefsache gemacht, stimmt sich eng mit Mappus ab und verordnete in ihrer Haushaltsrede vor zwei Wochen der CDU „Standhaftigkeit“. Sie ist jetzt Merkel 21.

Und das ist eine überraschend neue Merkel. Sie, die liberale Reformerin der CDU, die aufgeräumt hat mit dem Erbe Helmut Kohls, übt den Schulterschluss mit dem konservativen Raubauz Mappus, der sich als Wiedergänger des Politikers Kohl sieht. Das ist eine gefährliche Liebschaft für die Kanzlerin. Wenn Mappus die Landtagswahl 2011 wegen Stuttgart 21 verliert, ist das auch Merkels Niederlage. Und wenn nun noch mehr Bürger an der Politik zweifeln, klebt das auch an ihr.

„Merkel kommuniziert mit dem Schlagstock“, sagte am vergangenen Donnerstag die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Renate Künast. Diese harschen Worte markieren einen Bruch in der gesellschaftlichen Architektur der Bundesrepublik. Im Strahl der Stuttgarter Wasserwerfer sank auch die Hoffnung eines fortschrittlichen Bürgertums auf Schwarz-Grün dahin.

In einer Bundes-Koalition dieser Parteien sollte sich dereinst eine neue bundesrepublikanische Mitte treffen, Bürger, die gut, aber nachhaltig leben wollen. Diese Mitte ist zerschnitten. „Jetzt sind die kulturellen Unterschiede zwischen Union und Grünen so offensichtlich, dass die schwarz-grüne Option faktisch verschwindet“, frohlockt der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, der gern als Konservativer auftritt.

Nun gibt es kein neues Deutschland, sondern ein altes. Der Kampf in Stuttgart erinnert an die achtziger Jahre, als eine grüne Bewegung gegen die Union des Helmut Kohl kämpfte.

Wie nach den Schlachten von damals wird nun über das Vorgehen der Polizei diskutiert. Schauspieler Walter Sittler, Galionsfigur der Gegner im Kampf gegen Stuttgart 21, ist entsetzt: „Bei dem Polizeieinsatz wurde die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt. Da wurden Frauen und alte Menschen durcheinandergeschubst. Aber wie alles wird auch das Mappus einen Scheiß interessieren. Wenn das keine personellen Konsequenzen hat, dann können wir uns gleich einsargen lassen.“

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, verteidigt den Einsatz seiner Beamten. Gewaltfreies Verhalten sei nicht automatisch friedliches Verhalten, sagt er. Viele Bürger hätten im Schlossgarten gegen den Rechtsfrieden verstoßen, weil sie sich trotz mehrfacher Aufforderung der Polizeibeamten nicht entfernt hätten. Wendt regt an: „Es wäre richtig und konsequent, über die Veränderung des Landfriedensbruch-Paragrafen nachzudenken. Auch die vermeintlich Unbeteiligten müssen strafrechtlich verfolgt werden können.“ Über den Einsatz der Wasserwerfer im Schlossgarten sagt er: „Polizeiliche Einsatzmittel müssen Waffen sein, die weh tun, nur dann wirken sie.“

Schärfere Gesetze? Mehr Vernunft wäre die bessere Antwort, und mehr Geschick. Auch bei diesem Polizeieinsatz ist überstürzt und selbstherrlich gehandelt worden, wie eine Rekonstruktion der Ereignisse zeigt.

Der Termin, wann die ersten Bäume kippen sollen, wird Anfang September in einer kleinen Runde festgelegt. Vertreter von Innenministerium, Umwelt- und Verkehrsbehörden, der Bahn und der Polizeipräsident wollen die Sache so schnell wie möglich durchziehen, weit vor den Wahlen im

März. Man einigt sich auf die Nacht zum 1. Oktober, den frühestmöglichen Zeitpunkt, den die Naturschutzgesetze für die Rodung zulassen. Sogar die Uhrzeit wird ausgehandelt, um 15 Uhr sollen die Polizisten anrücken, um den Platz rund um die Parkbäume abzusperren. So weit Plan A.

Polizeipräsident Siegfried Stumpf hat aber von Anfang an einen Plan B in der Tasche, weil er weiß, dass er seinen eigenen Leuten nicht trauen kann. Immer wieder sickerten im Sommer Informationen an die Demonstranten durch, viele Beamte sympathisieren inzwischen mit den Gegnern von Stuttgart 21. Einige haben Angst, „dass sie am Tag X auf ihre eigenen Kinder einschlagen müssen“, sagt ein leitender Beamter.

Also beschließen Polizeiführung und das Innenministerium in kleiner Runde, für den Großeinsatz einige Hundertschaften aus Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und NRW anzufordern – und diese insgeheim auf einen früheren Einsatz vorzubereiten als die einheimische Polizei.

24 Stunden vor dem großen Schlag weiß Stumpf, dass sein Misstrauen gerechtfertigt war. Im Internet kursieren Warnungen der Parkschützer, sie wüssten „aus zuverlässiger Quelle“, dass man sich am Donnerstag um 15 Uhr der Polizei entgegenstellen müsse.

Stumpf trifft die folgenschwere Entscheidung, Plan B in Kraft zu setzen: Er lässt die auswärtigen Polizisten am Donnerstag bereits um 10 Uhr früh im Park aufmarschieren und die Baustelle sichern.

Was er außer Acht lässt: Zur gleichen Zeit, als die Einsatzfahrzeuge Richtung Park rollen, bewegt sich eine Schülerdemonstration durch die Stuttgarter Innenstadt auf das gleiche Ziel zu. Hunderte Schüler und Lehrer fordern lautstark: „Lieber mehr Bildungsausgaben statt Prestigebahnhof“. Die Demonstration wurde am 24. September per Mail beim Stuttgarter Ordnungsamt beantragt und fünf Tage später von der Behörde genehmigt. Ein Durchschlag ging ans Innenministerium und die Polizei.

Um 10.20 Uhr, kurz nach Einsatzbeginn, bekommen die Parkschützer Wind vom Polizeieinsatz und lösen via Mail, SMS und Twitter ihre interne Alarmkette aus. Auch die Schüler sind unter den Adressaten. Alle machen sich sofort auf den Weg zu den Bäumen. Mit dem Tempo dieser multimedialen Vernetzung hat die Polizeiführung nicht gerechnet.

Um Viertel vor elf klingelt bei Polizeipräsident Stumpf das Handy. Er ist auf dem Weg zu einer Pressekonferenz im Landtag, um von seinem Überraschungscoup zu berichten. „Die Kids sind noch da“, warnt der Anrufer. „Ich weiß“, wimmelt ihn Stumpf ab. Später wird er im kleinen Kreise sagen, er sei davon ausgegangen, dass sich die Jugendlichen von der geballten Staatsmacht mit Schutzhelmen und heruntergeklappten Visieren so beeindruckt zeigen würden, dass sie von selbst den Rückzug antreten. Mit einer solchen Strategie der bloßen Machtdemonstration sei man im braven Ländle über Jahrzehnte hinweg „gut gefahren“, sagt Stumpf, „Wasserwerfer haben wir in den vergangenen 40 Jahren noch nie einsetzen müssen“. Um die Aktion zu stoppen, war es seiner Ansicht nach zu spät. „Die Baufahrzeuge rollten schon.“

Demonstranten blockieren die Zugangswege, besetzen einen Gitterwagen der Polizei. Beamte versuchen sie wegzudrängen, auch mit Schlagstöcken, Zentimeter um Zentimeter. Die Polizisten versprühen Pfefferspray, sie setzen Wasserwerfer ein. „Die haben mir mit gnadenloser Härte das Zeug direkt ins Gesicht gesprüht“, erzählt Erhard Lippek, 48. „Die Lage konnte nur durch Anwendung von unmittelbaren Zwangsmaßnahmen beendet werden“, heißt es später im internen Lagebericht der Polizei.

Nun haben in Stuttgart die Schuldzuweisungen begonnen. „Mappus ist dafür verantwortlich“, sagt der Grünen-Fraktionschef Winfried Kretschmann, „er ist auf Konfrontationskurs, offensichtlich will er sich im Wahlkampf als Law-and-Order-Mann profilieren.“ Die FDP will Innenminister Heribert Rech in einer Fraktionssitzung zur Rede stellen; intern zeigt sich der Koalitionspartner entsetzt über die Instinktlosigkeit von Polizei und Innenministerium. „Da ist einiges schiefgelaufen“, klagt ein führender Liberaler.

Zu den Folgen gehört auch, dass es die Befürworter von Stuttgart 21 von nun an noch schwerer haben, mit ihren Argumenten durchzudringen: Das Projekt ist demokratisch voll legitimiert. Jetzt geht es nur noch um die Frage der Gewalt.

Das stört vor allem die Bundeskanzlerin. Nachdem Merkel tagsüber die Meldungen aus Stuttgart verfolgt hatte, wollte sie abends die Bilder dazu sehen. Sie sah die „Tagesschau“ und war entsetzt. Den Einsatz der Polizei fand sie zu massiv, und sie wusste, dass die Grünen ihr die Verantwortung dafür anhängen würden.

Stuttgart 21 macht Merkel zum ersten Mal so richtig angreifbar. Bislang war sie die Meisterin des Ungefähren. Nun bindet sie sich an einen Bahnhof. Dafür gibt es einen Strauß von Gründen.

Merkel sitzt häufig mit ausländischen Regierungschefs zusammen, die ihr erzählen, wie schnell sie ihr Land modernisieren. Zwar ist Merkel kein Fan chinesischer Brachialeffizienz, aber sie findet, dass Deutschland nicht noch langsamer werden darf.

BERND WEISSBROD / DPA

Baumfällarbeiten im Stuttgarter Schlossgarten: *„Politikstil in Rambo-Manier“*

Merkel ist Fan der repräsentativen Demokratie. Sie findet, dass sich die Bürger vor allem bei den Wahlen einmischen, ansonsten aber den Politikern die Politik überlassen sollen. Und sie findet, dass Schwarz-Gelb die Wahl in Baden-Württemberg nicht verlieren darf. Dann würde auch ihre Koalition in Berlin wackeln. Deshalb hat sie sich nun mit Mappus verschworen, eigentlich der Antityp zu ihrem Modernisierungskurs und ihrem Wunsch nach geschmeidigem Konsens.

Mappus hatte nur ein paar halbherzige Versuche unternommen, die Gegner einzubinden. Selbst der katholische Stadtdekan von Stuttgart, Michael Brock, der eines der gescheiterten Gespräche moderierte, warf dem Ministerpräsidenten „ei-

nen Politikstil in Rambo-Manier“ vor. Der Regierungschef will jetzt marschieren, durchregieren so wie sein Vorbild Kohl damals bei der Nachrüstung – ein Vergleich, den er gern heranzieht.

Für die Gegner von Stuttgart 21 ist Mappus spätestens jetzt das Gesicht einer rücksichtslosen Staatsmacht, der Mann, dem sie alles zutrauen, auch, dass die Schlacht im Schlossgarten kühl kalkuliert war: um den Widerstand zu spalten, in die Radikalen und die anderen, die draußen auf dem Land, die mit den Radikalen nichts zu tun haben wollen. Dort werden baden-württembergische Wahlen gewonnen, nicht in Stuttgart.

Mappus hält nichts davon, die CDU für die modernen, liberalen Eliten in den Großstädten attraktiv zu machen. Der Preis dafür sei die Irritation der Kernklientel im ländlichen Raum. Merkel hat das bislang komplett anders gesehen und Politik für Stadtmenschen gemacht. Aber sie hatte keine andere Wahl, als Mappus zu stützen, weil ihr die Partei alles andere nicht verziehen hätte. Merkel betreibt jetzt, was viele oft gefordert haben: CDU pur. Es gibt keine impliziten Angebote an die Grünen in der Energiepolitik oder Rücksicht auf die SPD in der Sozialpolitik mehr. Es wird wieder in Lagern gedacht und gehandelt.

Die Grünen, mit denen sie bislang als Bündnispartner geliebäugelt hatte, sind ihr nun egal. Erst brachte Merkel sie mit der massiven Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gegen sich auf, und seit der Eskalation in Stuttgart sind die Wege zueinander wohl auf lange Zeit blockiert.

Wenn einer bei den Grünen bislang für Schwarz-Grün stand, dann Alexander Bonde, 35, Bundestagsmitglied und verheiratet mit einer ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten. Aber im Moment macht ihn nichts so zornig wie die Union. „Merkel hat Mappus faktisch das Okay gegeben“, sagt er. „Jetzt wird in Stuttgart der friedliche Widerstand kriminalisiert.“

Es ist Freitagmittag, Bonde fährt den Laptop in seinem Büro im Bundestag herunter. Gleich geht es zum Flieger nach Stuttgart, am Abend will er demonstrieren. Er erzählt, dass Bekannte ihm berichtet haben, wie ihre 14-jährige Tochter in Stuttgart von Polizisten geschlagen worden sei. In der Bundestagsdebatte ist Bonde deshalb der Kragen geplatzt: „Ich schäme mich wirklich dafür, dass in diesem Land Vorgänge, wie wir sie heute in Stuttgart erlebt haben, möglich sind.“

Die Unionsbank schimpfte zurück, und Bonde weiß nun, wie tief die Gräben zu der CDU sind, der er sich so nahe fühlte. Eine schwarz-grüne Koalition hält er neuerdings für ausgeschlossen, zu arrogant sei die Regierungspartei: „Die CDU muss in die Opposition, bevor mit denen wieder was geht.“

Matthias Bartsch, Ralf Beste, Simone Kaiser, Dirk Kurbjuweit, Ralf Neukirch, Antje Windmann

BERND WEISSBROD / DPA

Ministerpräsident Mappus: *Kürzeste Amtszeit in der Geschichte des Landes?*

Der da oben

Der CDU droht im März der Machtverlust in Baden-Württemberg. Das liegt auch an Stefan Mappus. Der Ministerpräsident ist zwar jung, aber ein Parteipolitiker vom alten Schlag.

Es war einmal in Baden-Württemberg – und was die Union angeht, in der guten alten Zeit. In jenem Juli, der heute schon so lange her zu sein scheint. Damals, vor der Krise, ließ sich Stefan Mappus also im Vollbesitz seines Selbstbewusstseins interviewen, und der neue Ministerpräsident sagte so etwas wie: Zehn Jahre im Amt, mehr müssten es nicht sein, bei diesem Verschleiß heutzutage als Regierungschef.

Klang das nicht irgendwie genügsam, bescheiden, angemessen? Schon, aber es klang nur so. Denn in Wahrheit war der Satz weniger angemessen als anmaßend, er stand für die Macht, die Kraft und die Herrlichkeit der CDU im Ländle, und Stefan Mappus verkörperte das alles in diesem Moment: Ich muss mir Gedanken machen, wann es genug ist. Nicht der Wähler. Denn der Wähler in Baden-Württemberg wählt doch sowieso Schwarz.

In diesem Selbstverständnis, mit dieser Selbstverständlichkeit ist Mappus in der heimischen CDU groß geworden: Wir sind das Land, das Land, das sind wir. Eine Gleichung, die 57 Jahre aufging und die Mappus auch im Mai bei seiner ersten Auslandsreise nach Wien wieder aufmachte: Baden-Württemberg, das Land, in dem nie ein Roter Regierungschef war.

Dann aber kam der Sommer, und aus dem Sommeranfang im Juli wurde das Sommerloch im August, und aus dem Sommerloch stieg etwas auf, was bei einem Parteiprimus wie Mappus für den Weg nach oben nie entscheidend war: ein Sachthema. Stuttgart 21, der umstrittene Umbau des Stuttgarter Bahnhofs. Und je mehr das Thema hochkam, ohne dass Mappus aus seinem Urlaub dazu etwas sagte; je mehr die Bürger fragten und in Frage stellten, protestierten und demonstrierten, während er so tat, als könne man die Sache zu Tode schweigen. Umso tiefer versank die CDU im Loch.

Nur noch 35 Prozent schaffte sie in der jüngsten Infratest-dimap-Umfrage. So wenig, dass Mappus sich nun über etwas anderes Sorgen machen muss als über seine Amtsmüdigkeit in zehn Jahren. In sechs Monaten, bei der Landtagswahl, könnte er zum Ministerpräsidenten mit der kürzesten Amtszeit in der Geschichte Baden-Württembergs werden. Zum ersten Regierungschef, der das Land nicht für die CDU halten konnte. Sogar zum ersten Regierungschef in der Republik, der sein Amt an einen Grünen verliert. Traut man der Umfrage, liegen die Ökos, die gegen den neuen Bahnhof kämpfen, mit 27 Prozent klar vor der SPD.

Es sind also merkwürdige Zeiten im Ländle, und die knappste Begründung, warum die Zeit über Mappus hinweggehen könnte, hat vier Wörter. Sie stehen

auf einem Zettel an einem der fast 300 Bäume, die jetzt im Stuttgarter Schlossgarten für den neuen Bahnhof fallen sollen: „Wir sind das Volk.“ Wir, nicht ihr. Wir, nicht Mappus. Denn Mappus war in diesem Sinne immer „ihr“. Ein Mann des Machtapparats, der seinen Weg ging, wo schon ein Weg war. Durch die Partei, dank der Partei, bis an die Spitze der Regierung.

Mappus ist ein Musterbeispiel dafür, wie weit es einer auf der Hauptstraße nach oben bringen kann, der nicht brillant ist, aber äußerst begabt darin, Machtchancen zu erkennen, zu nutzen. So schaffte er es mit 32 Jahren zum Staatssekretär, mit 38 zum Minister, mit 39 zum Fraktionschef, mit 43 zum Ministerpräsidenten, und normalerweise stünden ihm damit seine zehn Jahre im Amt zu. Aber was ist schon noch normal? Erst kam die Finanzkrise, und auch in Baden-Württemberg verloren die Menschen den Glauben an die Unfehlbarkeit von Eliten. Dann rückten die Bagger an, die im August den Nordflügel des historischen Bahnhofs fallen ließen und am vergangenen Freitag die ersten Bäume im Schlossgarten.

Plötzlich bekommt die Wut auf „die da oben“ eine Kulisse, vor der sie sich entladen kann. Ein Symbol für alles, was vermeintlich schiefläuft zwischen Entscheidern und Beschiedenen, nicht nur in Stuttgart. Und so ungerecht das auch sein mag, nach Jahren, in denen der neue Bahnhof alle Gremien passiert hat, ohne dass damals jeden Tag ordentliche Schwabenbürger in den zivilen Ungehorsam getreten wären: Mappus ist nun der Mann, der die Krise lösen muss.

So wie die Dinge liegen – hier die rebellischen Bürger, dort der Musterschüler des Apparats –, könnte es keine schlechtere Besetzung für die Rolle geben. „Er wollte Imperator sein, nun ist er verlassen und allein“ steht an einem anderen Baum im Schlossgarten. Der junge Mappus ist selbst zum Symbol geworden – für den Politiker des alten Typs.

Mappus kommt aus Mühlacker an der Enz. Der Vater Schuhmacher, die Mutter Arbeiterin, beide interessierten sich nicht sehr für Politik, aber umso mehr dafür, dass ihr Sohn sich mühte, etwas aus sich machte. Er tat es auf die Art, wie man sie in diesem Milieu lernt: nie zu viel riskieren; lieber bei allem, was man probiert, noch etwas im Rücken haben. Nach dem Abitur war ihm schon klar, dass er studieren würde, aber erst mal machte er eine Lehre, sicher ist sicher. Dann Wirtschaftswissenschaften in Stuttgart-Hohenheim, heimatnahe Universität, sicher ist sicher. Danach verkaufte er Telefonanlagen für Siemens, blieb aber als Assistent an der Uni, denn sicher ist sicher. Und selbst heute hat Mappus noch einen ruhenden Arbeitsvertrag bei Siemens, von 1996, man weiß ja nie.

Es war also nur natürlich, dass Mappus seinen politischen Ehrgeiz in die CDU investierte. „Macht ist ein entscheidender Teil von Politik“, davon ist er überzeugt, warum also hätte er bei einer Partei landen sollen, die in Baden-Württemberg keinen Weg zur Macht geboten hätte?

Die CDU bot ihm den sichersten Weg, er bot ihr sein bestes Kapital: Fleiß, Wille, politischen Instinkt. Er lebte für den Angriff, schlug seinen Gegenkandidaten um den Kreisvorsitz, drei bei der Landtagskandidatenkür, den SPD-Mann bei der Wahl; in der Disziplin „Ich oder der“ ist er bis heute ungeschlagen. „Wenn sich Stefan ein Ziel gesetzt hat, erreicht er’s auch“, sagt Günter Bächle, Förderer aus Gemeinderatszeiten in Mühlacker.

Auch gegen Ute Vogt, die SPD-Spitzenkandidatin, die 2001 im Landtagswahlkampf gegen ihn um den Wahlkreis Pforzheim kämpfte. „Er kannte keine Grenzen, das war unanständig“, erinnert sie sich heute – andere würden sagen, er war eben Profi und sie zu ehrlich, zu naiv.

Erfolg bestand für Mappus nicht darin, ein Thema zu besetzen, sondern einen Posten.

Mappus, so erzählt Vogt das, hatte sie in einem privaten Geplauder gefragt, wie es ihr denn in Berlin gehe, dort, wo Vogt als Bundestagsabgeordnete dem Innenausschuss vorsaß. Na ja, antwortete Vogt, die Arbeit in Berlin mache schon Spaß, aber sie koste natürlich auch viel Zeit, da könne sie nicht so oft in Pforzheim sein, wie sie wolle. Und kurz danach sei überall in der CDU die Parole umgegangen: Vogt nicht mehr im Wahlkreis präsent.

Mappus gewann damals – einer seiner wichtigsten Siege. Denn Vogt, die Herausforderin von Amtsinhaber Erwin Teufel, schaffte es nicht mal in den Landtag. Und Mappus schaffte Teufel so die Konkurrentin vom Hals. Wie es seine Pflicht war.

Mappus half Teufel, Teufel half Mappus; schon Jahre vorher hatte Teufel in dem jungen Aufsteiger so etwas wie ein Alter Ego erkannt, zumindest einen Verbündeten, und Mappus war schlau genug, die Rolle zu erfüllen und sich unverzichtbar zu machen für den alternden, immer misstrauischer, immer einsamer werdenden Regierungschef. Wie Teufel, so stand auch er für die ländliche, traditionelle, konservative CDU. Für Familie, Glaube, Heimat. Gegen die Späth-CDU, Oettinger-CDU, mit ihren politischen Visionen, kosmopolitischen Attitüden, ihrer Leichtigkeit und manchmal auch persönlichen Leichtlebigkeit. Mappus wäre nie der Mensch, der sich wie Oettinger aus Jux zwei Teesiebe auf die Augen drückt und dann auch noch fotografieren lässt.

So gingen Teufel und Mappus eine Symbiose ein. Schon 1998 hatte ihn Teufel zum Staatssekretär für Umwelt und Verkehr befördert – „ohne dass er vorher mit irgendwelchen politischen Vorstößen besonders aufgefallen wäre“, wie heute selbst ein führender CDU-Mann spitz bemerkt. Und daran änderte sich auch nichts bis 2004, als Teufel ihn noch größer machte, zum Verkehrsminister. Die Empfehlung fürs Amt? Er hatte als Staatssekretär viele Straßenabschnitte eröffnet. Bei Stuttgart 21, dem wichtigsten Verkehrsprojekt, blieb er dagegen eher blass. Mappus-Qualitäten waren andere: Haltung, nicht Inhalte.

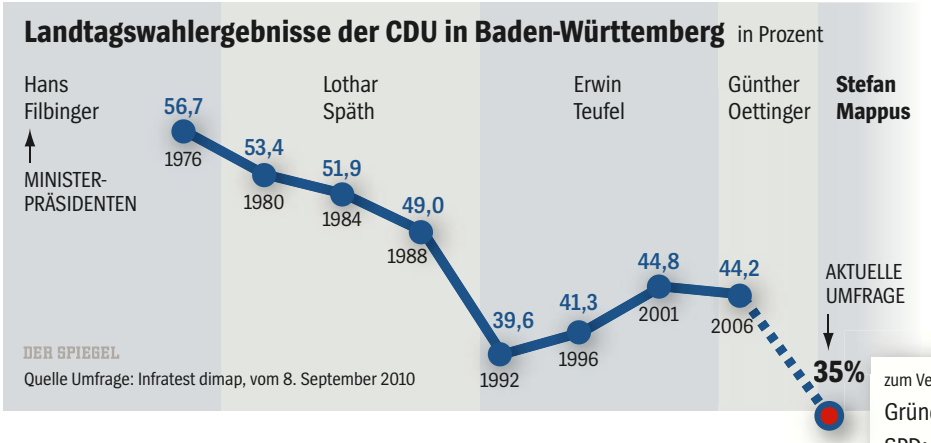
Erfolg in der politischen Karriere des Stefan Mappus bestand nicht darin, ein Thema zu besetzen, sondern einen Posten, und am Ende den Posten des Fraktionsvorsitzenden. Nicht weil die Fraktion eine bestimmte Politik machen sollte. Sondern um sich eine Hausmacht zu verschaffen, ein Gegengewicht zum regierenden Ministerpräsidenten. Der CDU-Fraktionsvorsitz ist Platz eins in der baden-württembergischen Erbfolge, der Fraktionschef wird der nächste Ministerpräsident. So steht es zwar nicht in der Verfassung, aber so sind die Verhältnisse. So folgte Späth auf Filbinger, mit ein paar Monaten dazwischen als Innenminister, dann Teufel auf Späth, Oettinger auf Teufel und im Februar Mappus auf Oettinger.

UWE ANSPACH / DPA

Protestbanner im Stuttgarter Schlossgarten: *Den Fehdehandschuh hingeworfen*

PATRICK SEEGER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Vorbild Teufel, Ziehsohn Mappus 2004
Für Familie, Glaube, Heimat



„Er hat sicher angestrebt, Oettinger irgendwann zu beerben“, sagt Hans-Ulrich Rülke, FDP-Fraktionschef, Freund aus gemeinsamen Pforzheimer Tagen. Andere sagen: je früher, desto lieber. Und als Oettinger nach dem Wahlsieg 2006 mit den Grünen liebäugelte, war es Mappus, der reingrätschte, in die Öffentlichkeit ging und Schwarz-Grün kategorisch ausschloss. Und als die Kanzlerin entschied, dass Oettinger zur EU gehen sollte, war es Mappus, der sofort erklärte, er sei bereit, bevor ein anderer es tun konnte.

Mappus hatte also erneut gewonnen. Die Frage ist seitdem nur: Wofür hat er gewonnen? Seine Regierungserklärung im März blieb fade, ohne Thema, programmatische Zuspitzung, hinterher fragten sich selbst Parteifreunde, woran sie sich noch erinnern konnten. Richtig, dass man sparen müsse. Stuttgart 21? Sechs Sätze, auf der viertletzten von 27 Seiten. Der nächste Versuch im Juli: Stuttgart 21, immer noch auf der viertletzten Seite. „Wer Zweckinfrastrukturen von vor hundert Jahren zu Heiligtümern verklärt, der wirft den Standort Baden-Württemberg zurück.“

Schon als Fraktionschef hatte er ganz gern andere ans Pult geschickt, wenn es um Sachdebatten ging. Mappus warf sich dagegen immer dann mit Lust in die Redeschlacht, wenn er politisch punkten konnte, poltern konnte. Etwa wenn seine Gegnerbeobachtung funktioniert und er in seinem bestens geführten Archiv etwas gefunden hatte, womit er die SPD oder die Grünen vorführen konnte. Alte Aussagen, die man ihnen vorhalten konnte, da war Mappus reflexsicher, schlagfertig, schlagkräftig. Instinktpolitiker.

Aber die inhaltliche Diskussion bestimmen, die Debatte anführen, moderieren? Das Einzige, womit er sich in den vergangenen Monaten profiliert hat, ist sein strikter Kurs für längere Atomlaufzeiten gewesen – und gegen Umweltminister Norbert Röttgen. Aber selbst hier ist nicht klar: War Mappus für längere Laufzeiten, weil er von deren Sinn überzeugt ist? Oder wollte er das Thema schnell weghaben, damit es nicht in seinen Landtagswahlkampf hineinläuft? Oder watschte er Röttgen so hart ab, weil der mal Volker Kauder den Fraktionsvorsitz in Berlin streitig machen wollte, und Kauder ist nun mal aus Baden-Württemberg, und noch dazu ein Freund von Mappus, Patenonkel eines seiner Söhne?

Vielleicht war es von jedem etwas, aber weil Loyalitäten im Machtsystem Mappus über alles gehen, kann die Loyalität zu Kauder tatsächlich den Ausschlag gegeben haben. Mappus erwartet unbedingte Loyalität. So hat er es bei Erwin Teufel erlebt, der sich auf einen kleinen Kreis Getreuer verließ, so war es bei Helmut Kohl, den Mappus bewundert.

Glaubt man Weggefährten aus den vergangenen Jahren, ist Mappus allerdings schon heute, mit 44, an einem gefährlichen Punkt angelangt, an den Teufel und Kohl erst später kamen, nach zu vielen Enttäuschungen: „Er teilt Leute nur in solche ein, die für ihn sind oder gegen ihn“, sagt einer, der ihn lange kennt. Und wer den Sinn einer Entscheidung hinterfragt, wer gegen ihn argumentiert, der soll angeblich schnell den Argwohn erregen, dass er gegen den Ministerpräsidenten arbeite. Überhaupt gegen ihn sei. Illoyal.

Es soll deshalb, glaubt man einem FDP-Mann, nur noch wenige Berater geben, die sich trauen, Mappus ungeschminkt ihre Meinung zu sagen. Berüchtigt ist sein Hopp-hopp-Stil, seine Abneigung gegen Gelaber, und unter Gelaber-Verdacht kann schon geraten, wer nur mal durchspielt, welche Gegenpositionen drohen. Weil Mappus nicht gerade als Aktenfresser gilt, liegen ihm inhaltliche Diskussionen bis ins Detail nicht. Er kommt dann in die Defensive, und darauf reagiert er, so heißt es, ziemlich unwirsch.

Es gehört allerdings auch zur Wahrheit, dass alle Verantwortlichen Stuttgart 21 unterschätzt haben, nicht nur Mappus. Niemand rechnete damit, dass eine zementstaubtrockene Sache wie der Bahnhofsumbau, dass Verkehrstakte und Gesteinsarten im Untergrund zum Ventil für alles Mögliche werden. Zuerst hat Mappus das Thema kleingehalten, von sich weggehalten; sollte doch der Name von Stuttgart-21-Sprecher Wolfgang Drexler, einem SPD-Genossen, am Problemprojekt kleben. Nun aber ist Drexler gegangen. Stattdessen muss Mappus reden, um Stuttgart 21 werben. Er müsste es tun mit Argumenten, als Landesvater, Integrationsfigur, als glaubwürdiger Moderator aller Interessen. Aber wie soll man ausgerechnet ihm das abnehmen? Ihm, den alle noch als Parteimann kennen, als parteiischen Mann.

Es ist eine Rolle, die ihm nicht liegt, die er vielleicht auch nicht kann. Und so hat Mappus getan, womit er authentisch ist: gepoltert. Er nehme jetzt den „Fehdehandschuh“ auf, sagte er vor der Jungen Union. Ich oder die. Kampfmodus.

Auf seiner Seite hat er Recht und Ordnung, für einen konservativen Politikstil wie aus den siebziger und achtziger Jahren. Wasserwerfer und Tränengas. Gegen sich große Teile des bürgerlichen Lagers. Er werde Stuttgart 21 durchsetzen, stellte er schon klar – selbst wenn es ihn das Amt koste. Es klang nach starkem Mann, aber nie waren die Zeiten in Baden-Württemberg für starke Männer schlechter.

JÜRGEN DAHLKAMP, SIMONE KAISER

SPD

Ein verliebter Sozialdemokrat

Drei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl gilt Peer Steinbrück plötzlich als möglicher Kanzlerkandidat. Der Ex-Finanzminister wirkt nicht völlig abgeneigt.

Sigmar Gabriel hat jemanden anzukündigen, den Hauptdarsteller des Abends. Er sagt, nun werde gleich ein „früherer Finanzminister der SPD und in die SPD verliebter Sozialdemokrat“ aufs Podium kommen, „kluger Kopf“, „sehr heißes Herz“.

Aufs Podium kommt: Peer Steinbrück.

Man hat Peer Steinbrück, 63, schon vieles nachgesagt in seiner Partei, es hatte mit Verliebtheit eher wenig zu tun, und das beruhte auf Gegenseitigkeit. Man hat sich dieser Tage allerdings schon fast daran gewöhnt, dass über Steinbrück Dinge gesagt werden, die man in der SPD vor kurzem noch für so wahrscheinlich gehalten hätte wie den Wiedereintritt Oskar Lafontaines. Dass Steinbrück 2013 Kanzlerkandidat werden könnte zum Beispiel.

Vor gar nicht allzu langer Zeit hätten das allenfalls Verrückte behauptet, dann kam Sigmar Gabriel. Er könne sich Steinbrück in jedem Amt vorstellen, sagte der SPD-Chef, das war die unterste Eskalationsstufe der Debatte. Dann ließ Gabriel ihn beim Parteitag am vorvergangenen Wochenende eine Rede zur Wirtschafts- und Finanzpolitik halten, am folgenden Tag erklärte das „Handelsblatt“ Steinbrück zum „Herausforderer“. Das war die nächste Stufe. Gabriel wäre es zuzutrauen gewesen, dass er auch noch Stufe drei und vier zünden würde. Aber die Sache läuft ja jetzt auch ohne ihn.

Dienstagabend im Willy-Brandt-Haus, Gabriel ist fertig mit seiner Einführung, Steinbrück steht auf dem Podium, er ist hier, um sein Buch vorzustellen: „Ja, der Sigmar Gabriel ist schon sehr geschickt darin, einen so zu umarmen, dass man da nicht mehr rauskommt.“ Er klingt allerdings nicht, als plante er gerade den großen Befreiungsschlag.

Es ist ein Jahr her, dass die SPD die Wahl verlor und aus dem Finanzminister Steinbrück der Abgeordnete Steinbrück wurde, Wahlkreis Mettmann I, Mitglied im Europaausschuss. Er hatte seine Partei und besonders deren Funktionäre zuvor diverse Male wissen lassen, was er von ihnen hielt, deshalb konnte man davon ausgehen, dass der ehemalige Finanzminister Steinbrück nun ähnlich viel Zeit auf den Europaausschuss verwenden könnte wie der ehemalige Kanzler Schröder auf russische Gasvorkommen.

Er war eine dieser Gestalten, die plötzlich ohne Entourage durch Berlin laufen und Passanten melancholisch werden lassen: Was macht der jetzt eigentlich?

Jetzt ist er eine Gestalt, die ohne Entourage durch Berlin läuft und Passanten leicht kribbelig werden lässt: Was aus dem wohl noch werden könnte?

Steinbrück weiß das ziemlich genau, er liest ja, was jetzt über ihn geschrieben wird, er hört die Fragen, die man ihm stellt. Er gibt sich leicht genervt von diesen Fragen, aber auch nicht allzu sehr. Sonst fragt ja am Ende keiner mehr.

Im Willy-Brandt-Haus sitzt Steinbrück inzwischen auf dem Podium, es geht um Weltökonomie, was sonst. Er diskutiert mit dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, er sieht gut aus dabei, er kontert den Professor an einer entscheidenden Stelle sauber aus, näselnd, fast ein bisschen rotzig. Wie einer, der gar keine Entourage braucht, um doch noch alles etwas besser zu wissen.

Weltökonomie ist das eine, die SPD das andere, und da man sich in deren Parteizentrale befindet, muss er auch noch ein paar Sachen über die SPD sagen:

„Die Partei kann nicht nur ihre traditionellen Wähler ansprechen, sondern muss breitere Schichten ansprechen.“

Ein Parteichef müsse hin und wieder auch „der aktuellen Parteimeinung“ widersprechen.

Außerdem sagt Steinbrück, dass er sich, um einen Kanzlerkandidaten zu bestimmen, Vorwahlen vorstellen könne, nach amerikanischem Vorbild, „Primaries“. Dabei könnten dann auch Nichtmitglieder abstimmen, und dabei komme ein völlig anderer Typ Kandidat heraus, als wenn allein die Partei abstimme. Ein Kandidat, der breitere Schichten anspreche.

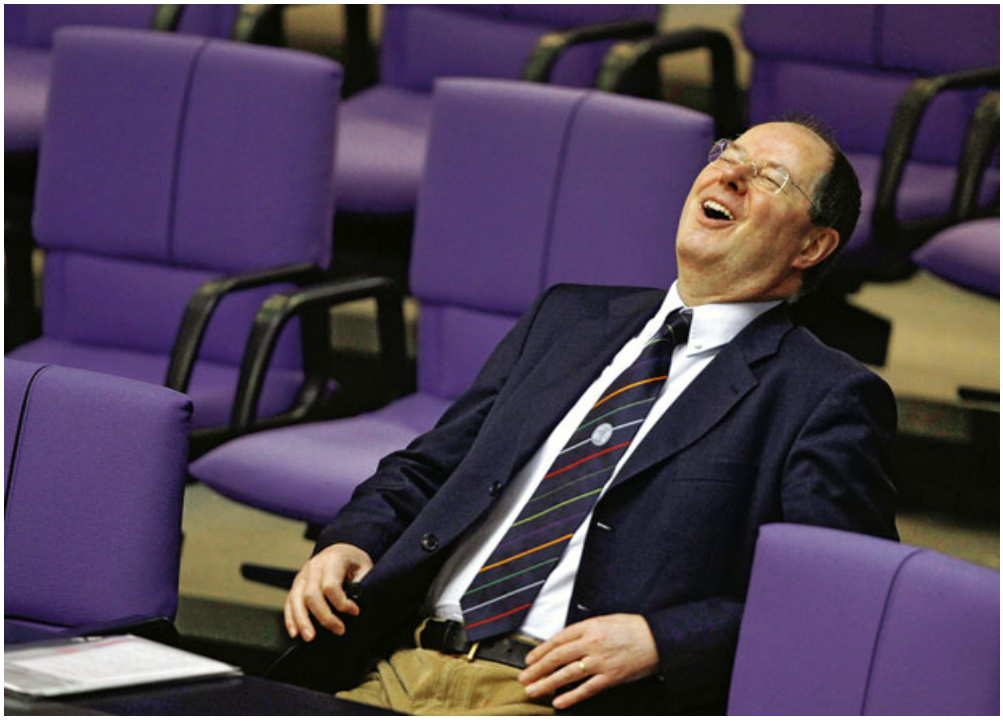
Peer Steinbrück spricht breitere Schichten an als die Traditionsklientel der SPD, er vertritt ganz gern mal Meinungen jenseits der Parteilinie und käme wohl nur dann durch eine Vorwahl, wenn auch Nichtmitglieder abstimmen dürften. Wollte Steinbrück Kanzlerkandidat werden, brauchte er: Primaries.

Bevor jemand sich dazu durchringt, etwas wirklich zu wollen und anzustreben, ein Amt, einen Karriereschritt, gibt es noch ein Vorstadium. Menschen in diesem ersten Stadium sagen schon nicht mehr, dass sie nicht wollen, erklären aber Freunden oder Vertrauten erst mal lang und breit, was alles dagegenspricht.

Peer Steinbrück sagt, er habe endlich mal Zeit, seit er nicht mehr Minister sei: „Das ist ein herrliches Gefühl, wenn Sie morgens aufstehen.“ Er sagt, dass ihn die Debatte um die Kandidatur störe, dass Leute sich davon provoziert fühlen könnten. Und seine Vertrauten sagen, dass Steinbrück 2013 schließlich schon 66 sei.

Wenn nicht alles täuscht, befindet sich der Abgeordnete Steinbrück gerade im ersten Stadium des Wollens.

Christoph Hickmann



TOBIAS SCHWARZ / REUTERS

Bundestagsabgeordneter Steinbrück: *„Kluger Kopf, sehr heißes Herz“*

AFP

DAVID GUTTENFELDER / AP

HENNING SCHACHT/ ACTION PRESS

FBI-Fahndungsfoto von Bin Laden, US-Gefängnis Bagram, Minister de Maizière: *Enge Abstimmung zwischen Berlin und Washington*

TERRORISMUS

Der wichtigste Gefangene

Wie seriös sind Anschlagswarnungen eines Hamburger Islamisten? Deutsche und amerikanische Geheimdienste sind sich uneins über seine Glaubwürdigkeit.

Damals, in den wilden Tagen nach dem 11. September 2001, galt Ahmad Sidiqi als Mitläufer. Einer seiner Hamburger Freunde gehörte zu den Unterstützern der Todespiloten, er selbst verdiente sich sein Geld in Hamburg-Fuhlsbüttel als Flugzeugputzer. Gelegentlich stand er der Familie des Terroristenhelfers Mounir al-Motassadeq bei, im Sommer 2002 machten sie zusammen Urlaub in Marokko. Dann verloren die Sicherheitsbehörden seine Spur.

Heute gilt Sidiqi, 36, selbst als Terrorist, und glaubt man seinen eigenen Aussagen, dann hat er eine bemerkenswerte Karriere hinter sich. Der Deutsch-Afghane, der Anfang Juli in Kabul festgenommen wurde, sitzt in der berüchtigten US-Basis Bagram und ist der derzeit wichtigste Gefangene der Amerikaner. Er wird von Spezialeinheiten der CIA und des amerikanischen Militärs verhört. Seine Aussagen beschäftigen die Sicherheitsbehörden in diversen Ländern.

In Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA wurden die Sicherheitsvorkehrungen hochgefahren, das Bundeskriminalamt hat eine Besondere Aufbauorganisation („Sterne“) gebildet, Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) lässt sich seit Wochen täglich informieren. Der Fall wird auf höchster Regierungsebene zwischen Washington und Berlin koordiniert.

Es geht um mögliche Anschlagspläne in Europa, von denen Sidiqi berichtet hat, angeblich vorbereitet von einem Spitzenfunktionär al-Qaidas namens Scheich Younis al-Mauretani. Osama Bin Laden soll die Pläne gebilligt und einen Teil des nötigen Geldes bereitgestellt haben.

Sidiqi hatte Hamburg am 4. März 2009 verlassen, gemeinsam mit seiner indonesischen Ehefrau, seinem Bruder und einem weiteren Ehepaar. Die Brüder hatten in der Moschee am Steindamm gebetet, die einst al-Kuds-Moschee hieß und Treffpunkt der Todespiloten um Mohammed Atta war. Später wurde sie in Taiba-Moschee umbenannt, blieb aber ein Kristallisationspunkt der Islamistenszene. In der Moschee hatte sich erneut ein Zirkel von jungen, radikalen Männern gebildet, die vom Dschihad schwärmten – und Sidiqi war einer der Wortführer. Anfang 2009 brach ein knappes Dutzend Freiwilliger aus Deutschland auf.

Qatar Airways brachte die Gruppe um Sidiqi über Doha nach Peschawar, Pakistan. Von dort ging es weiter in die Stammesgebiete im Norden des Landes, an die Grenze zu Afghanistan. Am Anfang, so erzählt es Sidiqi, der seit 2001 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, sei er von Ausbildungscamp zu Ausbildungscamp gewandert, zeitweise bei der Islamischen Bewegung Usbekistans gelandet und in Afghanistan in Kämpfe verwickelt worden. Dabei will er auch Said Bahaji getroffen haben, einen weltweit gesuchten Unterstützer der Todespiloten. Schließlich zog er nach Mir Ali, der heimlichen Hauptstadt des Dschihad. Der Ort ist den Geheimdiensten bekannt, er gilt als Umschlagplatz der Aufständischen.

Im Frühsommer 2010 sei in Mir Ali ein unerwarteter Gast aufgetaucht: Scheich Younis al-Mauretani, der, so behauptet es Sidiqi, zur Nummer drei von al-Qaida aufgestiegen sei. Den Scheich umweht ein Hauch des Mysteriösen, er soll ein „spiritueller Führer“ sein, eine Art Feldgeistlicher. Als Drahtzieher von Anschlägen kannte man ihn bislang nicht.

Younis’ Leibgarde, sagt Sidiqi, habe in Mir Ali eine konspirative Zusammenkunft arrangiert. Sidiqi musste den Akku aus seinem Handy herausnehmen, das Gerät abgeben und mehrere Schleusungspunkte passieren, an denen die Getreuen des Scheichs mögliche Verfolger abschütteln wollten. Anfangs habe der Scheich Sidiqis theologisches Wissen überprüft und nach dem Koran gefragt. Dann sei es um Anschläge in Europa gegangen, Frankreich sei als möglicher Zielort gefallen, auch Großbritannien. Die Kommunikation solle über neue, noch „saubere“ Computer und geheime E-Mail-Konten laufen. Orte, Zeiten oder die Namen möglicher Attentäter nennt Sidiqi nicht.

Die Aussagen alarmierten die amerikanischen Vernehmer. Unklar ist freilich, was an den Berichten wahr ist, ob es sich um afghanische Märchen oder das übliche Qaida-Gebräu aus einem Drittel Wahrheit, einem Drittel Lügen und einem Drittel Auslassung handelt. Die deutschen Behörden sind zurückhaltend in ihrer Einschätzung, die CIA nimmt Sidiqi dagegen ernst.

Bestärkt fühlen sich die Amerikaner durch weitere Warnmeldungen, die in Washington kursieren. Demnach sei bereits vor einiger Zeit eine Gruppe von gut einem Dutzend Kämpfern in der Sprengung von Gebäuden ausgebildet und anschließend nach Europa geschickt worden. Aus diesem Kreis würden Attentate vorbereitet, im Stil des dreitägigen Angriffs auf Mumbai im November 2008, bei dem Terroristen unter anderem mehrere Hotels überfallen und insgesamt 174 Menschen getötet hatten.

Bislang haben sich Warnungen dieser Art meist als falsch herausgestellt. Von Ahmad Sidiqis Glaubwürdigkeit werden sich die deutschen Ermittler bald selbst überzeugen können. In Berlin bereitet sich eine Geheimdienst-Delegation darauf vor, ihn in Afghanistan zu vernehmen.

HOLGER STARK

STEPHANIE PILICK / PICTURE ALLIANCE / DPA

Kinder beim Sommerfest in der Betreuungseinrichtung Arche in Berlin: *Zahlreiche Verhandlungsmöglichkeiten für die Länder*

SOZIALPOLITIK

Neues Minimum

Mit ihrem Plan, die Hartz-IV-Sätze nur wenig anzuheben, stößt Ministerin Ursula von der Leyen auf Widerstand.
Die Opposition klagt über Rechentricks, die CSU stört die geplante Bildungskarte.

Die Ministerin hat die Arme ausgebreitet wie eine Missionarin. Es geht um die wichtigste Reform ihrer Amtszeit, aber Ursula von der Leyen erzählt jetzt erst mal die Geschichte vom „kleinen Achmed“.

Sie beginnt in der tristen Gegenwart, in der arme Kinder ihre Freizeit häufig „in der Bahnhofsvorhalle verbringen“, wie die Ministerin klagt. Bald aber werde sich alles zum Besseren wenden, wenn nur erst ihr geplantes Bildungspaket in Kraft gesetzt ist. Dann könne auch der „kleine Achmed“ Mitglied eines Fußballvereins werden, mit seiner „kleinen Mannschaft“ in einer Jugendliga spielen und spüren, „wie gut Erfolg schmeckt“.

Es ist Donnerstagabend vergangener Woche. Ursula von der Leyen steht vor einer orangefarbenen Fahne des Berliner CDU-Landesverbandes und erläutert die Eckpunkte ihrer Hartz-IV-Reform. Fünf Euro mehr für Erwachsene und zusätzliche Bildungsleistungen für Kinder: Was ihre Kritiker als „Mini-Erhöhung“ und „Almosen“ schmähen, ist für die Ministerin „christlich-demokratische Politik vom Feinsten“.

Sie helfe den Kindern, erfülle die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und sorge dafür, dass sich Arbeiten auch künftig bezahlt mache. „Wir müssen auch an die denken, die jeden morgen um sechs Uhr aufstehen“, ruft sie in den Saal.

GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

Ministerin von der Leyen
„Neinsager von links wie von rechts“

Es ist eine schöne Geschichte, die Ursula von der Leyen da erzählt. Sie wärmt das Herz der Bevölkerung und trifft den Nerv der eigenen Partei. Die sehnt sich in diesen Tagen nach nichts so sehr wie nach Erzählungen, die den alten Schlachtruf „Leistung muss sich lohnen“ mit einem Schuss christlichen Mitgefühls veredeln.

Die Geschichte hat nur einen Nachteil: Sie stimmt nicht, jedenfalls nicht so, wie von der Leyen sie erzählt.

So legen die statistischen Daten, die ihrer Reform zugrunde liegen, den Schluss nahe, dass nicht die staatlichen Fürsorgeleistungen für Kinder und Familien zu knapp bemessen sind, sondern eher die für alleinlebende Erwachsene.

Und auch die Arbeitsmarktforscher zeichnen ein anderes Bild der Realität als die Ministerin. Danach ist das sogenannte Lohnabstandsgebot bei Singles meist er-

füllt. Ein Familienvater mit zwei Kindern dagegen hat mit Hartz IV oft mehr in der Tasche, als wenn er nur einen schlechtbezahlten Job antritt (siehe Seite 31).

Doch die Ministerin setzt auf eine Doppelstrategie: Um ihr Gesetz durch den Bundesrat zu bringen, enthält ihr Bildungspaket zahlreiche finanzielle Verhandlungsmöglichkeiten für die Länder. Zugleich hat sie die Hartz-Sätze für Erwachsene so festgelegt, dass sie immerhin um fünf Euro steigen. Blockiert die Opposition zu heftig, kann die Ministerin ihre Regelsätze trotzdem von Januar an zahlen, auch wenn das Gesetz noch nicht verabschiedet sein sollte.

Ein transparentes und willkürfreies Verfahren hatten die Verfassungsrichter im Februar verlangt. Doch davon kann nach der Vorlage der Regierungspläne kaum die Rede sein. Dabei hatte das Karlsruher Gericht sich bei seinem Urteil gar nicht an der Höhe der Sozialleistungen gestört. Es monierte nur, die Regierung habe nicht sauber gerechnet, sondern eher „ins Blaue hinein“ geschätzt.

Bis zum 1. Januar 2011, so das Verdikt, müsse von der Leyen neue Zahlen vorlegen. Zudem trugen die Richter der Ministerin auf, auch den Bedarf der 1,7 Millionen bedürftigen Kinder endlich eigenständig zu ermitteln und nicht wie in der Vergangenheit einfach von den Regelsätzen abzuleiten. Dabei müsse für alle Bedürftigen ein „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“ sichergestellt werden. Was dies konkret bedeutet, ließ das Gericht offen.

Es war die Lücke, in die von der Leyen unmittelbar nach dem Urteil stieß. Auf deutlich höhere Regelsätze dürften die Hartz-IV-Empfänger nicht hoffen, teilte die Ministerin bedauernd mit, das habe das Gericht nicht gefordert. Allerdings wolle sie für bessere Bildungschancen der bedürftigen Kinder sorgen. Diese Segnungen werde es allerdings nicht in Form von Geld für die Familien geben, sondern als Sachleistung für die Kinder.

Damit hatte von der Leyen bereits im Februar das Paket definiert, das sie vergangene Woche vorlegte. Fortan machte sich ein kleiner Kreis von Experten im Ministerium daran, die Vorgaben ihrer Chefin umzusetzen. Als Grundlage wählten sie ein Verfahren, das die Karlsruher Richter ausdrücklich gebilligt hatten.

Aus der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts sollte ermittelt werden, wofür die 20 Prozent der Haushalte mit geringem Einkommen ihr Geld ausgeben. Insgesamt mehr als 200 Positionen, von Gesundheitspflege bis zu Sportartikeln.

Weil es bei der Berechnung keine Zirkelschlüsse geben darf, rechnete das Ministerium bei den Singles 8,6 Prozent Hartz-IV- und Sozialhilfe-Bezieher her-

„Da war Willkür im Spiel“

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, 49, über das neue Hartz IV und die Tücken des geplanten Chipkartensystems

SPIEGEL: Frau Ministerpräsidentin, wird Nordrhein-Westfalen den geplanten Hartz-IV-Änderungen im Bundesrat zustimmen?

Kraft: Nicht ohne gravierende Änderungen am Gesetzentwurf. Er wird deshalb wohl in den Vermittlungsausschuss gehen. Dort werden wir versuchen, mehr für die Betroffenen herauszuholen, vor allem für die Kinder.

SPIEGEL: Fünf Euro mehr für einen erwachsenen Hartz-IV-Empfänger sind Ihnen zu wenig?

Kraft: Bei der Berechnung der Regierung war Willkür im Spiel. Nach allem, was ich aus dem Bundesministerium höre, wäre der Regelsatz deutlich höher ausgefallen, wenn man ihn nicht politisch runtergerechnet hätte.

SPIEGEL: Die Kinder sollen demnächst einen Zuschuss zu einem warmen Schulmittagessen bekommen sowie Gutscheine für Bildung und Freizeit – immerhin ein 620-Millionen-Euro-Paket. Was fordern Sie noch?

Kraft: Die Regierung rechnet sich ihre Pläne schön. Das Schulstarterpaket, von dem da die Rede ist, gibt es längst. Wir haben es in der Großen Koalition eingeführt, gegen Widerstände aus der Union. Was jetzt noch neu hinzukommt, sind nur zehn Euro pro Kind und Monat für Vereine und Kultur. Davon können Sie vielleicht den Mitgliedsbeitrag im Fußballverein stemmen. Aber Ihr Kind hat dann immer noch keine Fußballschuhe, kein Trikot und keinen Trainingsanzug.

SPIEGEL: Wie viel Euro sollten es sein?

Kraft: Es geht um das Gesamtpaket. Wir müssen mehr in die Grundleistungen für Kinder investieren. Wir brauchen mehr Kita-Plätze, Ganztagesplätze, Schulspeisung für alle Kinder und echte Teilhabe an Sport und Kultur. Wichtig ist mir, dass dieses Paket auch für die Familien geschnürt wird, die mit ihrem Einkommen nur knapp über Hartz IV liegen.

SPIEGEL: Für den Aufbau solcher Strukturen braucht es Zeit.

Kraft: Ja, und es kostet viel Geld, deshalb sollte die Ministerin auch schleunigst ihre Pläne für ein kompliziertes Chipkartensystem beerdigen. Wenn ein Kind mit so einer Chipkarte in den Sportverein geht, dann braucht der Verein demnächst wohl ein Lesegerät. Ich finde es auch falsch, dass die Jobcenter demnächst zuständig sein sollen, Kindern Nachhilfeunterricht zu vermitteln. Deren Aufgabe ist es, Arbeit zu vermitteln.

SPIEGEL: Die Ministerin will Gutscheine statt Geld verteilen, weil sie fürchtet, die Leistung käme sonst nicht bei den Kindern an. Zu Recht?

FRANK OSSENBRINK

Regierungschefin Kraft
„Keine weitere Kindergelderhöhung“

Kraft: Ich teile die Bedenken, aber das gilt nicht pauschal für alle Familien. Ich finde Investitionen in Sachleistungen besser als Geldleistungen. Aber dann frage ich mich, warum die schwarz-gelbe Bundesregierung vor einigen Monaten das Kindergeld um 20 Euro erhöht hat. Das bekommen viele, die es gar nicht nötig haben.

SPIEGEL: Sollte es gekürzt werden?

Kraft: Das geht nicht, die Eltern haben sich auf das Geld eingestellt. Aber ich bin dafür, dass es in Zukunft keine weiteren Erhöhungen gibt und wir das Geld lieber in eine Grundversorgung für Kinder stecken.

SPIEGEL: Wenn Sie sich mit der Regierung nicht einig werden, gibt es zum nächsten Jahr womöglich nicht einmal die fünf Euro Erhöhung.

Kraft: Die Regierung wird natürlich versuchen, uns den Schwarzen Peter zuzuschieben. Aber ich glaube, dass die Menschen das durchschauen. Die meisten Betroffenen, die ich kenne, empfinden die fünf Euro ohnehin als nicht der Rede wert.

Interview: Christoph Hickmann, Alexander Neubacher

aus. Doch nun war die Stichprobe zu klein, um zuverlässige Ergebnisse zu liefern. Und so ließen sie das zuständige Statistische Bundesamt Alternativen rechnen: unter anderem den Konsum der unteren 15 Prozent der nach Einkommen geschichteten Einpersonenhaushalte, in einer anderen Variante den für 20 Prozent. Von der Leyen entschied sich für die kleinere Stichprobe, aus naheliegenden Gründen: Sie enthält weniger Haushalte mit besseren Einkommen.

Davon zogen die Ministerialbeamten dann alle Ausgaben ab, die schon bisher als für das Existenzminimum nicht unabdingbar nötig angesehen werden, beispielsweise Pauschalurlaub oder Flugreisen. Zugleich rechneten sie neue Posten wie die Praxisgebühr oder Bildungsausgaben hinzu.

Hätten sie es dabei belassen, hätte der neue Regelsatz bei etwa 380 Euro gelegen. Doch die Beamten strichen auch Positionen, die heute noch im Regelsatz enthalten sind, wie unter anderem Tabak, Alkohol oder Schnittblumen. Das senkte das Ergebnis auf jene 364 Euro, die die Regierung zum neuen Regelsatz für Erwachsene erklärt.

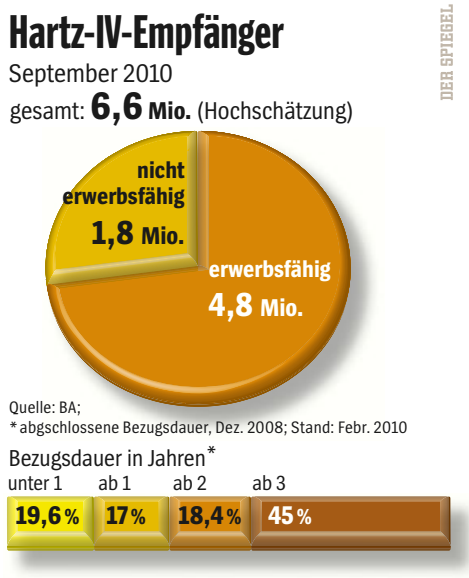
Ganz anders fiel dagegen das Ergebnis bei den Hartz-IV-Sätzen für Kinder aus. Hier stellten die Beamten fest, dass schon der gültige Regelsatz höher liegt als der jetzt ermittelte statistische Bedarf. Im Klartext: Vielen Hartz-IV-Kindern steht kaum weniger Geld zur Verfügung als den Kindern in Niedrigverdiener-Familien.

Fachleute zweifeln an den Rechnungen des Ministeriums.

Kein Wunder, dass viele Fachleute die Rechnungen des Ministeriums kritisch sehen. „Man wollte einen Regelsatz, der so niedrig wie möglich ist“, sagt die Frankfurter Wirtschaftswissenschaftlerin Irene Becker. Das Arbeitsministerium habe „nur auf die gehört, auf die man hören wollte“, moniert Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins, in dem Vertreter von Ländern und Gemeinden sowie große Wohlfahrtsverbände organisiert sind. Und der Jenaer Rechtsprofessor Eberhard Eichenhofer kritisiert: „Das ist ein statistischer Trick, man kann die Referenzgröße doch nicht beliebig runterrechnen.“

Nachdem das Arbeitsministerium am vergangenen Freitag auch alle Alternativberechnungen offenlegte, geht der Streit um das Maß der Gerechtigkeit in die nächste Runde.

Den Sozialdemokraten käme eine krachende Niederlage der Arbeitsministerin parteipolitisch recht. Die populäre Kümmerin findet Zustimmung bis tief ins sozialdemokratische Lager. Doch die SPD steckt beim Feilschen um die Hartz-IV-Regelsätze in der Klemme. Schließlich war es die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder, die das umstrittene Sozialgesetz einst durchgedrückt hatte.



Vor allem würde ein glühender Kampf für deutlich höhere Hartz-IV-Sätze bei der Kernklientel der Wählerschaft, den Angestellten und Arbeitern, auf wenig Zustimmung stoßen. Viel lieber will die SPD mit der Regierung über einen Mindestlohn verhandeln. „Wenn der allgemein verbindliche Mindestlohn drin ist, dann kann man reden“, sagt Brandenburgs Arbeitsminister Günter Baaske.

Zudem bietet das vorgesehene Bildungspaket den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten die Möglichkeit, zusätzliches Bundesgeld für die Bildungspolitik herauszuholen. „Wir hätten gern mehr Investitionen in Ganztagsschulen und -kindertagesstätten“, sagt Malu Dreyer, die rheinland-pfälzische Sozialministerin. „Wir brauchen mehr Kita-Plätze, Ganztagesplätze, Schulspeisung für alle Kinder“, fordert die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (siehe Seite 29).

Die unionsregierten Länder werden die Reform mittragen, aber auch sie sind dabei auf ihren Vorteil bedacht. Am lautesten meldete sich bisher Christine Haderthauer (CSU) zu Wort. „Flächendeckend wird es weder eine Chipkarte noch Gutscheine geben“, kanzelt die bayerische Sozialministerin die Pläne ihre Berliner Kollegin gern ab.

Es wird schwierig für von der Leyen, aber aussichtslos ist ihr Vorhaben nicht. Sie setzt auf den Reiz zusätzlicher Bundesgelder und den Charme ihrer schönen Geschichte. Sie höre ja derzeit viele „Neinsager von links wie von rechts“, rief sie am vergangenen Donnerstag ihren Parteifreunden zu. „Aber die Kinder haben ein Anrecht darauf, dass wir den Teufelskreis der Armut durchbrechen.“

Kim Bode, Markus Dettmer, Guido Kleinhubbert, Michael Sauga

„Ich dachte, ich spinne“

Hart arbeiten statt Hartz IV – lohnt sich das?

Der Tag fängt früh an für Familie Weißkirchen in Lübeck-Kücknitz: Viertel nach vier klingelt der Wecker. Vater Emanuel Weißkirchen, 46, steht wie immer als Erster auf. Dabei hat er heute noch Glück. Ein Kollege holt ihn gleich mit dem Auto ab; da muss er die 15 Kilometer zur Arbeit nicht mit dem Bus fahren.

Weißkirchen sagt, er habe eine Weile gebraucht, um sich an das frühe Aufstehen zu gewöhnen. Bevor er im Sommer vergangenen Jahres eine Stelle als Hilfsarbeiter in einer Fensterfabrik bekam, war er mehrere Jahre lang arbeitslos und lebte von Hartz IV.

Sein Job ist anstrengend, aber bislang läuft es ganz gut. Weißkirchens Chef ist jedenfalls zufrieden mit seinem neuen Angestellten.

Fraglich ist, ob sich die harte Arbeit auch für Weißkirchen lohnt. Eigentlich hatte er erwartet, es werde seiner vierköpfigen Familie finanziell viel besser gehen als mit Hartz IV. Umso größer war die Überraschung, als er die erste Lohnabrechnung bekam. „Ich dachte, ich spinne“, so Weißkirchen.

Früher sah die Rechnung für die Familie so aus: Für sich und seine Frau Christine, 36, bekam Weißkirchen 646 Euro Hartz IV im Monat. Für die Kinder Cindy, 12, und Marcel, 10, zahlte das Amt jeweils 251 Euro. Und dann gab es noch 527 Euro für die Miete. Alles zusammen ergab das 1675 Euro im Monat.

Dazu kamen Einnahmen aus einem Nebenjob. Ab und an fuhren Herr und Frau Weißkirchen zum Hafen nach Travemünde, um stundenweise auf den Fährschiffen sauberzumachen, die zwischen Deutschland und Skandinavien verkehren. Das brachte ihnen in der Hauptsaison auch mal 600 Euro im Monat, wovon sie wegen der strengen Hinzuverdienstregeln für Hartz-IV-Empfänger aber nur 200 Euro behalten durften.

Mit Hilfe ihres kleinen Nebenjobs kam die Hartz-IV-Familie auf ein Monatseinkommen von 1875 Euro. Das reichte knapp für ein Leben ohne Extras.

Heute hingegen sieht die Sache so aus: Als Hilfsarbeiter in der Fensterfabrik verdient Emanuel Weißkirchen mittlerweile 8,50 Euro in der Stunde. Bei einer 40-Stunden-Woche kommt er auf knapp 1400 Euro brutto im Monat. Netto bleiben ihm 1080 Euro.

Für Cindy und Marcel gibt es insgesamt 529 Euro Kindergeld und Kinderzuschlag, wobei Weißkirchens damit rechnen müssen, dass ihnen der Zuschlag demnächst gekürzt oder sogar ganz gestrichen wird. Dazu noch Wohngeld: 149 Euro im Monat. Unterm Strich kommt die Familie so auf 1758 Euro.

Der Unterschied zwischen Hartz IV mit kleinem Zuverdienst und harter Arbeit beträgt demnach 117 Euro – und zwar minus! Emanuel Weißkirchen war fassungslos.

Noch mieser fällt der Vergleich aus, wenn Weißkirchens ihre Ausgaben ins Kalkül einbeziehen. Als die Familie noch von Hartz IV lebte, war sie von den Fernseh- und Rundfunkgebühren befreit. Jetzt muss sie dafür 17,98 Euro im Monat bezahlen. Auch für die Pendelei zur Arbeit gibt Emanuel Weißkirchen Geld aus. Mal braucht er eine Busfahrkarte, mal beteiligt er sich an den Benzinkosten seiner Fahrgemeinschaft. Im Monat kostet ihn das mindestens 50 Euro.

Am Ende blieb der Familie so wenig Geld übrig, dass es vorn und hinten nicht reichte. Christine Weißkirchen arbeitet deshalb nun ebenfalls mehr als früher. Abends, wenn sie die Kinder versorgt hat, fährt sie zum Hafen, um die einlaufenden Autofähren zu reinigen. Ihr Stundenlohn beträgt 8,40 Euro. Bis zum Monatsende kommen, je nach Saison, mal 300 Euro, mal 600 Euro zusammen.

Die Weißkirchens haben ausgerechnet, dass sie als Doppelverdienerpaar unterm Strich nun zwischen 100 und 200 Euro im Monat mehr zum Leben haben als mit Hartz IV und kleinem Nebenjob. Sie führen immer noch ein sehr bescheidenes Leben. Vielleicht ist nächstes Jahr eine Ferienreise drin. Für ihre Kinder haben die Eheleute freilich weniger Zeit als früher. Wenn Christine Weißkirchen nach Mitternacht von ihrem Job nach Hause kommt, muss ihr Mann schon bald wieder aufstehen. In ihren Schrebergarten schaffen sie es normalerweise nur noch am Wochenende.

Emanuel Weißkirchen hegt dennoch die Hoffnung, dass sich die ganze Sache lohnt. Mit seinem Chef hat er über eine Lohnerhöhung geredet – mit Erfolg: Demnächst bekommt er einen Euro mehr die Stunde.

Alexander Neubacher

JÖRG MODROW

Arbeitnehmerfamilie Weißkirchen: *117 Euro minus*

Provokateur Sarrazin (M.)

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL (L.); RALPH SONDERMANN (U.)

CDU

„Sarrazin ist nicht Wilders“

Armin Laschet, 49, über die Kandidatur für den NRW-Landesvorsitz seiner Partei, den Umgang der Kanzlerin mit Thilo Sarrazin und die Missachtung der Provinz

SPIEGEL: Herr Laschet, lassen Sie uns über Norbert Röttgen reden – Ihren Freund, Konkurrenten oder Gegner?
Laschet: Wettbewerber.
SPIEGEL: Bringt Röttgen die Fähigkeiten mit, die ein Landesvorsitzender haben muss?
Laschet: Ohne Zweifel hat er die Fähigkeiten, die ein Vorsitzender braucht. Das Motiv für meine Kandidatur ist: Ich will die CDU wieder zur Partei des selbstbewussten Bürgertums machen. Zu einer diskussionsfreudigen Partei. Und ich bringe die Fähigkeiten mit, die man in dieser Zeit, in dieser Oppositionslage, bei einer instabilen Minderheitsregierung braucht.
SPIEGEL: Und Ihr Wettbewerber?
Laschet: Das müssen Sie ihn fragen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine instabile Regierung, die jeden Tag auseinanderbrechen kann. Entweder weil es keine Mehrheit im Parlament gibt oder die Regierung selbst vorzeitige Neuwahlen anstrebt oder das Landesverfassungsgericht einen Haushalt, den wir für verfassungswidrig halten, per einstweiliger Anordnung stoppt. Deshalb muss der neue Vorsitzende im Land Tag für Tag präsent sein und das Gegenmodell zu Frau Kraft verkörpern. Oppositionsarbeit aus Berlin geht nicht.
SPIEGEL: Würde Röttgen in die Landespolitik wechseln …
Laschet: … könnte er das natürlich auch. Ich will seine Fähigkeiten doch gar nicht in Abrede stellen. Aber es geht mir noch um etwas anderes.
SPIEGEL: Und zwar?

Kandidat Laschet
„Das Herz des Landes ist nicht in Berlin“

Laschet: Die CDU hat das Problem, dass wir Politik nicht mehr richtig erklären und die Menschen nicht mitnehmen. Das war beim Bankenrettungssystem und bei der Griechenland-Hilfe der Fall. Wir erklären Politik nicht aus unseren Grundsätzen, sondern bezeichnen vieles als „alternativlos“. Das muss sich ändern.
SPIEGEL: Gilt das auch für das neue Energiekonzept?
Laschet: Ja, denn ich habe nicht das Gefühl, dass wir es in diesem Fall mit einem Meisterwerk politischer Kommunikation zu tun hatten. Das Gegenbeispiel erleben wir übrigens bei Guttenberg.
SPIEGEL: Was hat der besser gemacht?
Laschet: Er wird die Wehrpflicht aussetzen, obwohl die Union für dieses Thema lange Jahre gestanden hat. Er geht in alle Landesverbände und Fraktionen und erklärt sein Konzept. Abgeordnete und Partei hören seine Vorstellungen, diskutieren, bringen kritische Bemerkungen ein, und am Ende werden zwei Parteitage von CDU und CSU entscheiden. Das ist der Weg, wie man die Parteibasis und auch die beteiligten Akteure mitnehmen kann.
SPIEGEL: Und das hat Röttgen in seinem Bereich nicht ausreichend gemacht?
Laschet: Es geht doch nicht um ihn. Die Regierung muss als Ganzes wirken, als Team auftreten, und dem ist sie seit der Bundestagswahl nicht ausreichend gerecht geworden. Obwohl die Wirtschaft boomt und die Arbeitslosigkeit sinkt, bekommt die Bundesregierung zurzeit die schlechtesten Noten, seit es das Politbarometer gibt.
SPIEGEL: Welchen Anteil hat Ihr Wettbewerber an diesem Absturz?
Laschet: Ich würde die schlechten Werte nicht an Röttgen festmachen, sondern an der Gesamtdarstellung der Bundesregierung. Wir müssen es wieder schaffen, dass die Themen, die die politische Klasse in Berlin diskutiert, mit dem zu tun haben, was die Menschen im Land bewegt.
SPIEGEL: Wird die Provinz in der Hauptstadt nicht ausreichend wahrgenommen?
Laschet: Unter der Berliner Glocke bleiben viele Sorgen und Ängste unberücksichtigt. Die Auflehnungsbereitschaft, die es überall gibt, spüren wir doch beim Fall Sarrazin. Innerhalb weniger Wochen kaufen 650 000 Menschen dieses Buch, und

die politische Klasse sagt: Wir beschäftigen uns nicht damit. Wir schließen ihn aus der Partei aus. Wir lesen das nicht.

SPIEGEL: So wie Ihre Parteivorsitzende und Kanzlerin, Angela Merkel.

Laschet: Ich halte es nicht für hilfreich, wenn man ein Buch verurteilt und gleichzeitig sagt, man habe es nicht gelesen. Vor allem wenn es ein Buch ist, das viele Millionen Menschen in Deutschland bewegt. Man muss es zumindest so ernst nehmen, dass man es liest.

SPIEGEL: Sie haben das Buch inzwischen gelesen, nehmen wir an.

Laschet: Ja. Sarrazin hat eine flotte Sprache, es liest sich flüssig. Die Teile mit seinen genetischen Theorien sind unsinnig, obwohl sie natürlich auch zugespitzt zitiert werden. Aber trotzdem ist das Buch ein wichtiger Diskussionsbeitrag …

SPIEGEL: … der sich noch innerhalb des zulässigen Meinungsspektrums bewegt?

Laschet: Ja, er hat mit seinem Tabubruch die dahinterstehenden Fragen offengelegt. Sarrazin trifft nicht meine Meinung, aber er ist kein Rechtsradikaler oder Verfassungsfeind oder was auch immer. Ich würde mich mit ihm intellektuell und klar auseinandersetzen. Das ist kein Geert Wilders, es ist auch keine extremistische politische Position. Sarrazin polemisiert und spitzt zu, wie er das schon seit Jahren tut.

SPIEGEL: Und die Reaktion der Berliner Politik auf Sarrazin ist für Sie ein Indiz dafür, wie abgehoben die politische Klasse inzwischen ist?

Laschet: Mit Bonn als Hauptstadt stand immer fest, dass die Wirklichkeit des Landes außerhalb Bonns liegt. In Berlin scheint mir das nicht so klar zu sein. Das Herz des Landes befindet sich nicht in Berlin-Mitte zwischen dem Restaurant Borchardt und dem Café Einstein, es liegt außerhalb Berlins. Das sollte man auch bedenken, wenn es um den Parteivorsitz in einem so großen Land wie Nordrhein-Westfalen geht.

SPIEGEL: Deshalb finden Sie, dass mit Röttgen nicht auch noch ein Bundespolitiker an der Spitze des nordrhein-westfälischen Landesverbandes stehen sollte?

RALPH SONDERMANN

Laschet-Konkurrent Röttgen
„Kein Meisterwerk der Kommunikation“

Laschet: CDU-Erfolgsgeschichten sind aus den Ländern entstanden. Roland Koch, Christian Wulff, Ole von Beust, Peter Müller – alle waren lange Jahre im Landtag und haben dann irgendwann das Land erobert. Die CDU ist eine föderale Partei, und deshalb sollte der Landesvorsitzende auch im Landtag sitzen. Es ist ein Gebot der Klugheit, jeden an der richtigen Stelle einzusetzen.

SPIEGEL: In der Bundes-CDU sind die Landespolitiker gerade auf dem Rückzug. Da werden in der Parteispitze zurzeit Ministerpräsidenten durch Bundesminister ersetzt.

Laschet: Die Verhältnisse scheinen sich im Moment so zu entwickeln. Die CDU ist aber nie nur eine Bundespartei gewesen, sondern sie war auch immer stark in den Ländern und Kommunen. Die Stimmung dort muss auch in die Spitze der Bundespartei einfließen.

SPIEGEL: Gesetzt den Fall, Sie würden zum Landesvorsitzenden gewählt – wer wäre Ihr potentieller Koalitionspartner?

Laschet: Die Linken scheiden aus. Jede demokratische Partei ist prinzipiell ein Koalitionspartner. Eine Große Koalition würde aus der instabilen Lage heraushelfen. Für Schwarz-Gelb reicht es im Moment nicht und für Schwarz-Grün auch nicht, obwohl das viele Menschen vor der Wahl erwartet haben.

SPIEGEL: Sie auch?

Laschet: CDU und FDP haben hier gut gearbeitet und viel bewegt. Doch das ist durch den schlechten Eindruck der Koalition in Berlin überdeckt worden. Aber natürlich ist auch Schwarz-Grün denkbar. Allerdings erleben wir im Moment, dass sich in NRW die Grünen zu einer industriefeindlichen Partei entwickeln. Ihre ideologische Schulpolitik und eine unverantwortliche Schuldenpolitik gehen zu Lasten der Zukunft unserer Kinder.

SPIEGEL: Die Option Schwarz-Grün ist doch ohnehin tot, seitdem die Koalition in Berlin den Ausstieg aus dem Atomausstieg will.

Laschet: Warum? In Hamburg wird Schwarz-Grün doch ebenso wenig aufgelöst wie das Jamaika-Bündnis aus CDU, FDP und Grünen im Saarland. Die CDU muss ihre Positionen klar formulieren und darf sich nicht grün gerieren. Sonst wählen die Menschen das Original.

SPIEGEL: Und noch eine Frage müssten Sie als Landesvorsitzender beantworten: Würden Sie der rot-grünen Minderheitsregierung die nötigen Landtagsstimmen verschaffen, falls sie Neuwahlen anstrebt?

Laschet: Wenn eine Regierung am Ende ist und erklärt, sie wolle Neuwahlen, dann sind wir dazu bereit. Alles ist besser als eine von der Linken abhängige rot-grüne Minderheitsregierung.

INTERVIEW: KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, BARBARA SCHMID

EINHEIT

Angies vergessene Freunde

Sechs Monate lang regierte Lothar de Maizières Kabinett die DDR. Heute verbindet Ex-Minister und Ex-Staatssekretäre nur noch eines: der Wunsch nach Anerkennung und einer Pension.

An ihren letzten offiziellen Termin als Staatssekretärin hat Gabriele Muschter präzise Erinnerungen: 26. September 1990, Kabinettssitzung im Amtssitz des DDR-Ministerrats. Sie musste den Kulturminister vertreten. Eine knappe Stunde dauerte diese letzte Sitzung, da beugte sich ein Berater zu Lothar de Maizière: „Herr Ministerpräsident, sollten Sie den Leuten nicht danken?“ Er nickte. Dann wurde Sekt geholt.

Ein bisschen Dankbarkeit, darum geht es Muschter, Jahrgang 1946, heute wieder. Sie ist Kunsthistorikerin, hat Galerien geleitet, Bücher herausgegeben, aber ihre finanzielle Lage ist schlecht. Mehr als 800 Euro Rente wird sie als Pensionärin nicht bekommen. Ihre Wohnung in Berlin-Prenzlauer Berg wird sie sich dann nicht mehr leisten können. „Gibt es einen Staatssekretär in der alten Bundesrepublik, dem es so geht wie mir?“, fragt sie. Eine kleine Pension für ihren Dienst am „einig Vaterland“, das ist ihr Wunsch.

23 Minister und 48 Staatssekretäre hatte die letzte Regierung Ost-Berlins. 553 Vorlagen hat sie bestätigt. Und den Einigungsvertrag. In knapp sechs Monaten wickelte sie einen ganzen Staat ab, dann löste sie sich selbst auf.

Was folgte, war ein sehr individueller Weg in die Klassengesellschaft: Prominente wie de Maizière und Innenminister Peter-Michael Diestel blieben zeitweise im Polit-Geschäft und arbeiten heute in großen Anwaltskanzleien; Verhandlungsführer Günther Krause wurde straffällig, einige wurden Landesminister, andere hatten Probleme, einen neuen Job zu finden. Ein wenig Kollektivgeist aber blieb. Er hält ein paar getreue Kämpen des DDR-Kabinetts noch immer zusammen, im Ringen um eine kleine Pension. Um ein wenig Aufmerksamkeit und Anerkennung vom Volk – und von einer alten Bekannten: Angela Merkel.

Eine Art Schriftführer hat dieses letzte DDR-Kabinett noch immer. Werner Ablaß, 63, war Staatssekretär und ist heute „Beauftragter für Sonderaufgaben im Bereich der Bundeswehr in den neuen Bundesländern“. Sein Dienstzimmer liegt in Strausberg, dem früheren Hauptsitz des DDR-Verteidigungsministeriums. Nur ausgerechnet jetzt, im Jahr 20 der deutschen Einheit, kann er hier nicht empfangen, Renovierungsarbeiten.

Im Herbst 1989 gehörte Ablaß zum „Demokratischen Aufbruch“. Er wurde Staatssekretär, sein Parteifreund Pfarrer Rainer Eppelmann letzter Verteidigungsminister der DDR. Und dann war da noch eine junge Frau in der Partei, sie wurde

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Ex-Staatssekretär Ablaß, DDR-Regierung 1990:

stellvertretende Regierungssprecherin. „Die Angela“, erinnert sich ein Weggefährte, „die stand in der Küche und hat Schrippen jeschmiert.“

Stolz sind sie schon auf die frühere Kollegin. Aber auch ein bisschen wütend. Angela Merkel habe sie hängenlassen, klagen sie. Sie da oben, die Frau Bundeskanzlerin, wir da unten. Eine ganze Reihe von Kollegen, sagt Ablaß, sei „vom Kabinettstisch zum Arbeitsamt marschiert“.

Zum 15. Jahrestag der Einheit hatte Nachlassverwalter Ablaß wieder einmal seine Unterlagen durchforstet und war auf mehrere noch immer arbeitslose Ex-Kollegen gestoßen. Er telefonierte herum und bekam unerwartete Geschichten zu hören. Einigen waren die sechs Monate in der DDR-Regierung bei der Ermittlung ihrer Renten überhaupt nicht angerechnet worden, wegen angeblicher „Nähe zum SED-Regime“ – ein Fehler, wie die Bürokraten der Rentenkasse nach Protesten einräumten. Sie hatten die Zeit einfach der SED-Herrschaft zugeordnet. Ablaß reichte es, er rief seinen Ex-Chef de Maizière an, den

ADN-BILDARCHIV / ULLSTEIN BILD

„Vom Kabinettstisch zum Arbeitsamt marschiert“

er immer noch gern als „Herr Ministerpräsident“ bezeichnet.

Der traf sich daraufhin mit früheren Kabinettsmitgliedern. Man erregte sich über mangelnden Respekt ihnen gegenüber und beriet, was zu tun sei. Ein letzter deutsch-deutscher Schlagabtausch begann.

Am 28. Oktober 2004 schrieben de Maizière, Eppelmann und der letzte DDR-Außenminister Markus Meckel einen Bittbrief an Bundespräsident Horst Köhler. „Die letzte frei gewählte Regierung versäumte es, für sich selbst zu sorgen (...). Uns bedrückt heute, dass eine Reihe von damaligen Kollegen heute unter sozial sehr schwierigen Verhältnissen leben.“ Man bitte um Anerkennung. Und um eine kleine Pension.

Diskrete Gespräche wurden geführt. Doch es vergingen zweieinhalb Jahre, bis die Bundesregierung endlich einen „Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesministergesetzes“ vorlegte. Er sah eine kleine Pension vor, allerdings nur für de Maizière und seine Minister; ein Teilerfolg.

Wieder steckten die letzten Regenten der DDR die Köpfe zusammen, wieder schrieben sie einen Brief, diesmal an ihre alte Kollegin „Angela“. Sie solle die Staatssekretäre nicht vergessen.

Doch nicht die „Verehrte Frau Bundeskanzlerin“ antwortete, sondern „zuständigkeitshalber“ ein Mitarbeiter des Bundesinnenministers. Die Einbeziehung der DDR-Minister in die Ministerversorgung sei eine „Geste“. Noch einmal gab es empörten Protest, die Veteranen vom Ministerrat fühlten sich protokollarisch herabgesetzt. Noch einmal antwortete die Bundesregierung, diesmal lobte Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ausdrücklich den Anteil der letzten DDR-Regierungsmitglieder am „demokratischen Neuanfang“. Auch solle die Wertschätzung der Leistung der Staatssekretäre nicht geschmälert werden. Allein: Die Regierung werde ihren Gesetzesvorschlag nicht ändern.

Ein letztes Mal kam das Staatssekretärs-Kollektiv zusammen. Ablaß und fünf Kumpane protestierten beim Innenausschuss des Bundestags. „Politisch und moralisch unwürdig“ sei Schäubles Argumentation, es gehe nicht um eine „Geste“ oder um „Gnade“.

Es half nicht. Der Bund verabschiedete ein Gesetz, das jedem DDR-Minister des letzten Kabinetts „fünf vom Hundert des Amtsgehaltes und des Ortszuschlages eines Bundesministers“ als Ruhegehalt zubilligt, dem Ministerpräsidenten „fünf vom Hundert“ des Bundeskanzlers. Pensionär de Maizière kann heute an seinem Rentenbescheid erkennen, wie viel seine frühere Sprecherin verdient. Der Rechtsanwalt erhält nun für seinen Dienst an der Einheit monatlich 778,78 Euro. Dass seine Staatssekretäre leer ausgingen, ärgert ihn.

Gabriele Muschter hat deshalb einen weiteren Versuch gestartet: Vor zwei Wochen schrieb sie eine Petition an den Bundestag. Ihre finanzielle Lage sei schlecht. Es gehe ihr um „ein würdiges Dasein“ für eine angemessene „würdige Leistung“. Sie finde es „ungerecht, dass wir für die Zeit damals keinerlei Vergütung bekommen“.

Auch ihr Kollege Udo Bartsch, 68, schimpft über die „Krämerseelen“. Ihm habe allerdings schon am 3. Oktober 1990 seltsames geschwant. Er war als Kulturstaatssekretär zu Gast am Deutschen Eck bei Koblenz, zur deutsch-deutschen Jubelfeier. Da nahm ihn gegen Mitternacht ein West-Politiker beiseite: Was er für Pläne habe, jetzt, wo er arbeitslos sei, fragte ihn der Gastgeber. Schon am nächsten Tag war das „Protokoll“ nicht mehr für ihn zuständig.

Bartsch lebt heute in der ehemaligen Residenz des Botschafters der Volksrepublik Jemen in der DDR. Ein grauer Betonwürfel in Berlin-Pankow. Auf dem Wohnzimmertisch liegt eine weiße Mappe mit seiner Ernennungsurkunde. Bartsch weiß, dass er sich das Haus bald nicht mehr leisten kann. Stefan Berg

KARRIEREN

Zu viel der Ehre

Der in Vorteilsannahme-Verdacht geratene Oberbürgermeister von Wolfsburg schmückt sich mit dem Titel eines Honorarprofessors – zu Recht?

Rolf Schnellecke, 66, hat es nicht leicht in diesen Tagen. Die Staatsanwaltschaft nervt mit einem Ermittlungsverfahren, das Innenministerium mit einem Disziplinarverfahren. Da müsste den Wolfsburger Oberbürgermeister beruhigen, dass ihn wenigstens ein Hauch von akademischer Würde umweht: Die Fahnder ermitteln gegen den Herrn Professor Schnellecke.

So darf sich der CDU-Politiker nennen, seit ihn die Technische Hochschule Wildau in Brandenburg 2008 mit der Bezeichnung „Honorarprofessor“ beehrte. Doch während die Staatsanwälte in Wolfsburg noch dem Verdacht nachgehen, dass sich der Jurist Schnellecke der Vorteilsannahme strafbar gemacht hat (was er bestreitet), drohen ihm ausgerechnet wegen des schönen Titels neue Probleme. Das brandenburgische Wissenschaftsministerium nimmt eine „detaillierte Prüfung“ vor, wie aus dem Kommunalpolitiker ein Professor werden konnte.

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf das deutsche Hochschulrecht: Wo Professor draufsteht, ist längst nicht immer ein forschender, lehrender und gar habilitierter Geist drin. Das „Titelland Deutschland“, wie der Ordinarius Immanuel Kant einst lästerte, verleiht auch anderen die begehrte Buchstabenkombination. Die Ehrendoktorwürde kommt dabei in der säkularen Gesellschaft nur einer Seligsprechung gleich, die Honorarprofessur hingegen einer Heiligsprechung – höher hinaus geht es nicht.

Geld bekommen Honorarprofessoren nicht, anders als die Bezeichnung nahelegt. Das Schönste an der Honorarprofessur ist vielmehr die Abkürzung, die oft nur aus den Buchstaben „Prof.“ besteht. Denn den Prof-Punkt-Titel kann dann jeder führen, als hätte er einen Lehrstuhl an einer altehrwürdigen Universität – und wäre nicht nur Gratisdozent an irgendeiner Hochschulklitsche.

Anwälten oder Ärzten verspricht der Namenszusatz ein höheres Einkommen, allen anderen zumindest ein höheres Prestige. Kaum jemand ist sich zu fein, mit dem Titel auch dann zu protzen, wenn er es bis in die Bundesregierung geschafft hat: Prof. Dr. Annette Schavan etwa, Honorarprofessorin der Freien Universität Berlin.

Ihre Lehrveranstaltung im vergangenen Semester hatte einen vergleichsweise ambitionierten Titel: „Die Pastoralkonstitution ‚Gaudium et spes‘ des Zweiten Vatikanischen Konzils“. Andere Dozenten ziehen sehr praxisnah klingende Bezeichnungen vor, zum Beispiel Talkmaster-Prof. Alfred Biolek („Gespräch / Show“), Bundestagspräsident-Prof. Norbert Lammert („Der Deutsche Bundestag“) und Unternehmensführer-Prof. Wolfgang Reitzle („Unternehmensführung“).

Wie freigebig manche Institution mit den Titeln umgeht, zeigt der Fall der University of Management and Communication, einer Fachhochschule in Potsdam. Der Wissenschaftsrat verwehrte ihr 2009 die Akkreditierung, auch weil die Möchtegern-Hochschule einen „nicht hinnehmbaren leichtfertigen Umgang mit der Berufsbezeichnung ‚Professor‘“ pflegte.

Es sei ja ganz schön, dass die Hochschule über „gute Kontakte zur Wirtschaft, zu öffentlichen Einrichtungen und zu Verbänden“ verfüge, hielt der Wissenschaftsrat fest. Aber: „Der Weg, die Verbindungen über die Vergabe von Nebenerwerbs- und Honorarprofessuren zu pflegen“, sei nicht akzeptabel. Das Gremium hatte ausgerechnet, dass auf einen hauptamtlichen ein Honorarprofessor kam. Im Durchschnitt sei das Verhältnis 25 zu 1.

Der Hochschulausschuss der Kultusministerkonferenz will sich jetzt einen Überblick verschaffen, was in Deutschland so an Professoren herumläuft: ob Junior- oder Honorar-, außerplanmäßig oder gar ehrenhalber.

Diese Ehrenprofessur ist eine Spezialität mancher Bundesländer. Wie ein Schützenvereinspräsident dem verdienten Mitglied das Ehrenzeichen überreicht, so kann eine Landesregierung jemanden zum Professor schlagen. Der Titelträger ehrenhalber muss weder akademische Verdienste vorweisen noch Verpflichtungen eingehen. Berlin beschenkte auf diese Weise den Filmemacher Billy Wilder, Baden-Württemberg den Automacher Jürgen Schrempp und den Zeitschriftenmacher Hubert Burda. Und im Saarland bekam ein gewisser Peter Hartz 2004 nach dem Doktor auch noch den Professor ehrenhalber – drei Jahre später folgten Geld- und Bewährungsstrafe.

Im Fall Schnellecke prüft nun das Ministerium, wie ihn die Hochschule Wildau in den Stand der Honorarprofessoren erhob. Erforderlich waren laut Gesetz eine „mehrjährige Lehrtätigkeit an einer Hochschule“ oder „besondere wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen in einer mehrjährigen beruflichen Praxis“. An der Praxiserfahrung zweifelt niemand, der Mann ist seit Jahren Oberbürgermeister und war zuvor schon in der Verwaltung und der familieneigenen Spedition tätig. Aber besondere wissenschaftliche oder gar künstlerische Leistungen?

In Bibliothekskatalogen und großen akademischen Datenbanken findet sich keine wichtige Publikation unter seinem Namen. Die Hochschule Wildau verweist auf einen dreiseitigen Aufsatz in „Der Städtetag“ 2008, dessen Co-Autor Schnellecke sei und der den Titel trage: „Standortmarketing – Was wir uns leisten sollten“. Schnellecke selbst betont, dass er früher juristische Referendare ausgebildet und sehr wohl „im Vorfeld“ der Bestellung zum Honorarprofessor „Vorlesungen und Vorträge“ in Wildau gehalten habe.

Die Termine könne er nicht nennen, seine Kalender habe er nicht zur Hand: Die Ermittler hätten sie mitgenommen.

Miriam Olbrisch, Sven Röbel, Markus Verbeet

JOCHEN LÜBKE / DPA

SVEN PAUSTIAN

JENS SCHLÜTER / DAPD

Titelträger Schnellecke, Hartz, Biolek: *Die Honorarprofessur kommt der Heiligsprechung gleich – höher hinaus geht es nicht*

GESUNDHEIT

„Eine Gefahr für Patienten“

Interview mit dem Gesundheitsfunktionär Rainer Hess über das neue Arzneimittelgesetz, Einflüsterungen der Pharmalobbyisten und warum Ärzte nicht wissen, welche Pillen wirklich helfen

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Hess, 69, ist Jurist und Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). In dem Gremium sitzen Vertreter von Ärzten, Krankenkassen und Kliniken, die auf der Basis wissenschaftlicher Studien den Nutzen von Therapien beurteilen. Aufgabe des mächtigen G-BA war es bisher, festzulegen, welche Leistungen von den Krankenkassen nicht mehr bezahlt werden.

SPIEGEL: Herr Hess, bisher konnten Sie entscheiden, welche Medikamente Kassenpatienten bekommen und welche nicht. Wenn das neue Arzneimittelgesetz im Januar in Kraft tritt, soll sich das ändern. Dürfen Patienten sich jetzt freuen, weil die Kassen künftig alles bezahlen müssen?

Hess: Im Gegenteil. Wenn das Gesetz mit den jetzt bekanntgewordenen Änderungsanträgen tatsächlich so in Kraft tritt, bedeutet das für die Patienten ein deutlich höheres Risiko, mit Medikamenten behandelt zu werden, deren Nutzen nicht gesichert ist. Der G-BA hat sich zum Beispiel vor kurzem gegen das Diabetes-Mittel Avandia ausgesprochen, weil wir im Lauf der Jahre erkannt haben, dass Patienten, die das Mittel nehmen, häufiger Herzinfarkte und Knochenbrüche bekommen. Unser Votum haben wir abgegeben, obwohl das Präparat zugelassen war.

SPIEGEL: Warum wurde es dann überhaupt zugelassen? Ist denn nicht sichergestellt, dass jedes zugelassene Arzneimittel den Patienten auch hilft?

Hess: Das ist ein weitverbreiteter Irrtum. Wenn ein Medikament zugelassen wird, heißt das in Wahrheit nur, dass es zum Zeitpunkt der Zulassung unbedenklich und wirksam ist – zumindest auf einem Mindestniveau ist das dann gesichert. Ob es den Patienten mit dem neuen Präparat aber tatsächlich bessergeht als mit einem der alten Mittel, ist damit keineswegs geklärt. Es gibt in Deutschland mehr als 50 000 Arzneimittel, viele davon sind für dieselben Krankheiten zugelassen. Deshalb müssen wir in der vergleichenden Bewertung diejenigen Präparate herausfinden, die einen belegten Zusatznutzen, aber weniger Risiken haben. Das sind dann die Mittel der Wahl, die die Kassen den Versicherten anbieten müssen – selbst wenn sie relativ teuer sind. Vor allem aber muss der G-BA Arzneimittel wie Avandia ausschließen, die einen schlecht belegten Zusatznutzen und zugleich höhere Risiken haben.

SPIEGEL: Genau das wird Ihnen aber künftig nicht mehr möglich sein. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP jedenfalls haben beschlossen, dass Sie ein Präparat künftig nicht mehr anders beurteilen dürfen als die Zulassungsbehörde.

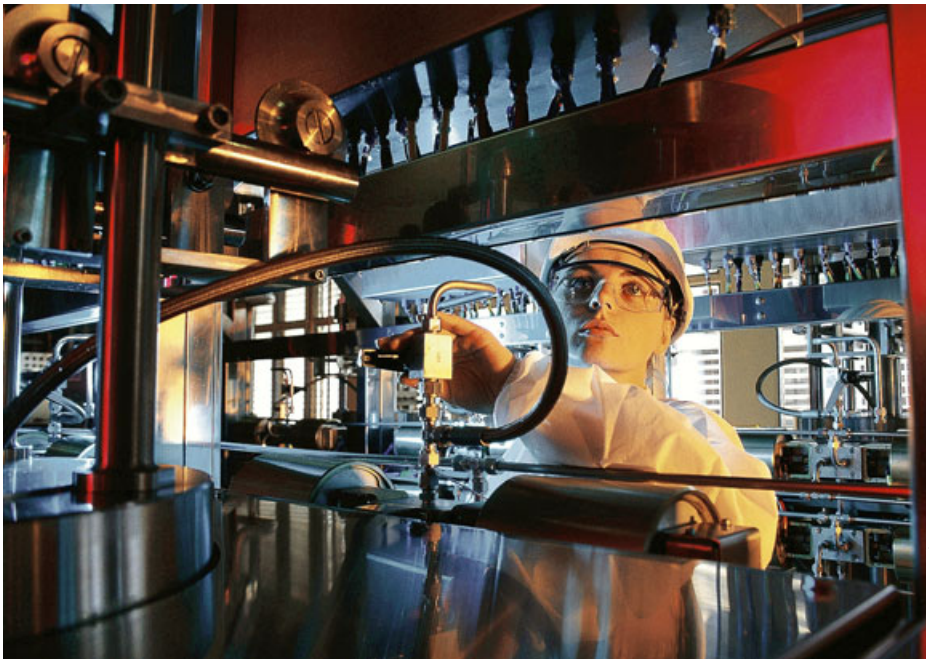
Hess: In diesem Punkt würde das neue Gesetz wirklich zu einer Gefahr für Patienten führen.

SPIEGEL: Wissen nicht die Ärzte am besten, welche Arzneimittel helfen? Wozu bedarf es da noch so eines Bürokratengremiums wie der G-BA?

Hess: Auf die Ärzte stürmt eine Vielzahl von Informationen zu neuen Arzneimitteln ein. Eine der wichtigsten Quellen sind dabei immer noch Pharmaunternehmen, die natürlich alles andere als objektive Informationen liefern. Der Gesetzgeber hat deshalb vor sechs Jahren das unabhängige Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) geschaffen. Dieses Institut wertet systematisch alle weltweit verfügbaren Studien aus und prüft nach strengen Kriterien, ob ein neues Mittel den Patienten wirklich hilft. Es gibt dem G-BA auf evidenzbasierter Grundlage eine wissenschaftlich unabhängige Empfehlung. So einen Überblick kann sich kein einzelner Arzt verschaffen.

SPIEGEL: Die Regierung will auch die Regeln für sogenannte Orphan Drugs, also für Medikamente gegen sehr seltene Erkrankungen, verändern. Bei solchen Mitteln, so heißt es in dem Gesetzentwurf, sei fortan mit der behördlichen Zulassung automatisch auch der Zusatznutzen des Medikaments belegt. Sehen Sie darin eine Verbesserung?

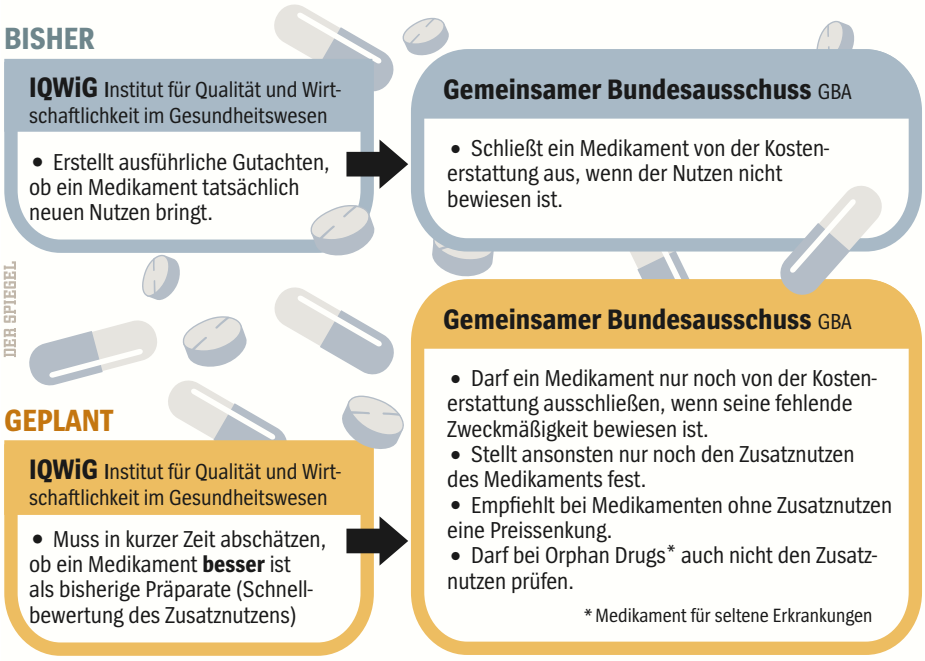
Hess: Keineswegs. Ich glaube, die Gesetzesschreiber haben wirklich völlig falsche Vorstellungen davon, was ein Orphan Drug ist. Man ging wohl davon aus, es handele sich um Präparate für so seltene Erkrankungen, dass es dazu keine Alternativen gäbe und auch keine aussagekräftigen Studien gemacht werden können. Tatsächlich werden aber fast alle neuen und damit zugleich extrem teuren Krebsmedikamente als Orphan Drugs zugelassen. Anschließend wird dann der Einsatzbereich dieser Medikamente nach und nach auf immer mehr Krebserkrankungen ausgedehnt, ohne dass sich am Orphan-Drug-Status etwas ändert. So lassen sich mit einigen dieser Mittel Jahresumsätze von 300 Millionen Euro machen. Wenn das Gesetz in seiner jetzigen Form



PICTURE ALLIANCE / DPA

Anlage der Pharmaindustrie in Leverkusen: *„Überaus fragwürdige Marktstrategie“*

Bittere Medizin Neuregelung der Erstattungsfähigkeit von Medikamenten



käme, dürften wir den Nutzen fast keines Krebsmedikaments mehr bewerten. Das kann nicht sein! Im Übrigen wäre damit auch absehbar, dass das vorgesehene Einsparziel niemals zu erreichen ist.

SPIEGEL: In Ihren Augen geht es bei der Orphan-Drug-Regel also nur darum, der Pharmaindustrie den Rücken zu stärken?

Hess: Die Pharmaindustrie vertritt ihre Interessen, wie andere Gruppierungen auch.

SPIEGEL: Es kann Ihnen aber doch nicht egal sein, wenn die Koalition den Einflüsterungen der Pharmalobby auf den Leim geht.

Hess: Es geht um Marktinteressen. Es gibt Marketingstudien für die Industrie, die dazu raten, verstärkt in den Orphan-Drug-Markt zu investieren! Da geht es also nicht nur um die Behandlung seltener Erkrankungen, sondern auch um eine überaus fragwürdige Marktstrategie.

SPIEGEL: Der vorliegende Gesetzentwurf sieht auch vor, dass Sie ein Präparat künftig nur noch von der Erstattung ausschließen dürfen, wenn dessen Unzweckmäßigkeit bewiesen werden kann.

Hess: Ja, und wie soll der G-BA das beweisen? Man kann sagen: Es gibt keinen Beweis, dass ein Mittel nützt. Aber man kann fast nie sagen: Es gibt einen Beweis, dass es nicht nützt. Die Industrie wird uns jedenfalls keine Studie liefern, die das belegt. So eine Umkehr der Beweislast gefährdet den Patientenschutz!

SPIEGEL: Wenn das neue Gesetz wie geplant in Kraft tritt, dürfen Sie nicht einmal mehr die Kriterien festlegen, nach denen Sie neue Medikamente bewerten. Die will Ihnen künftig das Ministerium in einer Rechtsverordnung vorschreiben. Merken Sie eigentlich, dass Sie entmachtet werden sollen?

Hess: Es ist eine gravierende Änderung. Aber ich muss leider zur Kenntnis nehmen, dass nicht einmal alle unsere Träger gegen diese Rechtsverordnung sind.

SPIEGEL: Der Verband der forschenden Arzneimittelhersteller wünscht sich, dass künftig der Nutzen eines Medikaments auch durch sogenannte Surrogatparameter belegt werden kann.

Hess: … was ich für äußerst problematisch halte. Denn es bedeutet: Es ist nicht mehr entscheidend, ob es einem Patienten nach der Einnahme eines Medikaments wirklich bessergeht. Es reicht schon, wenn sich bestimmte Laborwerte wie Blutdruck oder Cholesterin verbessert haben.

SPIEGEL: Kann nicht auch darin ein Nutzen bestehen?

Hess: Dies wird für die Krebstherapie eines der schwierigsten Bewertungsprobleme werden. Denn schon heute sind die meisten Krebsmedikamente nur aufgrund von Surrogatparametern zugelassen. Das heißt, man untersucht nicht, ob Patienten länger leben oder ob es ihnen zumindest bessergeht, sondern es reicht, wenn ein Tumor nach Einnahme des Medikaments eine gewisse Zeit lang nicht weiterwächst, auch wenn die Patienten dafür schwerste Nebenwirkungen in Kauf nehmen müssen. Wenn sich eine solche Praxis allgemein durchsetzt, dann verabschiedet sich Deutschland vom international gültigen Standard der evidenzbasierten Medizin.

SPIEGEL: Die US-Regierung gibt gerade eine Milliarde Dollar für vergleichende Medizinforschung aus. In Deutschland dagegen hat das IQWiG einen Jahresetat von gerade mal 15 Millionen Euro. Sind wir, was medizinisches Wissen angeht, zum Importland geworden?

Hess: Evidenzbasierte Medizin muss in Deutschland endlich die Bedeutung bekommen, die ihr zukommt. Etwas anderes können wir uns im internationalen Vergleich nicht leisten. Es geht deswegen nicht nur um den Wirtschafts-, sondern auch um den Wissenschaftsstandort Deutschland.

SPIEGEL: Das ist doch ein frommer Wunsch. Derzeit sieht es so aus, dass der neue IQWiG-Chef Jürgen Windeler zwar für Sie die schönsten Gutachten schreiben kann – sie werden aber ohne Folgen bleiben, wenn das Gesetz so durchkommt.

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Gesundheitsminister Rösler*: *„Völlig falsche Vorstellungen“*

* Beim Besuch eines Pharmagroßhändlers in Braunschweig.

Hess: Das kann in der Tat passieren. Ich hoffe dennoch, dass auch eine Rechtsverordnung die IQWiG-Standards übernehmen muss und dass das Thema Orphan Drugs vernünftig geregelt wird. Sonst stellt sich wirklich die Frage, ob ein solches Institut überhaupt noch Sinn macht.

SPIEGEL: Sehen Sie eine Chance, die Änderungen noch zu verhindern?

Hess: Ich bin Optimist, und ich glaube immer noch, dass gute Argumente auch die Politik überzeugen werden.

SPIEGEL: Sind Sie enttäuscht darüber, dass man im Ministerium offenbar eher auf die Pharmaindustrie hört als auf Sie?

Hess: Das mag persönliche Enttäuschung auslösen, aber die hat mich in meiner Funktion als Vorsitzender des G-BA nicht zu interessieren.

SPIEGEL: Minister Rösler wirbt für sein neues Gesetz damit, dass nun jedes Arzneimittel einer sogenannten Schnellbewertung unterzogen wird.

Hess: Die frühe Nutzenbewertung ist richtig, sie wird auch helfen, Kosten zu sparen. Aber bei diesem Verfahren geht es nur darum, welcher Preis angemessen ist. Wir können aufgrund einer frühen Nutzenbewertung also nicht beschließen, dass ein Präparat ausgeschlossen werden soll. Umso wichtiger ist es, dass wir nach einigen Jahren das Medikament erneut überprüfen dürfen mit Hilfe der klassischen Nutzenbewertung. Und genau diese Möglichkeit wird nach dem jetzigen Entwurf abgeschafft, obwohl das Bundesverfassungsgericht schon 1991 klar unterschieden hat zwischen Zulassung und Nutzen eines Medikaments.

SPIEGEL: Bis zu den Abgeordneten der Regierung scheint sich das aber nicht herumgesprochen zu haben.

Hess: Für mich ist das schon einigermaßen überraschend.

SPIEGEL: Wäre es nicht besser, das Gesetz in der jetzigen Form in den Müll zu werfen?

Hess: Die geplante frühe Nutzenbewertung ist sinnvoll. Aber dass uns im Gegenzug das bisherige Instrument einer evidenzbasierten Nutzenbewertung genommen werden soll, ist ein großes Problem. Im Übrigen habe ich gelernt, dass in der Gesundheitspolitik nach der Reform immer eine neue Reform kommt. In zwei, drei Jahren werden die Karten sowieso wieder neu gemischt.

SPIEGEL: Sie sind bisher einer der mächtigsten Männer im Gesundheitswesen, werden im kommenden Monat 70 Jahre alt. Haben Sie in den vergangenen Wochen nicht mal überlegt, den Bettel einfach hinzuwerfen?

Hess: Ich habe noch eine verbleibende Amtszeit von anderthalb Jahren, und ich bin kein Mensch, der sagt: Jetzt werfe ich die Brocken hin.

Interview: Markus Grill, Veronika Hackenbroch

ESSAY

Wir Westalgiker

Wie die Westdeutschen der inneren Einheit Deutschlands im Wege stehen

Von Markus Feldenkirchen

Ich war kein Freund der Wiedervereinigung. Das mal vorweg. Von mir aus hätte es damals keine Revolution geben müssen. Ich war damals 14 Jahre alt und versprach mir persönlich nichts davon. Es ging uns doch bestens. Damals im Westen.

Ich weiß noch genau, was ich an jenem Abend empfand, als die Mauer fiel. Ich saß allein vor dem Fernseher und musste lachen, ohne mich freuen zu können. Die Kamera zeigte feiernde Menschen, die mir fremd waren, sie trugen Baumfällerhemden, Jeansjacken und – egal, ob Frau oder Mann – eine Einheitsfrisur: extrem gelockt und hinten etwas länger. Einen Pudellook. So sah ich es damals. Ihre Augen glänzten, manche brachten es fertig, zeitgleich zu lachen und zu weinen.

Ich verstand die Euphorie dieser Menschen nicht, der Funke wollte nicht überspringen. Ihre Freude berührte mich peinlich, es fühlte sich unangenehm an. Ich ahnte, dass es korrekt gewesen wäre, sich mitzufreuen, dass es eine Aufgabe von nationaler Bedeutung sein könnte. Aber es gelang mir nicht, es war nicht meine Party. Die Pudel feierten, und ich ging ins Bett.

Eigentlich hätte dies die Stunde meiner Generation sein müssen. Jede Generation hat das Verlangen nach dem einen großen historischen Moment, der Erzählstoff liefert für den langen Rest des Lebens. Unsere Großeltern hatten ihren Weltkrieg gehabt, ihre schaurigen Geschichten aus Luftschutzbunkern und Schützengräben, von Kameradschaft und vom Töten. Unsere Eltern und Lehrer hatten ihre kleine Revolution gehabt, ihr 68, nun konnten sie den Rest ihres bürgerlichen Lebens erzählen, wie rebellisch sie einst gewesen waren und – ganz nebenbei – wie leicht man damals Sex haben konnte. Nur meine Generation hatte bislang weder einen Krieg noch großen Sex vorzuweisen. Jetzt aber schien die Stunde einer neuen Generation gekommen, Großes leuchtete am Horizont des Weltgeschehens. Nur leider berührten mich die Ereignisse nicht, so allein vor meinem Fernseher im tiefen Westen.

Jetzt, da sich die Wiedervereinigung zum 20. Mal jährt und die Klagen wieder anschwellen, dass wir bis heute ein geteiltes Land sind, dass wir zu wenig voneinander wissen, uns nicht füreinander interessieren, jetzt also ist es Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Ich bekenne mich schuldig der Ignoranz: in wiederholter und schwerwiegender Form.

SANDEN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Kanzler Helmut Kohl mit westdeutscher Jugend 1985

Die meisten von uns verlebten eine völlig ostfreie Jugend. Ohne jeden Berührungspunkt.

Dass wir Deutsche noch immer nicht richtig vereint sind, liegt nicht allein an den nie zufriedenzustellenden, ständig rumnörgelnden Ostdeutschen. An denen liegt es natürlich auch, aber mindestens so fatal war unsere westdeutsche Ignoranz. Ich wusste damals, als die Mauer fiel, nichts über die Menschen im Osten, und sie interessierten mich auch nicht. Ich fand auch nicht, dass wir zusammengehörten. Mit Leuten wie mir war es schwer zusammenzuwachsen.

Natürlich gibt es Gründe für unser Desinteresse, mildernde Umstände sozusagen. Man muss sich einfach vergegenwärtigen, wie wir, wie die meisten Westdeutschen groß wurden.

Ich bin ein Kind der Bonner Republik, aufgewachsen im Bergischen Land, im fernen Westen der Republik. Ich hatte eine Jugend mit Rheinischem Kapitalismus und Rheinischem Sauerbraten. Unsere Aufmerksamkeit war damals, in den Achtzigern, ganz gen Westen gerichtet. Wir trugen die Jeans aus dem Westen, hörten die Lieder des Westens, sahen die Filme des Westens, träumten die Träume des Westens. Die Deutsche Demokratische Republik hingegen kam mir vor wie das Herz der Finsternis, emotional rangierte sie bei mir auf der gleichen Stufe wie die Demokratische Republik Kongo.

Mit dem Fußballverein fuhren wir nach England, mit der Schulklasse nach Frankreich, in den Urlaub nach Österreich und in den fetten Jahren auch mal nach Spanien. Ich fühlte mich diesen Ländern und ihren Einwohnern verbunden, Spaniern, Italienern, Franzosen und – trotz ihres schlechten Rufs – sogar den Holländern. Zumindest wusste ich einiges über sie, man kam in Kontakt. Holland lag gleich in der Nachbarschaft und hatte neben gepflegten Minigolfanlagen auch schöne Strände zu bieten. Zudem wimmelte es selbst bei uns im Bergischen von Niederländern, weil sie die Eigenschaft hatten, an jeder Erdvertiefung, die mit Wasser gefüllt war, ihre Zelte und Wohnwagen abzustellen.

Mit den Einwohnern der DDR hingegen stand ich nicht in Kontakt. Meine Familie hatte weder Verwandte noch entfernte Bekannte im Osten. Es gab niemanden, dem wir einen Besuch hätten abstatten oder wenigstens Schokolade schicken können.

Immerhin hatte ein Jahr vor dem Fall der Mauer ein gewisser Rico im Elektrogeschäft meines Onkels eine Lehre begonnen. Der Junge komme aus der Zone, sagten die Alten, er habe mit seinen Eltern ausreisen dürfen. Leider war Rico nicht sehr gesprächig, und wenn er mal sprach, verstand ich ihn schwer. Er

kam aus Sachsen. Das genügte nicht, um mich im Herbst ’89 gleich für Ricos ganzes Volk zu freuen.

Den meisten meiner Generationskollegen in Ostfriesland, im Münsterland, in Schwaben oder dem Allgäu erging es ähnlich. Wer nach dem Bau der Mauer im Westen geboren wurde und nicht zufällig über eine Oma im Osten verfügte oder im Zonenrandgebiet aufwuchs, konnte eine vollkommen ostfreie Jugend verleben. Ohne jeden Berührungspunkt. Kurz vor dem Fall der Mauer hatte laut Umfrage nur jeder dritte Bundesbürger persönliche Kontakte zu DDR-Bürgern, von den 14- bis 29-Jährigen sogar nur jeder vierte. Die DDR war Ausland, weit entfernt, ausländischer ging es kaum.

Im Geschichtsunterricht lernten wir auch nicht viel über unsere Brüder und Schwestern von drüben. Viel wichtiger war laut Lehrplan natürlich die athenische Demokratie und der deutsche Vormärz. Selbst dem Stadtrecht im Mittelalter widmeten wir mehrere Monate. Wir wussten alles über die Goldene Bulle, aber nichts über die Stasi. Als wir schließlich am Ende des Zweiten Weltkriegs ankamen, war das Abitur schon fast geschrieben.

So verfolgte ich das Jahr zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung weitgehend unbeteiligt. Erst als Franz Beckenbauer im Sommer 1990 nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft versprach, Deutschland werde auf Jahre unbesiegbar sein, jetzt, da auch noch die Ostdeutschen hinzustießen, konnte ich zum ersten Mal einen gewissen Sinn in der Wiedervereinigung erkennen. Leider erwies sich Beckenbauers Prognose vorerst als Unsinn.

In den Neunzigern ging es zunächst weiter wie in den Achtzigern. Die Ostdeutschen hatten das Jubeln eingestellt, und wir Wessis hatten unsere Ruhe zurück. Für uns hatte sich auf den ersten Blick ja wenig verändert. Wir durften unsere kassenärztlichen Zahnersatzleistungen behalten, und auch die Rente blieb sicher. Nicht mal den geregelten Spielbetrieb der Bundesliga konnten die Ostdeutschen beeinträchtigen, dort darf die alte Bundesrepublik bis heute ungestört ihre Westdeutsche Meisterschaft austragen. Dass sich unser schnuckeliges Bonn irgendwann nicht mehr Hauptstadt nennen durfte, war zu verkraften – so einzigartig war die Stadt dann auch wieder nicht.

C. T. FOTOSTUDIO / ULLSTEIN BILD

Feiernde Ostdeutsche 1989

Ich verstand die Euphorie dieser Menschen nicht, der Funke wollte nicht überspringen.

Wann immer ich in der Zeitung lesen musste, dass ich nun zur „Generation Wiedervereinigung“ gehöre, musste ich schmunzeln. Der Begriff klingt so groß, so bedeutsam, aber er trifft es nicht, es fehlt ihm jede Rechtfertigung. Es stimmte zwar, dass wir ein großes Ereignis miterlebt hatten, im Fernsehen zumindest, aber es sollte uns nicht verändern. Uns Wessis jedenfalls nicht.

Noch heute hat nur ein Fünftel der Westdeutschen Freunde aus dem Osten. Ich weiß nicht, wie wenig mich der Osten noch immer interessieren würde, wenn ich in meiner westdeutschen Provinz geblieben wäre. Wenn ich später nicht Geschichte studiert hätte (in Bonn zwar, aber diesmal mit DDR). Wenn ich vor zehn Jahren nicht nach Berlin gezogen wäre. Wenn ich nicht so oft durch den Osten gereist wäre – als Reporter oder einfach so, als Besucher der vielen mit Wasser gefüllten Erdvertiefungen. Ich habe feststellen können, dass sich Interesse erlernen lässt. Am Ende ist auch die Einheit eine Frage des Fleißes.

Doch unser Desinteresse ist nur ein Faktor, der uns nach wie vor auf Distanz zueinander hält. Seit einigen Jahren gesellt sich unter Westdeutschen ein zweiter hinzu: eine weitverbreitete Unzufriedenheit und die sich anschließende Frage nach einem Schuldigen. 35 Prozent der Westdeutschen sagen heute, dass ihnen die Einheit deutlich mehr Verluste als Gewinne gebracht habe. Im Osten sehen das weit weniger so. Elf Prozent von uns wünschen sich sogar die Mauer zurück. Wir sind auf dem besten Weg, zu Jammer-Wessis zu werden. Leider ist Jammerei generell eher sinnlos, in diesem Fall ist sie nicht mal berechtigt. Denn schuld an der schwierigeren Gegenwart ist keineswegs die Wiedervereinigung.

Das Leben in Deutschland ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten tatsächlich rauer geworden, nicht nur im Osten, auch im Westen. Der Grund dafür ist jedoch weniger in den Folgen der Einheit zu suchen als in den Folgen der Globalisierung, die zeitgleich mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, und von ihm beflügelt, an Fahrt aufnahm.

Der weltweite Wettbewerb hat das Leben unübersichtlicher, hektischer und weniger planbar gemacht, als wir Westdeutschen dies aus unserer gemütlichen Bonner Republik gewohnt waren. Die Globalisierung hat die Angst vor dem Abstieg auch in den Westen getragen.

Erst im Rückblick wird deutlich, dass im Wendejahr 1989 weit mehr untergegangen ist als nur die DDR. Auch die alte BRD verschwand in diesen Wochen. Man bemerkte es damals nur nicht so rasch, weil die Kulissen der Bundesrepublik stehen blieben, es gab keine Mauern, die hätten fallen können. Anders als der Untergang der DDR verlief der Untergang der BRD geräuschloser, siechender. Es war der Untergang der gemäßigten Republik, einer Wirtschaftsordnung ohne größere Zumutungen.

So hat sich zum länger bekannten Phänomen der Ostalgie in den vergangenen Jahren die Westalgie gesellt – eine Stimmung, die der Schriftsteller Jochen Schimmang in seinem Bonner-Republik-Roman „Das Beste, was wir hatten“ wunderbar eingefangen hat.

Wie ihre östliche Schwester speist sich auch die Westalgie aus der Verbindung zweier Zutaten: der Erinnerung an eine schöne, wohlbehütete Vergangenheit, in der die großen politischen Themen, der Kalte Krieg oder Tschernobyl, viel zu groß waren, als dass sie etwas mit unserem Alltag zu tun gehabt hätten. Und den schwierigen, zum Teil ernüchternden Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre. Algien gedeihen vor allem dort, wo Unzufriedenheit herrscht, das Gefühl, zu kurz zu kommen.

Beide, Ost- wie Westalgie, haben etwas Verzweifeltes. Es ist die Verdrängung der Gegenwart durch den Blick zurück. Erst wenn auch wir Wessis begriffen haben, dass die Herausforderung, vor der wir Deutschen stehen, die gleiche ist, werden wir wirklich ein Volk sein. Und vielleicht bekommt Franz Beckenbauer ja doch noch irgendwann recht.

Vom Autor ist soeben ein Wenderoman erschienen („Was zusammengehört“. Kein & Aber Verlag, Zürich; 320 Seiten; 19,90 Euro).

KRIMINALITÄT

„Ich konnte nicht nein sagen“

Aus Mitleid füllte die Filialleiterin einer Bank die Konten klammer Kunden mit Millionen Euro auf. Das Geld buchte sie von den Guthaben vermögender Sparer ab. Jetzt lebt die Samariterin selbst in Armut. *Von Bruno Schrep*

MARIO JÜNGLING / BILD ZEITUNG

GETTY IMAGES

Ex-Filialleiterin Katharina R., Sagengestalt Robin Hood (Illustration): *Nicht einen Cent für sich selbst abgezweigt*

Die Verwaltungsangestellte Renate B. hatte Angst, große Angst vor den nächsten Tagen. Ihr Girokonto war hoffnungslos überzogen, der Dispositionskredit längst ausgeschöpft. Bis zur Gehaltszahlung in zwei Wochen wurde noch die Miete fällig, die Klassenreise für die Tochter war nicht bezahlt, Lebensmittel brauchte sie für sich und ihre beiden Kinder auch noch. Nur woher sollte sie das Geld nehmen?

Doch dann geschah, was sie „wie ein Wunder“ empfand: „Plötzlich standen da 2500 Euro auf dem Konto“, erinnert sich Renate B.

Wunder dieser Art beglückten die Bankkunden eines kleinen Ortes im Rheinland über etliche Jahre. Wenn ein Konkurs drohte, ein Schuldenberg wuchs, eine Rate nicht bezahlt werden konnte, nahte häufig Hilfe im letzten Moment.

Die Wohltaten kamen von unerwarteter Seite, von der Leiterin der örtlichen Bankfiliale. Sie füllte Konten auf, erhöhte Kredite, ignorierte Überziehungen. Und rettete damit, zumindest vorübergehend, viele Kunden vor dem finanziellen Abgrund.

„Gedankt hat es mir niemand“, bedauert die ehemalige Bankangestellte heute, „im Gegenteil.“ Die wenigen Anrufer, die sich hinterher bei ihr meldeten, hätten sich beschwert, dass sie das Geld zurückerstatten sollten. „Ist das nicht beschämend?“

Angespannt sitzt Katharina R. in der Kanzlei ihres Bonner Anwalts Thomas Ohm, vor sich Akten der Staatsanwaltschaft und des Amtsgerichts Bonn. Eine stattliche, gepflegte Frau Anfang sechzig, die vollen grauen Haare sorgfältig zurückgekämmt, mit dunkler Jacke und weißer Hose so gediegen gekleidet wie früher in der Bank. Rheinischer Tonfall in der Stimme, energische Gesten. Und, unverkennbar, mit der Ausstrahlung einer sehr fürsorglichen, aber auch sehr bestimmenden Mutter.

Lange hat sie über ihre Lebensumstände und ihre Motive geschwiegen. Jetzt will Katharina R. reden, unter der Voraussetzung, dass der genaue Ort des Geschehens und der Name der Bank nicht erwähnt werden. Und so erzählt sie erstmals, wie sie zur Hauptdarstellerin eines Dramas werden konnte, das es so im deutschen Bankgewerbe noch nicht gegeben hat; warum sie anderen aus der Patsche half und sich selbst in die Bredouille brachte; was sie unterscheidet von vielen Kollegen und deren kalter Gier – denn einen persönlichen Vorteil hat sie bei ihren Umbuchungen nie gezogen, nicht einen Cent für sich abgezweigt.

Es ist eine Geschichte von verhängnisvoller Selbstüberschätzung und von mangelnder Kontrolle, von sehr armen und von sehr reichen Leuten, von verschwundenen Millionen und überforderten Revisoren, von Rachsucht und Reue. Und es ist eine Geschichte, die mit einem unerfüllten Berufswunsch begann.

Katharina R. wollte unbedingt Kunstgeschichte studieren. Ihre früh verwitwete Mutter, die hart arbeitete, jeden Morgen um vier Uhr aufstehen musste, hielt die Idee indes für überspannt. Die einzige Tochter sollte etwas Vernünftiges lernen, den Ausbildungsplatz bei einer kleinen Volksbank suchte die Mutter, typisch für die sechziger Jahre, selbst mit aus. Die Tochter traute sich nicht, nein zu sagen.

Doch Freude konnte Katharina R. dem aufgezwungenen Beruf nicht abgewinnen. Das Bankgeschäft war noch weit entfernt vom Zockerbetrieb der Jahrtausendwende, vom hektischen Wettlauf um Provisionen und Abschlüsse, vom Verkauf riskanter Finanzprodukte. „Die meisten Kunden hatten ein Sparbuch – und Ende“, berichtet Katharina R., und wer sein Konto öfter überzog, bekam es gesperrt.

Allzu oft musste sie in der Buchhaltung aushelfen, langweilte sich beim Abgleichen endloser Zahlenkolonnen, hatte kaum Kontakt zu Kunden. „Da war kein Leben drin.“

Die Bankerin wider Willen heiratete, bekam Nachwuchs, kündigte, wurde Hausfrau – und war froh, den ungeliebten Job los zu sein. Nachdem jedoch die Ehe in die Brüche ging und ihr Mann keinen Unterhalt zahlte, sah sich die alleinerziehende Mutter genötigt, in den erlernten Beruf zurückzukehren.

Und beim zweiten Anlauf, unter dem Druck der Verhältnisse, wurde alles anders.

Als Katharina R. 1990 die Stelle bei einer Filiale im Rheinland antritt, will sie „gutes Geld“ verdienen, richtig Karriere machen. Sie belegt Seminare über Vermögensberatung, Kreditvergabe und Bilanzbuchhaltung, paukt in ihrer Freizeit komplizierte Fachfragen über Steuerrecht und Genossenschaftsrecht, fällt den Vorgesetzten mit ihrem Eifer auf.

Die schnelle Beförderung zur Filialleiterin verschafft ihr präzise Einblicke: Plötzlich liegen die Vermögensverhältnisse der Kunden vor ihr wie ein offenes Buch.

HERMANN J. KNIPPERTZ / AP

Richterin Ulbert beim Prozess in Bonn
„Hat man Ihnen kein Denkmal gesetzt?“

In der kleinen Ortschaft – 1900 Einwohner, eine Kneipe, eine Apotheke, eine Kirche – kennt die finanzielle Situation der Einheimischen schon bald niemand besser als die neue Bankchefin. Sie sieht, wer glänzend verdient, wer Sozialhilfe bezieht oder mit seiner Rente nicht auskommt, registriert, welches Unternehmen Gewinne macht und welches ständig an der Pleite vorbeischrammt. Mit den Gesichtern der Menschen, die täglich in der Filiale ein- und ausgehen, verbindet Katharina R. automatisch das Wissen um Kontostände, um ungedeckte Schecks und geplatzte Wechsel, aber auch um immense Spareinlagen und nie angetastete Vermögen.

Weil sie für jeden ein nettes Wort hat, mit ihrer rheinischen Herzlichkeit gut ankommt, ist die Bankerin schnell ähnlich bekannt wie der Wirt oder der Vorsitzende vom Sportverein. Sie wird zu Familienfeiern eingeladen, bekommt Blumen zum Geburtstag, knüpft ständig neue Kontakte. Die nutzt sie zunächst zum Wohl der Bank.

Jahrelang macht sie prima Umsätze, schließt provisionsträchtige Geschäfte vom Bausparvertrag über den Autokredit bis zur Lebensversicherung ab, heimst dafür Lob von ihren Vorgesetzten ein – und kriegt ein schlechtes Gewissen dabei.

„Die meisten Abschlüsse nutzten nur der Bank“, sagt sie im Rückblick, „die Kunden haben das überhaupt nicht mitgekriegt.“ Mehr und mehr wird ihr klar, dass sie, ob sie will oder nicht, Teil eines ausgeklügelten Systems ist.

Sie beginnt zu grübeln, über sich und über ihre Kunden. Kann auf einmal kaum noch ertragen, hilflos mit anzusehen, wie sich Leichtfertige in finanzielle Abenteuer stürzen, andere unverschuldet in Not geraten, wieder andere an ihren Unzulänglichkeiten scheitern. Katharina R. verliert die professionelle Distanz. Sie stellt sich immer öfter die Frage: Kann man, muss man nicht helfen, wenn man die Möglichkeit dazu hat?

Zum Beispiel diesem kleinen Transportunternehmen, das die Reparatur des einzigen Lkw nicht bezahlen kann. „Die brauchten kurzfristig 3000 oder 4000 Euro“, erinnert sich Katharina R., „sonst wäre Schluss gewesen.“ Sie bucht die fehlende Summe vom Sparkonto eines wohlhabenden Kunden ab, der sein Guthaben seit Jahren nicht angerührt hat, schreibt das Geld der Transportfirma gut. Es ist der erste Schritt in die falsche Richtung, der erste Schritt in die Kriminalität. Viele weitere folgen.

Zwar bucht die Bankchefin den Betrag zurück, als es dem Unternehmen wieder bessergeht. Doch nachdem sie die Hemmschwelle einmal überwunden hat, fällt es ihr immer leichter, Grenzen und Kompetenzen zu überschreiten, wie selbstverständlich über fremdes Vermögen zu verfügen.

Wie kommt eine Bankangestellte dazu, mit dem Geld ihrer Kunden eine Art weiblichen Robin Hood zu geben? Reizt sie die Macht, Schicksal zu spielen, an unsichtbaren Fäden zu ziehen wie eine Puppenspielerin?

„Ich hatte Mitleid, so einfach ist das“, sagt Katharina R. Sie sei in der Nachkriegszeit aufgewachsen, habe früh den Vater verloren, kenne Not aus eigenem Erleben. „Zu Hause hieß es immer sparen, sparen, sparen, wir waren ewig knapp. Uns hat

jedoch nie jemand geholfen, obwohl wir uns das oft gewünscht hätten."

Als Filialleiterin hilft sie, wo sie kann. Eine alleinstehende Mutter hat sich finanziell übernommen? Schnell 500 Euro aufs Konto. Der Student kann die Kreditrate nicht bezahlen? Kleine Finanzspritze vor der Fälligkeit. Dem Einzelhändler droht der Konkurs? 2000 Euro müssen reichen.

Das System funktioniert meist nach dem gleichen Muster. Kurz vor dem 15. jeden Monats, bevor die Bankzentrale routinemäßig die Überziehungslisten prüft, füllt Katharina R. die klammen Konten auf, nach dem Stichtag zieht sie das Geld wieder ab. Die Revision bekommt von den Manipulationen nichts mit. Es gibt noch keine elektronischen Kontrollen aller Umsätze, selbst sechsstellige Buchungen fallen nicht auf.

Doch je mehr Kunden zu Nutznießern werden, umso häufiger muss die Filialleiterin vor-, zurück- und zwischenbuchen. Muss Barabhebungen vortäuschen, Überweisungen fingieren, Unterschriften fälschen. Muss die Tricksereien vor den anderen Angestellten verbergen. Verliert mehr und mehr den Überblick.

Das Karussell, das sie selbst in Bewegung gesetzt hat, dreht sich schneller und schneller. Viele Schuldner geraten jedoch so tief ins Minus, dass Rückführungen nicht mehr möglich sind. Die geplünderten Vermögenskonten können nicht mehr aufgefüllt werden, der Schaden für die ahnungslosen Sparer wird immer größer. Jetzt nimmt die Bankerin sogar selbst einen Kredit über einen sechsstelligen Betrag auf.

Manche Begünstigte machen sich über die Herkunft der Kontozuwächse keine Gedanken, weil sie sich sowieso um nichts kümmern. Andere glauben, die Bank habe einen Sonderfonds für kritische Fälle installiert. Die Cleveren aber haben längst

Das Karussell, das sie selbst in Bewegung gesetzt hat, dreht sich schneller und schneller.

gemerkt, wer hinter den Wohltaten steckt – und nutzen deren Gutmütigkeit aus: Stundenlang hört sich Katharina R. die Klagen verschuldeter Kunden an, die um eine letzte Chance, um einen garantiert allerletzten Kredit betteln.

Auch vom Betreiber einer Baufirma lässt sie sich mehrfach breitschlagen. Mal argumentiert der Chef mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen, mal beklagt er die vielen Außenstände, mal stellt er neue Aufträge in Aussicht. Am Schluss ist über eine halbe Million Euro weg und die Firma pleite. „Ich konnte einfach nicht nein sagen", räumt Katharina R. heute selbstkritisch ein, „das war mein großes Problem."

Seit der ersten Falschbuchung ist ihr klar, dass sie sich strafbar macht. Aus Furcht vor Entdeckung liegt sie nachts oft stundenlang wach. Stellt sich vor, wie sie von uniformierten Polizisten aus der Bank abgeführt wird, in Handschellen. Manchmal hält sie die Spannung kaum noch aus, hofft, dass alles auf einen Schlag auffliegt. Und macht doch immer weiter – drei Jahre, vier Jahre, fünf Jahre, sechs Jahre.

So lange, bis der Rentner Dieter F., ein äußerst penibler Jurist, die automatisch erstellten Zinsgutschriften seines Sparvermögens nachrechnet, stutzt, Differenzen entdeckt und telefonisch die Bankzentrale alarmiert. „Die haben mir zunächst nicht geglaubt", berichtet F., „mich immer wieder zur Filiale zurückverbunden."

Doch der Ruheständler lässt nicht locker. Schließlich wird in der Zentrale festgestellt, dass eines seiner Sparbücher, ursprünglich gefüllt mit über 150 000 Euro, zugunsten ihm unbekannter Dritter fast total abgeräumt ist; unterschrieben sind die Zahlungsanweisungen von Katharina R.

Die gibt sofort alles zu. Und ihr Sündenregister löst beim Vorstand der Bank blankes Entsetzen aus: Über 8,5 Millionen Euro hat die Filialleiterin bei reichen Kunden abgezwackt, nur rund 6,1 Millionen konnte sie wieder zurück-

buchen. Ergibt einen Sollsaldo von genau 2 390 219,79 Euro.

Geld, das überwiegend weg ist. Die meisten, die von den Manipulationen profitiert haben, stehen so tief in der Kreide, dass bei ihnen nichts zu holen ist. Regressansprüche dürften „materiell kaum zu einem nennenswerten Ergebnis führen“, heißt es dazu trocken im Revisionsbericht des Kreditinstituts.

Die Bank entschädigt die geschröpften Sparer, von denen viele den Verlust nicht einmal bemerkt haben, so schnell und geräuschlos wie möglich. Damit die peinliche Panne nicht durch einen öffentlichen Prozess publik wird, verständigt sich das Geldinstitut mit Katharina R. auf einen Deal: Die Filialleiterin akzeptiert ihre fristlose Kündigung und haftet mit ihrem gesamten Vermögen für den entstandenen Schaden. Im Gegenzug verzichtet die Bank auf eine Strafanzeige.

„Da dachte ich, das Schlimmste sei überstanden“, sagt Katharina R. heute. Doch das war nicht der Fall.

Die Witwe eines verstorbenen Begünstigten weigert sich, das Geld, das ihr Ehemann einst erhielt, zurückzuerstatten; sie wäre inzwischen dazu wohl vermögend genug, doch sie lässt es auf einen juristischen Streit ankommen. Als sie den verliert, zeigt sie die Filialleiterin bei der Staatsanwaltschaft aus Rache an – die Strafverfolger erheben Anklage.

HERMANN J. KNIPPERTZ

Strafverteidiger Ohm
„Kein Betrugssystem“

Katharina R., die ihre Verfehlungen selbst vor den engsten Angehörigen geheim gehalten hat, muss Ende vorigen Jahres vor Gericht. Davon abgesehen, dass ein Großteil der Mauscheleien schon verjährt ist, gelingt es Strafverteidiger Ohm, das Bonner Schöffengericht milde zu stimmen. „Meine Mandantin unterhielt eben kein übliches Betrugssystem“, argumentiert er in seinem Plädoyer, „sondern ein Samaritersystem.“ Richterin Susann Ulbert, die noch nie mit einem auch nur annähernd vergleichbaren Fall konfrontiert war, will von der Angeklagten wissen: „Hat man Ihnen denn im Ort kein Denkmal gesetzt?“ Darauf Katharina R.: „Keine Spur.“ In ihrem Urteil – 22 Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen Untreue in 117 Fällen – bleibt die Richterin unter dem Antrag des Staatsanwalts.

Die persönliche Bilanz der ehemaligen Bankangestellten fällt trotzdem verheerend aus. Die Frau, die so vielen Mittellosen half, ist nun selbst verarmt. Ihre Altersversorgung, zwei kleinere Häuser, wurden von der Bank versteigert, ihre gesamten Ersparnisse konfisziert. Um sich und ihre Angehörigen über Wasser zu halten, jobbte sie nach ihrer Kündigung in einem Callcenter, verkaufte Brötchen, ging in Privathaushalten putzen. Veräußerte ihr Auto, verramschte den geerbten Familienschmuck bei Trödlern. „Wir hatten weniger als Hartz-IV-Empfänger“, erinnert sie sich.

Inzwischen ist Katharina R. Rentnerin, lebt mit ihrer 87 Jahre alten, dementen und pflegebedürftigen Mutter in einer kleinen Mietwohnung. Von ihrer bescheidenen Rente werden 60 Euro gepfändet, mehr ist nicht zulässig.

So richtig verstehen kann die jetzt 63-Jährige ihr Handeln bis heute nicht, „ich muss verrückt gewesen sein“, sagt sie. Und fügt hinzu: „Noch einmal würde mir so etwas nicht passieren. Vom Helfersyndrom bin ich kuriert.“

Das Kreditinstitut hat nach dem Desaster neue Kontrollsysteme installiert, die derartige Manipulationen unmöglich machen sollen. „So etwas wird sich bei uns nicht wiederholen“, erklärt ein Sprecher des Unternehmens.

Der finanzielle Schaden der Bank ist inzwischen von der Versicherung ersetzt worden. ◆

Was war da los, Frau Yun?

Die Chinesin Yun Tan, 27, über Gemeinschaftsbegräbnisse

„Viele unserer Kunden haben zunehmend Interesse an Umweltschutz und wollen ihre Toten möglichst umweltfreundlich begraben. Zudem reicht der Platz einfach nicht aus, um jedem sein eigenes Grab anbieten zu können. Deswegen organisieren wir Gemeinschaftsbestattungen mit biologisch abbaubaren Urnen. In sechs bis neun Monaten zerfallen diese komplett, je nach Feuchtigkeit des Bodens. Erst vor ein paar Wochen hatten wir hier in Tianjin eine wunderschöne Zeremonie, bei der unsere Mitarbeiter im Rhythmus der Musik insgesamt 281 Tonurnen in Erdlöcher legten. Wir filmten die ganze Zeremonie, und zwei Tage später konnten die Angehörigen dann auf unserer Homepage Abschied von den Verstorbenen nehmen. Eine komplette Bestattung kostet so nur 100 Euro. Zugegeben, viele Chinesen sind noch sehr skeptisch, aber das wird sich sicher noch ändern. Ich selbst wünsche mir eine Wasserbestattung mit einer umweltfreundlichen Urne in Lotusblütenform. Das stelle ich mir sehr romantisch vor.“

LIWEI

Yun (r.)

INTERNET

„Wir kratzen nur noch an der Oberfläche“

Der amerikanische Wissenschaftsjournalist Nicholas Carr, 51, über die Folgen des Internets fürs Gehirn

SPIEGEL: Herr Carr, wie sehr verändert das Internet unser Denken?
Carr: Es kam zuletzt immer öfter vor, dass ich ein Buch oder einen längeren Artikel lesen wollte, ich mich aber sehr schlecht auf den Inhalt einlassen konnte. Ich habe den Text nur überflogen und kaum über das nachgedacht, was ich las. Wir haben unsere Konzentrationsfähigkeit verloren, das Interesse an Reflexion.
SPIEGEL: Und schuld ist das Internet?
Carr: In der Geschichte der Menschheit haben wir uns immer neue Hilfsmittel zum Denken geschaffen: das Alphabet, Landkarten, die Uhr, das Buch. Ich nenne diese Dinge die intellektuellen Technologien des Menschen. Setzen wir sie ein, benutzen wir unser Gehirn. Aber nicht immer dieselben Bereiche. Das Internet ist die neueste Errungenschaft unter den intellektuellen Technologien. Es verlangt von uns neue Denkgewohnheiten. Es hat unserem Gehirn beigebracht, Texte zu überfliegen, an der Oberfläche zu kratzen, ständig mehrere Dinge gleichzeitig zu tun. Leider bedienen wir uns dieser Fähigkeit selbst dann, wenn Computer und Smartphone ausgeschaltet sind.
SPIEGEL: Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt es darüber?
Carr: Es gibt zahlreiche Belege, beispielsweise von Neurobiologen, Psychologen, Pädagogen und Webdesignern. Forscher wissen bereits seit einigen Jahrzehnten, dass sich das menschliche Gehirn der Umwelt und ebenfalls geistigen Gewohnheiten anpasst, auch bei Erwachsenen. Die Veränderungen im Denkprozess wirken sich auf die Zellstrukturen im Gehirn aus.

JOANIE SIMON

Carr

SPIEGEL: Ängstigt Sie das?
Carr: Auf der einen Seite schon. Aber es ist doch auch faszinierend, dass unser Hirn so anpassungsfähig ist. Das Problem ist nur: Während bestimmte neuronale Verknüpfungen trainiert werden, werden andere vernachlässigt.
SPIEGEL: Gibt es auch Fähigkeiten, die sich durch die Nutzung digitaler Medien verbessern?
Carr: Ja, wer viel vor dem Computer sitzt, stärkt seine visuellen Fähigkeiten, es fällt ihm leichter, schnell seinen visuellen Fokus zu verlegen. Das ist das Tauschgeschäft, auf das wir uns einlassen. Kein besonders gutes, wenn man bedenkt, dass wir eine der wertvollsten Fähigkeiten einschränken, die unser intellektuelles Leben ausmacht.

Nicholas Carr: „Wer bin ich, wenn ich online bin ... und was macht mein Gehirn solange? Wie das Internet unser Denken verändert“. Blessing Verlag, München; 384 Seiten; 19,95 Euro.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Im Namen der Hose

Wie eine Frau aus Hongkong die Tradition besiegte

Die Hose, die sie erst traurig und dann arbeitslos machen sollte, kaufte Kwong Ho-ying im Sonderangebot. Schwarz, gerade geschnitten, aus knitterfreiem Mischgewebe.

Kwong fand die Hose nicht schön und nicht hässlich, aber sie sah streng aus, und Kwong dachte damals, Lehrerinnen tragen so was.

An ihrem ersten Schultag zog sie diese Hose an, dazu eine lilafarbene Bluse, die sie bis oben zuknöpfte. Es war Anfang September vor drei Jahren, Kwongs erster Arbeitstag als Lehrerin an der Fung Yiu King Memorial Secondary School, einer weiterführenden Schule in Hongkong.

Kwong hatte in der Schulordnung gelesen, dass Lehrerinnen an der Schule Kleider oder Röcke zu tragen haben. Kwong besaß kein Kleid. Sie hatte seit ihrer Schulzeit keinen Rock getragen, sie mochte keine Röcke. Sie dachte auch, das nehme niemand so genau, ob sie nun Rock trägt oder Anzughose. Wer würde schon Frauen wegen ihrer Kleidung diskriminieren, in einer aufgeklärten Stadt wie Hongkong, im 21. Jahrhundert, an einer Schule, die von einer Frau geleitet wird?

In der ersten großen Pause kam der Hausmeister ins Lehrerzimmer und bat Kwong, in das Büro der Rektorin zu kommen, so erzählt es Kwong.

Die Rektorin saß hinter ihrem Schreibtisch wie hinter einem Geschütz, sie trug einen grauen Rock bis zum Boden und hatte die Augenbrauen nach oben gezogen. Sie zeigte auf Kwongs Hose.

Morgen solle Kwong ein Kleid tragen, sagte die Rektorin.

Warum?

Das seien die Regeln, so stehe es in der Schulordnung.

Aber warum?

Das sei schon immer so gewesen, sagte die Rektorin.

Kwong ging zurück in den Unterricht, sie zitterte vor Wut. Sie dachte daran, was sie in den vergangenen Jahren an der Universität gelernt hatte. Kwong hat ihren Studienabschluss in Geschlechterforschung gemacht, sie hat das Leben chinesischer Feministinnen studiert. Eine ihrer Lieblingsfeministinnen war Qiu Jin, die Anfang des 20. Jahrhunderts gegen die Tradition des Füßeabbindens demonstriert hatte. An der Universität hatte Kwong manchmal gedacht, dass sie selbst nie mutig genug wäre, sich wie Qiu Jin für andere einzusetzen. Zur Frauenrechtlerin würde sie nicht taugen, dafür war sie zu schüchtern, dachte sie.

GRISCHA RÜSCHENDORF / AGENTUR FOCUS

Kwong

Kwong Ho-ying darf im Unterricht eine Hose tragen. Dieses Recht hat sich die Lehrerin aus Hongkong in einem dreijährigen

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

Die Rektorin wollte sie zwingen, etwas zu tun, was ihr widerstrebte. Kwong trug keine Röcke, viel zu unbequem, und außerdem können Röcke hochwehen. „Röcke sind ein Risiko“, sagt Kwong. Die Ideologie der Schule stand gegen die Ideologie von Kwong. Das Kollektiv gegen das Individuum.

Am zweiten Schultag wartete der Hausmeister morgens vor Unterrichtsbeginn an der Schulpforte. Er musterte Kwong und sagte, dass sie in das Büro der Rektorin gehen solle, sofort.

Die Rektorin hielt ein paar Blätter Papier in den Händen.

Das sei Kwongs Arbeitsvertrag, sagte sie.

Was heißt das?

Sie sei nicht glücklich mit Kwong, und sie wisse nicht, wie lange sie sich das noch anschauen werde, sagte die Rektorin, sie zeigte auf die Hose.

Kwong dachte an die Feministin Qiu Jin und daran, wie sie in den bewaffneten Widerstand ging. Qiu Jin wurde verhaftet, aber an ihren Idealen hielt sie fest bis zum Schluss, sie wurde hingerichtet. Kwong schwor sich, dass sie ihre Hose nicht aufgeben würde, bis zum Schluss nicht.

Am dritten Tag, nach der morgendlichen Versammlung auf dem Schulhof, rief die Rektorin Kwong wieder in ihr Büro.

Die Hose sei nicht angemessen, sagte die Rektorin.

Warum nicht?

Weil die Hose eine Hose sei, sagte die Rektorin.

Kwong ging wortlos aus dem Büro.

Als sie abends im Bett lag, dachte sie an Röcke. Sie schlief nicht in dieser Nacht. Sie aß auch nicht mehr. Sie verlor zehn Pfund Körpergewicht in den folgenden Wochen.

„Alle in der Schule haben mir auf die Hose gestarrt“, sagt Kwong, „ich habe mich gefühlt, als würde ich jeden Tag geröntgt werden.“

Sie kündigte, verließ die Schule und beschwerte sich bei der Gleichheitskommission der Stadt.

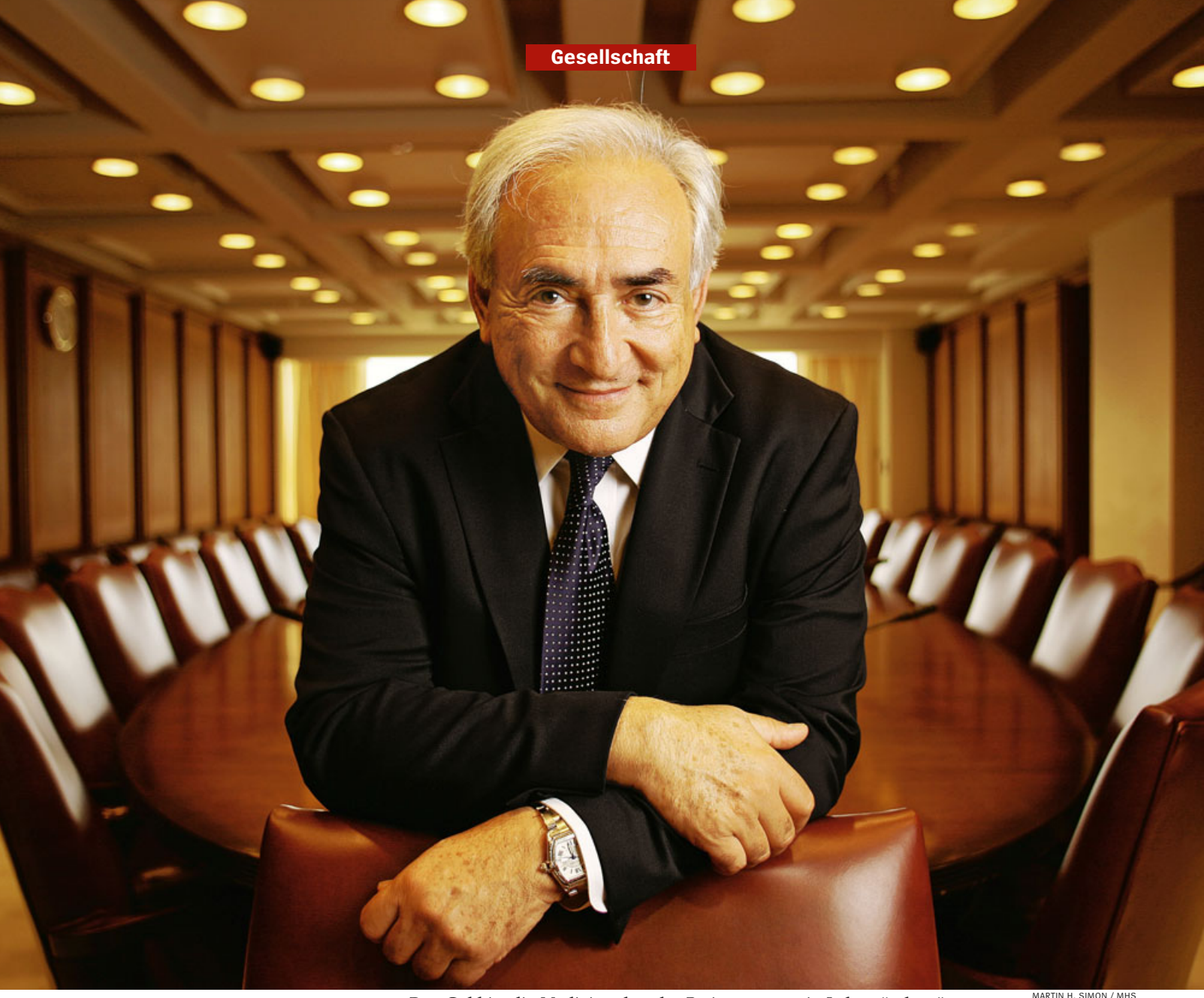
Die Kommission schrieb an die Rektorin, aber die ignorierte die Briefe. Nach zweieinhalb Jahren verfasste die Kommission eine Klageschrift. Ende August dieses Jahres bekam Kwong einen Brief von der Rektorin. In dem Brief bat die Rektorin in kühlen Worten um Verzeihung, sie schrieb, dass Kwong eine Entschädigungszahlung erhalte und dass die Fung Yiu King Memorial Secondary School ihre Kleiderordnung abschaffe.

Frauen aus ganz Hongkong gratulierten Kwong zu ihrem Mut. Sie hatte ihre Hose anbehalten, nichts weiter.

Kwong hat mittlerweile eine neue Arbeitsstelle gefunden, einen Bürojob. Sie trägt jeden Tag Hosen.

Vor kurzem war sie auf der Hochzeit einer Freundin eingeladen. Und weil eine Hose zwar praktisch ist, aber nicht festlich, hatte Kwong sich ein Kleid gekauft, braune Seide, nah am Körper geschnitten.

„War bequem“, sagt Kwong, „eigentlich ganz angenehm.“ TAKIS WÜRGER



IWF-Direktor Strauss-Kahn in Washington: *„Das Geld ist die Medizin, aber der Patient muss sein Leben ändern“*

MARTIN H. SIMON / MHS

FINANZEN

Die Geldmacht

Vor drei Jahren war der Internationale Währungsfonds bedeutungslos. Dann kam die Krise. Nun regieren die Truppen des IWF ganze Staaten und setzen Europa unter Druck. *Von Klaus Brinkbäumer und Ullrich Fichtner*

Die Zentrale der Weltwirtschaft wird scharf bewacht, sandfarben ist die Fassade, zwölf Etagen hoch, weit und gläsern das Atrium, Wasser sprudelt. Die Flaggen der 187 Mitglieder stehen dicht an dicht. Wer reinkommt in diesen Büroturm mitten in Washington, findet rechts die Cafeteria, wohin viele Meetings gelegt werden: Sakkos über den Lehnen, Ärmel hochgekrempelt, Milchkaffee in Pappbechern, hier reden die Fachleute Länder in die Krise oder in den Aufschwung. Ein paar Meter weiter liegt The Terrace, das feine Restaurant, in dem der Direktor Staatsgäste empfängt.

An einem Dienstagnachmittag Ende September, draußen fallen erste Blätter, sitzt der Direktor im blauen Anzug mit blauem Schlips auf einer blauen Couch weit oben im Hauptquartier des Internationalen Währungsfonds (IWF) und entwirft die neue Welt. In Teilen existiert sie schon, irgendeine neue Weltordnung musste die im September 2008 eingestürzte ja ersetzen, und was da entstand, ist nicht übel. Doch ist es robust?

IWF-Gegner in Ottawa: *Der Fonds war das Hassobjekt, nun will er geliebt werden*

JIM YOUNG / REUTERS

Es sind wichtige Tage im Leben der Menschheit. Die Krise zwingt alle, über vieles neu nachzudenken, der Währungsfonds bereitet seine Jahrestagung vor, sie beginnt am 8. Oktober. Kann er leisten, was erwartet wird, kann er Polizist der neuen Weltwirtschaftsordnung sein, die global agierenden Banken kontrollieren?

„Sie müssen sich den IWF wie einen Arzt vorstellen“, sagt Dominique Strauss-Kahn, 61. „Das Geld ist die Medizin. Aber die Staaten, die Patienten, müssen auch ihr Leben ändern, wenn sie gesund werden wollen. Anders geht es nicht.“ Solche Sätze sagt er mit einem gütigen Lachen, bei dem seine Augen verschwinden hinter kleinen Kissen aus faltiger Haut.

Der Internationale Währungsfonds, sagt sein Direktor, hatte die Welt vor dem Einsturz gewarnt, vor der amerikanischen Immobilienblase und den Folgen, aber „Regierungen wollen keine schlechten Nachrichten hören“, das sagt Dominique Strauss-Kahn. Und als die Krise im Herbst 2008 kam wie berechnet, reagierte die alte Welt spät, und Europa braucht immer sechs Monate für einen Beschluss.

Das war die Zeit, als die Welt das Fundament für ihre neue Ordnung legte.

Zwei Telefone stehen links von Strauss-Kahn und zwei rechts. Es ist ein hoher Raum, beigefarben der Teppich, weiß die Gardinen, im Regal eine alte Uhr, Bücher über mexikanische Malerei. Er wird DSK genannt, es klingt wie Dominiques Spezial-Kommando, eine Drei-Buchstaben-Marke wie IWF oder USA, aber er spricht, ganz weich, französisches Englisch.

Und DSK lehnt sich zurück, wägt die Worte, blickt aufs Diktiergerät, lächelt. Die neue Weltordnung, nun denn.

Wichtig werden Länder wie China und Indien sein, aufsteigende Märkte, längst stabil, schlagkräftig ohnehin. Wenn er in China oder Asien sei, sagt Strauss-Kahn, dann sagten ihm die Staatschefs dort, dass sie Europa vorerst abgeschrieben hätten. „Sie sagen, sie würden sich ein starkes Europa durchaus wünschen, aber es gebe immer einen Teil der Welt, der nicht mitkomme, früher waren sie es, jetzt ist es halt Europa. Es sei ein Jammer, aber die Welt könne auch ohne Europa leben.“

Die neue Welt könnte eine beängstigende sein. Der Direktor sagt: „Die Europäer glauben, sie seien das Zentrum der Welt, aber in der Wirklichkeit ist das nicht mehr so klar. Worum es im Moment geht, das ist die Frage, ob Europa in Zukunft noch dabei ist in einem Spiel mehrerer Spieler, zwangsläufig ist das nicht.“

Die Vereinten Nationen werden wohl auch nicht mehr so wichtig sein, viel zu zäh und zu träge, und wenn man DSK da richtig versteht, dann werden selbst die USA weniger bedeutend sein, diese egomanischen, handlungsunfähigen USA, die Strauss-Kahn niemals so nennen würde, die aber laut Strauss-Kahn auf die Krise

von 2008 nicht mit Blick aufs Weite reagierten, sondern „Bank für Bank, als hätten sie geglaubt, mit der Rettung von Bear Stearns oder dem nächsten kleinen Schritt wäre alles erledigt gewesen“. Wichtig werden die G 20, der Zusammenschluss der stärksten Volkswirtschaften, die G 20 sind das Kraftzentrum der neuen Welt. Die G 20 haben dem Internationalen Währungsfonds 850 Milliarden Dollar gegeben und den Auftrag, die Krise zu besiegen, es folgte „die größte globale Koordination aller Zeiten“, wie DSK die Krisenarbeit nennt.

Wurde der IWF dadurch die erste Regierung der Welt nach der Krise?

Strauss-Kahn streckt sich, als er die Frage hört, und genießt sie für 20 Sekunden. Er ist ein eleganter Mann, ein Pariser mit weißen Haaren, drei tiefen Stirnfalten, listig und flirtend lächelt er, ein Frauenmann, großgewachsen aber ist er nicht, ein bisschen krumm auch, er sitzt in seinem kühlen, blumig duftenden Büro im zwölften Stock und sagt: „Nein, nein, eine Regierung muss aus gewählten Leuten bestehen, so wie in den G 20. In der Realität funktionieren die G 20 wie eine Regierung. Der Wille, gemeinsam zu handeln, war während der Krise sehr ausgeprägt, aber es ist angemessen zu sagen, dass er schwindet.“ Die Staatschefs seien „schon wieder mehr mit ihren eigenen chaotischen Problemen beschäftigt und weniger mit Koordination und Konsens“.

MARTIN H. SIMON / MHS

IWF-Ökonom Blanchard

„Es geht um enorm komplizierte Vorgänge, die weitgedachte Lösungen verlangen.“

Der IWF soll das Sekretariat und jene Agentur der G 20 sein, die „Lösungen für globale und nationale Probleme sucht und Pläne entwirft, die Werte schaffen. Damit streben wir mehr als die richtige Steuer- oder Geldpolitik an, ein ultimatives Ziel, Weltfrieden durch ökonomische Stabilität“ – so sieht der Chef seine Firma, und erstaunlich ist, dass außer einem Professor in Boston kaum noch jemand widerspricht.

Der IWF, ausgerechnet? Und endlich?

In der internationalen Politik reift seit einigen Jahren die Erkenntnis: Multilateralismus funktioniert nicht. Er scheitert, weil die Uno einen bleichen Generalsekretär hat, stets zu spät am falschen Ort; und weil nicht einmal Klimakonferenzen zum Ziel führen, obwohl nur ganz Verbohrte noch am Klimawandel zweifeln.

Der IWF schien am wenigsten in der Lage zu sein, alles anders und besser zu machen: Seit der Asien-Krise der neunziger Jahre war er beschädigt, 400 Leute mussten gehen, pro Dienstjahr gab es ein Monatsgehalt Abfindung. Als Brasilien letzte Kredite zurückgezahlt hatte, blieben kleinste Kunden, der Fonds war irrelevant.

DSK kam 2007 nach Washington, von Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy ins Spiel gebracht, sie waren Rivalen gewesen; nun war Frankreich gestärkt und Strauss-Kahn entsorgt, es war ein diabolischer Plan Sarkozys, so sah es aus.

2007 hatte der Fonds nur noch 2 Milliarden Dollar zugesagt, weltweit, der Begriff „Peanuts“ trifft es wohl. Heute sind es 195 Milliarden. 2008, in Davos, forderte Strauss-Kahn einen weltweiten Stimulus-Plan, was in seinen Kreisen schockierend wirkte, weil der IWF immer erst nach einer Krise reagiert hatte und nie prophylaktisch. Rund 900 Milliarden Dollar hat der IWF nun zur Hand, um überall und sofort eingreifen zu können; vor der Weltkrise waren es 250 Milliarden. Die zentrale Frage könnte sein, ob der IWF zu einer Weltwirtschaftsregierung taugt. Es spricht einiges dafür: Es gibt die Erfahrung aus 122 Bankenkrisen, die Strauss-Kahn seit Gründung des Fonds gezählt hat, es existiert keine zweite Institution, die die Zusammenhänge, diese manchmal produktiven und oft destruktiven Wechselwirkungen zwischen realen Volkswirtschaften und ihren Steuergesetzen auf der einen Seite und der modernen Wall Street mit ihrem Investmentbanking auf der anderen Seite durchschaut wie der Technokratenladen IWF.

Der Laden hat sich verändert, „wir haben gelernt, dass wir von der Bevölkerung des Landes, in das wir gehen, verstanden werden müssen, um effektiv handeln zu können“, sagt Strauss-Kahn. Aus der kapitalistischen Kampfmaschine International Monetary Fund, auf Englisch IMF abgekürzt, ist eine Denkfabrik geworden, mit „soft power“, weichen Methoden, wie die Leute vom Fonds sagen.

Reicht das aus? Der IWF hat kaum Sanktionsmöglichkeiten. Und was kommt nach der Krise: Soll der IWF einfach immer mehr Kompetenzen erhalten? Wie wären die legitimiert? Die USA, die 1944 die Spielregeln festlegten und andere Länder unterschreiben ließen, was einige nicht mal verstanden, haben bei wichtigen Entscheidungen ein Vetorecht. Fallen die armen Länder hinten runter, wenn der IWF die Weltfinanzpolitik im Sinne der G 20 koordiniert?

Die Entdeckungsreise in die Welt des IWF dauerte zehn Wochen, sie führte von Washington D. C. über Ungarn und Griechenland nach Oslo, Brüssel, Boston, New York City und immer wieder zurück nach Washington, dort wohnt der Fonds, Pennsylvania Avenue, Ecke H Street.

Zunächst, am Anfang, gab es nicht mal Absagen, der IWF entfaltet sich Besuchern nicht einfach so, er ist viel kritisiert worden. Strauss-Kahn entschied, dass er die Türen öffnen wolle, und dann gab es keine Schranken mehr, keine Tabus, die einzige Regel: Die meisten Interviews wurden „unter drei“ geführt, wie Reporter und Politiker es nennen, Hintergrundgespräche, Zitate waren zur Autorisierung vorzulegen. Feige ist der IWF nicht, im Laufe der Wochen wurde nur ein Zitat vom Zitierten zurückgenommen.

Das Hauptquartier ist ein Irrgarten, eine Welt aus Neonlicht, Topfpflanzen, den immergleichen Stehlampen, eine Zahlenwelt mit Computern im Zentrum. Es gibt eher wenig Papier. Die angemessene Kleidung legt jede Abteilung für sich fest, Anzug muss es im deutschen Büro sein, im Team des Beraters Olivier Blanchard genügt ein offenes Hemd. Man beginnt früh, gegen sieben Uhr, geht spät, und nachts liegt der BlackBerry neben dem Bett, auf Vibration gestellt, nie hat der IWF Pause. „Die Folgen der letzten Krise spüren wir, bis die nächste beginnt“, sagt Strauss-Kahn.

IWF-Leute verdienen zwischen 40 000 (Anfänger) und 400 000 Dollar (Strauss-Kahn), für Nichtamerikaner ist das Gehalt steuerfrei, das macht den Laden attraktiv. Kaum einer kündigt. Sie verstehen sich als Club, der sich in der knappen Freizeit in Unterclubs aufspaltet, Fußballer, Fotografen, Köche, und fragt man

Internationaler Währungsfonds

Der 1944 gegründete IWF ist die Kreditbank der Welt im Falle höchster Not. Mit Reserven von 900 Milliarden Dollar soll er die Weltwirtschaft in der Balance halten.

DER SPIEGEL

IWF-Leute, warum sie noch hier sind, nach all den gescheiterten Missionen und der Häme, sagen sie: „Weil wir Einfluss haben“, „real impact“, so sagen sie es.

John Lipsky, zweitmächtigster Mann des Fonds, Erster Stellvertretender Direktor und Amerikaner, sagt, dass man „hier das Undenkbare denken kann. Dies ist eine Organisation, in der echte Pioniere am Werk waren. Schon 1944. In den Siebzigern. Und heute doch wieder. Was wir gerade tun müssen, ist ohne Beispiel“. Es gilt als Leistung des Teams DSK, dass der Franzose den Fonds als „subtil unabhängig“ und den Amerikaner mit dem gezwirbelten Schnauzer nicht als einen von der Zentralbank Fed geschickten Aufpasser versteht, sondern als gleichrangigen oder fast gleichrangigen Denker.

Man kann süchtig werden nach Krisen. Roger Nord, Senior Advisor für Afrika, kam 1983 zum Fonds, er war in Ungarn, der Tschechoslowakei, Nepal, machte die Asien-Krise mit, und jetzt will er Afrika retten in einer Zeit, in der der Fonds sich um Europa und die USA sorgt. Poul Mathias Thomsen, blonder Kopenhagener, kam 1982 an jenem Tag, als Mexiko pleiteging. 1987 ging Thomsen nach Osteuropa, die Grenzen fielen, und ehe er nach Griechenland geschickt wurde, um ein Volk umzuerziehen zu einem Leben ohne Korruption und Steuerhinterziehung, rettete er Island.

Das ist die Größenordnung, um die sich beim IWF alles dreht: Es geht um Völker, Kontinente, es geht um Millionen Menschen, um Milliarden Dollar. Am Ende genügen Federstriche, um die Welt zu verändern, Bewegungen an den wenigen Stellschrauben, die die Volkswirtschaft kennt: Währungs- und Zinspolitik, Steuersystem und Beschäftigung, Staatsverschuldung und Außenhandel, Sozialprodukt und Preisentwicklung.

Wie sie alle im Einzelnen zusammenhängen, weiß kein Mensch. Es gibt wissenschaftliche Gewissheiten, aber es sind nicht viele, dazu gibt es Wahrscheinlichkeiten, Annahmen, Meinungen, Moden. Der IWF muss Programme daraus machen, er muss sich festlegen auf Zahlen und Prozentsätze, auf Handlungsanweisungen an Regierungen, und dabei gleicht er einem Artisten, der mit Bällen und Pfannen und Stühlen und Tassen gleichzeitig jongliert. Bleibt alles in der Luft, steht am Ende ein perfekter Staat. Wenn Pfannen oder Tassen zu Boden gehen, kann es Bürgerkrieg geben, jedenfalls muss neu nachgedacht werden.

2400 Leute arbeiten für den Fonds, die meisten in Washington, doch überall in der Welt gibt es kleine Büros, drei, vier Leute pro Land. Stürzt Island, weil es zahlungsunfähig ist, kann es einen Antrag auf einen Kredit stellen, harte Währung, ein subventionierter Zinssatz von manchmal nur 5 Prozent, und es muss schnell gehen. Das Team im Feld, wie es genannt wird, schickt Berichte, ein Team in Washington schreibt einen Rettungsplan, Island stimmt dem Rettungsplan zu; dann berät der Gouverneursrat des IWF und beschließt, dass der Plan funktionieren wird. Nun, per Knopfdruck, gehen 168 Millionen Dollar auf Weltreise und treffen Sekunden später in Reykjavík ein. Das unterscheidet Beschlüsse des IWF von vielen multilateralen Beschlüssen: Es fließt sofort Geld.

Und ein Team aus Washington reist hinterher, berät die Isländer und lässt sie nicht aus den Augen, das bleibt monatelang so, da für den Fonds das Risiko steigt, wegen des neuen Notprogramms, der „Flexible Credit Line“, Geld, das ohne Auflagen zu den Leidenden gepumpt wird; ob es je zurückkommt?

DIMITAR DILKOFF / AFP

IWF-Gegner in Griechenland

Ein Volk wird umerzogen zu einem Leben ohne Korruption und Steuerhinterziehung.

Olivier Blanchard gilt als Gehirn der Firma, er sitzt in seinem Büro, 10-700 H, ein schmaler Mann, zwei Hemdknöpfe geöffnet, leise die Stimme. Blanchard ist Makroökonom und DSKs Meinungsflüsterer, Franzose wie Strauss-Kahn, aber nicht aus der Politik, sondern aus Cambridge gekommen. Blanchard hat zwei Jobs im Fonds, Ökonomischer Berater und Direktor der Forschungsabteilung.

Er erzählt, wie sie zu Beginn der Wirtschaftskrise staunend in ihren Büros saßen und versuchten zu verstehen, mit welchen Tricks sich Lehman und andere in die Tiefe gestürzt hatten, „es war ein Full-time-Job, wir schlugen Begriffe wie ‚CDO squared‘ erst mal bei Wikipedia nach“. Er kichert, glücklicherweise.

Dann eskalierte die Krise, und nach und nach wurde klar, dass Afrika, Island, viele andere Hilfe brauchten. „Damit waren wir im Spiel“, sagt Blanchard, „und was ich vielleicht dazu beigetragen habe, das war eine Erweiterung des Verständnisses: Es geht nicht einfach um eine normale Rezession. Es geht um enorm komplizierte Vorgänge, die weitgedachte und komplizierte Lösungen verlangen.“

Olivier Blanchard ist ein listiger Wissenschaftler, der an Strauss-Kahn bewundert, was er an sich vermutlich nicht feststellen möchte: „Das Machiavellische. Ohne das Dunkle. Er ist Machiavelli ohne den Schatten, verstehen Sie?“

Was wirklich anders geworden ist im Fonds, das sollte James Boughton wissen. Ein verwaister Flur, vierte Etage, niemand sonst da, nur leere Zimmer und Boughton, ein älterer Herr, wie eingemauert zwischen seinen Büchern.

Und Boughton erzählt von 1944, der Gründung von Weltbank und IWF in Bretton Woods, New Hampshire, unter dem Eindruck des Krieges. Freier Handel sollte neue Kriege verhindern, das war die Idee, und der Fonds war dazu gedacht, „die Ausdehnung und das gleichmäßige Wachstum internationalen Handels zu ermöglichen“, wie es in der Satzung heißt, aber natürlich war da mehr. Die Briten wollten den IWF in New York ansiedeln, die Amerikaner drückten die Nähe zu ihrer Regierung durch. Die Fed, die großen Wall-Street-Banken, das Weiße Haus verstanden den Fonds als Mittel amerikanischer Politik; während des Kalten Krieges hatten Kredite mit Wohlverhalten zu tun. Über Jahrzehnte war neoliberale Wirtschaftslehre die einzig wahre Lehre – Erhöhung der Steuern, Senkung von Subventionen, Öffnung der Märkte.

In der Öffentlichkeit wird Dominique Strauss-Kahn als der verkauft, der den Fonds verwandelt hat. Innerhalb des Fonds erzählen sie, dass der Inder Reza Moghadam, der die Straßenschlachten während der Asien-Krise miterlebte, den Fonds verwandelt hat.

Der Historiker sagt, beides sei nicht ganz richtig, der Wandel habe mit Horst Köhler, dem ehemaligen deutschen Direktor, begonnen. „Köhler hat den Auftrag gegeben, kooperativere Zugänge zu den Kreditnehmern zu finden. Der Wechsel zu individuellen und weniger zudringlich konditionierten Krediten begann mit Köhler“, sagt James Boughton.

Die Existenz eines IWF-Direktors ist glamourös. In Strauss-Kahns Büro, daheim in Washington, hängt nur ein Foto: Strauss-Kahn und Barack Obama, brüderlich lachend wie Jungs aus demselben Sportclub. Nun sitzt Dominique Strauss-Kahn auf dem Fensterplatz 4F der Air-France-Maschine Paris–Oslo, es geht zu einer dieser Konferenzen mit den austauschbaren Namen: „Die Herausforderungen von Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt“, so heißt sie heute. Strauss-Kahn schläft ein, wäh-

rend das Flugzeug zum Start rollt, er ist ein müder Meilenmillionär, dessen Leben aus Fahrten und Flügen gemacht ist, von einer Zeitzone in eine andere, es ist auch eine brutale Existenz, die nur aushält, wer an sich glaubt.

Der Währungsfonds richtet die Tagung gemeinsam mit der ILO aus, der Internationalen Arbeitsorganisation der Uno, und diese Konstellation ist das Bedeutsame. IWF und ILO sind natürliche Feinde, „Hunde und Hühner in einem Raum“, sagt Strauss-Kahn. Der Fonds drückt gegen gesellschaftliche Widerstände Reformen durch; während die ILO auf Seiten derer steht, die beim Weltsozialforum den Widerstand organisieren, galt die größte Wut stets dem Fonds, und immer wurde er als böse, anonyme Macht beschrieben, die nach Kräften verhindert, dass eine andere Welt möglich sei.

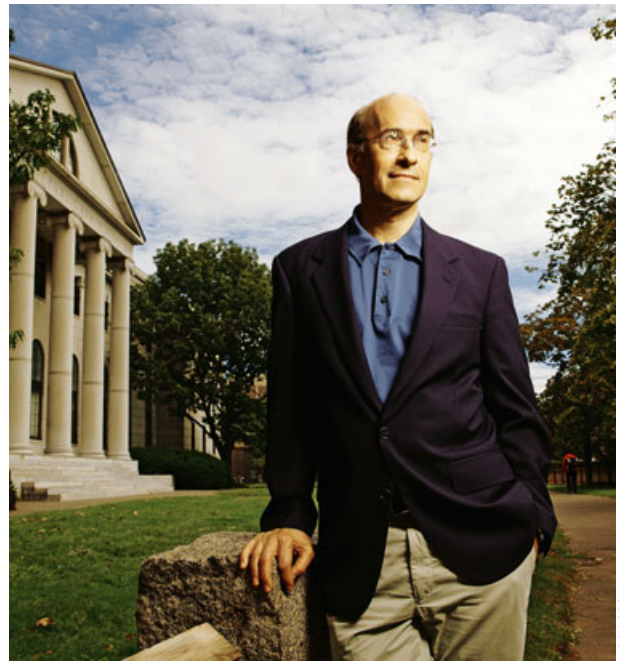
Abends um zehn Uhr bittet Strauss-Kahn in die Lobby, um ein kleines Gespräch zu führen. Er ist aufgeräumt, fast väterlich, seine schöne Stimme gehört zu seinem Kapital, das zerknitterte Gesicht mit den tiefen Tränensäcken, die schnellen Augen.

Er stellt die Bedeutung der Konferenz mit der ILO heraus, er sagt, sie zeige, dass sich der Währungsfonds „nicht nur um die Makroökonomie kümmere“, sondern auch um die Belange des Sozialen, des Gesellschaftlichen. Die Krise, sagt Strauss-Kahn, sei nicht vorüber, „wir brauchen neuen Brennstoff, um wirklich aus der Krise zu kommen“. Wachstum sei nicht allein der Schlüssel. „Wachstum ohne neue Jobs hilft uns nicht weiter“, sagt er, „jobless growth“ sei zu verhindern. Deshalb das Gespräch mit der ILO. „Wir haben uns gewandelt. Die Gewerkschaften haben sich gewandelt. Natürlich: Wir lieben uns immer noch nicht unbedingt; aber wir reden miteinander, wir lernen voneinander.“

Nie zuvor hat ein IWF-Chef so gesprochen. Der IWF vor Strauss-Kahn war eine Fabrik, die Blaupausen ausspuckte, welche die bedrängten nationalen Regierungen widerspruchslos umsetzen mussten, um die Kredite zu bekommen. Ein Staat, der sich weigerte, die Auflagen zu erfüllen, und sei es aus Angst um den sozialen Frieden, flog vom Kreditkarussell. Die asiatischen Länder vor allem wandten sich ab; die unbewältigten Krisen in Mittel- und Südamerika hingen lange nach, es reichte, „Argentinien“ zu sagen, um den IWF zu beschimpfen. Der Fonds hatte, vor dem Crash von 2008, nicht nur ein Image-, sondern ein Identitätsproblem: Wofür war die Organisation noch gut?

Seit neuestem denkt DSK laut darüber nach, die sozialen Folgen und Kosten von Reformen zum Bestandteil der IWF-Programme zu machen, im Fall El Salvador ist das schon Wirklichkeit geworden. Unter Strauss-Kahn beginnt der IWF, der immer dafür verschrien war, eine Politik des „One-size-fits-all“ zu machen, Länderbesonderheiten zu ignorieren, die Komplexität der Globalisierung anzunehmen. „Manche haben Spielraum in der Steuer- und Zinspolitik, andere nicht, jedes Land ist anders“, sagt Strauss-Kahn.

Dies ist das Programm des IWF-Chefs: Er will die Organisation, die mit starrem Blick auf Zinsen, Steuern und Währungen Reformprogramme schrieb, zu einer Task-Force umbauen, die mit Rat, Analyse und Geld zur Seite steht, wenn ein Staat in Schieflage gerät. Der IWF will das Image, das Hauptquartier des Hardcore-Liberalismus zu sein, abstreifen.



JASON GROW

IWF-Kritiker Rogoff

„Es läuft darauf hinaus, dass am Ende Banken mit Steuergeldern spekulieren.“

Olivier Blanchard lacht, vielleicht ein wenig künstlich, wenn man ihn auf diese Pläne anspricht. Er sagt, es gebe keinen solchen Plan, der IWF entfalte sich in seiner Tagesarbeit, „das klingt ja fast nach einer Verschwörung, was Sie sagen“. Er steht im 34. Stockwerk des Radisson Plaza von Oslo, in der Hand einen Teller mit Finger-Food, „natürlich gibt es eine neue Linie“, sagt er dann doch, „wir wollen offen, ehrlich und skeptisch sein“.

Wenn er Französisch und nicht, wie so oft, Englisch spricht, wirkt er noch aufrichtiger als ohnehin; er beherrscht den Polit-Sprech nicht, die Schablonensätze, die die Franzosen „Holzsprache“ nennen, „langue de bois“. Auch vor Griechenland drückt er sich nicht. In den Tagen nach der Konferenz von Oslo wird ein IWF-Team nach Athen aufbrechen, um den Griechen beim Krisenbewältigen über die Schulter zu schauen. Premierminister Georgios Papandreou ist in Oslo, er sieht gealtert aus, Papandreou redet über den griechischen Pessimismus, er sei „fundamental für die Krise“. Was wäre, wenn das IWF-Team mit der Meldung aus Athen wiederkäme, dass Griechenland nicht zu retten sei?

Blanchard könnte einen verlogenen Satz sagen, aber er lässt sich auf die Frage ein. „Dann würden wir das bestimmt nicht einfach so an die Öffentlichkeit weitergeben“, sagt er. „Man müsste neu überlegen und mit allen Beteiligten verhandeln, einen gangbaren Weg suchen.“

Der Fonds kann sich ein Scheitern der Rettung nicht leisten. Über Griechenland hat er den Fuß in die Tür zur Ersten Welt gebracht, wenn der IWF die neue Weltorganisation für Wirtschaftspolitik werden will, eine Denkarmee zur Umsetzung von G-20-Beschlüssen, dann jetzt. Gehen die Griechen bankrott, wird es wieder nach Argentinien riechen.

Klaus Stein, der deutsche Exekutivdirektor, Washington, Zimmer 13-516, ist der Mahner in diesem immer rasanter werdenden Spiel, ein ernsthafter Mann, vorsichtig, ein bisschen steif sitzt er da, die weißen Haare zurückgekämmt, die Brille in der Sakkotasche. Stein ist kein Ökonom, er ist Jurist, er war im Bundesfinanzministerium in der Haushaltsabteilung, leitete Hans Eichels Kabinettsreferat, war in New York bei der Uno, nichts war so aufregend wie die vergangenen drei Jahre im IWF.

Der September 2008, als Lehman fiel. Und alles, was folgte.

Stein hat einen rauschenden Ruf im Haus, „kerzengerade und verlässlich“, sagen die, die mit ihm verhandeln müssen, aber er wandelt wie alle im Minenfeld, in seinem Fall ist es ein Minenviereck. Die eine Ecke, das ist die Welt, in der er lebt, die Kollegen, die einander vertrauen, die sich nach einiger Zeit eher als IWFler denn als Gesandte ihrer Staaten sehen. Aber da sind noch drei Ecken, mit denen Stein früh am Morgen zu tun hat, per Mail und Telefon. Die Kanzlerin will Einfluss, mit wechselnden Ansichten; Finanzminister Wolfgang Schäuble ist manchmal ein Freund des IWF; dem Bundesbank-Chef Axel Weber geht das, was Strauss-Kahn treibt, viel zu weit.

Stein sagt das alles nicht, er sagt: „Für Deutschland war es nicht einfach in den vergangenen Monaten. Deutschland wollte finanzpolitisch zurückhaltend sein.“ Was sich verschoben hat, sind nicht we-

niger als die Fundamente. Früher schritt der IWF ein, wenn sich Staaten überschuldet hatten und zahlungsunfähig wurden, weil ihre Währung abgewert wurde. Letztlich fußte das Handeln des IWF auf der Idee, dass Staatskrisen Bargeldengpässe waren, die mit einem Haufen Cash und Sparmaßnahmen zu lösen waren. Kredite gab es gegen Konditionen, die Konditionen waren hart.

Im Fall Griechenland, so argumentierten darum die Deutschen in Washington, gab es keine Devisenkrise, sondern ein hausgemachtes Etatproblem plus Korruption. Außerdem dürfe der IWF sowieso nicht tätig werden, da Griechenland als Teil des Euro-Gebiets in der EU-Zahlungsbilanz aufgehe.

Das stimmte alles, aber Strauss-Kahn wollte trotzdem nicht „darauf warten, dass das Opfer erst über die Klippe geht, ehe wir es auffangen dürfen“, sagt Stein, und am Ende stützte auch die Kanzlerin das Rettungspaket und dann die Bundesbank. Und neu war damit auch das Konzept des „joint venture“, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, der EU vor allem. 250 Milliarden Euro wirft der IWF über Europa ab, das Geld kam vor allem durch Beiträge aus Asien herein – die alte Dritte Welt rettete die alte Erste, eine neue Weltordnung, zweifellos.

Nur die Hierarchien und Strukturen innerhalb des Fonds sind geblieben, weitgehend, und das gefällt den Europäern besser als den anderen. Die Exekutive des IWF, „Executive Board“ genannt, tagt im 12. Stock, Montag, Mittwoch und Freitag um zehn Uhr, Schlips- und Anzugzwang; oval ist der Tisch, es gibt 24 Stühle am Tisch und dahinter die zweite Reihe für die Assistenten. Land für Land, Mission für Mission sprechen sie durch, Fondssprache ist Englisch. Die Europäer stimmen ihre Meinungen vorher ab, und alle verteilen ihre Erklärungen vor der Sitzung an die anderen, das spart Zeit, und am Schluss warten die anderen noch auf Klaus Steins Wortmeldung, und Stein fordert „verantwortliches Handeln“.

Der Rat besteht aus 24 Direktoren; die meisten werden gewählt und vertreten Gruppen: Der Brasilianer spricht und stimmt für Kolumbien, die Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Panama, Surinam, Trinidad und Tobago und natürlich Brasilien; zusammen hat die Gruppe 2,41 Prozent aller Stimmen.

9 der 24 Direktoren sind Europäer, immer noch, und 5 der 24 sind ständige Vertreter, gesandt von ihren Regierungen und von niemandem gewählt: Der US-Amerikaner hat 16,74 Prozent aller Stimmen, der Japaner 6,01, Klaus Stein hat 5,87 Prozent, der Franzose und der Brite haben jeweils 4,85 Prozent.

Die erste Liga, ohne Auf- und Absteiger. Fair? Sie lächeln freundlich im Fonds, wenn sie nach Fairness gefragt werden. Dann gucken sie auf ihre BlackBerrys.

Der Managing Director leitet die Sitzungen des Rats, er kommt aus Europa und sein Erster Stellvertretender Direktor aus den USA, so war es 1950, so ist es 2010. 30 Leute führt der IWF als Senior Officials, das sind die Wichtigen. Zu Strauss-Kahns innerem Kreis zählen sein Berater Blanchard; der indische Chef der Strategieabteilung, Reza Moghadam, den die IWF-Frauen zum schönsten Mann im Fonds erklärt haben; der chinesische Sonderberater Min Zhu und die Pressechefin und erste Verkäuferin des Fonds, Caroline Atkinson. Die Türen stehen offen im zwölften Stock, DSK führt auf Zuruf, morgens essen sie Croissants zusammen und besprechen die Welt.

MARTIN H. SIMON / MHS

IWF-Sonderberater Min Zhu

„Man kann mit 30 Dollar Lohn nicht bestehen gegen ein Land, das 3 Dollar zahlt.“

Und alle 14 Tage, donnerstags, tritt die elegante Caroline Atkinson in einem kühlen, kleinen Raum im Erdgeschoss vor eine blaue Wand und verkündet der Welt, wie sie gerettet wird; die Pressekonferenz ist eine Reise um die Erde in 15 Minuten, Fortschritt überall, „das Programm hat sich erfolgversprechend entwickelt“, das ist die Sprache des Fonds, die offizielle.

Dass das alles strukturiert bleibt und zugleich im Wandel, der jeweiligen Krise angepasst, das ist Reza Moghadams Aufgabe, Moghadam ist eine Art Generalsekretär des Fonds. Moghadam reformiert nach innen, schlägt neue Gruppen und Strategien vor, aber auch nach außen. Ehe die Krise begann, 2008, simulierten sie die Krise: Einen Tag lang spielten sie die Rettung eines osteuropäischen Landes durch, inklusive Pressemeldungen. Er sagt: „Zentral war die Regel der Strukturkonditionalität, die wir bis vor kurzem hatten – wenn bestimmte Leistungsdaten nicht erfüllt waren, stoppte ein Kreditprogramm automatisch, daran war nichts zu ändern. Wir haben das abgeschafft. Jetzt haben wir das, was wir strukturelle Richtlinien nennen, das sind immer noch Werte, aber es ist eine Selbstverpflichtung des Staates, und wenn er sie verfehlt, stoppt das die Show nicht.“

Was aber, wenn ein Land den Druck der Reformen dennoch nicht aushält? Wenn eine Regierung fürchten muss, ihre Bürger zu verlieren? Was geschieht, wenn nach Jahren schlimmer Mühen der soziale Kitt zerbröselt? In Indonesien, Argentinien, auch in Ungarn weiß man davon zu erzählen, die Ungarn können beschreiben, welchen Einfluss der IWF auf die Länder nimmt, die er retten soll.

Ungarn ist ein alter Kunde des IWF, doch in Budapest platzten im Juli Verhandlungen über weitere Kreditlinien. Der neue Regierungschef Viktor Orbán schlug den IWF-Leuten die Tür zu und ließ sich dafür feiern. Von einem „wirtschaftlichen Freiheitskampf“ war die Rede, vom „Ende des Bettelns“. Um den Vorgang zu verstehen, hilft es zu wissen, dass drei Monate später Kommunalwahlen anstehen, so etwas gehört immer zum Spiel, der IWF ist reich und mächtig und weit weg und darum der bestmögliche Sündenbock. Aber das war nicht der alleinige Grund für den Eklat.

Ungarn ist Mitglied des IWF seit 1982. Früh machte sich das Land daran, seine Wirtschaft umzustellen, es musste sich Kredite beim IWF holen. Im ersten Beitrittsjahr flossen 520 Millionen Dollar, 1984 lockerte Ungarn, Musterschüler der Marktwirtschaft, die Importpolitik, Zölle wurden gesenkt, Subventionen gestrichen, der Forint wurde abgewertet, alles auf Wunsch oder Drängen oder Befehl des IWF.

Bis 1996 erhielt das Land sechs weitere Kredite, 365 Millionen Dollar hier, 480 Millionen da, 1991 genehmigte der Fonds 1,6 Milliarden Dollar, und in all den Jahren erfand Ungarn sich neu: Das Bankensystem wurde umgebaut nach liberalen Wünschen, es gab eine Mehrwertsteuer. Die Regierung ermöglichte 1990 die Ansiedlung ausländischer Investoren, baute Zollschranken und den Staatsapparat ab, gab Preise und Löhne frei.

Was den Machern in Washington gefiel, was Investoren anzog, was Finanzmärkte honorierten, hatte Schattenseiten. Zwischen 1989 und 1996 sanken die Reallöhne der Ungarn um 22 Prozent, und es konnte froh sein, wer noch Lohn bezog. Mit dem Mauerfall und der Öffnung für den Weltmarkt brach die ungarische Industrieproduktion um mehr als ein Drittel ein, die Arbeitslosigkeit stieg, die Inflation erreichte 30 Prozent, anders gesagt:

Die Arbeiter, die Rentner, die allermeisten Ungarn hatten jedes Jahr weniger in der Tasche als im Vorjahr, sie mussten länger für eine Rente arbeiten, die geringer ausfiel als erwartet, und wenn sie zum Sozialfall wurden, fühlte sich der Staat nicht mehr zuständig, weil es ein anderer Staat geworden war.

Der Beitritt zur EU, 2004, brachte eine neue Welle der sogenannten Anpassungen. Dann kam die Weltwirtschaftskrise. 2008 stand Ungarn vor dem Staatsbankrott. IWF, Weltbank und EU legten zusammen, 25 Milliarden Dollar für Ungarn, davon 15,7 Milliarden vom IWF, und der Fonds diktierte die Bedingungen: Rentenkürzungen, Beamtengehälter einfrieren, alles von vorn.

Wer Anfang der neunziger Jahre durch Ungarn gereist war, hatte ein Land im Erblühen erlebt und im Zentrum Budapest, die farbige, wache, werdende Weltstadt; wer knapp 20 Jahre später wiederkommt, findet Müll und Risse, Budapest ist müde und längst wieder grau, eine Baustelle, auf der sich das Leben der meisten Menschen verschlechtert hat.

In Budapest sieht der neue IWF des Dominique Strauss-Kahn so aus wie der alte: unflexibel, schematisch, kalt. Premierminister Viktor Orbán, ein Konservativer, brach die Verhandlungen mit dem IWF über der Frage nach neuen Haushaltszielen ab. Er mag den Coup geplant haben. Er hatte gute Gründe. Und es ist seltsam: Nach dem Eklat vom Juli stieg der Wert des Forint.

Krisenzeiten sind gute Zeiten für Kenneth Rogoff, von 2001 bis 2003 war er Chefökonom des IWF unter dem Managing Director Horst Köhler. Zusammen mit Carmen Reinhart hat er vor kurzem das Buch „Dieses Mal ist alles anders“ vorgelegt, es ist eine Weltgeschichte der Finanzkrisen geworden, nach sieben Jahren Arbeit, jetzt studieren Ökonomen, Finanzmanager, Politiker das Werk.

Rogoff lebt in Boston, er ist stark kurzsichtig, mit seinem kahlen Kopf und der feinen Brille erinnert er ein wenig an Figuren aus Woody-Allen-Filmen, und er hat die Biografie eines Sonderlings, eines Schachgenies, das sich im Brettspiel verlor. Mit 14 gewann Rogoff die New York State Open, mit 15 spielte er gegen 26 Gegner Blind-Simultan, mit verbundenen Augen an 26 Brettern gleichzeitig. Mit 25 wurde ihm der Titel eines Großmeisters verliehen, dann brach er mit dem Spiel wie ein Säufer mit dem Alkohol, er sagt, dass er seit 30 Jahren keine Schachfigur angefasst habe, „zu gefährlich“.

Er stürzte sich auf ein größeres Spiel: die Weltwirtschaft. Wie lässt sich die Komplexität der Welt bewältigen? Was taugen Modelle, auf welcher Grundlage entscheiden Institutionen wie der IWF?

In Rogoffs Buch stehen Hinweise darauf, dass viele der umlaufenden Theorien nicht stimmen können. „Die Wall Street“, sagt Rogoff, und er meint alle Aktienmärkte damit, „glaubt letztlich an eine einfache Rechnung: Wenn die Kurse heute um 4 Prozent fallen, dann werden sie irgendwann um 8 Prozent steigen. Wir haben gezeigt, dass das nicht stimmt. Es ist komplizierter. Und vieles davon verstehen wir nicht.“

Rogoff und Reinhart zeigen, dass der Fall Lehman Symptom für die größte Rezession seit den dreißiger Jahren war, die sich aus vielen Faktoren speiste. Vor allem zeigen die beiden, dass Finanzkrisen wie die aktuelle immer in Schuldenkrisen der Staaten münden, ganz egal, welche Gegenmittel die Regierungen ergreifen. Arbeitslosigkeit und „Bail-outs“ lassen die öffentlichen Defizite explodieren, was panische Sparprogramme nach sich zieht, was zu neuer Rezession führt. Das ist der Teufelskreis, er läuft gerade da draußen ab, Rogoff und Reinhart haben ihn schon vor Griechenlands Fall beschrieben, und wer weiterliest, kann erfahren, wie es weitergehen wird.

In seinem Büro in Harvard sagt Rogoff, ganz nüchtern und kühl: „Der Bankrott Griechenlands ist nicht zu vermeiden.“

Er sagt: „Spanien wird mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit in die Pleite gehen.“ Er sagt: „Ungarn steht am Abgrund.“ Er sagt: „In Osteuropa wird alles noch viel schlimmer werden.“ Er sagt: „Wir werden eine gewisse Anzahl an Ländern haben, die bankrottgehen. Wir werden eine Reihe von Euro-Ländern haben, für die ein Sabbatjahr vom Euro empfehlenswert wäre.“ Und: „Die Lage in den USA ist sehr besorgniserregend. Die Märkte werden sich weigern, die Verschuldung in dieser Höhe zu tolerieren.“ Es klingt, das ist das Schlimmste, als würde er Tatsachen aussprechen, Selbstverständliches.

Rogoff sitzt da, in seinem leeren Büro, die Rollläden sind heruntergelassen, man sieht nicht viel von der Welt. „Wir brauchten eine radikale Veränderung“, sagt er, und er wirkt nicht, als glaubte er, dass sie möglich ist. Nicht lange her, sagt er, da habe ihm die US-Regierung den Entwurf ihres neuen Gesetzes über die Regulierung des Finanzsektors vorgelegt, mit der Bitte um seine Meinung. „Der Entwurf hat 2000 Seiten“, sagt Rogoff. „Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Mein Verdacht ist, dass auf den 2000 Seiten genug Lücken eingefüllt sind, die die Wall Street aufspüren wird, um daraus neue Geschäftsideen zu entwickeln.“

Dann gibt es keinen Ausweg? „Es gäbe viele Wege, diese Katze zu häuten“, sagt er. Eine echte Reform des Banken- und Finanzsektors müsste das System drastisch schrumpfen, auf Geschäftsumfänge wie vor 30 Jahren. Rogoff sagt: „Der Finanzmarkt mit all seinen Produkten addiert sich auf 200 Billionen Dollar. 120 Billionen davon werden mit dem Handel von Schulden gemacht. Ich erinnere mich an eine Rede von Angela Merkel. Sie sagte, die Amerikaner machen die Profite, verteilen die Risiken aber mit den vielen Schuldtiteln weltweit. Das ist wahr. Man könnte das begrenzen.“

Er habe, sagt Rogoff, nie verstanden, warum Banken ihr Kapital mit Krediten aufpumpen dürfen. Wieso können sie ihre Geschäfte mit dem Vielfachen dessen betreiben, was ihnen zur Verfügung steht? „Ich weiß es nicht“, sagt Rogoff, „es gibt keinen vernünftigen Grund.“ Neue Institutionen der Überwachung wären zu schaffen, auf Augenhöhe mit der Finanzwelt, sie müssten drastische Sanktionsmöglichkeiten haben.

Dass sich der IWF und viele Regierungen auf die Schulter klopfen für ihr Krisenmanagement, kann er nicht verstehen. „Wir sind, grundsätzlich, zu schnell mit Hilfspaketen und zu zögerlich mit dem Bankrott“, sagt er. G20 und IWF hätten mit Schutzschirmen künftiges Fehlverhalten programmiert. Die Fachsprache nennt das den „moral hazard“ – Hilfspakete verhindern Krisen nicht, sondern führen neue herbei. „Es läuft darauf hinaus, dass die Banken am Ende mit Steuergeldern spekulieren“, sagt Rogoff.

Aber so ist der Mensch, Rogoff hat ihn studiert, am Schachbrett, im Leben, anhand der Zahlen, die er fortlaufend produziert. Er hat festgestellt, dass sich „Normalität“ immer aufs Neue herstellt, Frankreich ist schon bankrott gewesen, Griechenland fünfmal in 200 Jahren, das Deutsche Reich war zahlungsunfähig und also pleite. Krisen, sagt Rogoff, sind Krisen und nicht das Ende der Welt.

Es ist Dienstag im späten September. Gestern hat Dominique Strauss-Kahn vor den Vereinten Nationen in New York für Arbeitsplatzmaßnahmen geworben und dann vor der Presse die Gewerkschaften gepriesen, schon wieder, es sah nach einer Kampagne aus. Ernst sprach er über die Weltlage, die Nöte der Arbeiter, entschlossen ohnehin, DSK macht, was er macht, mit finsterer Entschlossenheit.

Was aber wird er machen? Wird er den IWF verlassen, bevor er am Ziel ist? Wird er die französischen Sozialisten als Herausforderer von Präsident Sarkozy im Wahljahr 2012 anführen? Strauss-Kahn ist Profi genug, um die Antwort auswendig zu kennen: „Ich habe mich um Menschen

zu kümmern, die keinen Job haben“, sagt er, „ich selbst habe einen.“ Im IWF gibt es den einen oder anderen Gegner, der sagt, die Nähe zu den Gewerkschaften sei das Kalkül eines Wirtschaftspolitikers.

Tritt Strauss-Kahn an, darf er mit einer Schmutzkampagne rechnen. Die Affäre um die ungarische Geliebte, sie war IWF-Angestellte, weshalb eine Untersuchung eingeleitet wurde, wird Karriere machen; sein Ruf als Mann, der zum dritten Mal verheiratet ist, aber viele Damen liebte, wird ihm in die Quere kommen. Fragt man ihn danach, so sagt er: „Es war ein Fehler. Zeitraubend. Der Preis für Fehler ist Zeitverlust.“

Hat er gehört, dass Sarkozy in Paris erzählt, er habe Strauss-Kahn davor gewarnt, im IWF-Hochhaus allein mit einer Frau in den Fahrstuhl zu steigen? Nein, sagt er, und da ist kein Lächeln mehr.

Lieber redet Dominique Strauss-Kahn in seinem blumig duftenden Büro über die traurige Zukunft Europas. „Die europäischen Institutionen“, sagt er, „waren notwendig und nützlich aus vielen Gründen, aber sie wurden für ruhige Zeiten erschaffen. Die Krise hat sehr genau gezeigt, wie Europa funktioniert: Es geht zu sehr um innerstaatliche Bewahrung, innerstaatliche Bedenken. Asien, Afrika, sogar Nordamerika kommen schnell zurück. Wenn Europa den Stier nicht bei den Hörnern packt, kann es dort … na ja, nicht Stillstand, aber eine flaue Erholung von der Krise geben. Es braucht nach der Erschaffung der Union, nach dem Euro nun den dritten Schritt, und das ist die eine koordinierte Wirtschaftspolitik, eine einheitliche Steuerpolitik, und das heißt mehr Zentralisierung. Das System ist sehr, sehr schwerfällig.“

Er greift zum Tisch, aber da steht kein Wasser, sie trinken alle zu wenig im IWF, immer nur Kaffee.

Dann sagt er: „Man kann keine wirtschaftliche Union haben, ohne dass die Steuerpolitik einigermaßen koordiniert ist. Es geht auch nicht, wenn Nachbarn sagen: Sei nett zu mir, dann bin ich nett zu dir; genau so sind Frankreich und Deutschland mit ihrer Überschreitung der Defizitgrenze von drei Prozent durchgekommen. Europa braucht Regeln, eine Überwachung und Sanktionen, der Straßenverkehr klappt ja auch nicht, wenn man nur Verkehrsregeln und Ampeln hat, aber keine Polizei. Sanktionen können nicht der Entzug von Stimmrechten sein, wen kümmert das? Nein, es müssen finanzielle Sanktionen sein, zu zahlen nicht während einer Krise, sondern drei, vier Jahre danach.“

Am Ende schwärmt DSK von China, von Asien, von Dynamik und Tempo.

Und wenig später serviert Min Zhu in seinem Zimmer, 12-200 C, chinesischen Tee, kein Beutel, viel Grünzeug, „schlucken Sie die Blätter nicht, die brauchen Sie noch, denn der zweite Aufguss ist der beste“, sagt er und lächelt.

Karg sind die meisten Büros im Fonds, aber das des Chinesen ist bilderlos, kein Foto, nichts, nur Ordnung. Und Min Zhu trägt eine randlose Brille, einen Pony, beidhändig überreicht er die Visitenkarte. „Special Advisor to the Managing Director“, der Job ist neu, so neu wie der chinesische Einfluss im Fonds.

Min Zhu ist die menschliche Beigabe zu den Milliarden aus China. Und Min Zhu ist hier, um seinem Chef, Strauss-Kahn, Asien zu erklären.

„Ich werde nicht von China bezahlt“, sagt er, „ich denke als Mann des IWF“, und das ist ein Diplomatensatz, doch in der Welt, in der Min Zhu sich bewegt, wird kein Posten frei von nationalen Interessen besetzt.

STEPHEN JAFFE / IMF

IWF-Tagung in Washington im April

Das ultimative Ziel: Weltfrieden durch ökonomische Stabilität.

Wenn er über den neuen Fonds spricht, den veränderten Fonds, dann sagt Min Zhu, dass die Firma heute „eine internationale Organisation“ sei, die „die globale Makrostabilität überwachen und erhalten soll, sowohl ökonomisch als auch finanziell“. Der Fonds observiert, analysiert, und seine Stärke rührt in Wahrheit daher, dass eine verunsicherte Welt nach wirtschaftlicher Kompetenz sucht und die Kompetenz des IWF nicht mehr angezweifelt wird wie nach der Asien-Krise.

Der IWF soll deuten, er kann mahnen, und er mag Krisen besser verstehen als andere, aber strafen kann er kaum; er braucht immer aufs Neue den Auftrag derer, auf die er aufpassen soll.

Min Zhu ist stolz auf die neuen Werkzeuge des Fonds, FASP zum Beispiel ist das Kürzel für das „Financial Sector Assessment Program“, mit dem die IWF-Detektive dem globalen Finanzmarkt und seinen komplizierten Instrumenten mit komplizierten Namen wie Credit Default Swaps hinterherspüren. Ein Leuchtturm im Irrwitz der Krise sei der neue IWF; Min Zhu mag es, wenn die IWF-Leute als „Weltbürger, die die Weltangelegenheiten auf neutrale Weise präsentieren“, verstanden werden.

Min Zhu sagt, dass der Rest der Welt inzwischen einiges von den aufstrebenden Gesellschaften Asiens lernen könne. Diese hätten „einen stärkeren Pulsschlag“, also „bessere makroökonomische Bedingungen“ als europäische Staaten, also auch „größere politische Reserven“, damit meint er Spielraum für schlechte Zeiten. Die Defizite seien niedriger, die Auslandsschulden sowieso, viele der Aufsteiger hätten Devisenreserven und längst „vernünftige Inflationsraten“; und viel früher als zum Beispiel die Amerikaner hätten Chinesen und Inder verstanden, dass Immobilienmärkte der „unbeständigste Sektor der Welt der letzten 50 Jahre“ waren, und mit sorgsamer Überwachung begonnen.

Das Ende Europas, der Aufstieg Asiens? Min Zhu ist nicht so schnell mit solchen Urteilen. Er weiß, dass China jenseits der Städte immer noch arm ist, und er weiß, dass Europa Stärken hat. „Es braucht eine Weile, bis Entscheidungen durch alle Parlamente gebracht sind, aber Europa macht Schritte, feste Schritte in eine Richtung“, sagt Min Zhu.

Aber da sind zwei Dinge, die ihn erstaunen, wenn er an Europa denkt, und diese Sichtweise teilt der chinesische Berater mit seinem französischen Chef: „Da ist das fundamentale Thema des sozialen Wohlfahrtskonzepts, des demografischen Wandels. Alle leben länger, und es ist offensichtlich, dass die heutigen Pensionen und Krankenversicherungen das Morgen nicht erleben werden.“ Außerdem brauche Europa eine Wachstumsstrategie, eine Industriestrategie, Europa müsse neue Produkte und Sektoren erfinden, die ein Verlangen der Welt stillen, „sonst kann man mit 30 Dollar Lohnkosten pro Stunde nicht gegen ein Land gewinnen, das 3 Dollar zahlt“. Reformen also, darauf läuft es hinaus, auch beim neuen IWF, nur die Objekte ändern sich.

„Europa muss sich reformieren, das ist klar“, sagt der Chinese vom Internationalen Währungsfonds, er lächelt, er sagt: „Wir helfen gern.“ ◆

Opa erzählt vom Krieg

Ortstermin: Ex-Minister Heinz Eggert macht auf seiner Vortragsreise als Zeitzeuge der deutschen Einheit an einem Schloss halt.

Eine Stunde bevor die Gäste kommen, steht Heinz Eggert im Park von Schloss Hundisburg wie ein Denkmal. Er sieht gut aus, beinahe unverändert, nur der Kinnbart ist ein wenig dichter und grauer heute, und so könnte der ehemalige Revolutionspfarrer und Innenminister auch als Lenin durchgehen, jedenfalls äußerlich.

Eggert ist hierher in die Magdeburger Börde gekommen, um anlässlich des 20-jährigen Einheitsjubiläums über die Schrecken der kommunistischen Diktatur zu berichten, und der Park und das Schloss sind sofort zu einem Argument in seinem Vortrag geworden. Das Schloss war vor 20 Jahren noch eine Ruine, erzählt Eggert, und der Schlosspark ein struppiger Fußballplatz. Eggert hat sich von den Betreibern des Restaurants bereits die Vorher-Nachher-Fotos zeigen lassen. Unglaublich, sagt er. Man vergisst das ja alles. Die Soldaten der Roten Armee, die hier 1945 hauste, hatten aus Versehen das Schloss abgefackelt, sagt Eggert. Im Suff fiel jemandem wohl eine Zigarette runter, der gesamte Bau brannte ab, und dann blieb das erst mal 40 Jahre so, wie es eben so war im real existierenden Sozialismus, sagt Eggert und lächelt.

Die Geschichte des besoffenen russischen Soldaten hat er von dem kleinen, runden Mann mit der orangefarbenen Krawatte, der am Rande des Parks steht. Das ist Dr. Andreas Schulze von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen-Anhalt, von dem Eggert eingeladen und betreut wird. Gestern waren sie zusammen in Wernigerode, morgen werden sie in Stendal sein.

„Bei mir zu Hause in Oybin, im Zittauer Gebirge“, erzählt Eggert, „haben die Russen das historische Fastentuch als Saunazelt benutzt. Und da muss man ja noch dankbar sein, dass sie den Wert des Tuches nicht erkannt haben, sonst läge das heute irgendwo in Moskau im Keller.“

Sie gehen ins Burgrestaurant, um vor dem Vortrag noch einen Happen zu essen. Eggert bestellt ein Pils. Anfang des Jahres hatte Eggert bereits 80 Einladungen auf dem Tisch, um anlässlich der deutschen Einheit zu reden. Heinz Eggert gehöre seit kurzem zu seinem Zeitzeugen-Pool, sagt Schulze. Aus irgendeinem Grund sei Sachsen-Anhalt nicht so gesegnet mit richtig guten Zeitzeugen.

Auch Thomas Webel, der CDU-Landrat des Bördekreises, der sich für ein Pils mit an den Tisch setzt, ist erst nach der Wende aus dem Volk aufgetaucht. Eggert und er waren in der Nachwendezeit Landratskollegen.

„Damals mussten wir ja immer nach Berlin, um uns bei de Mazière die Schecks abzuholen“, ruft Webel.

FOTOS: SVEN DÖRING / AGENTUR FOCUS

Festredner Eggert vor Schloss Hundisburg: *„Aus Versehen abgefackelt“*

„Das war der wilde Osten“, sagt Eggert.

„Heute sind mehr die Karrieristen dran“, sagt Webel.

„Die Zeit der Macher ist vorbei“, sagt Eggert.

„De Maizière kommt übrigens in zwei Tagen in die große Turnhalle nach Haldensleben“, sagt Webel. Er ist ihr Top Act im Einheitszeitzeugenprogramm. Vor zehn Jahren hat der Landtagspräsident geredet, jetzt eben de Maizière.

„Da kann er ja wieder erzählen, dass er nicht in einem Unrechtsstaat gelebt hat“, sagt Eggert.

„Na ja“, sagt der Landrat und schaut einlenkend.

„Wenn die Verurteilung von Mördern und Dieben einen Rechtsstaat ausmacht, dann sind auch Iran und Nordkorea Rechtsstaaten“, sagt Eggert. Er wiederholt das in seinem Vortrag. Es ist ein Lebensbericht, der beschreibt, wie er als unpolitischer Arbeiter von der Ostseeküste zu einem Staatsfeind wurde. Eggerts Rede ist bevölkert von jungen, unschuldigen Frauen, finsteren Spitzeln, unglücklichen Soldaten, zerrissenen Familien und vielen, tragikomischen Details aus dem DDR-Alltag.

Eggert ist ein guter Redner, für eine Stunde lässt er eine untergegangene Welt aufleben, die in ihrer Schlichtheit betörend ist. Eggert weiß, dass seine Weltsicht begrenzt ist, und er wirke wie sein Opa, der aus dem Krieg berichtet, sagt er. Eggert ist 64, er ist vor 15 Jahren als Innenminister zurückgetreten und seit der letzten Wahl auch kein Abgeordneter mehr. Er redet lieber über die DDR als über die Nachwendezeit, weil es einfacher ist. Er ist der perfekte Zeitzeuge der Adenauer-Stiftung. Ein Mann in einem Glas. Ein Präparat. Dr. Schulze lächelt in den Gastraum. 40 Leute, die meisten jenseits der fünfzig, er kennt fast alle von früheren Veranstaltungen, ein „bürgerliches Publikum“, sagt Schulze.

Die junge deutsche Geschichte ist beinah ganz glattpoliert, als plötzlich ein älterer Herr in einem steifen Jackett aufspringt und die Vorzüge des Sozialismus herunterbetet. Er lobt das DDR-Gesundheitswesen, die Schulen und beklagt sich über tschechische Autodiebe. Der Mann redet atemlos, als fürchte er, gleich aus dem Saal getragen zu werden.

„Ich finde es erst mal beeindruckend, dass Sie den Mut haben, sich mit dieser Meinung hier zu melden“, sagt Eggert und sieht den Mann im steifen Jackett an wie einen Hilfsschüler. Der Mann will weiterreden, mehr Beispiele bringen, aber die anderen murren, und irgendwann verlässt er trotzig den Saal. Er wäre wohl der Einzige gewesen, den der Zeitzeuge Eggert heute Abend von irgendetwas hätte überzeugen können. Aber bevor jemand darüber nachdenken kann, lädt Dr. Schulze von der Adenauer-Stiftung alle zu einem Glas Sekt ein.

Alexander Osang

MICHAEL PROBST / AP

Porsche-Präsentation in Frankfurt am Main

PORSCHE

Wieder Wechsel im Vorstand

Bei Porsche steht der nächste Vorstandswechsel an. Der bisherige Entwicklungschef Wolfgang Dürheimer wird Chef der VW-Konzernmarken Bentley und Bugatti. Damit ist der komplette Vorstand der Sportwagenfirma ausgetauscht, seit die Übernahme des VW-Konzerns im vergangenen Jahr scheiterte und die Wolfsburger im Gegenzug Porsche schluckten. Porsche-Chef Wendelin Wiedeking und Finanzvorstand Holger Härter verließen sofort das Unternehmen. Anschließend wurde der Vertriebsvorstand ausgewechselt und später auch noch Wiedekings Nachfolger zum Produktionschef des VW-Konzerns befördert. Nachfolger Dürheimers wird Motorenentwickler Wolfgang Hatz. Danach aber soll Ruhe einkehren auf der Führungsetage bei Porsche.

MAN

Keine Rückabwicklung bei Ferrostaal

Der Münchner Nutzfahrzeug- und Maschinenbaukonzern MAN wird sein früheres Tochterunternehmen, den Industriedienstleister Ferrostaal, nun doch nicht zurücknehmen müssen. Im Jahr 2008 hatte der arabische Staatsfonds IPIC zunächst 70 Prozent der Essener Firma gekauft. Die restlichen 30 Prozent sollten die Araber im Januar dieses Jahres für rund 200 Millionen Euro übernehmen. Doch bis heute hat IPIC nicht gezahlt. Grund: Seit März steckt Ferrostaal in einer gewaltigen Schmiergeldaffäre. Dem Unternehmen drohen Strafen in dreistelliger Millionenhöhe. Auf Seiten des deutschen IPIC-Geschäftsführers, zugleich Aufsichtsratschef von Ferrostaal, wurde die Forderung nach einer Rückabwicklung des Geschäfts laut. In Abu Dhabi hingegen versucht man, den Konflikt mit MAN nicht eskalieren zu lassen. Zwar reichten die Araber dieser Tage eine Schiedsklage in Düsseldorf ein. Doch hinter den Kulissen wird seit zwei Monaten an einer Lösung gebastelt. Demnach wird IPIC die verbliebenen 30 Prozent wie geplant übernehmen – doch nur zu einem reduzierten Kaufpreis. Die Höhe hängt vor allem von der Strafe ab, die die Münchner Staatsanwaltschaft in der Schmiergeldaffäre gegen Ferrostaal verhängen wird.

MERCHANDISING

Sie lacht wieder

Auch für die Atomkraftgegner haben die längeren AKW-Laufzeiten etwas Positives. Sie verkaufen immer mehr Aufkleber, Anstecker und Plakate mit dem Logo der lachenden Sonne. „Die Bestellungen explodieren“, sagt Jochen Stay von der Organisation „Ausgestrahlt“. Höchststand seien 300 Bestellungen pro Tag – üblich waren bisher maximal 20 bis 30. Aktivisten sprechen von einer Renaissance, „unter diesem Element sind alle Atomgegner aus allen Parteien vereint“, sagt Jan Becker von „Contratom“. Das Logo ist eine Ikone der siebziger und achtziger Jahre. Die Dänin Anne Lund hatte es 1975 als 21-jährige Studentin entworfen. Sie selbst hat daran nie verdient, sondern alle Rechte an ihre dänische Organisation OOA abgetreten. Bisher wurden schätzungsweise 64 Millionen lizenzierte Artikel des „dezentralen Fundraising-Instruments“ verkauft. Inzwischen hat sich die OOA aufgelöst. Eine Nachfolgeorganisation verwaltet die Rechte und bittet jene zur Kasse, die das Logo unerlaubt nutzen. Die Einnahmen fließen wieder in die Anti-Atomkraft-Bewegung, Gelder aus Dänemark gingen letzthin nach Deutschland. Da sei es bitter nötig, heißt es von den OOA-Nachfolgern.

CARSTEN REHDER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Anti-Atomkraft-Demonstration

GEWERKSCHAFTEN

„Es ist eine Schande“

HOERNLEIN / VARIO IMAGES

IG-Metall-Vize Detlef Wetzel, 57, über die Tarifeinigung in der nordwestdeutschen Stahlindustrie und die Zukunft der Leiharbeit

SPIEGEL: Die IG Metall hat erreicht, dass Leiharbeiter künftig wie die Stammbelegschaft bezahlt werden. Allerdings in der Stahlbranche, wo es eh nur drei Prozent Leiharbeiter gibt, die bereits heute fast überall gleich entlohnt werden. Wollten Sie ein Exempel statuieren?
Wetzel: Das hätte ja einen Strafcharakter. Nein, wir wollten das Signal setzen: „Gleiche Arbeit – gleicher Lohn“ ist nicht mehr aufzuhalten in dieser Gesellschaft. Das Prinzip der ungleichen Bezahlung ist in der Stahlbranche tot. Wir haben gezeigt, dass wir das mit gutorganisierten Belegschaften tariflich regeln können. Leiharbeit führen wir damit wieder auf ihre ursprüngliche Funktion zurück, Krankheitsvertretung oder Auftragsspitzen abzudecken. Und das ist nötig gegenüber allen, die ihre Stammbelegschaft systematisch durch billig bezahlte Leiharbeit ersetzen wollen.
SPIEGEL: Ist die Bekämpfung des Missbrauchs nicht Aufgabe der Politik?
Wetzel: Es ist eine Schande, dass die Bundesarbeitsministerin ihrer Pflicht nicht nachkommt. Sie hat ja sogar einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den weiteren Missbrauch geradezu fördert. Frau von der Leyen ist den Lobbyinteressen der Branche erlegen. Auch deshalb haben wir tarifvertraglich reagiert.
SPIEGEL: Die Zeitarbeitsbranche sagt, der Abschluss ginge zu ihren Lasten. Es sei für die Betriebe nicht attraktiv, Leiharbeiter zu beschäftigen, weil sie jetzt teurer als die Stammbelegschaft sind.
Wetzel: Die Zeitarbeitsfirmen erkennen langsam, dass ihr Geschäftsmodell seinem Ende entgegengeht und sich die Milliardengewinne, die sie auf Kosten anderer erzielen, nicht beliebig ausbauen lassen. Wenn sie künftig niemanden mehr billig in die Stahlbranche verleihen können, ist das ihr Problem.
SPIEGEL: Wie kann die IG Metall künftig in andere Tarifverhandlungen ziehen, ohne die Forderung nach Gleichbezahlung von Leiharbeitern zu erheben?
Wetzel: Der Tarifabschluss ist ein starkes Signal in die Gesellschaft hinein. Dass wir in der IG Metall diskutieren, wie wir dieses Thema flächendeckend verankern können, liegt auf der Hand. Vor allem werden wir die Bundesregierung nicht aus ihrer Pflicht lassen.
SPIEGEL: Werden Sie die Forderung „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ bei der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie auch erheben? Dort sind bis zu zehn Prozent der Belegschaft betroffen.
Wetzel: Das Thema liegt auf dem Tisch. Von diesem Tisch kann es niemand mehr herunterziehen. Unser Abschluss wird Konsequenzen haben – für die Gewerkschaften und für die Politik.

FREDRIK VON ERICHSEN / DPA

Stahlproduktion bei ThyssenKrupp in Duisburg

JASON REED / REUTERS

Chinesischer Premierminister Wen Jiabao, US-Präsident Obama am 23. September in New York: *Zusage nicht eingehalten*

WELTHANDEL

Währung als Waffe

Der Wechselkurs entscheidet über das Wohl einer Volkswirtschaft, doch feste Regeln gibt es nicht. Deshalb eskaliert jetzt der Streit zwischen den USA und China. Auf den Devisenmärkten droht ein Abwertungswettlauf, der am Ende nur Verlierer kennt.

Die Vorschrift liest sich ganz friedlich. „H.R. 2378 – Currency Reform for Fair Trade Act“ steht am späten Mittwochnachmittag vergangener Woche auf der Tagesordnung des US-Kongresses. Fairer Handel, wer soll da schon was dagegen haben?

Aber als die Abgeordneten zu diskutieren beginnen, klingt das gar nicht mehr harmlos. Es klingt nach Krieg.

„Im Welthandel springen sich doch alle an die Gurgel. In jedem Moment, den wir untätig bleiben, verlieren wir in Amerika einen weiteren Job“, ruft Xavier Becerra, ein Parlamentarier aus Kalifornien. Timothy Murphy, Republikaner aus Pennsylvania, legt nach: „Wir verlieren gerade unsere globale Vormachtstellung. Die Chinesen haben noch nie die Weltmarktregeln akzeptiert.“ Die Demokratin Linda Sanchez aus Kalifornien klagt: „Wir

stecken mitten in einem Handelskrieg. Nur schießt die andere Seite mit aller Kraft und wir mit Spritzpistolen."

Eine Verbalattacke folgt der nächsten, rund eine Stunde lang. Redner um Redner schimpft über die vermeintlichen „Währungsmanipulatoren" aus dem Reich der Mitte, die ihre Produkte durch eine künstlich billig gehaltene Landeswährung subventionierten.

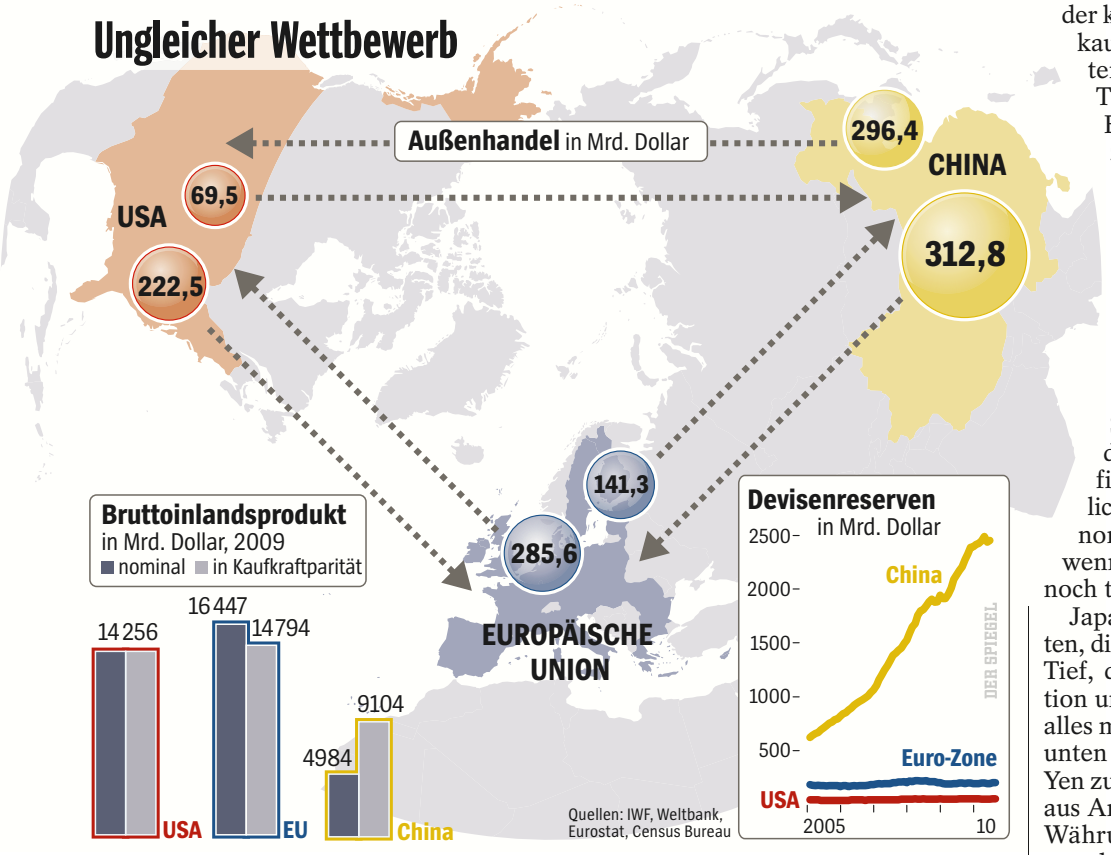
Sie alle wollen, dass H. R. 2378 endlich Gesetz wird. Und im Kleingedruckten liest sich das Regelwerk dann gar nicht mehr harmlos: Das US-Handelsministerium soll – auch ohne Genehmigung durch Präsident Barack Obama – künftig Strafzölle auf Importe aus bestimmten Ländern verhängen können. Im Visier: Nationen, die „fundamental unterbewertete Währungen" haben, einen „dauerhaften Leistungsbilanzüberschuss" und sehr hohe Devisenreserven.

Das zielt genau auf China. 348 Abgeordnete stimmen dem Entwurf zu, nur 79 Abgeordnete sind dagegen. „So ein deutliches Zeichen hat es noch nie gegeben", sagt Nicholas Lardy vom Peterson Institute for International Economics.

Der Handelskonflikt zwischen Peking und Washington tritt damit in eine neue heiße Phase. Einen Monat vor den wichtigen US-Kongresswahlen entdecken Amerikas Abgeordnete, alarmiert durch fast zehn Prozent Arbeitslosigkeit und düstere Konjunkturaussichten, einen alten Bekannten neu: den Protektionismus.

Und zugleich pflegen sie einen neuen alten Lieblingsfeind: China. Dessen Währung müsse endlich aufgewertet werden, fordern sie, damit Chinas Produkte nicht mehr so viel billiger als die der US-Mitbewerber seien.

Es wird aufgerüstet im Konflikt zwischen den USA und China, verbal, juristisch, politisch. Die Wirtschaftsmacht des 20. Jahrhunderts will die Wirtschaftsmacht des 21. in ihre Schranken weisen. Die Frage ist, ob sie dazu überhaupt noch stark genug ist. Und ob ein solcher Konflikt am Ende nicht allen schadet.



Denn die US-Wirtschaft ist längst abhängig von den billigen Produkten der Chinesen und von deren Währungsreserven, die den Wert des Dollar stützen. Beide Seiten profitierten bisher von diesem System. Die einen lebten über ihre Verhältnisse und bezahlten mit bedrucktem Papier namens Dollar, die anderen kauften mit diesem Papier amerikanische Staatsanleihen und häuften so gigantische Währungsreserven an.

Aber so kann es nicht weitergehen: Die Ungleichgewichte im Welthandel werden immer größer, das Weltwährungssystem gerät aus den Fugen.

Dabei steckt hinter dem amerikanischen Vorstoß auch eine gehörige Portion Scheinheiligkeit: Niemand hat in der Vergangenheit die Devisenmärkte so beherrscht wie die USA. Noch immer druckt die US-Notenbank Fed ungebremst Dollar, um die ausufernden Staatsschulden zu finanzieren. Dass ihre Währung an Wert verliert, nehmen die Amerikaner zumindest billigend in Kauf. Schließlich verteuern sich damit auch die Einfuhren in die USA, ihre Exporte dagegen werden billiger, die Wettbewerbsfähigkeit steigt.

Doch Wechselkurse geben Relationen wieder. Was der eine gewinnt, verliert der andere und umgekehrt. So kommt es, dass der Euro plötzlich zulegt, obwohl die Finanzwelt noch vor wenigen Monaten auf den Niedergang der europäischen Gemeinschaftswährung spekuliert hatte – und obwohl die Probleme der Euro-Länder keineswegs gelöst sind. Noch immer kauft die Europäische Zentralbank unter ihrem Präsidenten Jean-Claude Trichet Anleihen angeschlagener Euro-Staaten auf, um deren Kurse zu stützen.

Dennoch stiegen in der vergangenen Woche die Risikoprämien für irische Staatsanleihen auf neue Höchststände, das Land muss immer mehr Milliarden in die Rettung seiner maroden Banken stecken. Gleich in mehreren Ländern gingen Zehntausende gegen die geplanten Sparmaßnahmen auf die Straße, was die Zweifel nährt, dass die geplante Sanierung der Staatsfinanzen in diesen Ländern tatsächlich gelingt. Das alles würde den Euro normalerweise in die Tiefe ziehen – wenn die Aussichten in den USA nicht noch trüber wären.

Japan steckt ebenfalls in Schwierigkeiten, die Konjunktur kommt nicht aus dem Tief, das Land leidet unter einer Deflation und gewaltigen Staatsschulden. Das alles müsste den Wert der Währung nach unten drücken, doch auch der Kurs des Yen zum Dollar steigt – weil die Chinesen aus Angst vor einer weiter fallenden US-Währung ihre Devisenreserven zunehmend auch in Yen anlegen.

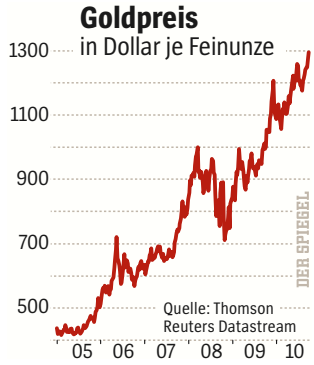
Nichts ist, wie es sein sollte auf den Devisenmärkten der Welt. Es ist eine verkehrte Welt – und eine sehr gefährliche. Denn am Wert der Währungen hängen Wohl und Wehe ganzer Länder, die Instabilität der Devisenmärkte bedroht deshalb auch das Gefüge der Weltwirtschaft.

Werden die Wechselkurse manipuliert, vergrößern sich die Ungleichgewichte, die Probleme verschärfen sich – bis sie schließlich eskalieren. Dann droht eine Währungskrise, die ganze Volkswirtschaften in die Tiefe reißen kann.

Allein kann sich kein Land und kein Währungsraum dem Sog einer solchen Krise entziehen, alle sind über ihre Wechselkurse miteinander verbunden. Deshalb ist es auch so gefährlich, wenn ein Land seine Währung abwertet, um seine Wirtschaft anzukurbeln. Wer sich so Wettbewerbsvorteile verschafft, benachteiligt automatisch den anderen. Und wenn der

seinerseits mit einer Abwertung reagiert, beginnt eine Abwärtsspirale, die am Ende nur Verlierer kennt. Abwertungswettlauf nennen die Ökonomen eine solche verhängnisvolle Entwicklung, ein Begriff aus einer dunklen, längst vergangenen Epoche der Wirtschaftsgeschichte, die aber plötzlich wieder aktuell erscheint.

Der brasilianische Finanzminister Guido Mantega spricht schon von einem internationalen Währungskrieg. „Die entwickelten Länder versuchen, ihre Währung zu schwächen“, sagt Mantega. „Das bedroht unsere Wettbewerbsfähigkeit.“



Das Land will sich gegen eine drohende Aufwertung seiner Währung stemmen, zuvor hatte bereits Japan massiv am Devisenmarkt interveniert. Auch die Schweiz sieht sich als Opfer der Euro- und Dollar-Schwäche, zu viel Kapital drängt ins Land und bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der Exportnation. Immer wieder hat die Notenbank in den vergangenen Monaten durch Aufkäufe von Euro den Höhenflug des Franken zu bremsen versucht.

Schon einmal erlebte die Welt einen verhängnisvollen Abwertungswettlauf, in den turbulenten Jahren zwischen den Weltkriegen. Bis dahin hatte fast überall der Goldstandard gegolten: Jeder Bürger konnte sein Geld gegen eine festgelegte Menge Edelmetall eintauschen. Die Preise und Wechselkurse blieben über viele Jahre relativ stabil, der Welthandel florierte. Doch mit dem Ersten Weltkrieg funktionierte das System nicht mehr, zu sehr hatten sich die Volkswirtschaften auseinanderentwickelt.

Das Massenelend der Weltwirtschaftskrise zwang die Staaten schließlich zur radikalen Wende. Am 20. September 1931 löste sich Großbritannien von der Goldbindung, das Pfund verlor gegenüber dem Dollar innerhalb weniger Monate fast ein Drittel seines Wertes. Der gewünschte Effekt trat ein: Die britische Volkswirtschaft erholte sich recht schnell.

Doch damit sanierte das Vereinigte Königreich seine eigene Wirtschaft auf Kosten der Nachbarn, die am Goldstandard festhielten und deren Währung sich dadurch relativ verteuerte. „Beggar my neighbour“ („den Nachbarn ausplündern“) nennen Ökonomen diese protektionistische Politik.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Im Frühjahr 1933 koppelten die USA den Dollar vom Gold ab, die US-Währung verlor darauf 40 Prozent. Weitere Staaten des sogenannten Gold-Blocks folgten dem Beispiel, am Ende hatten sich 25 Staaten vom Goldstandard verabschiedet.

Niemand konnte diesen Wettlauf gewinnen, er zog die gesamte Weltwirtschaft nach untern. Zwischen 1929 und 1933 verringerte sich das Volumen des Welthandels von drei auf eine Milliarde Dollar.

Um das Währungschaos zu beenden, trafen sich im Juli 1944 Vertreter von 44 Staaten im amerikanischen Bretton Woods. Sie einigten sich auf ein neues Währungssystem, das für einen geordneten Welthandel sorgen sollte. Es sollte unmöglich sein, die Währung als Waffe im globalen Wettbewerb einzusetzen.

Der Dollar wurde zum Anker, an ihn banden sich fortan die anderen Währungen. Die Vereinigten Staaten verpflichteten sich, die Reserven, die jedes Land an der US-Währung hielt, in Gold einzutauschen, zu einem festen Kurs von 35 Dollar pro Unze. Das System brach 1971 zusammen, als die USA diese Zusage nicht mehr halten konnten: Der Vietnam-Krieg hatte ihren Dollar-Bedarf zu sehr wachsen lassen.

Seitdem gibt es keine festen Regeln mehr, es herrscht das Recht des Stärkeren. Die Stärksten waren bislang die USA. Dank des Dollar, der unumstrittenen Leitwährung der Welt, konnten die Amerikaner jahrzehntelang über ihre Verhältnisse leben, sie konnten sich maßlos verschulden, denn es gab immer einen, der die Rechnung bezahlte.

Zwar schrumpfte der Wert des Dollar in den vergangenen Jahrzehnten – aber weit weniger, als es ökonomisch gerechtfertigt gewesen wäre. Solange die USA als vergleichsweise sicheres Land gelten, werden andere Länder auch weiterhin ihre Reserven in Dollar anlegen und so die US-Währung stützen. Aber wie lange gelten die USA noch als ökonomisch sicheres Land, wenn sie ihre Staatsverschuldung nicht in den Griff bekommen? Wenn sie weiterhin versuchen, ihre ökonomischen Probleme zu lösen, indem sie den Wert ihrer Währung drücken?

Noch profitieren die Staaten davon, dass China und andere Aufsteigerländer ihre Dollar-Reserven gar nicht umschichten können, wenn sie sich selbst nicht massiv schaden wollen. Außerdem: Wohin sollten die auch flüchten? In den Euro?

Die privaten Anleger können fliehen, sie misstrauen zunehmend allen großen Währungen und kaufen deshalb Gold. Dessen Preis erreicht immer neue Höchstmarken, in der vergangenen Woche stieg er auf über 1300 Dollar je Feinunze, gegenüber der Jahrtausendwende hat er sich mehr als vervierfacht. Seit die Finanzkrise in eine Staatsschuldenkrise mündete, wird immer deutlicher, wie brüchig das Fundament der Weltwirtschaft ist – und wie notwendig neue Regeln sind.

Immer wieder wird deshalb der Ruf nach einem zweiten Bretton Woods laut, nach einem neuen Weltwirtschaftssystem, das feste Regel schafft. Immer wieder wird darüber auf den Gipfeln der G-20-Staaten geredet.

WIKTOR DABKOWSKI / ACTION PRESS

EZB-Präsident Trichet (M.): *Risikoprämien steigen weiter*

Die große Unbekannte in einem solchen System der Zukunft ist die Rolle Chinas. Ohne Einbeziehung des Yuan kann es keinen Bestand haben. Und deshalb ist es auch entscheidend, ob China bereit ist, den Wechselkurs seiner Währung nach und nach freizugeben.

Bisher war das Land das nicht – trotz der Zusage der chinesischen Führung am 19. Juni, die feste Koppelung des Yuan an den Dollar zu beenden. Doch die von den Amerikanern erhoffte kräftige Aufwertung des Yuan blieb aus: Seitdem verteuerte er sich gegenüber dem Dollar nur um etwa zwei Prozent. Nach wie vor lenkt Chinas Zentralbank ihre „Volkswährung“ nur in einer engen Bandbreite.

Den Druck aus Washington empfinden die Chinesen als Angriff auf ihre Souveränität. Zwar debattieren Fach-

leute in der chinesischen Notenbank über die Vorteile, die eine Wechselkursreform brächte, um China aus seiner einseitigen Exportabhängigkeit zu befreien. Doch gäbe die kommunistische Führung dem Druck der USA zu weit nach, müsste sie einen Aufschrei der patriotischen Öffentlichkeit fürchten.

Aus chinesischer Sicht käme ohnehin nur eine vorsichtige Aufwertung in Frage. Die Chinesen wollen unbedingt vermeiden, das gleiche Schicksal wie ihr Nachbar Japan zu erleiden: Auf Druck der USA stimmte Asiens damalige Wirtschaftssupermacht 1985 zu, den Wechselkurs gegenüber dem Dollar zu erhöhen. Innerhalb eines Jahres stieg der Wert des Yen um rund 60 Prozent. Um die negativen Folgen der Aufwertung für die Exportwirtschaft auszugleichen, senkte die Bank von Japan die Kreditzinsen fast auf null und provozierte somit an den Aktien- und Immobilienmärkten eine gewaltige Spekulationsblase. Von der folgenden Dauerkrise hat Japan sich bis heute nicht erholt.

Den USA hat der Druck auch wenig gebracht. Die amerikanischen Industrien, insbesondere die Autokonzerne, schafften es nicht, im Wettbewerb mit Herstellern wie Toyota oder Honda zu bestehen.

Es ist deshalb fraglich, ob eine Aufwertung des Yuan den Amerikanern viel nützen würde. Zwischen 2005 und 2008 legte die chinesische Währung um 21 Prozent zu, doch das US-Handelsdefizit blieb auf Rekordhöhe. Denn die Amerikaner sparen einfach nicht genug – und sie haben Schwierigkeiten, ihre eigenen Produkte weltweit zu verkaufen.

Selbst die Abwertung der eigenen Währung half den Amerikanern nicht. Seit 2002 ist der Wert der US-Währung um über 30 Prozent gegenüber dem Euro abgerutscht.

Das hätte eigentlich die Exportwirtschaft befeuern müssen. Stattdessen führen die USA mittlerweile aus nicht weniger als 90 Ländern mehr ein als sie jeweils exportieren. Suchen die Amerikaner also nur einen Sündenbock für ihr eigenes ökonomisches Versagen?

Bevor es zu den Sanktionen gegen China kommen kann, muss erst noch der Senat dem Gesetz zustimmen. „Es wird keinen Handelskrieg geben. Und auch keinen Währungskrieg“, glaubt Finanzminister Timothy Geithner.

Das ist – wenn die Einschätzung denn stimmt – die gute Botschaft. Die schlechte: Es wird auch keine neuen Regeln für das globale Währungssystem geben. Und es wird weiter unklar bleiben, welche Rolle der Yuan künftig spielen wird.

Deshalb sind die instabilen Devisenmärkte auch in Zukunft eine permanente Bedrohung für die Weltwirtschaft.

Alexander Jung, Armin Mahler, Gregor Peter Schmitz, Wieland Wagner

DPA (L.); ECOPIX FOTOAGENTUR (R.)

E.on-Vorstandschef Teyssen, Stromleitungen: *Untersuchungen ausgeweitet*

ENERGIE

Fehler im System

Der Konzern E.on soll Daten wechselwilliger Stromkunden zurückhalten und Wettbewerber behindern. Nun drohen millionenschwere Zwangsgelder.

Thomas Mecke ist Geschäftsführer eines kleinen Stromanbieters mit einem sehr großen Gegner: „Was da seit Monaten passiert, ist selbst mit viel Wohlwollen nicht mehr allein mit Fehlern und Pannen in den EDV-Systemen zu erklären“, klagt der Mann des Ex-Nuon-Ablegers Lekker Energie.

Meckes Kontrahent ist der Branchen-Goliath E.on, der überall im Land Regionalgesellschaften unterhält: Die beliefern in ihren Versorgungsgebieten nicht nur die eigene Millionenkundschaft mit Strom. Sie sind auch Betreiber der Stromnetze. Genau da liegt das Problem.

Denn wenn Konkurrenten wie Mecke ihre Kunden im E.on-Gebiet versorgen, sind sie nicht nur auf eine Durchleitung ihrer Energie angewiesen. Um ihre Kundschaft zu beliefern, brauchen sie vom Netzbetreiber auch große Mengen an Daten, zum Beispiel über Verbrauchsstände.

Und obwohl Konzernchef Johannes Teyssen sich in offiziellen Reden gern Menschen wünscht, „die zupacken“ – wenn es um die kleine Konkurrenz geht, fallen seine regionalen Töchter in eine Art Wachkoma, das nun die Bundesnetzagentur alarmiert. Es geht um den Vorwurf der Wettbewerbsbehinderung, und das zwölf Jahre nach Liberalisierung des Strommarktes. In den vergangenen Wochen hat die Behörde Verfahren eingeleitet und Zwangsgelder angeordnet.

Bis der Wechsel eines Haushaltskunden vollzogen sei, klagen Wettbewerber, vergingen manchmal Monate. Immer wieder sind Daten genau dann verschwunden, wenn ein E.on-Kunde zur Konkurrenz gewechselt ist. Hunderte solcher Fälle hat auch der Hamburger Ökostrom-Anbieter Lichtblick in wenigen Monaten dokumentiert. „Der bislang entstandene Schaden geht in die Hunderttausende“, sagt Lichtblick-Vorstand Gero Lücking. Denn nicht nur beim Wechsel von Haushaltskunden gibt es Probleme. Auch bei Großkunden, die von der Energie-Konkurrenz abgeworben wurden, verebbt der Datenfluss auf oft wundersame Weise – mit fatalen Konsequenzen.

Anders als Haushaltskunden erwarten große Stromabnehmer wie etwa Produktionsbetriebe in der Regel Abrechnungen für jede einzelne Viertelstunde. Das Verfahren dient der besseren Kontrolle. Doch immer häufiger können E.on-Gesellschaften die Protokolle wegen angeblicher Störungen nicht oder nur mit wochenlanger Verzögerung liefern.

„Eine ordnungsgemäße Abrechnung der wichtigen Großkunden ist dadurch nicht möglich“, klagt Lekker-Strom-Chef Mecke. Weil die Kunden nicht erkennen können, wer der eigentliche Verursacher ist, laden sie ihren Zorn gern bei den neuen Stromlieferanten ab. „Der Imageschaden ist gewaltig“, so der Bundesverband Neuer Energieanbieter (BNE).

Doch die Beschwerden und Klagen der Wettbewerber fanden bei E.on zunächst wenig Gehör. Und so wandten sich die Genervten an die Bundesnetzagentur. Die hat den Fall über Wochen verfolgt und gegen E.on Edis in Brandenburg ein Zwangsgeld in Höhe von 1,3 Millionen Euro angedroht. 650 000 Euro waren bereits vergangene Woche fällig, weil Mängel in der Datenbearbeitung aufgespürt wurden. Gleichzeitig ist die Untersuchung auf alle sieben E.on-Regionalgesellschaften ausgeweitet worden.

Die Behörde will klären, ob die vorgeschriebene Trennung von Netzbetrieb und Stromverkauf ordnungsgemäß umgesetzt wurde oder ob der Konzern seine Monopolstellung systematisch zu seinen Gunsten missbraucht. Sollte das der Fall sein, wären harte Strafen möglich.

Noch gibt sich E.on gelassen. Bei den Fällen handle es sich nicht um böse Absicht oder gar systematische Benachteiligung. Vielmehr seien durch die Umstellung des EDV-Systems Schwierigkeiten bei der Datenbereitstellung aufgetaucht. Diese sollen nun schnell beseitigt werden.

Bei den Wettbewerbern wird an solchen Entschuldigungen gezweifelt. Das Gleiche hatte der Konzern bereits im Frühjahr versprochen. Frank Dohmen

FALK HELLER / ARGUM

SAHM / LAIF (L.); CHRISTOF KÖPSEL / GETTY IMAGES (R.)

Wirecard-Firmensitz bei München, Finanzprofis Straub, Homm: *Bizarres Börsenkarussell*

AFFÄREN

Türkisch für Fortgeschrittene

Ausgerechnet Anlegerschützer sollen etliche Aktienkurse manipuliert haben. In Nebenrollen treten auf: Ex-Mitarbeiter der Privatbank Sal. Oppenheim und der Finanzhai Florian Homm.

Das Geschäftshaus Maximilianstraße Nummer 8 in München zählt zu den exklusivsten Büroadressen der Millionenstadt. Ausgerechnet dort hat eine Organisation ihren Sitz, die man in solcher Lage kaum vermuten würde: die Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger, kurz SdK.

Beim zweitgrößten deutschen Aktionärsschützerclub lebte man bislang gern feudal. Das gilt insbesondere für zwei Vereinsvertreter, die neuerdings deutlich karger untergebracht sind: Die Ex-SdK-Funktionäre Tobias Bosler und Markus Straub sitzen seit einer Großrazzia der Münchner Staatsanwaltschaft am Dienstag vorvergangener Woche in U-Haft.

Die Ermittler verdächtigen neben Bosler und Straub knapp 30 weitere Vermögensverwalter, Finanzanalysten und Journalisten, Aktienkurse gezielt manipuliert und dabei im großen Stil selbst abkassiert zu haben. Und das offenbar in mindestens 20 Fällen.

Es ist der wohl größte derartige Fall in der Bundesrepublik. Und er hat das Zeug, den hiesigen Kleinanlegern auch den letzten Rest Vertrauen ins Börsengeschäft zu rauben. Entsprechend massiv war das Aufgebot der Großaktion. 160 Polizisten und rund ein Dutzend Staatsanwälte filzten fast 50 Büros und Wohnungen unter anderem in München, Berlin, Hamburg und Kitzbühel.

Neben Bosler und Straub sowie dem derzeitigen SdK-Chef Klaus Schneider und Ex-Funktionär Christoph Öfele führt die Staatsanwaltschaft auch einen engen Geschäftspartner Boslers als Beschuldigten, den „Börsendienst"-Autor Wolfgang Wagner. Neben ihm ist der Vorstand der VEM Aktienbank, Andreas Beyer, ins Visier der Fahnder geraten. Deren Anwälte wollten sich zu den Anschuldigungen nicht äußern. Für alle Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung. Außerdem wird gegen zwei Unternehmensberater und Ex-Redakteure von „Börse Online" sowie einen freien „Focus Money"-Autor ermittelt.

Besuch von den Fahndern haben zudem Finanzpublikationen wie „Der Aktionär" und der Internetanlegerdienst Gomopa bekommen. Ein „Aktionär"-Sprecher betont, bei ihnen sei nur Material sichergestellt worden. Gomopa fühlt sich selbst betrogen.

Als einen der Hauptverantwortlichen des bizarren Börsenkarussells haben die Ermittler offenbar Bosler ausgemacht. Laut den Durchsuchungsbeschlüssen soll der Ex-SdK-Funktionär mit seinen mutmaßlichen Komplizen den Plan gefasst haben, „durch einen konzentrierten Angriff auf die Aktie der Wirecard AG, in deren Zentrum eine unrichtige Presseveröffentlichung steht, deren Kurs zu drücken und dank entsprechender Spekulationen einen erheblichen Gewinn zu erzielen". Boslers Anwalt wollte zu den Vorwürfen nicht Stellung nehmen.

Doch längst geht es nicht mehr nur um Wirecard. Nach Erkenntnissen der Behörden sollen die Verdächtigen in den vergangenen Jahren die Aktien von knapp zwei Dutzend Unternehmen mit Hilfe gezielt gestreuter (Falsch-)Informationen manipuliert und von den so provozierten Kursveränderungen durch eigene Geschäfte profitiert haben. Derlei ist nach dem Wertpapierhandelsgesetz strafbar.

Meist ging es bei den Deals um sogenannte Pennystocks. Das sind Unternehmen wie Nascacell oder Petrohunter, deren Aktien nur wenige Cent wert sind. Die lassen sich leichter beeinflussen. Aber auch der deutlich größere Solartechnikhersteller Conergy soll ins Visier der Zocker geraten sein.

Die Hintermänner der dubiosen Manipulationen sollen etliche Millionen Euro verdient haben. Bosler soll allein beim zweiten Angriff auf Wirecard im Frühjahr dieses Jahres einen Gesamtgewinn von „mindestens 400 000 Euro erzielt haben", behauptet die Staatsanwaltschaft.

Lange Zeit galt es hierzulande als nahezu aussichtslos, solchen Börsentricksern beizukommen. Dass die Staatsanwaltschaft diesmal im großen Stil zuschlagen konnte, liegt vor allem an einem Unternehmen, das sich erbittert gegen Attacken der professionellen Spekulanten wehrte, dem bayerischen Zahlungsdienstleister Wirecard. Die Anwälte der Firma haben offenbar wichtige Vorarbeit geleistet.

Der Kurs der im Tec-Dax notierten Aktie stand Mitte Mai 2008 noch bei fast 15 Euro und halbierte sich in den folgenden sechs Wochen auf rund die Hälfte – offenbar nicht zufällig. Bereits von Anfang Mai an erschienen in Online-Anlegerforen, die nach dem Verdacht der Ermittler teilweise der SdK nahegestanden haben könnten, kritische Beiträge über Wirecard.

Kurze Zeit später begannen Straub und andere mittels sogenannter Differenzkontrakte oder Leerverkäufe auf fallende Wirecard-Kurse zu spekulieren. Ende

Juni griff auch SdK-Chef Schneider die Wirecard-Führung auf deren Hauptversammlung massiv an, allerdings ohne von dem sich anbahnenden Komplott gewusst zu haben, wie er beteuert.

Die Firma erstattete wenig später Strafanzeige wegen Insider-Handels und Marktmanipulation gegen Bosler, Straub und Schneider sowie drei Bankmanager und die Verfasser der anonymen Internetbeiträge. Der Wirecard-Kurs erholte sich zunächst trotzdem nicht. Schon damals rückten Staatsanwälte bei diversen ausgeschiedenen und noch amtierenden SdK-Vertretern an, um den Verdacht des Wirecard-Managements zu überprüfen.

Straub gab zu, selbst auf fallende Kurse der Firma gewettet zu haben. Darüber habe er SdK-Chef Schneider informiert, was der bestreitet. Straubs Anwalt wollte sich zu diesen und anderen Vorgängen vergangene Woche nicht äußern.

Die Münchner Staatsanwälte rätselten zunächst, wie ein derart kleiner Managerzirkel solche Kursbewegungen bei der Wirecard-Aktie auslösen konnte. Inzwischen sehen sie offenbar klarer. Die SdK-Angreifer sollen bei ihrer Attacke Unterstützung durch Mitarbeiter des damals noch eigenständigen Bankhauses Sal. Oppenheim in der Schweiz sowie anderer Fonds- und Vermögensverwalter gehabt haben.

Um die illegalen Absprachen zu verschleiern, sollen die schriftlichen und mündlichen Kontakte bei den beteiligten Firmenmitarbeitern teilweise in türkischer Sprache gelaufen sein. Die Staatsanwaltschaft ließ den aufgezeichneten Telefon- und E-Mail-Verkehr inzwischen weitgehend übersetzen. Zwei türkischstämmige Mitarbeiter sollen laut den Vorwürfen unter anderem über einen bankeigenen Hedgefonds durch massive Leerverkäufe für einen Kurseinbruch der Aktie mitverantwortlich sein. Der Fonds hatte einen einstelligen Millionenbetrag auf sinkende Aktienkurse bei Wirecard gesetzt.

Sal. Oppenheim untersuchte daraufhin im Sommer 2008 den Fall und zog personelle Konsequenzen. Zumindest gegen einen der beteiligten Banker ermitteln jetzt die deutschen Behörden.

Im Frühjahr dieses Jahres gab es erneut einen Verdacht auf illegale Manipulationen. Die Ermittler machten einen zweiten Angriff auf Wirecard aus. Unter anderem wurden dem Finanzportal Gomopa Informationen über angebliche Geldwäscheermittlungen gegen Wirecard in den USA zugespielt, die sich später als falsch herausstellten. Die Aktie brach um 30 Prozent ein.

Der Online-Dienst fühlt sich heute benutzt. Man habe die falschen Darstellungen damals umgehend gelöscht, sagt Gomopa-Chef Klaus Maurischat. Zudem habe keiner seiner Mitarbeiter vom Kursrutsch der Aktie profitiert.

Was den Fall Wirecard so spannend macht: Er ähnelt einem alten Spezl-System, dem einst neben Straub und Bosler auch der seit drei Jahren untergetauchte Finanzjongleur Florian Homm angehörte.

Im Jahr 2002 war der Finanzdienstleister MLP erheblich unter Druck geraten. Einer der Kronzeugen gegen das Management war damals Bosler, zu diesem Zeitpunkt noch SdK-Sprecher. Was viele zunächst nicht wussten: Bosler hatte kurz zuvor bei der Firma VEM Virtuelles Emissionshaus angeheuert, die zum Imperium des Hedgefondsmanagers Homm gehörte und heute als VEM Aktienbank firmiert. Der wiederum hatte damals – welch Zufall – gerade auf fallende Kurse der MLP-Aktie spekuliert.

Der Harvard-Absolvent und Zigarrenfreund Homm ist seit September 2007 spurlos verschwunden. Trotzdem erhob ein New Yorker Gericht im Januar Anklage gegen ihn. Homm soll gemeinsam mit Partnern Anleger um rund 200 Millionen Dollar betrogen haben, indem er die Kurse von Pennystocks nach oben trieb – und die Papiere dann überteuert an Anleger verkaufte. Das „Geschäftsmodell“ erinnert doch stark an die jet-

MARIUS ROEER / DAPD

Conergy-Solarpark in Hörup: *Geschickt inszenierter Kurssturz*

zigen Ermittlungen in München.

Homm und Bosler waren auch 2003 beim Münchner Autoverleiher Sixt aktiv. Mittels einer dubiosen Studie warfen sie dem Unternehmen frisierte Gewinne und überhöhte Umsatzerwartungen vor – allerdings mit weniger Erfolg, weil Firmenpatriarch Erich Sixt sich nach Kräften wehrte. Aber als nun der Name Bosler bei Wirecard erneut auftauchte, glaubten die Ermittler nicht mehr an einen Zufall. Sie weiteten die Ermittlungen aus und stießen auf eine weitere dreiste Inszenierung: den Börsengang des Bio-Tech-Unternehmens Nascacell.

Die kleine, von Wagniskapitalgebern finanzierte Firma hatte es 2004 und 2005 gerade mal auf Umsätze von gut 150 000 und 170 000 Euro gebracht. Das hinderte eine Gruppe um Straub sowie die Ex-SdK-Leute Öfele und Wolfgang Weilermann allerdings nicht daran, den Alteigentümern ein Übernahmeangebot zu machen – für nur knapp eine halbe Million Euro.

Das Trio verschmolz die Mini-Firma auf eine kurz zuvor günstig erworbene Vorratsgesellschaft. Die eingebrachten Vermögenswerte, überwiegend Schutzrechte, wurden auf stolze vier Millionen Euro taxiert. Der tatsächliche Wert der Firma lag allerdings deutlich darunter. Derart aufgepumpt trat die Minifirma zum stolzen Preis von rund acht Euro pro Aktie 2006 im Freiverkehr den Börsengang an, den das Anlegermagazin „Focus Money“ als „einmalige Chance“ und „Schnäppchen“ pries. Mittlerweile befindet sich die Firma in Abwicklung, und die Staatsanwaltschaft fragt sich: Wer hat von dem Deal wie stark profitiert?

Straub gehörte angeblich nicht dazu, er jammerte unlängst gar, er habe mit Nascacell „viel Geld verloren“. Öfele und Weilermann wollten keine Stellungnahme abgeben.

Noch deutlich größere Dimensionen könnte ein anderer Fall annehmen, dem die Münchner Staatsanwälte zurzeit nachgehen: Der Kurssturz des Hamburger Solarunternehmens Conergy im Herbst 2007. Die Firma war damals ins Visier von Spekulanten geraten, nachdem Gerüchte über einen kurzfristigen Finanzierungsengpass und den angeblich bevorstehenden Abgang von zwei Vorständen die Runde machten.

SdK-Experte Straub wusste offenbar auch damals mehr als andere. „Conergy ist ein Sanierungsfall“, warnte er gegenüber dem Online-Dienst boerse.ARD.de. Dem Unternehmen drohe ein Abschreibungsbedarf in dreistelliger Millionenhöhe, Anleger müssten mit einem „Totalverlust“ rechnen.

Wie hochrangige Conergy-Insider berichten, sollen frühere SdK-Beauftragte bereits Wochen zuvor über den geschickt inszenierten Kurssturz informiert gewesen sein. Die SdK selbst betont, der Vorgang habe bei den aktuellen Durchsuchungen in ihrem Haus Ende September keine Rolle gespielt.

Die Conergy-Führung hat bei den Behörden vorsorglich schon Akteneinsicht beantragt. Sie will in einem möglichen Verfahren als Nebenkläger auftreten.

Dinah Deckstein, Jörg Schmitt

REGIERUNG

Instabile Seitenlage

Bundesfinanzminister Schäuble hängt an seinem Amt, er will weiter vom Krankenbett aus regieren. In der Koalition werden erste Stimmen des Unmuts laut.

Die Kommandozentrale des Bundesfinanzministeriums ist derzeit ein karg möbliertes Krankenzimmer. Ein Bett, Besucherstühle, Rollschränkchen. Hier kuriert Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ein Druckgeschwür aus, von dem Rollstuhlfahrer besonders häufig heimgesucht werden.

Die Amtsgeschäfte führt er vom Krankenlager aus, in stabiler Seitenlage. Kontakt zum Ministerium hält er per Telefon und Handy mit Tastbildschirm. Ein tragbarer Computer steht auf der Fensterbank. Eilige Dokumente erreichen den Minister per Fax, das im Vorzimmer bei den Sicherheitsbeamten steht. Ein Fahrer bringt täglich Akten.

Nicht zum ersten Mal in diesem Jahr muss der Finanzminister in die Klinik. Schon im Frühjahr fehlte er mit Unterbrechungen zwei Monate. Damals fesselte ihn nach einer Operation ebenfalls eine Wundstelle länger als geplant ans Bett.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kann nicht gleichgültig sein, wenn eine Stütze des Kabinetts, vielleicht sogar dessen wichtigste, erneut über Wochen schwächelt. Dennoch steht sie in Treue fest zu ihrem Finanzminister – vorerst.

Schäubles Auszeit könnte zu keinem ungünstigeren Zeitpunkt kommen. Irland steht an der Schwelle zum Bankrott, gut möglich, dass die Euro-Staaten der Inselrepublik schon bald zu Hilfe eilen müssen.

In derart turbulenten Zeiten müsste der Finanzminister des bedeutendsten Euro-Mitgliedslandes eigentlich fit und einsatzfähig sein. Und das nicht nur, um die Akuthilfe für mögliche neue Pleitekandidaten zu organisieren. In Brüssel geht es derzeit auch darum, die Währungsunion langfristig auf ein stabileres Fundament zu stellen. Deutschland hat die weitestreichenden Pläne, doch in den kommenden vier Wochen niemanden von Gewicht, der sich für sie stark macht.

HENNING SCHACHT

Finanzminister Schäuble: *Niemand weiß, wie krank er wirklich ist*

Fehlen wird Schäuble auch bei wichtigen internationalen Terminen. Das Finanzministertreffen der sieben großen Industrieländer in Washington wird ohne ihn stattfinden, ebenso die G-20-Vorbereitungskonferenz in Südkorea.

Kann das gutgehen? In der Koalition mehren sich die Stimmen, die den Zustand für untragbar halten. Vor allem in der FDP regt sich Unmut. „Schon bei der Euro-Krise im Frühjahr war es nicht glücklich, dass der Finanzminister an einem entscheidenden Punkt gefehlt hat“, sagt FDP-Finanzpolitiker Frank Schäffler. „Wenn es jetzt in Irland zu einer Zuspitzung kommt, wäre Deutschland erneut in einer entscheidenden Phase nicht gut aufgestellt.“

Die Vertretungsregelung im Schäuble-Ressort ist kompliziert. Auf internationalem Parkett, also zum Beispiel bei Routineterminen in Brüssel, übernimmt Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen die Aufgabe. Doch der hat gleich ein doppeltes Legitimationsproblem. Als Beamter genießt er nur sehr eingeschränkte politische Prokura.

Zudem gehört Asmussen der SPD an, was ihn für viele Koalitionäre verdächtig macht. Sie trauen dem Spitzenbeamten einiges zu, aber nicht über den Weg.

„Die Bundeskanzlerin sollte persönlich die Vertretung Deutschlands bei internationalen Treffen wahrnehmen. Sie ist von Union und FDP gewählt – anders als Herr Asmussen“, sagt der Fraktionsvize der Liberalen im Bundestag, Patrick Döring.

In der CSU rumort es ebenfalls, und es macht sich kaum verhohlene Kritik an Schäubles bisheriger Amtsführung Luft. „Besonders in einer Zeit, in der der Finanzminister ausfällt, rächt es sich, dass er an wichtigen Stellen am SPD-Personal festgehalten hat“, moniert etwa der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Georg Nüßlein.

Nach der Geschäftsverteilung der Bundesregierung müsste eigentlich Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) den erkrankten Finanzminister vertreten. Doch daran haben die Finanzministerialen naturgemäß kein Interesse. Sie verweisen darauf, dass sich die Vertretungsregel vor allem auf Kabinettssitzungen bezieht. Und selbst die missgönnen sie dem FDP-Minister. Am Mittwoch wird der Parlamentarische Staatssekretär Steffen Kampeter (CDU) Schäubles Platz im Kanzleramt einnehmen. Doch ins Ausland schicken will Merkel den lebensfrohen Freund von Popmusik und Rotwein offenbar nicht. Zumindest das Treffen der Finanzminister aus den G-20-Ländern soll deshalb Brüderle wahrnehmen.

Niemand weiß, wie krank Schäuble wirklich ist. Ein Druckgeschwür heilt immer langsam, bei einem Querschnittsgelähmten, bei dem die Wundheilung in der Regel gestört ist, aber noch viel langsamer. Schon als Innenminister musste Schäuble immer wieder wegen des Problems in die Klinik. Doch die Intervalle werden kürzer.

Den Minister, der bislang allen gesundheitlichen Widrigkeiten zum Trotz stoisch seinen Dienst versah, scheinen erste Anwandlungen von Amtsmüdigkeit zu befallen. Einem Getreuen gestand er kürzlich, eigentlich habe er genug von seinem Amt. Er könne aber Kanzlerin und Regierung nicht hängenlassen.

Merkel gefällt das Pflichtbewusstsein ihres Ministers. Er solle seine gegenwärtige Schwäche nicht zum Anlass nehmen, grundsätzlich über seine Zukunft nachzudenken, riet sie ihm kurz vor der Abfahrt ins Krankenhaus.

PETER MÜLLER, CHRISTIAN REIERMANN

FABRICE COFFRINI / AFP

Fürstensitz in Vaduz: *„Je kleiner man ist, umso schneller lässt sich reagieren“*

FINANZPOLITIK

„Wir waren eine Black Box“

Liechtensteins Regierungschef Klaus Tschütscher, 43, über den Abschied seines Landes vom Image der dubiosen Steueroase und das Ende des Geschäftsmodells Datenklau

SPIEGEL: Herr Tschütscher, als Regierungschef von Liechtenstein führen Sie einen Zwergstaat mit nur 36 000 Einwohnern an – quasi das Lummerland der Hochfinanz. Dennoch werden Sie überall mit höchsten protokollarischen Ehren empfangen. Überrascht es Sie manchmal selbst, wie wichtig man Ihr Land nimmt?

Tschütscher: Ich bin ein Regierungschef, der zu Hause in Vaduz nicht mal einen Chauffeur hat. Da war es schon beeindruckend, als für uns kürzlich in China eine dreispurige Autobahn vollständig gesperrt wurde oder bei der Uno plötzlich fünf Leibwächter um mich herumrannten. Sollte ich je Enkel haben, werde ich denen einige Anekdoten erzählen können.

SPIEGEL: Zum Beispiel die von Heinrich Kieber, dem Ex-Angestellten der LGT-Bank, der Mitte 2007 den deutschen Behörden die Daten Hunderter Steuersünder verkaufte. So wurde unter anderem der frühere Post-Chef Klaus Zumwinkel verhaftet. Der Skandal hat Ihr Land verändert …

Tschütscher: … und beschert uns bis heute eine gewaltige Aufmerksamkeit. Ich sehe das auch als Chance.

SPIEGEL: Klingt fast, als seien Sie dem Datendieb Kieber dankbar.

Tschütscher: So weit möchte ich nicht gehen, zumal sein Fall den Umbau Liechtensteins nicht ausgelöst, sondern allenfalls beschleunigt hat. Aber seien wir ehrlich: Wir waren früher eine Black Box.

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Politiker Tschütscher
„Diktat totaler Transparenz“

SPIEGEL: Der CD-Handel scheint sich zu einem echten Geschäftsmodell entwickelt zu haben.

Tschütscher: Das Thema Datenklau dürfte ab dieser Woche der Vergangenheit angehören. Wir haben gerade die wichtigsten Eckpunkte mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble besprochen. Das Abkommen zum Steuerinformationsaustausch kann Ende Oktober in Kraft treten. Ein Doppelbesteuerungsabkommen soll bis Ende des Jahres unter Dach und Fach sein. Wir kooperieren wirklich überall. Da wird es sich schlicht nicht mehr lohnen, Geld für dubiose CDs auszugeben. Und auch die Frage des Umgangs mit den Altfällen werden wir in Kürze regeln, da sind wir mit Deutschland einig. Eine Abgeltungsteuer könnte die Lösung bringen.

SPIEGEL: Müssten die Steuerflüchtlinge dann auch rückwirkend alte Zinsgewinne deklarieren?

Tschütscher: Das könnte ein Weg sein. Ein Modell neben der Abgeltungsteuer ist für uns das Regelwerk, das wir mit Großbritannien bereits beschlossen haben. Es räumt britischen Kunden bis 2015 die Möglichkeit ein, selbst aktiv zu werden. Wenn sie bis dahin ihre Gelder nicht deklarieren, muss die Kundenbeziehung in Liechtenstein beendet werden. Damit werden Treuhänder und Banken Teil der Lösung, nicht des Problems.

SPIEGEL: Die Bundesbürger konnten sich über den CD-Ankauf nie sonderlich empören. Schließlich wogen die plötzlich einklagbaren Steuermillionen um ein Vielfaches das auf, was eine CD kostete.

Tschütscher: Ich akzeptiere legitime Steuerinteressen der deutschen Seite. Andererseits werden Sie verstehen, dass unsere Volksseele kein Verständnis hatte für den Verrat an sich, aber auch für die Vorwürfe mancher deutscher Politiker.

SPIEGEL: Was würde mit Kieber passieren, wenn er bei Ihnen noch mal aufkreuzte?

Tschütscher: Wir haben Rechtshilfeersuchen an diverse Staaten gestellt, die von ihm Daten gekauft haben. Das ist jetzt eine Frage unserer Justiz.

SPIEGEL: Haben Sie eigentlich einen Geheimdienst, der nach ihm fahndet?

Tschütscher: Nein, auch dafür sind wir viel zu klein.

SPIEGEL: Kann man denn bei der LGT-Bank noch immer diskret über die Tiefgarage direkt in den Tresorraum fahren, wie Kieber behauptet hat?

Tschütscher: Ich kenne viele Geldinstitute bei uns, betrete die aber immer durch den Haupteingang.

SPIEGEL: Deutsche Behörden trieb vor allem die Frage um: Darf man mit Kriminellen Geschäfte machen. Und, darf man?

Tschütscher: Privat wie politisch halte ich das für falsch, weil Geschäfte mit Kriminellen früher oder später dazu führen, dass man erpressbar wird.

SPIEGEL: Über Ihre Banken und Treuhänder haben doch in der Vergangenheit jede Menge krimineller Figuren Geschäfte abgewickelt.

Tschütscher: Unser Polizeicorps umfasst 140 Beschäftigte. Glauben Sie, dass es mit zehn Polizisten mehr in der nächsten Dekade weniger Morde oder Diebstähle gäbe? Wohl kaum. Genauso wird es auch in Zukunft Steuerhinterzieher geben. Wir müssen gewährleisten, dass unsere Warn- und Aufsichtssysteme funktionieren. Manche Vorfälle, etwa in der Siemens-Affäre, wären ohne unsere Mithilfe ja gar nicht aufgeklärt worden. Die Liechtensteiner Strategie zur Missbrauchsbekämpfung ist

auch international anerkannt. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

SPIEGEL: Bislang war man in Ihrer Heimat doch eher der Ansicht: Geld stinkt nicht.

Tschütscher: Ich bin da anderer Meinung und glaube, es muss sich gerade im heiklen Bereich der Finanzdienstleistungen jeder seiner eigenen Verantwortung noch mehr bewusst sein.

SPIEGEL: 17,4 Prozent Ihrer Bürger arbeiten im Finanzsektor, erwirtschaften aber 31 Prozent der Wertschöpfung. Ohne das Etikett „Steueroase“ wird das weniger.

Tschütscher: Banken und Treuhänder werden bei uns immer einen wichtigen Platz haben. Aber wir befinden uns zurzeit einfach in einem Transformationsprozess. Liechtenstein ist ja nicht nur Geld, sondern auch Industrie und Tourismus.

SPIEGEL: Ihnen schwebt ein politisch gesteuerter Strukturwandel vor?

Tschütscher: So kann man das sehen.

SPIEGEL: Dann sind Ihre Finanzprofis für Sie jetzt, was die Steinkohle vor Jahrzehnten für den Ruhrpott war?

Tschütscher: Der Vergleich geht zu weit. Unsere Aufgabe ist, der notwendigen Veränderung einen Rahmen zu bieten. Unsere Vorteile sind Qualität und Stabilität. Unsere Banken brauchten selbst in den härtesten Phasen der Finanzkrise nie staatliche Hilfen. Gerade erst hat Liechtenstein von Standard & Poor’s ein AAA-Rating bekommen. Unsere Banken haben Eigenkapitalquoten von 15 Prozent und mehr – davon träumen viele Wettbewerber. Wir wandeln uns also derzeit von einer Steuer- zu einer Stabilitätsoase.

SPIEGEL: In Liechtenstein sitzen rund 400 teils mächtige Treuhandunternehmen, die Ihre Politik bedrohlicher sehen dürften.

Tschütscher: Überall auf der Welt müssen Regierungen zurzeit auf große Paradigmenwechsel reagieren. Ich will, ich muss jedenfalls Politik machen, die sich nicht an den Grenzen der nächsten Legislaturperiode orientiert.

SPIEGEL: Das heißt, Sie müssen gegen Ihre Finanzlobby anregieren?

Tschütscher: Nein. Es ist doch völlig legitim, dass einzelne Interessengruppen anderer Meinung sind. Und es ist sicher nicht einfach, manche liebgewonnenen Dinge über Bord zu werfen. Aber unser Land hat sich schon im vergangenen Jahr in einem großen Kraftakt gemeinsam mit dem Fürstenhaus dazu entschlossen, den jetzigen Weg zu gehen.

SPIEGEL: Laut Liechtensteiner Verfassung kann der Fürst Sie jederzeit ohne Angabe von Gründen entlassen.

Tschütscher: Warum sollte er das tun? Mittlerweile führt Erbprinz Alois die Geschäfte. Das ist ein sehr entspanntes Verhältnis, nicht nur, weil wir beide im Gymnasium acht Jahre in der gleichen Klasse nebeneinander saßen. Auch das gehört ja zur Liechtensteiner Überschaubarkeit.

SPIEGEL: Sie sind beide Vertreter einer neuen, kritischeren Generation?

Tschütscher: Ist das ein Wunder? Als ich anfing zu studieren, waren Computer noch riesige Kisten. Die IT-Technik ist die große Revolution der vergangenen 30 Jahre. Damit einher geht eine Revolution des Datenaustauschs. Alles ist heute jederzeit verfügbar. Dem Diktat totaler Transparenz kann sich niemand mehr entziehen. Das muss man einfach anerkennen, auch wenn die Wahrheit manchmal weh tut.

SPIEGEL: Haben Sie keine Angst, dass Ihre Treuhänder sich neue kreative Steuerspartricks ausdenken?

Tschütscher: Zunächst mal bin ich froh, wenn es viele kreative Dienstleister bei uns gibt. Und ich denke, dass jeder Berater bei uns selbst gut beraten ist, wenn er seinen Kunden heute ein nachhaltiges Geschäftsmodell entwickelt.

SPIEGEL: Werden all diese Veränderungen Ihr Land nicht zerreißen?

Tschütscher: Wir haben in letzter Zeit auch bei uns zu Hause viel über Liechtensteins Kleinheit gesprochen. Kleinheit wird manchmal ja als beengend empfunden, kann aber auch eine Riesenchance sein: Je kleiner man ist, umso schneller lässt sich reagieren.

Interview:
Christian Reiermann, Thomas Tuma

INVESTOREN

Auf Grund gelaufen

Die Reederei des ZDF-„Traumschiffs“ ist finanziell schwerer angeschlagen als bekannt. Ausgerechnet eine „Heuschrecke“ soll das Vorzeigeschiff retten.

Schein und Sein sind einander plötzlich ganz nah: Der TV-Produzent Wolfgang Rademann, 75, fläzt auf einer Couch im Salon „Lili Marleen“ des Kreuzfahrtschiffs MS „Deutschland“ und findet „dit Gerede langweilig“. Vorn am Mikro stehen zwei außerordentlich blonde Frauen und halten eine Ansprache. Es sind die Zwillinge Gisa und Hedda Deilmann, zuletzt alleinige Eignerinnen des Kahns, den Rademann zurzeit wieder als Kulisse für sein ZDF-„Traumschiff“ nutzt.

Hier der Traumfabrikant, da die triste unternehmerische Realität, denn es ist die Abschiedsshow der Zwillinge. Während Rademann im nunmehr 29. Jahr Fernseh-Fernweh produziert, ist die echte MS „Deutschland“ finanziell voll auf Grund gelaufen. Die Chefinnen gehen von der Brücke und überlassen Deutschlands bekanntesten Dampfer fortan einer „Heuschrecke“.

Die Probleme begannen schon, als „der olle Deilmann“ (Rademann) 2003 unerwartet starb. Eine Übernahme der Firma – die damals eine Flotte von 13 Schiffen befehligte – durch seine Töchter Hedda und Gisa sei vom Vater eigentlich nicht zu diesem Zeitpunkt vorgesehen gewesen, heißt es intern. Doch einen Nachfolger hatte der Patriarch nicht rechtzeitig aufgebaut.

„Unser Vater sah schon damals schwere Zeiten auf das Unternehmen zukommen“, sagt Gisa Deilmann. Anfangs lief das Geschäft noch. Doch 2009 entpuppte sich die Firma endgültig als Sanierungsfall. Die Umsätze brachen ein, Banken wurden unruhig, die Schulden wuchsen den Reederinnen über den Kopf.

Trotz der „Traumschiff“-Ikone wollten weder das Land Schleswig-Holstein noch Banken helfen. Selbst die Kanzlerin wurde kontaktiert – vergebens. Die Firma ging in die Insolvenz, das Geschäft mit Flussreisen wurde komplett abgewickelt. Was blieb, war die MS „Deutschland“, und auch deren Buchungslage war nicht besonders gut. Plätze auf dem Flaggschiff wurden sogar bei Aldi verramscht. Dann schlug das Schicksal noch härter zu: Auf einer Norwegen-Reise brach im Maschinenraum Feuer aus: Drei Reisen mussten komplett abgesagt werden.

Es war also nicht mehr viel übrig vom stolzen Traumschiff, als der Finanzinvestor Aurelius einsprang, eine klassische „Heuschrecke“, die nun 95 Prozent der Reedereianteile übernimmt. Der Schnäppchenkaufpreis besteht im Kern aus der Übernahme angehäufter Verbindlichkeiten. Für die Deilmanns bleibt wenig übrig. Sie arbeiten fortan als Botschafterinnen und halten die restlichen fünf Prozent der Anteile.

Die Zwillinge, 42, haben für den Verfall viele Schuldige ausgemacht: Sie sprechen von „traumatischen Erfahrungen mit rücksichtslosen Banken“, schimpfen über hämische Presse und beklagen die Folgen der Wirtschaftskrise. Für manchen Firmen-Insider ist das Duo allerdings nicht unschuldig am Desaster. Ein echtes Management habe nie existiert, jeder habe machen können, was er für richtig hielt. Die Zwillinge hätten lieber repräsentiert, als sich allzu sehr um Dinge wie die Streckenplanung zu kümmern. So schrieb die „Deutschland“ zuletzt mit Ach und Krach schwarze Zahlen, obwohl der Markt für Kreuzfahrten weltweit boomt.

Dass ausgerechnet Aurelius-Chef Dirk Markus nun den angejahrten Dampfer kapert, wird am Firmensitz im holsteinischen Neustadt nicht nur positiv bewertet. Aurelius hat schon andere marode Marken übernommen wie den Elektronikhersteller Blaupunkt, das Wohnmobil-Unternehmen Westfalia und das Promille-Imperium Berentzen („Puschkin“, „Doornkaat“). Blaupunkt wurde zerschlagen, Westfalia musste Insolvenz anmelden.

Würde Markus das Konzept verfolgen, das er bei anderen Akquisitionen umgesetzt hat, wäre auch ein Verkauf der „Deutschland“ nicht ausgeschlossen. Interesse habe es bereits gegeben. Das Schiff – zurzeit noch rund 80 Millionen Euro wert – sollte eine Art schwimmender Spielhöllenpuff vor China werden. Markus hat mit der „Deutschland“ bislang weniger radikale Pläne.

Der 39-Jährige spricht von einer „behutsamen Anpassung an den Zeitgeist“. Das fängt bei ihm schon damit an, dass er das Durchschnittsalter der Passagiere von aktuell 63,5 auf vielleicht 60 Jahre drücken will. Seine Strategie: „Moderne Landausflugskonzepte und an den Zeitgeist angepasste Routenführung.“

Die Auslastung der „Deutschland“ beträgt derzeit noch rund 70 Prozent. „Da ist mehr drin“, glaubt Markus, der in sich bereits eine „echte Liebe“ zu dem Schiff zu spüren glaubt. „Wir werden sicher nicht das profitabelste Unternehmen der Branche, das müssen wir aber auch nicht sein“, sagt Markus. Ein Jahresgewinn von sechs Millionen Euro gilt als erreichbar.

Rademann ist noch nicht ganz überzeugt vom neuen Besitzer: Markus habe das Schiff donnerstags gekauft und sei sonntags überhaupt das erste Mal an Bord gewesen. Immerhin auf eine Erleichterung darf der TV-Produzent schon mal hoffen: Unter den strengen Augen der Deilmann-Zwillinge war es eher ausgeschlossen, dass in den „Traumschiff“-Storys mal ein nackter Busen blitzte oder ein Matrose klaute. Markus verspricht: „Wir werden in den Drehbüchern mehr erlauben.“

MARTIN U. MÜLLER

CINETEXT

BREUEL-BILD / ABB

„Traumschiff“-Kapitän Siegfried Rauch, Deilmann-Zwillinge Hedda, Gisa mit Investor Markus: *„Traumatische Erfahrungen“*

Festakt zum Firmenjubiläum in Berlin

HARALD FUHR / AGENCY PEOPLE IMAGE

BERTELSMANN

AOL-Gründer verteidigt Middelhoff

Thomas Middelhoff, ehemals Bertelsmann-Chef, erhält Unterstützung von einem ehemaligen Geschäftspartner: Steve Case, Gründer des Internetdienstes AOL, widerspricht einer Darstellung in der Unternehmenschronik von Bertelsmann, die Middelhoff in schlechtes Licht rückt. In der Festschrift zum 175. Bestehen des Medienkonzerns heißt es: Middelhoff habe seinerzeit versucht, den Firmenpatriarchen Reinhard Mohn zu einer Fusion mit dem Internetdienst AOL zu drängen; damit habe er riskiert, dass Bertelsmann „nur Juniorpartner“ und „Mohn zur Randfigur“ geworden wäre. Mit seiner Ablehnung habe Mohn „Bertelsmann vor dem schwersten Fehler seiner Geschichte“ bewahrt. Case dagegen erklärt nun: „Die Ungenauigkeiten in dem Buch haben mich erstaunt. Unglücklicherweise hat niemand mit mir gesprochen. Sonst hätte ich gesagt, dass es nie ernsthafte Verhandlungen für eine Fusion zwischen AOL und Bertelsmann gab.“ AOL habe Ende der neunziger Jahre mit vielen Unternehmen geredet, „aber die Gespräche mit Bertelsmann gingen nie über flüchtige Besprechungen hinaus“. Middelhoff selbst wehrt sich gegen den Vorwurf, er habe die Eigenständigkeit Bertelsmanns zerstören wollen. Er habe an Mohn lediglich den Wunsch des Amerikaners herangetragen, über eine Beteiligung oder eine Fusion zu sprechen. Doch Mohn habe abgelehnt. Case war einst einer der Stars der New Economy. Seine Online-Firma AOL wuchs so gigantisch, dass er vor zehn Jahren den weltgrößten Medienkonzern Time Warner übernehmen konnte, worauf der Börsenkurs von AOL in den Keller stürzte und Case vom Unternehmensvorsitz zurücktrat. Zu jener Zeit hatte Bertelsmann seine AOL-Anteile bereits abgestoßen, um den Kauf von RTL zu finanzieren, dem heutigen Gewinnbringer des Konzerns. Middelhoff überwarf sich später mit Mohn und geriet zuletzt als Vorstandschef von Arcandor in die Kritik.

Middelhoff

ROLF VENNENBERND / DPA

RUNDFUNKGEBÜHR

Handwerker bekämpfen TV-Pauschale

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) kritisiert die Reform der Rundfunk- und Fernsehgebühr. „Wir fordern die Länder auf, die Planung zu überarbeiten“, so ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke. Von 2013 an sollen Firmen für jedes Dienstauto und jede Filiale eine Gebühr entrichten – unabhängig davon, ob ein Radio- oder TV-Gerät vorhanden ist. Laut einer Umfrage des ZDH, an der sich bislang 1300 Handwerksbetriebe beteiligt haben, würden dadurch kleinere und mittlere Unternehmen deutlich höher belastet. Als Beispiel nennt der Verband eine Bäckerei aus dem Schwäbischen mit 115 Beschäftigten, 20 Filialen und 14 Fahrzeugen: Bislang zahle der Betrieb 276 Euro im Jahr, nach der Reform wären es 3300, zwölfmal so viel.

Gebührenkampagne

INTERNET

Firma fotografiert Tausende Schulen

Stayfriends, ein Online-Netzwerk einstiger Klassenkameraden, scheint Google Street View nachzueifern. Nach Angaben des deutschen Co-Gründers Oliver Thiel werden derzeit rund 20 000 Schulen in ganz Deutschland fotografiert – ohne vorher um Erlaubnis zu fragen. Erst im Nachhinein wolle man die Fotos von den Schulleitern autorisieren lassen, sagt Thiel. Datenschutzrechtlich ist das unproblematisch, solange die Gebäude ohne Personen und nicht vom Schulgelände aus fotografiert werden. Allerdings reagierten die Fotografen zumindest in einem Fall eher feindselig: Einem Lehrer einer Realschule in Münster soll Gewalt angedroht worden sein, als er das Kennzeichen des Fahrzeugs eines Stayfriends-Fotografen notieren wollte. Die Firma spielt den Fall herunter, gleichwohl bedauere man „das Fehlverhalten“. Das Tochterunternehmen der US-Firma Classmates Online wirbt mit fast elf Millionen Mitgliedern. Im Frühjahr war das Portal in Sachen Datenschutz bereits von der Stiftung Warentest kritisiert worden. „Wenn man seriös sein und mit Schulen kooperieren will, dann ist dieses Vorgehen fragwürdig“, kritisiert Ulf Rödde, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Stayfriends-Aktion.

KARRIEREN

„Komplett skrupellos“

Hollywood hat die Facebook-Gründung verfilmt. Doch was „The Social Network“ an Abgründen zeigt, scheint fast harmloser als die Realität. Noch immer wird hasserfüllt um die Anfänge der Firma gestritten. Die juristische Aufarbeitung geht weiter.

Facebook ist ein großer Betrug. Nichts anderes als dreist geklautes geistiges Eigentum. Und Mark Zuckerberg, der gefeierte Chef dieses weltumspannenden sozialen Online-Netzwerks, ist kein vorbildlicher Gründer und genialer Erfinder, sondern ein hinterlistiger Dieb.

So sehen das die Zwillinge Tyler und Cameron Winklevoss.

„Mark Zuckerberg ist komplett skrupellos, ohne ein Fünkchen Moral und bereit, alles zu tun, um jemanden zu bescheißen“, sagt Cameron. Sein Bruder Tyler sekundiert: „Wir werden ihn so nicht davonkommen lassen.“ Schließlich seien sie bestohlen worden, betrogen um den großen Wurf, die einmalige Chance, Geschichte zu schreiben, damals. Er spricht von Ende 2003.

Die Zwillinge hatten ihren Harvard-Kommilitonen Zuckerberg angeheuert, damit er ihnen das soziale Online-Netzwerk fertigprogrammiert, an dem sie bastelten. Zuckerberg habe sich ihre Idee angehört, den fertigen Geschäftsplan bekommen und kurz darauf selbst eine Seite gebaut. Facebook, das heute über 500 Millionen Nutzer versammelt und wohl 20 bis 30 Milliarden Dollar wert ist.

„Er hat uns das genommen“, sagt Cameron Winklevoss. Er sagt es ganz ruhig, aber es ist das Thema seines Lebens.

Es ist Mittwoch vergangener Woche. Die Zwillinge kommen gerade von ihrer morgendlichen Trainingseinheit, sie zählen zu den besten Ruderern der Welt, 2008 kamen sie bei den Olympischen Spielen auf den sechsten Platz. Mittlerweile leben sie in Princeton, New Jersey, haben Wirtschaft studiert in Oxford, das Training für die nächste Olympia-Teilnahme beschäftigt sie sechs Tage die Woche.

Aber der Gedanke an die Ereignisse in Harvard ist ständig präsent. Immer wenn sie sehen, wie Zuckerberg gefeiert wird als Genie, dann sei da das Gefühl: „Das sollten eigentlich wir sein.“ Und auch wenn das alles nun schon einige Zeit her ist: „Vergessen ist nichts.“

Im Gegenteil: Es flammt gerade wieder richtig auf, weil der Regisseur David Fincher („Fight Club“) die Geschichte von den Facebook-Anfängen verfilmt hat. Diese Woche kommt das Werk in die deutschen Kinos. Es ist die Geschichte von Facebook, von Zuckerberg und den Brüdern Winklevoss. Es ist eine große Story über Hass und Verrat. Aber möglicherweise ist die Realität noch härter als die Fiktion, die im Kino nach zwei Stunden endet. Der wahre Hass lebt seit nunmehr sechs Jahren fort.

Die Zwillinge sind keine späten Trittbrettfahrer, sie klagten bereits kurz nachdem Facebook gestartet war, lange also bevor es eine große Erfolgsgeschichte wurde. Vor zwei Jahren handelten Facebook und die Zwillinge einen Vergleich von angeblich rund 65 Millionen Dollar aus.

Viele dachten, damit sei der Krach erledigt. Doch die Winklevoss-Brüder sind in die nächste Runde gegangen. Das Verfahren läuft weiter, es gibt neue Informationen, E-Mails und Instant Messages von Zuckerbergs Computer, die ihn nicht gut aussehen lassen. „Das ist noch lange nicht vorbei“, sagt Tyler Winklevoss.

Facebook-Konferenz in San Francisco
Bald eine Milliarde Mitglieder?

BRIAN SNYDER / REUTERS

NIKO SCHMID-BURGK / PHOTOSELECTION

Kontrahenten Tyler und Cameron Winklevoss, Zuckerberg: *„Das ist noch lange nicht vorbei“*

Dabei geht es um viel mehr in diesem Streit als um Geld oder darum, wer als Erster eine gute Geschäftsidee hatte. Es geht um die Frage, wer das Unternehmen führt, das längst kein Jugendphänomen mehr ist, sondern ein immenses soziales Experiment. Es geht auch um die Frage, wie wir uns selbst definieren in einer Welt voller virtueller „Freunde“. Welche Werte dem digitalen Ich zugrunde liegen – und was das alles noch mit unseren realen Identitäten zu tun hat.

Mark Zuckerberg ist dank des Unternehmens der jüngste Neumilliardär des Planeten. Doch wer ist der Typ dahinter, den „Vanity Fair“ schon als „unseren neuen Cäsar“ feiert? Wer ist dieser 26-jährige Lockenkopf, über dessen Vorstellungen von Datenschutz der US-Präsident wie die Bundesregierung debattieren?

Bislang galt er meist als ein zweiter Bill Gates, ein scheuer Computerfreak, hochintelligent. Der Junge von nebenan eben, der Schulpreise in Mathematik und Astronomie gewann und Kapitän der Fechtmannschaft war. Der so leidenschaftlich an seine Firma glaubt, dass er einst ein Kaufangebot über eine Milliarde Dollar in bar lässig ausschlug.

Oder ist er so, wie die Winklevoss-Brüder ihn sehen und wie ihn nun auch Millionen Kinozuschauer in „The Social Network“ erleben werden? Ein Soziopath, ein hinterlistiger Menschenfeind?

Der Hollywood-Film – von vielen Kritikern bereits hoch gelobt – basiert unter anderem auf der Geschichte der Zwillinge. Und er setzt seinen bitteren Grundton schon in der ersten Szene, die Zuckerberg streitend mit seiner Freundin zeigt. „Du wirst durchs Leben gehen und glauben, du hast Probleme mit Mädchen, weil du ein Computerfreak bist“, sagt sie. „Aber es stimmt nicht. Es liegt daran, dass du ein Arschloch bist.“

MARCIO JOSE SANCHEZ / AP

Über weite Strecken ist „The Social Network“ eine Art Gerichtsfilm, der zeigt, wie Zuckerberg mit allen Mitteln gegen die Winklevoss-Brüder und andere kämpft, die sich von ihm hintergangen fühlen. Die Rollen sind klar verteilt. Den Zuckerberg, wie ihn Jesse Eisenberg spielt, möchte man nicht einmal als virtuellen Freund haben. Aber hat die Wirklichkeit womöglich noch mehr Abgründe zu bieten?

Die Winklevoss-Brüder sagen, Zuckerberg komme noch viel zu gut weg in der Hollywood-Version. „Sein Filmcharakter zeigt einen inneren Kampf, zumindest Ansätze von Reue und Gewissen“, sagt Cameron. „Der Zuckerberg, den wir kennen, hat in all den Jahren keine dieser Emotionen erkennen lassen.“ Der unsympathische Film-Zuckerberg sei sogar noch „eine nettere Variante der Realität“.

Facebook äußert sich nicht detailliert zu dem Werk. Zuckerberg klagt bislang nicht gegen den Film. Er will aber auch nicht viel sagen zu seinem Alter Ego, nur bei einer öffentlichen Veranstaltung sagte er jüngst, das sei ja alles „pure Fiktion“.

Und: „Ich wünschte, dass die Leute wenigstens versuchen würden, es richtig zu machen, wenn sie sich an Journalismus probieren oder über Facebook schreiben.“

Tatsächlich gibt der Film nicht vor, historisch genau zu sein. Und auch das Buch, auf dem er basiert, „The Accidental Billionaires“ von Ben Mezrich, will lieber Fiktion als Sachbuch sein. Doch vieles deutet darauf hin, dass ihr grundsätzliches Bild des Hauptakteurs stimmig ist, wenn man sich die realen Hintergründe genauer anschaut.

Zuckerberg wächst auf in Dobbs Ferry, einem der besseren Vororte von New York. Sein Vater ist Zahnarzt. Als Teenager schreibt er ein Programm namens ZuckNet, das Nachrichten zwischen dem Computer in der Praxis und anderen Rechnern im Haus hin und her schickt –

ähnlich wie der AOL Instant Messenger, der erst ein Jahr später auf den Markt kommt.

Die Eltern schicken ihn auf ein auch von den Rockefellers bevorzugtes elitäres Internat. Als ihr Sohn 2002 nach Harvard kommt, eilt ihm schon der Ruf voraus, ein großes Programmiertalent zu sein. Als Schulprojekt hatte er eine Software geschrieben, die so gut war, dass ihn AOL und Microsoft direkt einstellen wollten.

An der Universität macht er sich dagegen schnell als Hacker einen Namen. Er bricht in eine Datenbank mit Fotos von Studenten ein und nutzt die Bilder für eine Web-Seite, die er Facemash nennt: Anhand der Bilder können Besucher entscheiden, welche der Studentinnen sie attraktiver finden.

Die Uni-Verwaltung rüffelt ihn. Dafür werden die Winklevoss-Brüder und ihr Unterlassungserklärung und bitten die Uni-Verwaltung einzuschreiten.

„Uns war völlig klar: Wer als Erstes mit so einer Web-Seite kommen würde, hat gewonnen“, sagt Tyler Winklevoss. „Da nützt es auch nichts, wenn der Nachfolger besser gemacht ist.“ Offenbar ahnte das auch Zuckerberg, das zeigen Mails, die er seinerzeit schrieb. Er selbst hat die Echtheit der Nachrichten inzwischen bestätigen müssen. Am 7. Dezember 2003 schreibt er: „Schau dir das mal an: www.harvardconnection.com. Da macht schon jemand eine Dating-Seite. Aber sie haben einen Fehler gemacht, ha, ha. Sie haben mich gebeten, es für sie zu machen. Also werde ich es hinauszögern, bis die Facebook-Sache rauskommt.“

„Es geht nicht nur darum, dass er unsere Idee geklaut hat“, sagt Tyler Winklevoss heute. „Es geht darum, dass er uns an der Umsetzung gehindert, uns absichtlich in die Irre geführt hat.“ Überliefert ist auch folgender Dialog: „Freund: Hast du dich entschieden, was du wegen der Web-Seiten unternehmen willst? Zuckerberg: Yeah, ich werde sie bescheißen.“

Es gibt noch zahlreiche andere ähnliche Nachrichten, die Zuckerberg belasten, die aber zuvor nicht als Beleg für die ursprüngliche Klage der Brüder zur Verfügung standen. Doch das ist nicht der einzige Grund, weshalb sie das Verfahren weitertreiben. Ihrer Ansicht nach sind die ihnen als Ausgleich angebotenen Facebook-Aktienoptionen viel weniger wert als ursprünglich angegeben. „Er hat uns ein zweites Mal betrogen“, sagt Cameron. Und sie sind nicht die Einzigen, die sich übers Ohr gehauen fühlen.

Eduardo Saverin steckte gleich zu Beginn einige tausend Dollar in Facebook und bekam dafür schließlich einen Anteil von 30 Prozent. Saverin ist ebenfalls ein Harvard-Kommilitone von Zuckerberg und hielt ihn für einen seiner engsten Freunde. Saverin sollte sich um die geschäftliche Seite von Facebook kümmern. Doch als der Verdacht aufkam, dass er dem schnellen Wachstum von Facebook eher im Weg steht, soll Zuckerberg ihn fallengelassen haben.

Auch Saverin klagte. Er hält heute fünf Prozent an Facebook mit einem geschätzten Wert von über einer Milliarde Dollar. Mittlerweile wird er von dem Unternehmen offiziell als Mitgründer neben Zuckerberg aufgeführt. Trotzdem ist Saverin noch immer so wütend, dass er offenbar auf Rache sinnt. Er gilt als Hauptquelle für die Drehbuchschreiber des Films.

Ist Zuckerberg also Täter oder Opfer von enttäuschten Freunden und Neidern? „Der Film liegt nicht daneben“, sagt einer, der sowohl Zuckerberg als auch Saverin gut aus gemeinsamen Jahren in Harvard kennt und einer der allerersten Mitglieder von Facebook war. „Mark ist wirklich einfach kein netter Mensch.“ Er sei in Harvard als „Angeber“ aufgefallen und habe gern mal damit geprahlt, dass er in fünf Minuten in die Hauptdatenbank der Universität einbrechen könne. „Die Mädchen hielten ihn für einen Loser.“

Für den Weggefährten, der lieber anonym bleiben möchte, ist es eine seltsame Ironie, dass ausgerechnet Zuckerberg zum König des sozialen Netzwerks geworden sei: „Eduardo war bei allen beliebt, Mark dagegen hatte eigentlich keine Freunde.“ Auch seine wenigen Kumpel aus den Anfangstagen haben den Milliardenkonzern inzwischen verlassen.

Dafür hat Zuckerberg nun Millionen virtueller Freunde. Sie weihen ihn ein, schenken ihm ihre Adressen, Gedanken und Fotos. Warum das so viele freiwillig machen würden, hat ihn ein Freund einst mal im

REDUX/LAIF

Unternehmensgründer Zuckerberg im kalifornischen Palo Alto 2006: *„Sie haben einen Fehler gemacht, ha, ha!“*

facebook

DER SPIEGEL

über **1700** Mitarbeiter
über **500** Millionen Nutzer weltweit,
davon über **11** Millionen in Deutschland

Februar 2004:
Facebook wird an der Harvard-Universität als Studenten-Netzwerk gestartet. Im Dezember zählt es bereits 1 Mio. Nutzer.

September 2006:
Facebook wird allgemein zugänglich. Die Zahl der Nutzer steigt bis Ende 2006 auf 12 Millionen an.

März 2008:
Die deutsche Facebook-Version erscheint.

Chat gefragt. Weil sie „dumb fucks“ seien, Vollidioten, schrieb Zuckerberg.

Er bereue solche Aussagen heute, sagt der Facebook-Star. Er habe sich weiterentwickelt. Dazugelernt. Gerade kündigte er an, 100 Millionen Dollar an Schulen zu spenden. Und zweifellos hat er aus Facebook eine der größten Erfolgsgeschichten des Internets gemacht. „Mark hat einen großen Wert geschaffen, und jetzt kommen all diese Leute und wollen einen Teil davon klauen“, sagt Peter Thiel, selbst eine Legende im Silicon Valley, seitdem er vor acht Jahren das von ihm mitgegründete Internetbezahlsystem PayPal für 1,5 Milliarden Dollar an Ebay verkauft hat.

Thiel war Facebooks erster großer Geldgeber: Im Sommer 2004 investierte er eine halbe Million Dollar und ermöglichte Zuckerberg damit eine schnelle Expansion. Dafür erhielt er später etwa zehn Prozent am Unternehmen. Als einer der größten Anteilseigner sitzt er heute im Verwaltungsrat des Konzerns.

Thiel sagt, der Film sei „ungenau“ und „voller Verzerrungen“. Insbesondere die Darstellung Zuckerbergs sei „daneben“. „Mark ging es nie um Geld“, betont Thiel. „Im ersten Jahr hat er ein Gehalt von gerade mal 55 000 Dollar bekommen.“

Es sei eine typische Hollywood-Idee, dass die Welt ein Nullsummenspiel ist, in der einer nur gewinnen kann, wenn gleichzeitig ein anderer verliert. „So funktioniert aber das Silicon Valley nicht, da muss zusammengespielt werden“, sagt der gebürtige Deutsche, der in Kalifornien aufwuchs. Schon als er Zuckerberg erstmals traf, sei er beeindruckt gewesen von dem Ingenieursteam, das der versammelt hatte – und von den gewaltigen Wachstumsmöglichkeiten der Firmenidee. „Google organisiert die Informationen der Welt“, sagt Thiel heute, „Facebook aber organisiert die Menschen der Welt.“

Es müsse „schon einiges ganz schiefgehen“, damit Facebook nicht schon bald eine Milliarde Nutzer hat. Thiel ist jetzt 42 Jahre alt. Er sagt, es müsse mehr junge Unternehmer wie Zuckerberg geben, die lieber ein Risiko eingehen, statt erst ihre Uni-Ausbildung abzuschließen. Kürzlich hat er selbst eine Initiative gegründet, die 100 000-Dollar-Stipendien an Unternehmensgründer unter 20 verteilt.

Deswegen findet er in Finchers Film auch gute Seiten: Er könnte zu mehr Unternehmensgründungen führen. „Ich glaube, es wird einen ähnlichen Effekt geben wie in den achtziger Jahren, als der Film ‚Wall Street‘ für die nächsten 20 Jahre viele motivierte, bei Goldman Sachs zu arbeiten“, sagt Thiel.

Der von Regisseur Oliver Stone als abschreckendes Beispiel gedachte sinistre Finanzhai Gordon Gekko wurde zum Vorbild einer Generation von Investmentbankern. Er war die böse Fratze der achtziger Jahre. Thomas Schulz

NORDKOREA

Stunde der Kimologen

Angeblicher Kim Jong Un (vorn l.) in Pjöngjang

Wie wenig die Welt über Nordkorea und das Regime in Pjöngjang weiß, zeigt sich in diesen Tagen wieder: Diktator Kim Jong Il, 68, hatte eine der höchst seltenen Parteikonferenzen seiner Arbeiterpartei einberufen und mit Sohn Kim Jong Un, vielleicht 26, vielleicht 27, seinen Nachfolger präsentiert. Doch alles scheint anders zu sein, als es die Führung glauben lassen will. Denn ob der neue Mann, der auf den offiziellen Fotos gezeigt wird, tatsächlich Kim Jong Un ist, der Sohn also, der als Schüler in der Schweiz gelebt haben soll, ist zweifelhaft. Ein Hamburger Experte für Gesichtsforschung, der auf Anfrage des SPIEGEL mehrere angebliche Jugendbilder Kims mit dem aktuellen Foto verglich, kam zu einer verblüffenden Erkenntnis: Es handele „sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht um ein und dieselbe Person".

Das heißt: Entweder ist er nicht der Sohn, der in einem Berner Vorort zur Schule gegangen sein soll und dessen Foto im Halbprofil der Welt bisher bekannt war – oder der junge pausbäckige Mann mit dem aufgeschwemmten Gesicht, dem Kim Jong Il gerade die Viersterne-Würde eines Generals verliehen hat, ist nicht Kim Jong Un. Wer aber ist dann Kim III., der den von schwerer Krankheit gezeichneten Machthaber in Pjöngjang irgendwann ablösen soll?

YONHAP / AFP

Kim in der Schweiz

„Kimologen" haben nun wieder Hochkonjunktur, sie sitzen im südkoreanischen Seoul, in Tokio und Peking – wo Informationen aus dem abgeschotteten Reich zusammenlaufen. Allerdings verfolgen sie eigene Interessen, bedienen sich undurchsichtiger Quellen und widersprechen einander regelmäßig. Ziemlich unumstritten ist, dass Kim Jong Il („Geliebter Führer"), der 1994 die Nachfolge seines Vaters Kim Il Sung („Großer Führer") angetreten hatte, 2008 ein Schlaganfall ereilte. Die Krankheit zwang ihn zu monatelangen Regierungspausen, nicht einmal beim Nationalfeiertag tauchte er auf. Mindestens ein japanischer Experte glaubt, Kim Jong Il sei längst gestorben, Doppelgänger seien am Werk. Andere spekulieren seit Monaten über eine bevorstehende Machtübergabe. Kim Jong Un galt als Favorit.

USA

Schwarzenegger setzt auf Obama

Kaliforniens republikanischer Gouverneur Arnold Schwarzenegger rechnet fest mit einer Wiederwahl von Präsident Barack Obama in gut zwei Jahren, auch wenn seine eigene Partei aus den Kongresswahlen im November als Wahlsieger hervorgehen sollten. „Ich gehe davon aus, dass Obama eine zweite Amtszeit bekommt", sagt Schwarzenegger. Den Republikanern traut er offenbar nicht zu, einen aussichtsreichen Gegenkandidaten ins Rennen schicken zu können. Sollte Obama jetzt wie erwartet eine Mehrheit im Kongress verlieren, wäre das nach Schwarzeneggers Meinung sogar günstig für seine Wahlchancen 2012: „Obama kann gelassen zuschauen. Man muss nur die Geschichte studieren, um zu wissen, dass er danach viel besser dasteht." Obwohl die Republikaner Obamas Gesundheitsreform zum wichtigsten Wahlkampfthema gemacht haben und sie nach der Wahl stoppen wollen, verteidigt Schwarzenegger den Präsidenten gegen die Kritik aus den eigenen Reihen. „Die Konservativen hatten in Washington viele Jahre die Chance, ihre Reformen durchzusetzen", sagt der Gouverneur, „aber wo ist eine republikanische Gesundheitsreform geblieben?"

CINETEXT / ALLSTAR

Obama, Schwarzenegger

KYODO NEWS / ACTION PRESS

In der Schweiz soll er eine Leidenschaft für Basketball entwickelt haben. Aber war der Schüler mit Decknamen, der öfter Besuche nordkoreanischer Diplomaten erhielt, wirklich der jüngste Kim-Sohn, dessen Mutter eine in Japan geborene Tänzerin war? Oder nur ein Halbbruder? Oder womöglich ein ganz anderes Kind der Nomenklatura? Dabei komme es vielleicht gar nicht so sehr darauf an, sagen viele Kimologen, wer der junge Mann ist. Denn Kim III. ist eingebunden in einen Machtapparat der Älteren. Die 64-jährige Schwester von Kim Jong Il wurde mit ihm in den Viersterne-Generalsrang erhoben. Deren Gatte gilt als sein Aufpasser.

DATENSCHUTZ

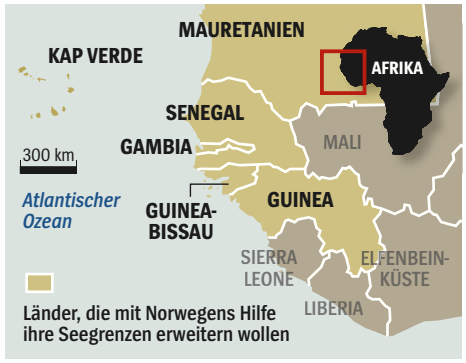
Gläserne Europäer

Unter massivem Druck der US-Regierung gewähren EU-Staaten amerikanischen Sicherheitsbehörden Zugriff auf europäische Polizeicomputer. Vorige Woche gab Österreich dem Drängen nach, DNA-, Straftäter- und Fingerabdruck-Dateien zu öffnen. Ohne „Datenaustausch“, das hatte der US-Botschafter dem Wiener Kanzleramt klargemacht, würden „die Jungs in Washington“ die Alpenrepublik kurzerhand aus dem erlauchten Kreis der nichtvisapflichtigen Länder verbannen. Andere Staaten, darunter Deutschland, waren den US-Wünschen schon zuvor in aller Stille nachgekommen. Auch auf EU-Ebene in Brüssel verlangt Washington freien Zugang für seine Anti-Terror-Kämpfer – die wollen alle grenzüberschreitenden Zahlungsvorgänge und sämtliche Daten von US-Reisenden auswerten. Dagegen regt sich heftiger Widerstand im Europäischen Parlament. „Völlig inakzeptabel“ findet das der Europa-Abgeordnete der Grünen Jan Philip Albrecht. „Kräftigen Gegendruck“ kündigt auch sein Kollege Alexander Alvaro von den Liberalen an: Washington werde es nicht gelingen, „den gläsernen Europäer“ zu schaffen. Auch Sozialisten und Konservative wollen „rote Linien“ ziehen. Erst im Sommer hatten die EU-Abgeordneten den Amerikanern mit dem sogenannten Swift-Abkommen strenge Regeln bei der Kontrolle des europäischen Zahlungsverkehrs aufgezwungen.

ISLAND

Politische Vendetta

Mit harter Kritik wehrt sich der ehemalige Regierungschef Geir Haarde, 59, gegen den Beschluss des Parlaments, ihn wegen des Bankenkollapses von 2008 vor ein Sondergericht zu stellen. „Das ist wie eine politische Vendetta“, sagt Haarde, „alle meine politischen Gegner haben sich zusammengetan, um Rache zu üben.“ Die Finanzkrise sei kein isländisches Phänomen. „Die Anklage ist absurd. Niemand hat diesen finanziellen Hurrikan vorhersehen können, weder die USA oder Großbritannien noch der Rest Europas“, verteidigt sich der Ex-Premier. Das Parlament in Reykjavik beschloss vorige Woche mit 33 zu 30 Stimmen, Haarde vor dem sogenannten Hohen Gericht anzuklagen. Die Mehrheit wirft ihm grob fahrlässiges Verhalten beim Krisenmanagement im Herbst 2008 vor, als die drei großen Banken kollabierten und damit das gesamte Finanzsystem zusammenbrach. Island stand am Rande eines Staatsbankrotts, Haarde musste zurücktreten. „Ich akzeptiere, dass wir Fehler gemacht haben, ich habe die politische Verantwortung dafür übernommen“, sagt er nun, aber es sei „sinnlos, unsere Politik zu kriminalisieren“. Das Sondergericht für Verfehlungen von Regierungsmitgliedern wird zum ersten Mal seit seiner Einrichtung 1905 angerufen. Es sei ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert, sagt der Ex-Premier: „Ich habe meine Zweifel, ob die damalige Rechtsgrundlage für die Schaffung des Gerichts den Ansprüchen an eine moderne Justiz genügt.“



WESTAFRIKA

Hilfe aus dem Norden

Zu einer ungewöhnlichen Form der Entwicklungshilfe hat sich die norwegische Regierung entschlossen. Die Skandinavier wollen Mauretanien, Senegal, Gambia, die Kapverdischen Inseln, Guinea-Bissau und Guinea dabei unterstützen, ihre Hoheitsgebiete rechtsgültig über die 200-Seemeilen-Zone hinaus zu erweitern. Norwegen selbst hat damit gute Erfahrungen gemacht: Im April 2009 wuchs das Land um rund 235 000 Quadratkilometer, das ist etwa die Fläche Großbritanniens. Zuvor hatte Oslo die Uno davon überzeugen können, dass der Meeresboden bis zu 200 Meter Tiefe Bestandteil des Festlandsockels ist – auch wenn er weiter als 200 Meilen von der Küste entfernt liegt. Nun darf Norwegen auch in diesen Regionen Öl und Gas fördern. Mit der Ausweitung ihrer Seegrenzen könnten auch die afrikanischen Länder rohstoffreiche Meeresgründe für sich reklamieren und lukrative Bohrlizenzen verkaufen. Norwegens Entwicklungsminister Erik Solheim unterzeichnete das Hilfsabkommen mit den sechs Ländern und verpflichtete die Westafrikaner darin ausdrücklich zur engen Zusammenarbeit untereinander: Denn die sechs konkurrieren zum Teil um dieselben Seegebiete.

ED KASHI / AGENTUR FOCUS

Ölplattform im Niger-Delta

ÖSTERREICH

Luftschloss am Wörthersee

Angetreten war Jörg Haider mit dem Versprechen, das Land von Filz und Proporz zu befreien. Die Skandale und Affären, die er hinterlassen hat, zeigen aber: Haiders Regiment war nicht das Ende, sondern der Gipfel des Vettern-Staates. Derweil gewinnt das rechte Lager wieder an Stimmen.

Der Haider Jörg und der pferdenarrische Kulterer: Was haben die Burschen für Geschichten geschrieben.

Nun liegen sie da, die Geschichten. Abgestempelt und abgeheftet, im Format DIN A4: Kapitel um Kapitel in einem ungelösten Fall mit Aktenzeichen.

Still ist es hier in Krumpendorf, im Hinterhof des Kärntner Polizeikommandos. Kein Ausflüglerlärm dringt in die Büros, kein Knattern von Bootsmotoren auf dem Wörthersee. Nichts stört die Männer von der „Soko Hypo“, die der milliardenschweren Beinahe-Pleite der Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) nachspüren. Rastlos arbeiten ihre Scanner, Tausende Gigabyte Daten werden durchforstet, Kurvenschreiber spucken Organigramme aus – darauf in der Mitte, Spinnen im Netz gleich, die Verdächtigen.

„Mehr als drei Millionen Seiten Akten: aufeinandergelegt ergibt das elfmal die Höhe des Wiener Stephansdoms“, sagt Oberstleutnant Bernhard Gaber, Chef im Allerheiligsten der Soko-Ermittler: „41 Beschuldigte, 140 Einvernahmen bis jetzt. So etwas hat es hier noch nie gegeben.“

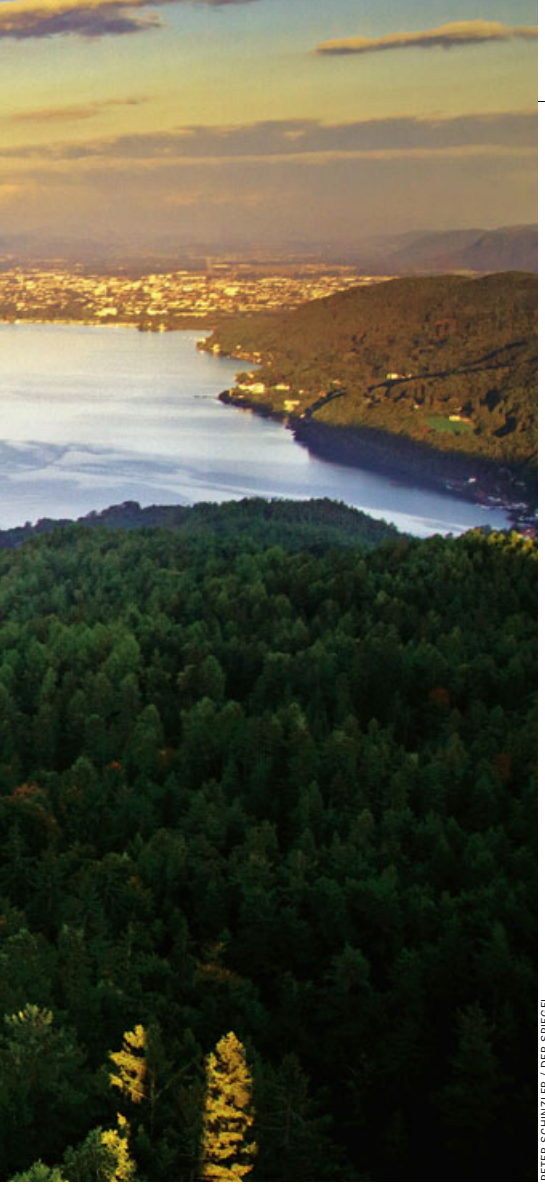
Dabei ist die Hypo-Affäre nur der am hellsten funkelnde Stein eines Monumentalmosaiks. Zusammengesetzt zeigt es die Hinterlassenschaft einer Regierung, die vor zehn Jahren unter europäischem Protest zustande kam, Freunde verschreckte, Nachbarn empörte, dann ein paar Jahre scheinbar still arbeitete – aber allem Anschein nach ein Affärenmonstrum gebar: Es geht um Millionen-Provisionen, die Lobbyisten bei der Privatisierung von Staatsfirmen kassierten; um mutmaßliche Parteispenden aus Staatsunternehmen, Deals mit Saddam Husseins Irak und Muammar al-Gaddafis Libyen; um Geldwäsche, Briefkastenfirmen, fragwürdige Tagebücher.

Die Hauptfigur der Geschichte, der ehemalige FPÖ-Chef Haider, der Zampano von der Karawanken-Flanke, ist nicht mehr am Leben. Er starb bei einem Verkehrsunfall am 11. Oktober 2008 vor den Toren seiner Hauptstadt Klagenfurt. Hat Haiders Tod etwas verändert, haben die täglich neuen Enthüllungen Österreichs politische Landschaft erschüttert? Nicht spürbar.

Bei der steirischen Landtagswahl konnte die FPÖ, von Haider erst zum Erfolg geführt und dann gespalten, am vorvergangenen Sonntag ihren Stimmenanteil verdoppeln. Am kommenden Sonntag, bei der Abstimmung in Wien, winkt seinem Nachfolger Heinz-Christian Strache sogar Platz zwei in der Wählergunst.

Wenn er den Rechtspopulisten Strache höre, sehne er manchmal „die Intellektualität des Dr. Haider“ wieder herbei, sagt Straches Rivale, Wiens Bürgermeister Michael Häupl. Wenn er Häupl sehe, kontert Strache, habe er den Eindruck, um noch Sozialdemokraten von Statur zu finden, müsse man inzwischen „die Ehrengräber am Zentralfriedhof aufsuchen“ – dort liegt Bruno Kreisky.

Mit ihren Befunden schließen sich Häupl wie Strache jenen an, die nach den jüngsten Affären der Alpenrepublik ein System in Gefahr sehen. Die juristische Beschäftigung mit Haiders untergegangenem „Karnevalsregime“ am Wörthersee liefere nicht nur ein Sittenbild des Haider-Regiments, sondern auch ein „vernichtendes Urteil über diese Republik“, urteilt der Politologe Anton Pelinka. Die jahrzehntelang regierenden Großparteien, die linke SPÖ wie die christsoziale ÖVP, seien „intellektuell völlig ausgezehrt“, rügt der Verfassungsrechtler Heinz Mayer.



PETER SCHINZLER / DER SPIEGEL

Wörthersee in Kärnten
Spiegelbild der Machtverhältnisse

Drei Skandalkomplexe sind es, die, mit wechselnder Beteiligung der drei parteipolitischen Lager, die Republik zuletzt beschäftigten: die Bawag-Affäre, ein Wirtschaftskrimi um eine Gewerkschaftsbank; der Buwog-Deal, bei dem es um den Verkauf von 60 000 staatseigenen Wohnungen geht, für den ein Lobbyist und ein PR-Berater fast zehn Millionen Euro Provision kassiert haben; schließlich das zweifellos barockste Gaunerstück, der Hypo-Alpe-Adria-Skandal, an dessen Aufklärung Ermittler in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und Kroatien arbeiten.

Am besten weiß Oberstleutnant Gaber in seinem Soko-Büro am Wörthersee, was diese Affären der jüngeren Vergangenheit über den Zustand des österreichischen Rechtsstaats aussagen. Der stattliche Tiroler gilt seit Jahren als Mann für die ganz großen Fälle in der Republik.

Gaber hat von 2006 an in der Bawag-Affäre ermittelt. Und am Ende Helmut Elsner, den Chef des „roten“ Geldinstituts, persönlich im Learjet aus dem französischen Exil nach Wien eskortiert. Ehrensache, sagt Gaber: „Ich war schließlich früher bei der Cobra, Sondereinsatzkommando.“

Dann hat er sich dem Beinahezusammenbruch der Wiener Immofinanz zugewandt – der Gesellschaft, die unter dem „schwarzen“ Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die 60 000 Buwog-Wohnungen kaufte. Im Bieterverfahren sollen Insider-Informationen geflossen sein. Gegen den damals verantwortlichen Finanzminister Karl-Heinz Grasser ermittelt die Staatsanwaltschaft Wien wegen des Verdachts der Untreue.

Inzwischen ist Gaber mit seinen Ermittlungen am rechten Rand des politischen Spektrums angekommen, im „blauen“ Milieu des ehemaligen FPÖ-Chefs Haider. Unter dessen Regie wurde in Hemdsärmeln bilanziert. Die Kärntner Hypo, von der Landesregierung kontrolliert und quasi Haiders Hausbank, scheint nach Strich und Faden ausgeplündert worden zu sein.

Gaber und seine Mitarbeiter gehen Immobilienprojekten auf dem Balkan nach, in denen Millionensummen versickerten. Sie prüfen Geldtransfers nach Liechtenstein. Sie fragen: Warum kassiert ein Steuerberater für ein dürftiges Gutachten sechs Millionen Euro, ein Entgelt von 136 000 Euro pro gedrucktem Satz. Oder: Welche Rolle spielte eigentlich Haiders Hausbankier Wolfgang Kulterer, ehemals Chef der Hypo-Alpe-Adria?

Bekannt ist: Wenn Haider Geld brauchte, rief er Kulterer an. Wenn Haider zu Gaddafi ins Wüstenzelt wollte, flog Kulterer mit. Wenn Kulterer gut gelaunt war, erzählte er von seinen acht Military-Pferden, Wert zwischen 400 000 und vier Millionen Euro das Tier. 2006 hat Haider ihn zum Hypo-Aufsichtsratschef gemacht, obwohl der gerade wegen Bilanzfälschung beschuldigt wurde. Kulterer war es dann, der das marode Institut der Bayerischen Landesbank andrehen half.

Am Freitag, dem 13. August 2010, kann Oberstleutnant Gaber, die Dienstpistole im Halfter, endlich aufbrechen, um den mächtigen Kärntner Bankier in einer Klagenfurter Tiefgarage zu stellen. Seither sitzt Kulterer in U-Haft, unter anderem wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Der ehemalige Hypo-Chef bestreitet die Vorwürfe. 40 weitere Beschuldigte sind noch auf freiem Fuß.

Wer von Krumpendorf hinauffährt, auf einen der umliegenden Hügel, blickt auf den Wörthersee wie auf ein Spiegelbild der Machtverhältnisse im Land. Aufgereiht wie Perlen liegen da die Villen der Reichen und Schönen am Ufer – jener Herrschaften, die sich derzeit empören darüber, dass Justiz und Öffentlichkeit zunehmend Interesse an ihrem Geschäftsgebaren zeigen.

Da sind die Residenzen der Investoren im Hypo-Deal, die durch den Verkauf ihrer Anteile an die BayernLB binnen kürzester Zeit zwischen 40 und 60 Prozent

RONALD ZAK / AP (L.); HERBERT PFARRHOFER / PICTURE-ALLIANCE / DPA (R.)

S. BRAUER PHOTOS

Finanzminister Grasser mit Ehefrau Swarovski 2006, Lobbyist Meischberger, Bankier Kulterer, Milliardärin Flick: *„Können diese Augen lügen?“*

Rendite erzielten: die Flick-Witwe Ingrid in ihrer Veldener Villa; Hans Tilly, Österreichs größter privater Forstbesitzer, auf Gut Walterskirchen; der Möbelhaus-Krösus Herbert Koch in Pörtschach.

Was tut sich drüben, am Südufer des Sees? In Maria Wörth residiert, gleich neben der Wallfahrtskirche, Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser mit seiner zweiten Frau, der Kristall-Erbin Fiona Swarovski.

Grasser war „Mister Nulldefizit“ und Medienstar der ab Februar 2000 regierenden blau-schwarzen Koalition. Als glamouröser Neoliberaler durfte er zu Thomas Gottschalk auf die „Wetten dass …“-Couch und nach Sindelfingen zur Maybach-Präsentation, wo er das Publikum mit dem Satz überraschte: „Wir (Österreicher) sind natürliche Freunde des Kapitals.“ Inzwischen ermitteln Staatsanwaltschaft und Finanzmarktaufsicht gegen Grasser wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch und Untreue.

Grasser ist der Postmoderne unter Österreichs Politikern – die ungeliebte Symbolfigur eines Landes, in dem aus Freunderlwirtschaft geborene Affären neuerdings nicht mehr eindeutig politischen Lagern zuzuordnen sind. Nicht dem rechten, nicht dem linken.

Er hat eine bemerkenswerte Karriere hingelegt. Als Bewunderer Jörg Haiders tritt er jung in die Freiheitliche Partei ein, mit 25 Jahren wird er Vize-Landeshauptmann Kärntens. Acht Jahre später bricht er mit Haider und gilt, obwohl parteilos, fortan als ÖVP-Minister und schließlich gar als Kronprinz von Bundeskanzler Schüssel.

Grasser denkt parteiübergreifend, das heißt: vor allem an sich selbst. Also ist er in so gut wie alle Affären aus seiner Ministerzeit verwickelt: Im Verfahren gegen die Bawag-Manager muss er nach anfänglichem Dementi einräumen, mit einem der späteren Angeklagten geruhsame Tage auf der Yacht des Kaffeesieder-Erben Julius Meinl verbracht zu haben.

In der Buwog-Affäre gilt Grasser als Beschuldigter, weil sein Trauzeuge, der Lobbyist Walter „Meischi“ Meischberger, Millionen an Provision kassiert und nicht versteuert hat – nach einem Hinweis von oben, wie die Staatsanwaltschaft glaubt.

In der Kärntner Hypo-Affäre schließlich wird Grasser als Nutznießer gehandelt. Er selbst legt Wert auf die Feststel-

Korruptionsoase Österreich

GETTY IMAGES

Helmut Elsner, ehemaliger Generaldirektor der Bawag, am 4. Juli 2008 vor einem Wiener Gericht

HYPO ALPE ADRIA

Die Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) war Jörg Haiders Hausbank und hat sich nach ihrer Übernahme durch die BayernLB als Milliardengrab erwiesen. Behörden in Deutschland, Österreich, Kroatien und Liechtenstein ermitteln. Ex-HGAA-Chef Wolfgang Kulterer sitzt seit August dieses Jahres wegen des Verdachts der Untreue in Untersuchungshaft.

DIE BAWAG-AFFÄRE

Im spektakulärsten Wirtschaftskriminalfall der österreichischen Nachkriegszeit wurde die Gewerkschaftsbank Bawag um etwa zwei Milliarden Euro geschädigt. Die vorwiegend durch Spekulation verursachten Verluste führten zur Übernahme der „roten" Bank durch das Investment-Unternehmen Cerberus. Bawag-Ex-Chef Helmut Elsner wurde – bis heute nicht rechtskräftig – wegen Untreue, schweren Betrugs und Bilanzfälschung zu neuneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

DER BUWOG-DEAL

Der Verkauf von rund 60 000 staatseigenen Wohnungen an ein privates Konsortium steht im Mittelpunkt laufender Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Dessen Trauzeuge, der Lobbyist Walter Meischberger, räumte ein, mit einem Partner 9,6 Millionen Euro Provision kassiert zu haben – die Staatsanwaltschaft vermutet gezielte Indiskretion während des Bieterverfahrens.

DER SPIEGEL

lung, nur finanzielle Interessen seiner Schwiegermutter aus dem Swarovski-Clan vertreten zu haben.

Die Vorwürfe wiegen schwer. Nur: Können diese Augen lügen? Wasserblau sind sie, strahlend. Grasser sitzt im Restaurant Do&Co, nicht weit von seinem 600-Quadratmeter-Loft an der Wiener Ringstraße entfernt. Er lässt sich einen G'spritzten kommen und sagt: „Ich habe mich weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und gehe vielleicht noch zwei-, dreimal im Jahr mit meiner Frau Fiona zu einer Charity; trotzdem bin ich ständig in den Zeitungen."

Das betrübt ihn: „Ich fühle mich wie im falschen Film und frage mich ständig, wann ich endlich aufwach und das alles vorbei ist." Er sei, sagt Grasser, einer „menschenverachtenden Verfolgungsjagd" ausgesetzt und verstehe nicht, warum sich ein ehemaliger Finanzminister wie er elf Monate lang der Justiz gegenüber nicht habe äußern dürfen – „während ständig Verschlusssachen an die Presse wandern".

Aus den Verschlusssachen geht hervor: Nicht nur Grassers Trauzeuge Walter „Meischi" Meischberger, vorbestraft wegen Steuerhinterziehung, ist in die Bredouille geraten. „Meischis" beschlagnahmtes Tagebuch und die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft erlauben tiefe Einblicke in ein System regierungsnahen Raubrittertums.

Seine „Ex-Freundschaft zu Herrn Meischberger", sagt Grasser förmlich, habe sich unbestreitbar zum Problem entwickelt: „Muss ich mir Naivität vorwerfen lassen? – Ja. – Ist die Optik desaströs? – Ja. – Nur: Ich hab genau gar nix falsch gemacht, keinen Cent genommen und keine Informationen gegeben."

Mal ein Aschenbecher, eine gute Flasche Wein oder ein gebrauchter Golfschläger, mehr sei für den Finanzminister damals nicht abgefallen, hat „Meischi" den Ermittlern treuherzig versichert. Um wen aber geht es, wenn er in der Buwog-Affäre nicht näher identifizierte Geschäftspartner erwähnt, die auf Auszahlung der fehlenden Provision drängen?

Grasser kann damit nicht gemeint sein. Sagt Grasser. Er vermutet Neid hinter den Anwürfen gegen ihn: „Ich schau vielleicht nicht ganz schlecht aus, hab eine phantastische Frau und eine tolle Familie." Dem Fortgang der Ermittlungen sieht der Sunnyboy der blau-schwarzen Koalition

PETER SCHINZLER / DER SPIEGEL

Haider-Gedenkstätte in Lambichl bei Klagenfurt: *„Von Germanen zu Kleptomanen“*

gelassen entgegen. Am Ende will er „wie Phönix aus der Asche steigen, übers Land fliegen und neue Herausforderungen erfolgreich umsetzen“.

Was immer in Sachen Grasser noch ans Tageslicht kommen mag: Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel will damit nichts zu tun gehabt haben. Das ließ er, inzwischen einfacher Abgeordneter und Aufsichtsrat beim Energiekonzern RWE, in einer seiner raren Stellungnahmen das Nachrichtenmagazin „profil“ wissen. In seiner Regierung, so Schüssel, habe er jedem klargemacht: Wenn auch nur einer dabei erwischt werde, wie er linke Dinger dreht, „dann spielt’s Granada“.

Es wurde, offenkundig, keiner erwischt.

Das sei allerdings nicht wirklich verwunderlich, sagt Florian Klenk: „Wenn in Österreich einer fällt, dann fallen alle. Die Giftschränke der Parteien sind voll.“

Klenk arbeitet für die Wiener Stadtzeitung „Falter“ und zählt, zusammen mit einer Handvoll Kollegen bei „profil“, „Format“, „News“ und „Standard“, zum kleinen Kreis derer, die dem Politikbetrieb in der Alpenrepublik wirklich lästig fallen. Der gelernte Jurist Klenk konstatiert einen rasanten Anstieg der „Korruption im Millionenmaßstab“.

Die Großparteien, sagt er, also SPÖ und ÖVP, „haben ihre Anhänger mit Ämtern bezahlt. Bei der FPÖ gab’s Cash. So sind dann alle Millionäre geworden.“

Zu beweisen, wer Cash kassiert hat, obliegt nun der Justiz. Das ist in Österreich mühsam. Weil Widerstand aus dem Inneren des Systems kommt.

Sogenannte clamorose, also öffentliches Aufsehen versprechende Fälle, werden vom Justizministerium mit verschärfter Berichtspflicht versehen. Jeder Verfahrensschritt muss, auf acht Beamtenebenen, genehmigt werden. Das lähmt den Eifer der Ermittler und beflügelt die Einflüsterer in den Parteizentralen.

Ob ein prominenter Beschuldigter am Ende angeklagt wird, entscheidet die Weisungsabteilung, Sektion 4 des Justizressorts. Für den Finanzminister a. D. Grasser könnte die Sache deshalb gut ausgehen. Grassers Anwalt war Hochzeitsgast der Justizministerin; die wiederum hat sich nicht wirklich gewehrt, als ein ÖVP-naher Banker sie beim letzten „Sauschädelessen“ so stolz wie ungeniert als „meine Ministerin“ vorführte.

Österreich, eine „Korruptionsoase“, wie der zuständige OECD-Experte Marc Pieth zuletzt zürnte? Ein Land, in dem es seit der Strafrechtsnovelle 2009 noch schwieriger geworden ist, Politiker zu belangen – selbst wenn sie, wie der Anti-Korruptions-Staatsanwalt Walter Geyer

„Wenn in Österreich einer fällt, dann fallen alle. Die Giftschränke der Parteien sind voll.“

spottet, eine „Einladung zur Bärenjagd in Alaska“ annehmen?

In Kärnten werden die Ermittlungen zur Hypo-Affäre noch Jahre dauern. Jörg Haider, Erfinder des Karawanken-Sozialismus mit nationaler Note, kann nicht mehr befragt werden. Er ist tot.

Für die jahrelange Umsetzung seines Erfolgsrezepts – Warum nicht das Geld von morgen schon heute ausgeben? – bezahlen die Kärntner mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Österreich.

Haider habe „sich mit seiner Asche aus dem Staub gemacht“, spottete der Kärntner Büchner-Preisträger Josef Winkler. Doch bis heute ist das Grab des toten Landesfürsten geschmückt wie die letzte Ruhestätte eines zu früh verstorbenen Heilsbringers: mit Gipsengeln, Rosenkränzen aus Hirschhorn und handgeschriebenen Treueschwüren.

Werden am Ende die „Buberln“ für Haider mitbüßen müssen, jene feschen jungen Männer, die sich ihre Ergebenheit mit geliehener Macht entgelten ließen? Jene deutschnational getarnten „Parvenüs“, wie der Grüne Peter Pilz zürnt, die sich, kaum an der Macht, von „Germanen zu Kleptomanen“ wandelten? Nun, da die Milliardenschäden offenkundig sind, muss manch einer sich erklären.

Einige von ihnen sind ja noch gut im Geschäft. Haiders ehemaliger Pressesprecher etwa steht mit einem Mann von der Nationalbank am Tresen des Klagenfurter Traditionsgasthauses Pumpe und kümmert sich ansonsten um das Libyen-Geschäft. Der ehemalige Büroleiter und Mann für die Hypo-Angelegenheiten ist weiterhin Kärntner Landes-Finanzminister. Selbst Gerald Mikscha – die mutmaßliche Schlüsselfigur des Systems parteinaher Briefkastenfirmen und Konten in Liechtenstein – ist inzwischen wieder aufgetaucht: Er wird vernommen.

Wer vom Gebäude der „Soko Hypo“ aus eine Runde um den Wörthersee dreht, sieht die Monumente steingewordener Maßlosigkeit: die für die Fußball-EM 2008 erbaute „Hypo Group Arena“ – ein toter Tempel, seit der SK Austria Kärnten in Konkurs gegangen ist; Schloss Freyenthurn, das die Hypo-Banker als diskrete Filiale nutzten – inzwischen ein mit Venus-Statue geschmückter Vergnügungsbunker, in dem für 30 Minuten Zimmermiete plus „Mädchen-Unterhaltungsentgelt“ 350 Euro fällig werden. Und das Schlosshotel Velden, Fernsehkulisse für Roy Black und Uschi Glas? Der Prachtbau, von Gunter Sachs an die Hypo weitergereicht und für gut 100 Millionen Euro so aufpoliert, dass das Haus nun sechs Sterne im Wappen führt, ist zu 30 Prozent ausgelastet.

Die Kaiser-Suite wäre für 5600 Euro pro Nacht zu haben. Vor der dottergelben Hotelfassade tummeln sich allerdings vorwiegend westfälische Kurzurlauber in Windjacken und praktischen Schuhen, aufgereiht zum Erinnerungsfoto. Ein Bild mit Symbolwert: Jörg Haiders Erbe – nichts als ein Luftschloss am Wörthersee?

Niemand habe das Recht, Jörg Haider „Dreck ins Grab“ nachzuwerfen, sagt Heinz-Christian Strache, heute Vorsitzender der FPÖ: Haiders „historische Leistung war es, den rot-schwarzen Proporz im Land aufzubrechen“. Was dabei versäumt worden sei, nämlich sich um „Sozialpolitik statt um Millionenprojekte“ zu kümmern, das will Strache nun selbst nachholen.

Nicht wenige Österreicher sind bereit, den Rechtspopulisten bei seinem Plan zu unterstützen. Einer Prognose im Vorfeld der Wiener Landtagswahl zufolge liegt die einstige Haider- und heutige Strache-Partei landesweit sogar schon in Front.

Bei jenen zumindest, denen Österreichs Zukunft gehört – den unter 30-Jährigen.

Walter Mayr

DANIEL GARCIA / AFP / DER SPIEGEL

Staatschefin Fernández de Kirchner: *„Die Militärs haben unsere Industrie zerstört“*

ARGENTINIEN

„Wir haben Glück gehabt“

Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, 57, über den Weg ihres Landes aus Diktatur und Krise, über Hugo Chávez, Diego Maradona und ihr gespanntes Verhältnis zur Presse

SPIEGEL: Frau Präsidentin, am Dienstagabend werden Sie zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse erwartet. Argentinien ist das Gastland. Welches Buch lesen Sie gerade?

Fernández de Kirchner: Ein Werk über einen Helden unserer Unabhängigkeitsbewegung von den spanischen Kolonialherrn vor 200 Jahren. Das ist so gut, dass es mir mein venezolanischer Kollege Hugo Chávez gleich weggeschnappt hat. Ich las es in New York, wo ich am Millennium-Gipfel der Uno teilnahm.

SPIEGEL: Zur Buchmesse lassen Sie sich von einem Trupp aufregender junger Autoren begleiten. Doch haben Sie dem Parlament gerade ein höchst umstrittenes Mediengesetz vorgelegt. Wollen Sie die Presse an die Leine legen?

Fernández de Kirchner: Nein, absolut nicht. Wir haben das vorher mit allen Beteiligten lange beraten. Wir haben uns im Übrigen an der US-Gesetzgebung orientiert.

SPIEGEL: Aber Sie wollen die Papierverteilung staatlich regeln, so können Sie die Zeitungen gängeln …

Fernández de Kirchner: „La Nación“ und „Clarín“, die beiden größten Zeitungskonzerne Argentiniens, haben ein Monopol für die Papierproduktion. Der Staat hält nur eine Minderheitsbeteiligung. Die beiden können sich das Papier zu Sonderpreisen besorgen, die anderen sind gezwungen, höhere Preise zu bezahlen. Das ist unfairer Wettbewerb.

SPIEGEL: Ist das nicht nur ein Vorwand, um „Clarín“ kleinzukriegen? Diese Zeitung kritisiert Ihre Regierung seit Jahren.

Fernández de Kirchner: Alle Regierungen hatten Probleme mit „Clarín“. Ein ehemaliger Miteigentümer hat zugegeben, dass sie jeweils in den ersten beiden Jahren einen Präsidenten unterstützen, um Vorteile daraus zu schlagen. In den zwei folgenden Jahren prügeln sie dann auf ihn ein – und am Ende seiner Amtszeit hoffen sie, dass eine neue Regierung kommt. Jetzt kommt ans Tageslicht, dass „Clarín“ die Militärdiktatur verharmlost hat.

SPIEGEL: Sie und Ihr Mann setzen sich für die Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur ein. Welche Erfahrungen haben Sie unter den Militärs gemacht?

Fernández de Kirchner: Mein Mann und ich wurden mehrmals festgenommen. Wir durften als Juristen nicht in den Staatsdienst, konnten aber als unabhängige Anwälte arbeiten. Wir waren in einer Art innerem Exil. Einmal wurde in meiner Kanzlei eine Bombe gelegt, die nicht explodierte, ein anderes Mal mein Büro in Brand gesteckt. Ich wurde nie gefoltert. Wir haben Glück gehabt.

SPIEGEL: Bis Mitte des 20. Jahrhunderts war Argentinien eines der reichsten Länder der Welt. Doch nun dauert der Abstieg schon Jahrzehnte.

Fernández de Kirchner: Das ist eine Folge des Militärputschs vom 24. März 1976. Die Militärs haben unsere einheimische Industrie mit ihrer neoliberalen Politik zerstört. Was uns endgültig ruiniert hat, war dann die Koppelung unseres Peso an den Dollar in den neunziger Jahren.

SPIEGEL: Dafür war Carlos Menem verantwortlich – ein Peronist wie Sie.

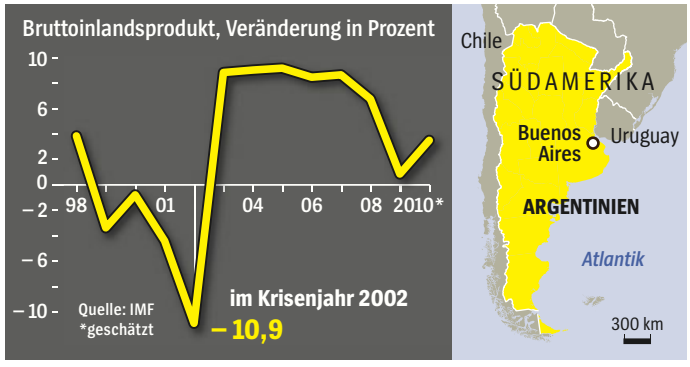
Fernández de Kirchner: Ich habe kein Peronometer, keine Messlatte dafür, wie stark jemand den Idealen des Juan Perón verpflichtet ist. Jedenfalls wurde Menem zweimal zum Präsidenten gewählt. Um die Wechselkursparität mit dem Dollar aufrechtzuerhalten, musste sich der Staat immer mehr verschulden. Und natürlich litt der Export. Wir waren nicht wettbewerbsfähig.

SPIEGEL: Die Menem-Jahre mündeten in den Wirtschaftscrash von 2001.

Fernández de Kirchner: Als mein Mann, Néstor Kirchner, 2003 die Regierung übernahm, betrug die Verschuldung 260 Prozent des BIP, mehr als die Hälfte der Bevölkerung war in die Armut abgerutscht. Eine Katastrophe. Wir haben natürlich auch heute noch viele Ungleichheiten, aber wir haben seither auf allen Gebieten große Fortschritte gemacht und Rekordreserven in der Staatskasse. Ab 2003 hatten wir sechs Jahre lang mit durchschnittlich 8,5 Prozent das größte Wirtschaftswachstum der vergangenen 200 Jahre.

SPIEGEL: Warum zahlen Sie Ihre Schulden dann nicht zurück? Argentinien gilt in der Finanzwelt immer noch als Paria.

Fernández de Kirchner: Mein Mann hat 2005 mit der Umschuldung begonnen. Wir haben strikt alle Fälligkeiten ein-



Das Interview führten die Redakteure Jens Glüsing und Helene Zuber.

gehalten, obwohl uns die Wirtschaftskrise zusetzte.

SPIEGEL: Aber mit den internationalen Gläubigern haben Sie sich immer noch nicht geeinigt.

Fernández de Kirchner: In New York habe ich mit einer bedeutenden Gruppe von Investoren gesprochen. Die bieten Geld zu vernünftigen Raten an. Wir genießen wieder mehr Vertrauen.

SPIEGEL: Was haben Sie getan, um die Krise abzufedern?

Fernández de Kirchner: Wir haben in Infrastruktur investiert, Anreize für die kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen, so dass sie kein Personal entlassen mussten.

SPIEGEL: Können europäische Pleitekandidaten wie Griechenland etwas lernen von Argentinien?

Fernández de Kirchner: Das glaube ich schon. Als Griechenland abstürzte, hatte es bei den Rating-Agenturen immer noch eine bessere Bewertung als wir hier, obwohl es schon seit langem schwere Probleme mit sich geschleppt hatte. Ratings taugen nichts, um die wahre Substanz einer Wirtschaft einzuschätzen. Hilfsmaßnahmen müssen auf die Bedürfnisse des einzelnen Landes abgestimmt werden. Die Medizin, die dem einem hilft, kann für den anderen lebensbedrohlich sein.

SPIEGEL: Argentinien boomt wegen der Agrarexporte. Warum haben Sie sich ausgerechnet mit den Bauern angelegt, die eine Stütze des Wachstums sind?

Fernández de Kirchner: Den Agrarunternehmern ist es nie so gut gegangen wie jetzt.

SPIEGEL: Ausgerechnet beim berühmtesten argentinischen Produkt, dem Steak, ist Ihr Land zurückgefallen. Jetzt führt sogar das kleine Uruguay mehr Fleisch aus …

Fernández de Kirchner: Das lag an der schrecklichen Dürre im vergangenen Jahr, da mussten Hunderttausende Rinder getötet werden. Aber jetzt sind die Weltmarktpreise so niedrig, dass das Fleisch zu Hause verspeist wird. Wir werden bestimmt nicht zu Vegetariern.

MARTIN ALIPAZ / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Südamerikanische Politiker*: *„Sehr gute Beziehungen“*

SPIEGEL: Eigentlich müssten Sie sich auch bei Hugo Chávez bedanken. Der hat geholfen, indem er für fünf Milliarden Dollar argentinische Staatsanleihen gekauft hat. Hängen Sie finanziell nun von Chávez ab?

Fernández de Kirchner: Er ist eingesprungen, als kein anderer uns helfen wollte. Aber wir hängen nicht von Chávez ab und er nicht von uns. Ich pflege sehr gute Beziehungen zu allen Regierungen, besonders in Südamerika.

SPIEGEL: Hat Chávez Sie finanziell im Wahlkampf unterstützt? Es heißt, argentinische Staatsbeamte wollten einen Koffer voller Geld aus Venezuela nach Argentinien schleusen …

Fernández de Kirchner: Nur einen Tag später kam Präsident Chávez zu uns. Warum hat er das Geld nicht in seinem Flugzeug mitgebracht, das überhaupt nicht kontrolliert wird? 800 000 Dollar, die Summe ist lächerlich – das ist politische Satire, die von interessierter Seite gesteuert wurde.

SPIEGEL: Während Argentinien und Brasilien früher gleichwertige Rivalen waren, stellt Ihr Nachbarland Sie heute in den Schatten. Sind Sie neidisch auf den Erfolg Ihres Kollegen Lula?

Fernández de Kirchner: Sie können Argentinien und Brasilien nicht vergleichen. Wir haben 40 Millionen Einwohner, dort sind es fast 200 Millionen. Wir pflegen eine solide Zusammenarbeit im Mercosur, dem gemeinsamen Markt Südamerikas. Nie waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern besser. Diesen Fortschritt kann man nur ermessen, wenn man bedenkt, dass die Provinzen, die an Brasilien grenzen, kein Verteilungsnetz für Gas haben, weil Argentiniens Regierende einen Krieg mit Brasilien befürchteten.

SPIEGEL: Nur im Fußball ist die Rivalität ungebrochen. Aber beide Mannschaften sind in der Weltmeisterschaft gescheitert. Diego Maradona ist als Nationaltrainer zurückgetreten. Wird er jetzt Ihr Sportminister?

Fernández de Kirchner: Nein, das hat er nicht nötig. Andere Ikonen sind umstritten, aber über Diego sind sich alle Argentinier einig. Er ist und bleibt die große Freude des argentinischen Volkes.

Eine Reportage über Buenos Aires, die Hauptstadt des Buchmesse-Gastlandes, finden Sie auf Seite 152.

* Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, Boliviens Staatschef Evo Morales und Venezuelas Präsident Hugo Chávez.

HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS / DER SPIEGEL

Gäste im „Nammos“-Club: *„Hier kann man einfach alles machen, was verrückt ist und Spaß macht“*

GRIECHENLAND

Die Umerziehung der Hellenen

Premier Georgios Papandreou will seinem Volk den Schlendrian austreiben und greift zu rabiaten Methoden. Er kommt voran, aber nicht schnell genug.

Griechenlands exklusivster Club ist das „Nammos“ auf Mykonos, der Drink der Saison der Mastiha, ein Likörbrand aus Trauben und dem Harz des Mastixbaumes. Konstantinos Tsakiris, 40, trinkt ihn in kräftigen Schlucken und schaut entspannt aufs Meer hinaus. „Hier ist keine Krise“, sagt der Reeder, einer der größten des Landes, und Haupteigner des Fußball-Erstligisten Panionios Athen.

Millionenschwere Motor- und Segelyachten dümpeln in der engen Bucht von Psarou. So begehrt sind die Liegestühle des Nammos, dass viele gleich für den ganzen Sommer gebucht werden, für 3000 Euro. „Hier kann man einfach alles machen, was verrückt ist und Spaß macht“, sagt Tsakiris. Er trägt eine Strubbelfrisur, einen üppigen Bauchansatz und ein großes Tattoo über dem Herzen. Neben ihm gießt ein libanesischer Baulöwe Champagner über die Köpfe seiner jungen Begleiterinnen, für 250 Euro die Flasche. Im Nammos suchen sich die Klatschreporter ihre Geschichten.

Zurzeit macht der Prominentenclub allerdings auf den politischen Seiten Schlagzeilen. Das Finanzministerium hat die Betreiber des Nammos zu einer bemerkenswerten Geldbuße verurteilt – und die Summe auch noch per Pressemitteilung unters Volk gebracht: 3 972 930 Euro.

Das ist neu und entspricht nicht ganz den europäischen Datenschutzrichtlinien. Aber genau so ist es gewollt.

Denn Griechenland ist pleite. Um den Staatsbankrott abzuwenden, hat Premier Georgios Papandreou nicht nur öffentliche Ausgaben für Renten, Beamtengehälter oder Subventionen gekürzt. Er hat Grund-, Mehrwert- und Einkommensteuern erhöht, Benzin, Tabak und Alkohol teurer gemacht und andere Luxussteuern angehoben.

Das alles aber reicht den Aufpassern von EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bislang nicht. Vorige Woche kritisierten sie ein Gesetz zur Nachforderung von Steuerrückständen: 35 Milliarden haben die Griechen in den letzten zehn Jahren hinterzogen – aber wohl nur 2 Milliarden Euro wird das Gesetz in den kommenden zwei Jahren einspielen.

Papandreou hat immerhin angefangen, die griechische Lebensart umzukrempeln, jene Mentalität, die seit Jahren wenig Gemeinsinn kennt, aber viel Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung und Korruption hervorbrachte. Er hat sich die Umerziehung seines Volkes vorgenommen.

Von Maßnahmen „nachhaltig präventiver Wirkung“ spricht Papandreous Regierung. Das Finanzministerium will einfachen Bürgern, die von Sparmaßnahmen hart getroffen sind, „auf unmissverständliche Weise klarmachen“, dass von nun an Schluss ist mit Steuerhinterziehung und Vetternwirtschaft, auch für die wohlhabenden Vettern.

Also erfahren die gemeinen Griechen nun Einzelheiten aus dem Leben ihrer Reichen und Schönen, die sie vorher nicht erfuhren – aus dem Nammos zum Beispiel eine Geschichte, die mit einem umjubelten Konzert des Popsängers Antonis Remos begann.

Wohl an die 3000 Gäste lauschten an einem lauen Sommerabend bei exklusivem Dinner seinen Liedern, es sei eine „magische Nacht“ gewesen, schrieben die Zeitungen. Noch während sich „die gesamte Promi-Szene und Unternehmerelite vor Remos verneigte“, verschafften sich Steuerfahnder durch eine Hintertür Zutritt in den Club.

Sie fanden – nichts: Nicht einen einzigen Rechnungsbeleg, „keine einzige Quittung“, wie die Finanzbeamten der Presse mitteilten. Dann nahmen sie sich die Nammos-Bücher und die Bankkonten der Besitzer genauer vor. Nun fanden sie etwas: vier Millionen Euro ohne Herkunftsbeleg.

Das Ergebnis der Razzia konnten die Clubbetreiber in den Zeitungen nachlesen: die „Mammutstrafe“ und die Gewissheit, dass sie von nun an auch mit allen ihren anderen Unternehmungen „im Fadenkreuz der Finanzbehörden“ stehen.

Das gilt auch für ihre weniger wohlhabenden Landsleute. Der Klimatechniker Angelos soll an diesem heißen Vormittag

eigentlich längst in Kato Alepochori sein, um dort die Klimaanlage in einer Privatwohnung zu reparieren. Stattdessen steht er jetzt an einer Mautstelle am Stadtrand von Athen, die Sonne brennt, in seinem Rücken glitzert der Saronische Golf.

Steuerfahnder des Finanzministeriums haben ihn gestoppt. Sie warten direkt hinter den Schranken der Zahlstelle und winken Fahrzeuge zur Kontrolle mit roter Kelle an den Straßenrand. Gleich beim Ersten werden sie fündig.

Seine Lieferscheine stimmen nicht mit der Lizenz für den Transporter überein. Angelos muss die Kennzeichen abschrauben, das Fahrzeug wird für zwei Monate stillgelegt, sein Chef muss 3000 Euro zahlen. Einspruch ist möglich, aber wohl zwecklos.

Im Dezember hat das Finanzministerium eine „Behörde zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“ gegründet, sie ist direkt dem Minister unterstellt und mit umfassenden Rechten ausgestattet. Bis Ende des Jahres sollen allein ihre Kontrollen mindestens 1,2 Milliarden Euro Steuereinnahmen zusätzlich in die Staatskassen spülen, mindestens. Die Behörde möchte sogar 5 Milliarden eintreiben.

Um 13,7 Prozent, rund 6,6 Milliarden Euro, muss die Regierung ihre Staatseinnahmen dieses Jahr steigern. Das sind die Vorgaben der Troika von EU, Europäischer Zentralbank und Währungsfonds, sonst fließen keine Rettungskredite mehr. Bislang sollen es erst drei bis vier Prozent sein, monieren die Aufpasser.

Knapp 97 Prozent der griechischen Wirtschaftsunternehmen sind Klein- und Kleinstbetriebe mit bis zu neun Mitarbeitern. Deshalb konzentrieren sich die Fahnder auf die Mini-Vans und Kastenwagen. „Man muss ein Gespür dafür haben“, sagt Kostas Arvanitis, 50. „Der Arbeitsdruck ist stark gestiegen“, erzählt er. Früher haben sie am Tag ein oder zwei Stichproben gemacht, jetzt werden jedes Mal fünf bis sieben Fahrzeuge kontrolliert.

Der Steuerbeamte ist seit 27 Jahren dabei, heute ist er Einsatzleiter. Die Schummelei auf der Straße sei gängige Praxis, sagt er: Im eigenen Wagen noch schnell ein paar Lieferungen für fremde Unternehmen oder Freunde schwarz mitgenommen – so werden Kosten gespart.

Sieben Stunden lang sind sie diesmal auf der Straße, zwei Delinquenten haben sie gestellt, 4000 Euro für den Fiskus eingetrieben und stundenlangen Schreibkram auf sich genommen. Ein Erfolg? „Es geht nicht nur um Geld“, sagt Arvanitis: „Wir sind erzieherisch tätig, uns ist es sogar recht, wenn wir keine einzige Strafe aussprechen müssen.“

Aristidis Spirtos, 43, erhielt die schlechte Nachricht am Telefon. Freunde riefen den Schönheitschirurgen an und sagten: „Du stehst in der Zeitung.“ Er war zunächst „verwundert“.

Zusammen mit 56 anderen Athener Ärzten fand sich der Chirurg in einer Liste wieder, die vom Finanzministerium veröffentlicht worden war und Steuerverstöße der Mediziner anprangert. „Nichtaktualisierung des Geschäftsbuches für Einnahmen und Ausgaben“ sowie fehlende Einträge im Patientenbuch werden Spirtos angelastet. Bußgeld bislang: 1000 Euro.

„Nur ein einfacher Steuerverstoß“, sagt Spirtos, „ich habe das zeitlich nicht geschafft, ich bin doch ganz allein.“ Der Behörde reicht diese Erklärung nicht.

HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS / DER SPIEGEL

Schönheitschirurg Spirtos: *„Total erschrocken“*

HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS / DER SPIEGEL

Reeder Tsakiris: *„Hier ist keine Krise“*

Spirtos hat in Rom Medizin studiert, in Athen seine Facharztausbildung gemacht, sich in Großbritannien weiterqualifiziert. Jetzt sitzt er in seinen neuen Behandlungsräumen in der Nähe des Olympiastadions, an der Wand hängen Urkunden aus mehreren europäischen Städten.

In seiner Praxis nimmt er „die kleineren Eingriffe“ vor, erzählt er, „Botox-Sachen“ oder Laser-Enthaarungen zum Beispiel. Seine Klienten sind Schauspieler und andere Prominente, aber auch immer mehr „normale“ Leute. Für größere Korrekturen, Busen, Bauch und Po, bestellt er sie in eine Privatklinik in der Nähe.

Als sich die Anrufe häuften, war er „total erschrocken“. Da wusste der Doktor allerdings nicht einmal, dass er noch auf einer anderen Liste steht – zusammen mit 150 Medizinerkollegen aus dem Nobelviertel Kolonaki, samt ihren Einkünften. Hundert von ihnen haben angegeben, im vorigen Jahr weniger als 35 000 Euro verdient zu haben, die meisten sogar deutlich weniger. Spirtos steht auf Platz neun mit einem Netto-Jahresverdienst von angeblich nur 3906,15 Euro, ein Zahnarzt hat seinen Betriebserlös auf 300 Euro runtergerechnet. Die Ärzte sind zwar nur mit Initialen genannt, durch ihre Fachrichtung aber leicht identifizierbar. Spirtos fühlt sich „an den Pranger gestellt“, er wirft der Regierung „Effekthascherei“ vor und spricht von „Bagatellverstößen“.

So denken sie fast alle. Auch Athanasios Alexandridis redet ungern über sein Finanzgebaren, er erklärt lieber das Gesamtphänomen: „Wir haben eine graue Wirtschaft, jeder wusste das, alle waren Teil davon, irgendwie.“

Alexandridis, 57, hat Medizin und Psychologie studiert, seit 33 Jahren arbeitet er als Psychiater, behandelt Neurosen, Depressionen, Psychosen. Er habe sich geweigert, den Steuerfahndern sein Geschäftsbuch zu zeigen, sagt die Finanzbehörde, als Jahreseinkommen hat er 12 238,63 Euro angegeben, immerhin.

Die Liste sei „wohlkalkulierte politische Propaganda“, findet Alexandridis, „die Regierung will zeigen, wir greifen auch die Reichen an“. Mit leiser Stimme beschreibt der Doppel-Doktor, wie der Durchgriff der Regierung ihn und seinesgleichen traf. „Die Aktion war wohl legal und gesetzlich einwandfrei“, sagt er emotionslos, „aber nicht alles, was legal ist, ist auch moralisch in Ordnung.“

Er sieht sich als Teil eines „sozialen Phänomens, das seit Jahrzehnten Wirklichkeit ist und zu dem wir alle beigetragen haben“.

Premier Georgios Papandreou will dagegen vorgehen, ohne Ansehen von Stand und Person. „Wir sind fest entschlossen, die Schattengesellschaft zu bekämpfen“, sagt der Regierungschef. Aber wird das reichen?

Psychiater Alexandridis will seine Lehren aus „dieser Sache“ ziehen: „Ich achte darauf, dass künftig alles in Ordnung ist“, verspricht er. Aber er sagt auch: „Wer Druck ausübt und Leute bloßstellt, hat vielleicht im ersten Schritt Erfolg, dann aber kommt die Wut“. Manfred Ertel

ZEITGESCHICHTE

Klappe halten

Die transatlantischen Beziehungen waren nie so schlecht wie in Helmut Schmidts Kanzler-Zeit. Nun teilt der damalige US-Präsident Jimmy Carter tüchtig aus.

WOLFGANG STECHE / VISUM

Rivalen Carter, Schmidt 1980: *Abrechnung mit dem Nörgler*

Sie sind inzwischen zwei ältere Herren, aber gefragt wie eh und je: Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Jahre 1974 bis 1982, analysiert Wirtschaft und Politik scharfzüngig und selbstgewiss. Jimmy Carter, US-Präsident von 1977 bis 1981, vermittelt an den Krisenherden dieser Welt, was ihm den Friedensnobelpreis einbrachte.

Aber wie das so ist mit großen Männern: Wenn sie übereinander reden, machen sie den anderen ziemlich klein. Schon beider Memoirenbände zeigten, dass sie keine Freunde waren. Nun hat Carter, 86, noch einmal kräftig nachgelegt und einen Teil seines Tagebuchs aus der Präsidentschaftszeit veröffentlicht*. Es ist auch eine Abrechnung mit Schmidt.

Der heute 91-jährige Hamburger wird darin als wankelmütiger Nörgler geschildert, der seine Kollegen mit Vorträgen zur Weltwirtschaft nervte, sich aber in die Büsche schlug, wenn die Amerikaner Hilfe suchten. Laut Carters Aufzeichnungen führte sich Schmidt wie ein „paranoides Kind“ auf; mehrfach entrüstete er sich über das Verhalten des Bonner Regierungschefs ihm gegenüber, es sei „unglaublich“. Anfang 1978 schrieb Carter: „Schmidts Stimmungen schwanken ständig zwischen Jauchzen und Niedergeschlagenheit. Mir scheint, nicht nur Frauen haben ihre Tage.“

Dabei hatte der Südstaatler den Hanseaten zunächst verehrt. Der US-Demokrat war 1973 durch Europa getourt, und Schmidt, ein weltweit geachteter Finanzminister, empfing den unbekannten Carter.

Kaum im Weißen Haus eingezogen, verlangte Carter von Bonn eine Korrektur der Wirtschafts- und in Teilen der Außen- und Energiepolitik. Kein Regierungschef hört so etwas gern, auch wenn der US-Präsident in manchen Punkten gute Argumente vorbrachte.

Bei offiziellen Treffen gab sich Schmidt freundlich; man nannte sich „Jimmy“ und „Helmut“ und lachte in die Kameras. Doch hinterher zog der Kanzler gegenüber Journalisten und anderen vom Leder: Der neue Mann in Washington habe keine Ahnung.

Bald erreichten solche Einschätzungen auch das Oval Office. Schmidt scheint „ziemlich flatterhaft“, lautet Carters Tagebucheintrag vom 7. Juli 1977, seine Haltung „uns gegenüber wechselt ständig“.

Und das war erst der Anfang. Was immer auch der Präsident in den folgenden Jahren unternahm, kritische Kommentare Schmidts waren ihm gewiss. Verärgert wandte sich Carters Sicherheitsberater an den deutschen Außenminister. Hans-Dietrich Genscher suchte zu beschwichtigen, der Kanzler sei als „Schmidt-Schnauze“ bekannt und würde auch über Kabinettskollegen lästern. Das möge ja sein, antwortete der Sicherheitsberater, aber Carter sei der Präsident der USA.

Sogar die CIA wurde aufmerksam und informierte das Weiße Haus über Anwürfe des deutschen Regierungschefs, wie Carter jetzt enthüllt. Mehrfach beriet der US-Präsident mit seiner Entourage, wie mit „Schmidts Irrationalität“ (Carter) umzugehen sei. Ein Emissär sollte den Sozialdemokraten dazu bringen, „zur Abwechslung mal die Klappe zu halten“. Aus dem Tagebuch geht nicht hervor, ob dieser Auftrag tatsächlich erteilt wurde.

Weil Schmidt in den US-Medien großes Ansehen genoss, sorgte sich das Carter-Team um die politischen Folgen des Dauerfeuers vom Rhein. Das Weiße Haus bemühte eigens einen CIA-Psychologen, um das Verhalten Schmidts zu entschlüsseln. US-Regierungsmitglieder sannen darüber nach, ob die sogenannten Stimmungsschwankungen Spätfolgen einer Schilddrüsenerkrankung des Kanzlers seien.

Dabei liegt zumindest eine Erklärung auf der Hand: Unter Carters Vorgänger Gerald Ford war Schmidt de facto zum Anführer des Westens aufgestiegen – eine Rolle, die der Mann aus Georgia für sich selbst vorsah. Das wiederum nahm der selbstbewusste Deutsche übel, wie ein langjähriger Bonner Kabinettskollege berichtet: Schmidt habe geglaubt, wenn es in der Welt gerecht zugehe, müsse er US-Präsident sein – und nicht Carter.

So schätzte der Amerikaner den deutschen Besserwisser immer weniger. „Helmut spielt sich auf, labert und labert, hält Volkswirtschaftsvorlesungen“ – Passagen wie diese finden sich häufig im Tagebuch. Zunehmend gerieten die Staatenlenker direkt aneinander. „Schmidt ist mir gegenüber ausfallend geworden“, hielt der Amerikaner am 28. Juni 1979 fest – „einem der schlimmsten Tage in meinem diplomatischen Leben“. Sie hatten auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio über Energiesparmaßnahmen in der Ölkrise gestritten.

Aus Carters Sicht reihte sich Enttäuschung an Enttäuschung. Als radikale Iraner die US-Botschaft in Teheran besetzten und mehrere Dutzend Amerikaner als Geiseln nahmen, verhängte Washington Sanktionen und erwartete von den Verbündeten Vergleichbares. Doch Bonn lehnte lange ab. Auch über den Umgang mit Moskau konnte man sich nicht einigen. Carter notierte, er sei „besorgt über Helmuts Neigung zum Appeasement gegenüber den Sowjets“.

Das war natürlich Unsinn, aber fairerweise muss erwähnt werden, dass dem Tagebuch zufolge ausgerechnet Henry Kissinger, bis heute ein Helmut-Schmidt-Freund, dem Kanzler Neutralismus vorhielt – und das Carter auch erzählte.

1980 hatte die Dauerfehde ein Ende, Carter verlor die Wahlen gegen Ronald Reagan. Zu den wenigen erfreulichen Aspekten des Machtverlusts zählte der Unterlegene, dass er künftig mit dem deutschen Kanzler nichts mehr zu tun habe. Carter notierte: „Ich bin froh, dass ich Schmidt jetzt an Reagan loswerde.“

KLAUS WIEGREFE

* Jimmy Carter: „White House Diary“. Farra, Straus and Giroux, New York; 570 Seiten; 30 Dollar.

REPORTERS / LAIF

Waffenhändler But (l.), kongolesische Rebellen 2001: *„Ich werde keines natürlichen Todes sterben“*

WAFFENHANDEL

Der sanfte Schlächter

Sie nannten ihn „Lord des Krieges“ und „Händler des Todes“ – es gab viele blutige Konflikte, bei denen Wiktor But die Hände im Spiel hatte. Seit 2008 sitzt der russische Waffenhändler in einem Thai-Gefängnis. Jetzt wird er wohl in die USA ausgeliefert. Nennt But Hintermänner?

Wer in Moskau einen Waffenhändler trifft, der rechnet auf Anhieb damit, in eine dunkle Vorstadtkneipe gebeten zu werden. Oder zum Spaziergang in einen dichtbewaldeten Park. Oder vielleicht in eine Tiefgarage. Aber in den „Starlite Diner“? In die Schnellgaststätte am Majakowski-Platz, populär bei einheimischen Jugendlichen wie ausländischen Touristen, sichtblendenlos grell, von Burger-Duft gesättigt, mit Elvis-Plakaten gepflastert?

Und doch haben Sergej But und Richard Chichakli, mutmaßlich in Geschäfte dieser Art verwickelt, ausgerechnet dieses Lokal ausgesucht. Und nicht nur, weil sie „öfter mit IHM hier waren“, wie sie flüsternd erzählen. Im Schutz der Veranda, mit dem Blick zur Tür – die Herren haben sich diese Plätze ausbedungen –, hat man einen guten Überblick. Das „Starlite“ mit seinen roten Plastiksesseln ist ein Allerweltsrestaurant, in dem keiner auffällt, ob mit Jeans oder im Anzug, jugendlich oder angegraut. Einfach zu observieren, schwer zu kontrollieren. Vielleicht hätte John le Carré diesem Ort für einen Geschäftstermin in Sachen Killer-Raketen und Kalaschnikows ja seinen Segen gegeben.

Sergej But, 49, ist russischer Staatsbürger, seine ausländischen Konten sind eingefroren, bei Reisen in den Westen droht ihm die Verhaftung. Richard Chichakli, 51, ist ein in Syrien geborener amerikanischer Staatsbürger, der aus Texas geflohen ist und mit seiner russischen Frau in Moskau lebt; auch seine Bankverbindungen sind gesperrt, er steht auf einer Uno-Liste von Embargo-Brechern.

Den beiden Herren wird eine besonders enge Verbindung zum langjährigen

„Händler des Todes“ nachgesagt. Zu IHM. Zu Wiktor But, 43, der Hunderte Millionen Dollar im internationalen Waffenschwarzhandel umgesetzt haben soll. Angeblich fand kaum eine gewaltsame Auseinandersetzung in den vergangenen Jahrzehnten statt ohne Waffenlieferungen über sein Firmengeflecht. Wiktor But hat nach Ansicht mancher westlicher Experten mehr Terror verbreitet, mehr Menschenleben auf dem Gewissen als Osama Bin Laden und stand darum auf der internen Most-wanted-Liste der US-Geheimdienste direkt hinter dem Qaida-Chef auf Nummer zwei.

Sergej, der Korpulente, Hemdsärmlige, Fluchende – Typ Bud Spencer –, ist der Bruder des Todeshändlers. Richard, der Sportliche, Distinguierte, geschliffen Argumentierende – Typ George Clooney –, ist der langjährige Geschäftspartner und beste Freund Wiktor Buts. Der „Lord of War“ selbst sitzt seit 2008 in einem Bangkoker Gefängnis. Viel spricht dafür, dass er nach langem juristischem Tauziehen an diesem Montag von Thailand an die USA ausgeliefert wird.

Das Verfahren dürfte einen einmaligen Blick in die Schattenwelt des Waffenhandels ermöglichen. Politiker und Generäle in Afrika, Asien und Lateinamerika müssen zittern. Und wohl nicht nur sie. Buts geheimnisvolle Verbindungen reichen bis in die Führungsetagen von Moskau und Washington. Sollte er auspacken, könnte es zu erheblichen Verstimmungen zwischen den beiden Mächten kommen, zu einer „neuen Eiszeit“, wie das US-Nachrichtenmagazin „Time“ schreibt.

Chichakli sieht ein Komplott gegen seinen Freund, ausgeheckt von der CIA, ausgeweitet auf ihn selbst. „Vor 15 Jahren haben wir Deals gemacht, ganz legale Frachtgeschäfte.“ Nach 2004 will Chichakli keine Geschäftsverbindungen mehr mit But unterhalten haben. Ein Uno-Bericht legt allerdings anderes nahe: finanzielle Unterstützung bei Waffendeals. US-Behörden beschlagnahmten sein texanisches Anwesen im Wert von 1,5 Millionen Dollar und seine beiden Mercedes-Coupés. Die Schmach treibt ihn bis heute um: „Ich habe mir nie etwas zuschulden kommen lassen – und es ist ausgeschlossen, dass mein sanfter Freund Wiktor, der keiner Katze etwas zuleide tun kann, Waffen in großem Stil geschmuggelt haben soll.“

Für den Flugzeugmechaniker Sergej But ist sein Bruder ein Humanist, ein Familienmensch, ein Vegetarier, interessiert an der Rettung des Regenwalds – und eben ein cleverer Geschäftsmann. Dass er zum richtigen Zeitpunkt Flugzeuge erworben oder geleast und überall zum Einsatz gebracht habe, sei eine ebenso gesetzeskonforme wie geniale Business-Idee gewesen.

Welche Güter hat Wiktor But denn transportiert? „Alles, von Wasserfiltern über gefrorene Hähnchen, von Kühlschränken bis zu Stereoanlagen.“

Und keine Waffen?

Sergej But seufzt und erklärt: „Wenn die Frachtpapiere stimmen, schaut gerade in Afrika keiner so genau hin. Der Eigentümer und der Pilot sind doch nicht dafür verantwortlich, was geladen ist. Warum klagen Sie einen Taxifahrer nicht an, wenn sein Passagier in einem Koffer möglicherweise unerfreuliche Dinge versteckt hat, warum nicht den Postboten, der unbewusst schlimme Päckchen transportiert?“

Es waren allerdings, glaubt man den Ermittlern, ziemlich viele „unerfreuliche Dinge“ und „schlimme Päckchen“. Wiktor But mag mit seinen Dutzenden Antonows, Iljuschins und Jakowlews Blumen und Lebensmittel und Elektrogeräte geliefert haben; er flog nachweislich auch mal Hilfsgüter in Katastrophenzonen und Uno-Blauhelme in Krisengebiete. Aber einen Großteil seiner Gewinne brachte ihm wohl die andere, die tödliche Fracht.

Der SPIEGEL hat neben dem Bruder und dem Geschäftspartner auch zahlreiche andere Zeugen befragt: die Ehefrau und den thailändischen Anwalt Wiktor Buts; seinen journalistischen Begleiter im Chaos afrikanischer Kriege; den professionellen But-Jäger beim amerikanischen Sicherheitsrat und den idealistischen But-Verfolger, der in einem ehemaligen belgischen Kloster auf die Spur stieß. Informationen lieferten auch Militärexperten und Geheimdienstler.

Die Saga vom Händler des Todes, von Blutdiamanten und Ladungen von Coltan und Gold spielt in den großen Städten der Welt: in Moskau und Washington, in Bangkok und Brüssel. Aber eine wichtige Rolle nehmen auch Nebenkriegsschauplätze ein: kaum bewachte Waffendepots in den ehemaligen Sowjetrepubliken; eine Urwaldpiste im Nordosten des Kongo; die amerikanische Balad Airbase im Irak; die afghanische Terroristenhochburg Kandahar; eine von Bodyguards bewachte Villa im kriegsverwüsteten Monrovia, Liberia.

Die Wiktor-But-Story ist die Geschichte eines skrupellosen Unternehmers und smarten Globalisierungsgewinnlers, der – von der Heilsarmee einmal abgesehen – so ziemlich alle Armeen der Welt beliefert zu haben scheint. Die Amerikaner ebenso wie die Taliban und deren Feinde von der Nordallianz, marxistische Guerilleros in Kolumbien wie Kindersoldaten in Sierra Leone. Eines

GETTY IMAGES

Gefangener But in Bangkok: *„Schlimme Päckchen“*

kann man But jedenfalls nicht vorwerfen: dass er jemanden wegen seiner Hautfarbe oder Weltanschauung diskriminiert hätte. Wer bezahlen konnte, wurde beliefert. Mit todbringendem Material jeder Art. Unauffällig, zuverlässig.

Es ist auch die Geschichte eines jahrelangen Wegschauens, Verdrängens. Und merkwürdiger Allianzen: Russlands Außenminister Sergej Lawrow will seinen Landsmann vor der Abschiebung bewahren, hat sich öffentlich für ihn eingesetzt und ihm einen Quasi-Persilschein ausgestellt – höchst ungewöhnlich. Das offizielle Washington schweigt sich aus. Kann es da gelingen, dem Waffenhändler Straftaten nachzuweisen? Wird er büßen müssen – und stellt womöglich andere, politisch Einflussreiche, an den Pranger?

2005 machte der Film „Lord of War“ weltweit Furore: Nicolas Cage spielt einen stark an Wiktor But erinnernden Waffenhändler. „Auf der Welt gibt es über 550 Millionen Schusswaffen. Das ist eine Waffe für jeden zwölften Menschen. Die einzige Frage ist deshalb: Wie bewaffnen wir die anderen elf?“, heißt es in der Hollywood-Produktion. But zeigte für solche Sprüche kein Verständnis: „Zynisch. Schade um Cage, er hätte ein besseres Drehbuch verdient.“

Wer ist dieser Wiktor Anatoljewitsch But wirklich?

Geboren wird er am 13. Januar 1967 in Duschanbe, der Hauptstadt der damaligen Sowjetrepublik Tadschikistan – und macht selbst aus diesem Fakt ein Geheimnis, spricht von einem turkmenischen Heimatort. Sogar Bruder Sergej kann sich das nicht erklären. Jedenfalls wachsen die beiden in einer behüteten Umgebung auf, der Vater Automechaniker, die Mutter Buchhalterin. Russische Atheisten inmitten einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung am Südrand der UdSSR.

Wiktor ist der Abenteuerliche, der Genialische, der Clevere. Kopiert verbotene Popsongs, um das Taschengeld aufzubessern. Lernt mal so nebenbei Esperanto, weil er denkt, das werde ihm später weiterhelfen. Tritt in den Komsomol ein, weil es nur innerhalb der KP Karrierechancen zu geben scheint. Und macht beim Militärgeheimdienst eine Sonderausbildung (was er bis heute bestreitet). Seine nächste Station: das militärische Fremdspracheninstitut in Moskau.

Portugiesisch wird zu seinem Lieblingsfach. Ende der achtziger Jahre schickt ihn die Armee nach Mosambik und Angola, er soll sich als Dolmetscher nützlich machen. Es ist noch die Zeit der Stellvertreterkriege zwischen Ost und West, Moskaus Repräsentanten haben bei den afrikanischen Antikolonialisten Gewicht.

But schlägt nie über die Stränge, er ist der immer Beherrschte, kühl Kalkulierende. Macht einem russischen Diplomaten dessen Frau Alla abspenstig, erobert, heiratet sie. Ihm fliegt alles zu. Vor allem seine Sprachbegabung ist legendär. Er soll damals in Afrika auch Igor Setschin näher kennengelernt haben, gleichfalls Dolmetscher und politisch später höchst erfolgreich: Einige halten Russlands derzeitigen Vize-Premier und Putin-Vertrauten für seinen Schutzpatron. Beide dementieren bis heute jede Beziehung.

G. TILLIM

Junge Rebellen in Sierra Leone: *„Buts Fingerabdrücke waren überall“*

Zurück in Moskau, wird But 1991 als Oberleutnant entlassen. Als kurz darauf die Sowjetunion zusammenbricht, stürzt für viele Militärs eine Welt ein – der clevere Mittzwanziger aber begreift das ausbrechende Chaos als Chance. Auf den Rollfeldern der Supermacht stehen ungenutzte Flugzeuge, in den Fabriken der Rüstungsindustrie stapeln sich die nicht abgenommenen Waffen. Der umtriebige But erwirbt – manche behaupten, unter Mithilfe des Militärgeheimdienstes – drei alte Antonow-Frachtmaschinen zum Spottpreis von je 40 000 Dollar. Auch an Piloten herrscht kein Mangel, viele sind in diesen Monaten des Umbruchs ohne Arbeit.

Vielleicht ist er selbst so clever, seine Flugzeuge – bald sind es vier Dutzend – in obskuren Staaten anzumelden und die Endabnehmer seiner Lieferungen kreativ zu verschleiern, vielleicht hilft ihm Moskau. Jedenfalls wählt But die Registrierung in Äquatorialguinea oder der Zentralafrikanischen Republik und profitiert von deren laxen Kontrollen.

1993 verlegt Wiktor But seine Flotte dann nach Schardscha in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sergej begleitet ihn. Dort treffen die beiden Chichakli, der wie sie ein Flugzeug-Freak ist und von sich selbst sagt: „Gebt mir ein paar Stücke Stahl, und ich bastle euch eine Airline.“ Und den ebenso wenig wie die Buts interessiert, was die Maschinen transportieren, solange sie nicht leer fliegen und der Empfänger pünktlich bezahlt.

Oft schickt der Unternehmer seine Fracht über Burgas in Bulgarien Richtung Afrika. Geheimnisvolle Routen, bedient von verwegenen Piloten in uralten, aber robusten Maschinen, die überall landen können.

Afrikas Eliten brauchen vieles. Immer aber auch: Waffen. In Nigeria wie in Angola kämpfen sogenannte Freiheitsbewegungen gegen sogenannte reguläre Armeen. Mit den mächtigen Politikern in Ost und West als interessierten Zuschauern – und häufig auch heimlichen Teilnehmern. Es geht um den Zugriff auf milliardenschwere Bodenschätze.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielt der russische Todeshändler mit seinen fliegenden Kisten nach Recherchen der US-Reporter Douglas Farah und Stephen Braun in Liberia. Dort soll But den grausamen Warlord Charles Taylor nach dessen Machtergreifung in großem Stil mit Waffen versorgt haben. Die häufig

mit Drogen vollgepumpten Kindersoldaten metzelten alles nieder, was ihnen in den Weg kam.

In Monrovia in der Nähe der Taylor-Residenz erwirbt But demnach eine eigene Villa, geht bei dem Kriegsverbrecher ein und aus. „Mister Wik“ nennen ihn respektvoll dessen Untergebene. Angeblich bezahlt der Diktator, der Rebelleneinheiten auch ins rohstoffreiche Nachbarland Sierra Leone auf Beutezüge schickt, mit eroberten Blutdiamanten. But soll zu seinem Treffen mit Taylor eigene Edelsteinexperten mitgenommen haben – Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Weil But bewusst gewesen sein muss, dass er mit Lieferungen an Liberia und Angola rechtswidrig handelte – die Uno hatte gegen beide Staaten ein Waffenembargo ausgesprochen –, gab er seinen Piloten immer auch Spraymaterial mit: Sie sollten die Kennzeichen der Flugzeuge umspritzen können, um Spuren zu verwischen.

Um die Jahrtausendwende ist Buts Imperium auf dem Höhepunkt. Der belgische Reporter Dick Draulans kann ihn damals ins kongolesische „Herz der Finsternis“ begleiten. Der Russe umwirbt Jean-Pierre Bemba, den berüchtigten Rebellenchef (und späteren Vizepräsidenten). But hat ihm Kampfhubschrauber besorgt. Aber dennoch herrscht damals dicke Luft im Hauptquartier der Guerillatruppe: Bei der Fracht fehlen die Alkoholbestände. But spürt, dass die Situation außer Kontrolle zu geraten droht. „Kein Problem“, sagt er – und schickt einen seiner Piloten nachts über die feindlichen Linien. Wenige Stunden später kommt der Mann schweißüberströmt mit einigen Kästen Bier wieder eingeflogen.

„Typisch But“, sagt Draulans. „Clever, kundenorientiert, jovial.“ Bei den gemeinsamen Reisen hat der Reporter nie etwas anderes erlebt. But rührt keinen Tropfen an, lässt sich nach seiner Heirat auf keine Frauengeschichte ein, verliert nie die Fassung: ein Businessman vom Scheitel bis zur Sohle. Drei russische Leibwächter schirmen ihn ab, „Typen wie aus einem ‚Rambo‘-Film, immer eine Machete zur Hand“.

Nur einmal erlebt der Belgier den Dealer in einer sentimentalen Stimmung. Da entwirft er eine Art Marshall-Plan für Afrika. Man müsse Investoren anlocken, die jungfräulichen Urwälder vor Rodung schützen, die Elefanten vor Wilderern. Er, Wiktor But, sei bereit zu helfen und habe schon potentielle Geldgeber von Dubai nach Zentralafrika geflogen, „in die himmlische Landschaft, in der ich mit Frau und Tochter gern leben würde“. Überzeugt hat er den Belgier nicht, dafür sind die Geschäftspartner Buts dann doch zu sehr des Teufels: Taylor und Bemba galten damals schon als schlimme Kriegsverbrecher. Sie befinden sich inzwischen

in Haft und müssen sich vor internationalen Gerichten verantworten.

2001 wird dann zum Wendejahr in Buts Karriere. Das liegt an zwei Herren, die sich unabhängig voneinander zu seiner Verfolgung aufgemacht haben. Und an einer Charter-Mission. Ausgerechnet einer humanitären Mission – als But für die Uno fliegt, wird sein Flugzeug als das identifiziert, das man Wochen zuvor beim Ausladen von Waffen gefilmt hat.

But-Jäger Johan Peleman ist ein Autodidakt, was den Waffenhandel angeht. Der Spezialist für mittelalterliche Literatur arbeitet Mitte der neunziger Jahre für eine karitative Friedensorganisation, Sitz in einem Franziskanerkloster von Antwerpen. In seiner ehemaligen Mönchsklause stößt der Idealist auf But und seine Airlines, die regelmäßig dort auftauchen, wo Krieg ist. „Ich war geschockt, dass Politik, Ideologie oder auch moralische Erwägungen nicht die geringste Rolle bei Buts Operationen spielten. Er belieferte kongolesische Rebellen und hielt gleichzeitig dem amtierenden Staatschef Mobutu mit Waffen die Treue, flog den dann schließlich sogar ins Exil aus."

Pelemans Hartnäckigkeit überzeugt schließlich auch Uno-Experten, denen er seine detaillierten Berichte über Flugbewegungen und dubiose Endabnehmer-Zertifikate zuschickt. 1999 heuert ihn die Weltorganisation als Rechercheur an. Peleman hat nun auch Zugang zu Satellitenfotos, kann Bankkonten einsehen. In seinem Angola-Bericht für den Uno-Sicherheitsrat Ende 2000 wird der Russe dann erstmals in Verbindung mit illegalem Waffenhandel genannt.

Der amerikanische But-Jäger Lee Wolosky ist das Gegenprogramm zum kettenrauchenden Außenseiter Peleman: ein Mann des Systems, ein politischer Aufsteiger. Wo der andere emotional herangeht und sich empört, arbeitet Jurist Wolosky kühl bis ans Herz, mit der messerscharfen Intelligenz des Harvard-Absolventen und Russland-Kenners. Er soll im Auftrag des Weißen Hauses Strategien gegen „transnationale Bedrohungen" ausarbeiten. Im Jahr 2000 landet die Akte But, nur einige Seiten dick und fragmentarisch, auf seinem Schreibtisch. Der Fall lässt ihn nicht mehr los. Wolosky erkennt schnell: „Das ist die klassische multinationale Bedrohung in der Ära nach dem Kalten Krieg, das ist der gefährlichste Waffenhändler der Welt – dem müssen wir das Handwerk legen."

Der Amerikaner konzentriert sich bei seinen Recherchen für die Clinton-Regierung neben Afrika vor allem auf Afghanistan. „Er belieferte die Taliban und begann so auch in dieser Weltgegend einen Tanz auf dem Rasiermesser", sagt Wolosky. „Seine Fingerabdrücke waren überall." Immerhin: Mitte 2001 kann But nicht mehr beliebig reisen, viele seiner Flieger und Firmen sind erfasst, sein Aktionsradius scheint eingeschränkt. Der US-Ermittler hofft, einen internationalen Haftbefehl gegen But erwirken zu können. Doch nur die Belgier unterstützen ihn, beschränken allerdings ihre Anklage auf „Geldwäsche"; Russland, wohin sich But zurückgezogen hat, liefert in einem solchen Fall nicht aus.

Sowjetsoldat But um 1988
Freundlich, clever, skrupellos

Ehemann But, Gattin Alla um 1993
Intaktes Privatleben, knallharte Deals

Nach den schrecklichen Terroranschlägen gegen das World Trade Center von New York verändern sich die Prioritäten. Mit der neuen Regierungsmannschaft um George W. Bush kommt der Demokrat Wolosky nicht zurecht, seine Spezialeinheit wird aufgelöst. In einem Zeitungsbeitrag beklagt sich der But-Jäger im Juli 2002 bitter über die Inaktivität Washingtons in Sachen But. Ebenso über Moskaus Behörden, die But „offiziellen Schutz" gewähren würden. Wolosky beschließt, künftig als Anwalt zu arbeiten. Lieber großes Geld als großer Frust.

Was dann passiert, hätte er sich nicht einmal in seinen schlimmsten Alpträumen vorstellen können: Die US-Regierung beginnt mit dem Todbringer gemeinsame Sache zu machen. Sie heuert ihn für den Irak-Krieg an.

Bis heute ist ungeklärt, ob für die Zusammenarbeit Schlamperei der US-Behörden verantwortlich war oder ob Washington über den Besitzer der Airline Irbis – in Kasachstan registriert – Bescheid wusste. Jedenfalls lässt sich nicht bestreiten, dass Buts Flugzeuge als Subunternehmer für das U. S. Air Mobility Command fliegen. Auch für den Militärdienstleister KBR, eine der Firmen im Besitz des Halliburton-Konglomerats, dessen Chef bis 2000 US-Vizepräsident Dick Cheney war. Sie landen in Bagdad. Und häufig sogar auf der Balad Air Base, für die jeder Pilot eine Spezialerlaubnis der US-Militärs benötigt.

Die Reporter Farah und Braun ermitteln später, dass Irbis in den Jahren 2003 und 2004 gut tausend Flüge in den Irak absolvierte: „Die amerikanischen Steuerzahler haben etwa 60 Millionen an die Wiktor-But-Organisation gespendet." In einer Zeit, in der George W. Bush sagt, man könne nur entweder für oder gegen die USA sein, schafft ein Russe den Spagat: Er ist Mister Sowohl-als-auch. Ein Gejagter und ein Geheuerter gleichzeitig.

2005 setzt das amerikanische Finanzministerium But auf die schwarze Liste. Er wird dann nur noch in Moskaus teuren Sushi-Restaurants, in Bars von Fünfsternehotels gesehen. Und regelmäßig besucht er die halbstaatliche Außenhandelsfirma Isotrex, die mit russischen Waffenfabrikanten zu tun hat. Die Partei des Ultranationalisten Wladimir Schirinowski bietet ihm einen sicheren Listenplatz im Parlament an. „Was soll ich da? Ich kann auch so alle meine Probleme lösen", antwortet But. 2008 ist es ruhig um den Mann geworden, der mit Frau und Tochter ein Luxusappartement bewohnt. But soll laut US-Nach-

richtenmagazin „Newsweek“ Waffen für die Hisbollah im Libanon mitorganisiert haben – wenn das wirklich so war, zog er die Fäden aus der Distanz. Der Vorsichtige verlässt Russland nicht mehr, bis auf zwei kurze, rätselhafte Trips nach China.

2008 ist etwa auch der Zeitpunkt, an dem die vom SPIEGEL befragten Zeugen die Vorstellung aufgegeben haben, But könne zur Rechenschaft gezogen werden. Der Journalist Draulans berichtet immer noch aus Afrika, meidet jetzt Bürgerkriege und Waffenhändler, verdrängt But. Der Ermittler Peleman sieht sich weiter seinem Idealismus verpflichtet und koordiniert im Kongo die Uno-Friedenstruppen. Der Jäger Wolosky ist bei der Anwaltskanzlei Boies, Schiller & Flexner in New York Partner geworden, zu seinen Kunden gehört das Versicherungsunternehmen AIG, dessen Broker die Weltwirtschaft fast in den Abgrund getrieben haben – Kriegsfürsten der anderen Art.

Jetzt kann nur noch einer Wiktor But überführen, ruinieren, vor den Kadi bringen: Wiktor But selbst. Durch Größenwahn oder Leichtsinn. Oder beides.

Irgendwann im November 2007 muss in den USA der Plan gereift sein, ihm eine Falle zu stellen. Eine Spezialeinheit der Drug Enforcement Agency (DEA) nimmt über einen britischen Verbindungsmann namens Andrew Smulian, den der Russe gut kennt, Kontakt auf. Smulian schlägt But ein lukratives Geschäft vor: Die kolumbianische Guerilla-Organisation Farc wolle für 20 Millionen Dollar Waffen erwerben: 700 Boden-Luft-Raketen, 5000 Gewehre vom Typ AK-47, mehrere Millionen Schuss Munition, eine unbestimmte Anzahl Landminen.

But ist misstrauisch. Versucht die angeblichen Farc-Leute per Foto zu identifizieren, die in das Geschäft involviert sind – er hat mit der Farc ein Jahrzehnt zuvor schon ein Geschäft gemacht, über dem Dschungel Südamerikas Waffen abgeworfen. Im letzten Moment sagt But dann ein Treffen in Bukarest ab – die frustrierten DEA-Fahnder, die auf dem rumänischen Flughafen gewartet haben, verfluchen die Vorsicht des Profis.

Ein letzter Versuch: Wie wär’s mit Bangkok statt Bukarest?

Da siegt offensichtlich die Gier über Instinkte. In Thailand, glaubt er, könne ihm nichts passieren. Und so entschließt sich Wiktor But, am 5. März 2008 einen fernöstlichen „Urlaub“ anzutreten. Nach einem Nachtflug checkt er im Fünfsternehotel Sofitel Silom im Bangkoker Geschäftsviertel in der bestellten Suite des 14. Stockwerks ein. Noch bevor But das „Bitte nicht stören“-Schild anbringt, bucht er den Sofitel-Konferenzraum für 15 Uhr. Alles okay. Er legt sich aufs Ohr.

Zwei Stunden lang verhandelt But dann mit den vermeintlichen Farc-Vertretern. Diskutiert das Waffenprogramm und erklärt sich bereit, alles Gewünschte zu liefern. Als seine Gesprächspartner ihm erläutern, die Raketen müssten auch zum Abschuss amerikanischer Flugzeuge taugen, ermutigt er sie in ihren Aktionen. Er sei immer dafür, Amerikaner ins Fadenkreuz zu nehmen. Da geben die Männer sich zu erkennen. But lässt sich widerstandslos abführen.

Sie bringen ihn anfangs in ein berüchtigtes Gefängnis für schwere Fälle. Sie führen ihn den Fotografen vor: orangefarbene Anstaltskleidung, Fuß- und Handfesseln, Gitterstäbe. Zuerst wird But in Gemeinschaftszellen mit Attentätern, Frauenmördern, Kinderschändern geworfen. Unter den Mitgefangenen dürfte auch der ein oder andere Provokateur gewesen sein, der But zum Plaudern bringen sollte. Aber der schweigt eisern. Später wird der Häftling umquartiert – er bekommt nun eine Einzelzelle. „Zweimal zwei Meter ist mein Karzer“, erzählt er seiner Frau, die ihn nur durch eine Glaswand sehen und sprechen darf. Miserables Essen, Hitze, Kakerlaken: brutale Haftbedingungen.

Er hat sein Übergewicht verloren. Er nutzt die täglichen 40 Minuten Ausgang auf dem Gefängnishof, er lernt bei den Treffen mit den anderen Gefangenen neue Sprachen – „Urdu, Farsi, Türkisch, bitte bringt mir Wörterbücher mit“, bittet er seine Frau. Einer seiner Lieblingsautoren ist der Brasilianer Paulo Coelho („Handbuch des Kriegers des Lichts“): Der Amoralische begeistert sich für den esoterischen Schmuse-Autor, der Toleranz und ziviles Engagement predigt.

Über zwei Jahre lang sitzt But nun schon in Untersuchungshaft. Seine Frau ist in dieser Zeit nach Bangkok gezogen. Alla ist so gar nicht der Typ Vorzeigefrau, wie er an der Seite russischer Bisnesmeni häufiger auftaucht. Die zierliche Rothaarige, die in Russland ein Modegeschäft geführt hat, kämpft wie eine Löwin für ihren Mann, übernachtet öfter im Taxi vor den Gefängnistoren – sie will verhindern, dass die Amerikaner ihn heimlich holen. „Sie haben ihn zum Monster gemacht.“

Lak Nitiwatanavichan, der thailändische Anwalt Buts, sagt: „Sie haben nichts gegen meinen Mandanten in der Hand. Unter falschem Vorwand gemachte Tonbandaufzeichnungen sind nicht beweis-

kräftig, reine Absichtserklärungen kaum strafbar.“ Der 74-Jährige mit dem schütteren, schlohweißen Haar und den Plastiksandalen ist empört.

Ähnlich wie er denken auch höchste russische Stellen über die Causa But. Außenminister Lawrow spricht von einem „politisch motivierten“ Fall und sagt zu, alles zu tun, um den Staatsbürger heimzuholen. Die Duma hat eine Unterstützungserklärung verabschiedet. Und Moskaus regierungsnahe Presse macht But zum Märtyrer, den es aus den Klauen der CIA zu befreien gelte.

Dass in Bangkok tatsächlich höchst merkwürdige Dinge geschehen sind, lässt sich nicht leugnen. An einem Sonntag im April besuchte Sirichoke Sopha, ein Parlamentsabgeordneter und enger Berater des thailändischen Premiers Abhisit, den Gefangenen.

Angeblich hat der Thailänder dem Russen einen Deal angeboten. Er solle etwas über das von den Bangkoker Behörden im Dezember 2009 mit 35 Tonnen Waffen an Bord beschlagnahmte Flugzeug aussagen, das von Nordkorea Richtung Iran unterwegs war und von einem mit But bekannten Piloten geflogen wurde. Glaubt man der thailändischen Opposition, ging es auch um eine mögliche Auslieferung des früheren Premiers Thaksin, dem Amtsmissbrauch und Anstiftung zum Terror vorgeworfen werden: But sollte belastendes Material liefern und der Kreml dann den Politiker, der sich derzeit öfter in Montenegro und in Moskau aufhält, nach Bangkok überstellen. Dann, und nur dann, dürfe But im Gegenzug in die Heimat.

Die amerikanische Anklageschrift – „08 CRIM. 365, Southern District of New York gegen Wiktor But alias Wiktor Bulakin alias Wadim Markowitsch Aminow“ – stützt sich ausschließlich auf die Vorgänge in Bangkok. Hauptanklagepunkte sind eine „Verschwörung mit dem Ziel, amerikanische Staatsbürger umzubringen“ und die „Unterstützung einer ausländischen Terrororganisation“. Nach Ansicht von Kennern des US-Justizsystems könnte der Beschuldigte dafür 20 bis 30 Jahre hinter Gitter wandern – wenn er nicht durch Kooperation mildernde Umstände erwirbt.

Haben sich die amerikanischen Ankläger auf den Fall Farc beschränkt, weil nur dieser zu beweisen ist? Will Washington mögliche russische Hintermänner – vorübergehend – schonen? Oder verhindern US-Geheimdienste und Pentagon eine Ausweitung der Vorwürfe, um ihre peinliche Kooperation mit dem Händler des Todes vergessen zu machen?

But scheint sich jedenfalls nach Moskau zurückzusehnen, „nur da fühle ich mich sicher“, sagt er zu seiner Frau. Ein Indiz, das für beste Beziehungen zu hochrangigen Stellen spricht.

Denn Waffenhändler und Rechercheure in deren Umfeld leben in dieser Weltregion höchst gefährlich: Der Journalist Iwan Safronow, der über schmutzige Deals schrieb, stürzte 2007 aus einem Moskauer Fenster; es sollte wie ein Suizid aussehen, aber viele Hinweise sprechen für einen Auftragsmord. Der russische Kriegshändler Oleg Orlow wurde nach seiner Festnahme in Kiew im Gefängnis ermordet – die Tat hat angeblich ein Mithäftling begangen.

Ein letztes Treffen mit Sergej But. Diesmal nicht im „Starlite“, sondern in einer Kneipe namens „Mönche und Nonnen“ in der Moskauer Innenstadt.

Es ist der Tag, an dem die Medien über bemerkenswerte legale Waffendeals schreiben: Washington hat das größte Geschäft aller Zeiten mit Saudi-Arabien abgeschlossen. Nach Berechnungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung haben die 100 größten Waffenkonzerne der Welt 2008 weltweit Kriegsmaterial im Wert von 385 Milliarden Dollar verkauft, eine Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr von elf Prozent; auf Platz drei hinter den USA und Russland hat sich Deutschland etabliert. Die Entwicklungshilfe der OECD lag im vergleichbaren Zeitraum bei 122 Milliarden.

Sergej denkt nach, ganz abstrakt natürlich: Wenn man den Job nicht selbst macht, gibt es nicht Dutzende andere, die nachrücken würden? Und handeln denn die Staatschefs anders, wenn sie einander gegenseitig Mordwerkzeuge zuschanzen?

„Ich weiß nicht, warum die Amerikaner gerade Wiktor so besessen verfolgen.“ Wer immer denke, der Bruder werde seine Heimat verraten, der täusche sich. Der halte vieles aus und bleibe Optimist.

Aber da ist auch der neue Brief Wiktor Buts aus dem Gefängnis von Bangkok, Aussagen, die am Vorabend seiner wahrscheinlichen Ausweisung eher pessimistisch klingen. „Die Amerikaner haben Mittel, jeden zum Reden zu bringen. Vielleicht foltern sie mich mit chemischen Substanzen, vielleicht stecken sie mich in ein Lager à la Guantanamo. Einen fairen Prozess in den USA wird es für mich jedenfalls nicht geben.“ Der Schluss klingt wie ein Vermächtnis: „Wenn ich im Gefängnis sterben sollte: Ein natürlicher Tod wird es nicht sein.“

Benjamin Bidder, Erich Follath, Matthias Schepp, Thilo Thielke

Gartenbau für Fortgeschrittene

Global Village: Wie eine Cannabis-Universität in Kalifornien aus Kiffern Bürger machen und den internationalen Drogenkrieg beenden will

Das erste und einzige Buch, das Big Mike freiwillig las, ist das Marihuana-Handbuch von Mel Frank und Ed Rosenthal. Er war 17 Jahre alt, als es erschien, und bis zu dem Tag, an dem er es in den Händen hielt, hatte er vergebens versucht, in der Garage seines Onkels Marihuana anzubauen.

„Hol mir noch mal das Buch“, befiehlt er heute seinem Praktikanten. Der läuft sofort los.

Big Mike heißt eigentlich Mike Parker, er ist ein Riese mit Schaufelhänden, Hippie-Haaren und Rauschebart, einem Totenkopfring und Tattoos. Er erfüllt jedes Klischee des leicht verwahrlosten, aus den Sechzigern übrig gebliebenen Kiffers. Bis vor kurzem hat er bei einem Abschleppdienst für verunglückte Schwerlaster gearbeitet. Seit Januar ist er Vollzeitdozent für Marihuana-Anbau an der Oaksterdam University, zuständig für den wichtigsten und bestbelegten Kurs des Oaksterdam-Curriculums: „Gartenbau für Fortgeschrittene“.

Was Big Mike weiß, weiß er aus diesem Buch: alles über die Marihuana-Pflanzen, die besten Düngersorten, die „Mykos“ oder „Peace of the mind“ heißen, alles über die Lichtempfindlichkeit und den Wasserbedarf der Hanfgewächse. Von seinem Exemplar des Buchs ist heute nur noch ein Stapel Papier übrig, den ein Gummiband mühsam zusammenhält, aber diesen Rest pflegt Big Mike wie eine Bibel.

Das Buch, behauptet er, hat ihn zu einem besseren Menschen gemacht. „Bevor ich es kannte“, sagt er und bekreuzigt sich, „habe ich mindestens 25 Marihuana-Pflanzen ermordet.“ Big Mike ist auf einer Mission, und mit ihm seine ganze Universität mit Hauptsitz in Oakland, Kalifornien.

Vor drei Jahren wurde Oaksterdam gegründet, von Richard Lee, seitdem Universitätspräsident. Lee nahm als Patient einst Cannabis als Medizin und erholte sich rasch. Heute bildet seine Universität den Nachwuchs für die Pharmabranche aus. Der Name ist eine Kreuzung aus Oakland, dem Stammsitz, und Amsterdam, der Welthauptstadt der Coffeeshops. Erst gab es nur den Campus in Oakland, dann einen zweiten in Los Angeles, einen dritten in Michigan und schließlich einen vierten im kalifornischen Sebastopol. 22 Dozenten beschäftigt Oaksterdam inzwischen, mehr als 11 000 Studenten haben in den letzten drei Jahren Kurse absolviert.

Das Institut sieht sich als Vorreiter einer neuen Welt, einer Gandhi-Welt ohne Waffen, ohne Gewalt. Und deshalb geht es der Universität auch nicht nur darum, ihren Studenten den Anbau und die Vermarktung von Marihuana beizubringen. Sie will sie ausbilden zu guten Staatsbürgern, zu Steuerzahlern, Unternehmern, guten Nachbarn, die mit dem Marihuana nicht weiter auffallen, eine neue Generation von Mustermenschen.

GABRIELA HASBUN / DER SPIEGEL

Dozent Parker: *„25 Marihuana-Pflanzen ermordet“*

Im November, wenn in ganz Amerika neue Abgeordnete, Senatoren und Gouverneure gewählt werden, steht in Kalifornien auch ein Gesetz namens „Proposition 19“ zur Abstimmung, das Marihuana in Kalifornien legalisieren und die Erhebung von Steuern ermöglichen würde. Universitätschef Richard Lee ist Gründer und Sponsor der Initiative, und Oaksterdam hilft mit, dass dieser Volksentscheid ein Erfolg wird. Der Anbau von Marihuana ist heute in Kalifornien nur begrenzt erlaubt, nach ärztlicher Verschreibung, zu medizinischen Zwecken. Jetzt, so wollen es Lee, Big Mike und die anderen Dozenten, soll er so normal werden wie das Tomatenziehen.

Es ist auch eine Kampfansage an die Gangster in der Welt oder, wie Lee es sagt, der Versuch, die Mafia aufs Kreuz zu legen. „Heute sterben jeden Tag mehr als 20 Menschen im mexikanischen Drogenkrieg“, klagt er. „Der Volksentscheid kann das beenden.“ Das sehen, jenseits der Grenze, auch Leute so, die viel von der Materie verstehen. Die Legalisierung von Marihuana, sagt Mexikos Ex-Präsident Vicente Fox, werde „die wirtschaftlichen Strukturen der Drogenmafia zerbrechen“.

Robert Raich, ein weißhaariger Jurist, der es mit Marihuana-Klagen schon zweimal vor den Obersten Gerichtshof geschafft hat, ist Dozent für „Cannabusiness“. Er steht vor 30 Studenten, Männern, Frauen, Müttern mit Töchtern, und hält eine Grundlagenvorlesung über das Einmaleins der Marihuana-Vermarktung.

Er klickt durch die einzelnen Punkte, es sind Merksätze, wonach es nicht nur darum gehe, schnell Marihuana anzupflanzen, schon gar nicht darum, schnell reich zu werden, sondern um eine neue Lebenseinstellung, einen friedvollen Umgang mit der Gesellschaft. „Ihr habt die Chance“, sagt Raich. „Auf der einen Seite steht Al Capone, auf der anderen Seite Mutter Teresa. Wem wollt ihr folgen?“

Er hat viele Vorschläge, wie man ein guter Mensch werden könne: einen Drink ausgeben zum Beispiel, wenn ein Restaurant in der Nähe ist, nie in zweiter Reihe parken, um die Nachbarn nicht unnötig zu verärgern.

Aber allererste Bürgerpflicht, sagt er, sei es, Steuern zu zahlen, Solidarität mit den anderen zu zeigen. „Ihr müsst euch an die Regeln halten“, warnt Raich, „sonst kriegt ihr Ärger.“ Einen Moment lang herrscht betretene Stille im Saal, Raich merkt es und sagt: „Wir sollten uns darüber freuen, dass sie inzwischen sogar Steuern von uns wollen, das zeigt, wie weit wir gekommen sind.“

MARC HUJER

ZENTRALASIEN (2)
Das rohstoffreiche Kasachstan ist der einzige stabile Staat im postsowjetischen Orient – dank eines allgegenwärtigen Präsidenten, der seine Gegner mundtot gemacht oder ausgeschaltet hat. Jetzt will der Alleinherrscher das Nomadenland in ein zweites Singapur verwandeln. Doch die Kasachen treibt die Angst vor den Chinesen um, die begehrlich auf ihre Reichtümer schauen.
In einer Serie beschreibt der SPIEGEL die Konflikte im unruhigen Zentralasien.

Die Marke Nasarbajew

Kasachstan und der Schneeleopard / *Von Erich Follath und Christian Neef*

Es ist eine dieser sanften, wolkenlosen Nächte in Astana, in denen der Himmel über der angrenzenden Steppe nicht richtig dunkel werden will.

Hinter dem mächtigen Triumphbogen des Öl- und Gasministeriums, im „Park der Liebenden“, ist eine Bühne aufgebaut. Kasachstans beste Künstler spielen Szenen aus der Geschichte des Nomadenlandes nach, der italienische Tenor Andrea Boccelli singt, auf der Ehrentribüne klatschen begeistert die Gäste. Russlands Präsident Dmitrij Medwedew ist gekommen, sein türkischer Kollege Abdullah Gül, der Kronprinz von Abu Dhabi, Mohammed Bin Sajid Al Nahajan, und Jordaniens König Abdullah. Dazu die Staatschefs der Ukraine, Weißrusslands, Armeniens, Kirgisiens und Tadschikistans.

Mittendrin sitzt – rundes Gesicht mit hoher Stirn, den Scheitel sorgfältig gelegt, aber kaum eine Miene verziehend – ein Mann mit dem Outfit eines Sparkassenchefs. Es ist der Präsident: Nursultan Äbischuli Nasarbajew. Er hat in wenigen Stunden Geburtstag, es wird sein 70. sein.

Der älteste Sohn eines Hirten aus tiefster kasachischer Provinz hat es weit gebracht. Er war Metallarbeiter, später Generalsekretär der kasachischen Kommunisten, Staatschef Michail Gorbatschow wollte ihn kurz vor dem überraschenden Ende der Sowjetunion noch zu seinem Vizepräsidenten ernennen. Seit 20 Jahren ist er Staatschef von Kasachstan.

Es ist die Nacht zum 6. Juli. „Khan Shatyr“ wird eingeweiht, das größte Zelt der Welt, entworfen vom britischen Stararchitekten Lord Norman Foster.

Fosters Werk ist ein Bau der Superlative: ein 102 Meter hoher und doch filigran wirkender Kegel mit fast durchsichtiger Kunststoffhaut, der eine ellipsenförmige Fläche von etwa 14 Fußballfeldern bedeckt. In ihm steckt, auf mehreren Etagen, ein Vergnügungszentrum, wie es noch kein Kasache gesehen hat: Es gibt karibische Palmen, Swimmingpools mit Sand aus Malaysia, Gärten und Wasserparks, Kinos ebenso wie Wellness-Tempel, eine Kinderwelt samt Karussells, Cafés, Boutiquen und einen Supermarkt.

Welch ein Geburtstagsgeschenk!

Dabei hatte Nursultan Nasarbajew seine Untertanen gewarnt. „Zu meinem Jubiläum gibt es keine Feierlichkeiten“, hatte er im März die Akime, die Verwaltungschefs seines Landes, angewiesen: „Das ist ein Befehl; wenn irgendjemand von Ihnen doch etwas unternimmt, entlasse ich ihn.“ Aber die schlauen Beamten im Reich des Kasachen Nursultan Nasarbajew hatten längst den alljährlichen Feiertag der Hauptstadt Astana auf den 6. Juli gelegt. Und so präsentierten sie ihrem Herrscher auf diesem Weg doch ein Geschenk: das Khan Shatyr.

Nasarbajew hatte sich den 6. Juli natürlich genau so gewünscht – um der Welt einmal mehr vom aufblühenden Kasachstan zu künden und davon, wer dessen Schöpfer sei. „Astana ist zum grandiosesten Megaprojekt des gesamten postsowjetischen Raumes geworden“, sagt er an diesem festlichen Abend. Und erinnert daran, dass er es war, der 1997 den Umzug der kasachischen Hauptstadt aus dem südlichen Almaty in die zugige Steppe nach Astana befahl. „Meine Entscheidung traf damals auf Unverständnis und Ablehnung, jetzt aber herrscht Begeisterung“, sagt der Präsident: „Fortschrittliche Ideen haben es immer schwer.“

Nun rundet sich sein Werk, das Khan Shatyr soll letzte Kritiker des Umzugs zum Schweigen bringen. Denn Astana ist nach Ulan Bator die zweitkälteste Hauptstadt der Welt. Selbst wenn das Thermometer im Winter unter minus 40 Grad fallen wird, können sich in Fosters Zelt 20 000 Menschen unter Palmen tummeln. Khan Shatyr ist der Gegenentwurf zu den Eisbahnen von Dubai.

Es gibt keinen Staatschef im ehemaligen Sowjetreich, der sich zu Lebzeiten ein Denkmal wie dieses Astana geschaffen hat. Zehn Milliarden Dollar hat der kasachische Herrscher bereits in der Steppe verbaut, um ein bäuerliches Provinznest zum Schaufenster des Landes zu machen – mit einem blendend weißen Präsidentenpalast, gläsernen Wolkenkratzern für die Ministerien, der „Nur-Astana“-Moschee für 5000 Gläubige, einem nagelneuen Diplomatenviertel, endlosen Shopping-Malls und Apartmenthäusern, in denen der Quadratmeter 4000 Dollar kostet.

Er hat es damit Leuten wie dem Komiker Sacha Baron Cohen gezeigt, der Kasachstan vor vier Jahren mit dem amerikanischen Kinohit „Borat“ in böse Schlagzeilen brachte – als hinterwäldlerischen Staat, in dem Prostitution, Waffenschieberei und die Diskriminierung von Randgruppen blühten. Frauen würden in Pferdekäfigen gehalten, und das Nationalgetränk sei fermentierter Pferde-Urin, hatte Cohens Held, ein kasachischer Fernsehreporter, im Film gesagt und stolz die Vorzüge seines Heimatdorfes präsentiert: Man sah schlammige Straßen, Autowracks, die von Pferden gezogen werden, und Kinder, die im Kindergarten mit Mini-Schnellfeuergewehren hantieren.

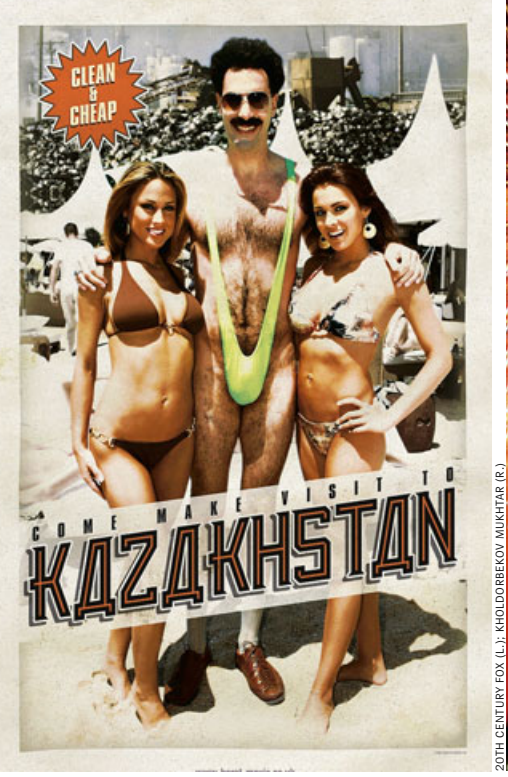
Es war eine Parodie auf die Vorurteile, die der Westen gegenüber Ostblockstaaten noch immer pflegt, aber Kasachstans Präsident hatte das nicht bemerkt, er war so sehr beleidigt, dass er den Film bei sich zu Hause sofort verbot. Denn seine Republik ist die erfolgreichste im ehemaligen asiatischen Hinterhof der Sowjet-

GETTY IMAGES

Präsident Nasarbajew bei einem Treffen mit Kadetten in Semipalatinsk: *In die Riege der 50 stärksten Länder vorstoßen*

KHOLDORBEKOV MUKHTAR

Zentraler Nurschol-Boulevard in Astana: *„Meine Entscheidung über den Umzug traf auf Ablehnung“*



20TH CENTURY FOX (L.); KHOLDORBEKOV MUKHTAR (R.)

„Borat"-Filmplakat, Einweihung des Khan Shatyr in Astana: *„Grandioses Megaprojekt"*

union. Nasarbajew, der sie unbeschädigt durch alle postsowjetischen Wirren steuerte, hat Großes mit ihr vor.

Kasachstan ist das neuntgrößte Land der Erde und das größte Binnenland der Welt. Fast 7000 Kilometer lang ist die Grenze zu Russland, im Osten reicht Kasachstan an China heran, im Süden grenzt es an Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan, im Westen ans Kaspische Meer. Kasachstan ist Asien und Europa zugleich, weshalb es im Europäischen Fußballverband Uefa mitspielen darf und derzeit den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) innehat. Es besitzt bis zu 7000 Meter hohe Berge und die größte Trockensteppe der Welt, riesige Öl- und Gasfelder, dazu Gold, Mangan, Kohle, und es ist der größte Uranproduzent der Welt.

Nasarbajews Reich hat nur einen Mangel: In seinen Weiten leben lediglich 16 Millionen Einwohner – statistisch gesehen nicht mal 6 Menschen auf einem Quadratkilometer. In Deutschland sind es 230.

Das werde, meint der Präsident, Kasachstan nicht daran hindern, in die Riege der 50 stärksten Länder der Welt vorzustoßen, zu Tigerstaaten wie Singapur oder Malaysia. Singapur sei vor 50 Jahren „eines der ärmsten Länder der Welt" gewesen, jetzt habe sich dessen Pro-Kopf-Einkommen um das 85fache erhöht, hat Nasarbajew seinem Volk erklärt. Ein Tigerstaat könne Kasachstan nicht sein, es habe keine Tiger, Schneeleoparden aber schon, sagte der Präsident und versprach: „Kasachstan wird bis zum Jahr 2030 der zentralasiatische Schneeleopard werden."

Das Land sei „auf dem Weg zur Führerschaft" in der Region, verkünden Plakate allerorts in Astana. Sie erinnern die Einwohner daran, dass dank der reichen Rohstoffvorkommen das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in anderthalb Jahrzehnten von 700 auf 8000 Dollar wuchs.

Es ist aber mehr noch ein Seitenhieb auf die ungeliebten Nachbarstaaten Kasachstans, deren Bevölkerung weder genügend Strom noch genügend zu essen hat und die wegen innerer Machtkämpfe, ethnischer Auseinandersetzungen oder demokratischer Experimente auf dem Weg in die Unabhängigkeit gescheitert sind, wie Nasarbajew meint.

Sie hätten es nicht geschafft, einen funktionierenden Staat aufzubauen, weil sie schwache Führungen hätten, hat er nach den Unruhen im benachbarten Kirgisien gesagt. Damit Kasachstan das nicht passiere, brauche es „einen mächtigen Präsidenten". Einen Mann wie ihn.

Nasarbajew hat sich in den vergangenen zehn Jahren zum Alleinherrscher entwickelt", sagt Amirschan Kossanow: „Er ernennt den Premierminister, die Verwaltungschefs aller Gebiete, die Richter bis runter zum Kreis, die Wahlkommission – und führt zudem die Staatspartei ‚Nur Otan' (Licht des Vaterlands), die als einzige im Parlament vertreten ist. Unabhängige Zeitungen werden verfolgt, Konkurrenten, die ihm gefährlich werden konnten, hat er aus dem Land gejagt." Die Korruption sei horrend, die Kluft zwischen Arm und Reich unerträglich geworden.

Kossanow, einst Nasarbajews Vizeminister für Jugend und Sport, ist heute Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei Asat. Sie hat ihren Sitz in der früheren Hauptstadt Almaty, weil Astana kein Pflaster mehr für Oppositionelle ist. Der Präsident verfolge Andersdenkende, er ziehe die Schrauben an, sagt Kossanow. Nirgendwo ist es leichter, Prominenz aus den liberalen Gründerjahren Kasachstans zu treffen als in der Villa von Asat. Ein ehemaliger Parlamentschef stellt sich vor, ein früherer Vizepremier, gleich mehrere ehemalige Gebietschefs sind da, ein einstiger Generalstaatsanwalt und sogar Kasachstans erster Kosmonaut. Alles Leute, deren sich der Präsident inzwischen entledigt hat und deren Bedeutung heute gegen null tendiert. Weswegen der Staat ihnen eine gewisse Narrenfreiheit einräumt.

Kossanow aber, mit flotter Zunge redend und dabei zufrieden seinen Schnauzer streichend, sieht „250 000" Anhänger hinter sich. „Nasarbajews Zeit ist abgelaufen", sagt er, „sein Regime ist schwach. Warum sonst hätte er akzeptiert, dass ihn sein Parlament jetzt zum ‚Führer der Nation' ausgerufen hat, der bis zum Lebensende uneingeschränkt als Präsident wiedergewählt werden darf und der bis zum Tod vor Strafverfolgung geschützt ist?"

„Nasarbajew ist kein Diktator", hält der Politologe Marat Schibutow dagegen, „er hat nur eine ideologische Lücke geschlossen, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus entstanden ist" – besser als seine Amtskollegen in Kirgisien oder Tadschikistan. Er sei die einzige Klammer für dieses Land – und der Garant bescheidenen Wohlstands für einen kleinen Teil der Gesellschaft. „Der Kasache akzeptiert jede Ideologie, solange Geld in seiner Tasche ist."

Deswegen beschränkt sich das Volk darauf, über den Personenkult um den Präsidenten zu Hause, in den Wohnküchen, zu diskutieren. Denn an Nasarbajew kommt niemand vorbei. Seine Porträts schmücken Städte und Fernstraßen, im Fernsehen ist er allabendlich zu sehen. Er trifft sich mit jungen Geigerinnen im neuen Kunstpalast von Astana, er weiht die jüngste Universität der Hauptstadt ein, um ihr den Namen „Nasarbajew" zu verleihen, er besucht Walzwerke und Kohlenminen – und immer sind die Kameras dabei.

Kein Thema ist zu klein für einen internationalen Kongress in Astana, auf dem dann Nasarbajews Rolle als Politiker von Weltmaßstab gewürdigt wird. Auf dem „Wirtschaftsforum Astana", einer Kopie des Weltwirtschaftsgipfels von Davos, fordert der Präsident vor „namhaften ausländischen Gästen" eine neue Weltwährung, auf dem „Internationalen Rohstoffkongress" neue Regeln für die Ölförderung. Er hat es sogar geschafft, dass im Dezember erstmals seit elf Jahren wieder ein OSZE-Gipfel stattfinden wird – in Astana. „Der Name Nursultan Nasarbajew ist zu einem Markennamen in der Welt geworden", schrieb die „Kasachstanskaja prawda", das Zentralblatt Kasachstans.

Sie berichtet, mit ganzseitigem Titelfoto, dass in Ankara ein Denkmal Nasarbajews errichtet worden ist – als Anerkennung für seine Rolle in der turksprachigen Welt – und dass eine „3,5 Kilometer lange"

EASTWAY / ROPI

Nasarbajew-Tochter Dariga im Bolschoi-Theater in Moskau: *Ehe in Abwesenheit geschieden*

Straße im jordanischen Amman nunmehr „Nursultan Nasarbajew Street“ heißt. „Ihre historischen Taten werden jahrhundertelang im Gedächtnis des Volkes bleiben“, schrieb die Leserin Gulmira Utegenowa aus der Stadt Turkestan.

Selbstverständlich gibt es in Astana ein „Museum des ersten Präsidenten Kasachstans“. Es zeigt Spinnrad, Suppenschalen und Holzlöffel aus Nasarbajews ärmlichem Elternhaus, seine erste Schreibmaschine (Marke „Erika“, DDR), sein erstes Empfangszimmer mit sechs Telefonen und allein zwei Räume, in denen jene Talare vorgeführt werden, die der Staatschef als Ehrendoktor im Ausland bekam.

Nasarbajew pendelt zwischen Bescheidenheit und Größenwahn, aber viele Kasachen finden das sympathisch, es gibt ihnen das Gefühl, dass das früher verlachte Nomadenland seinen Platz in der neuen Welt finden wird. „Der Präsident hat sich wenig Feinde gemacht“, räumt sogar Opponent Kossanow ein. Aber es gebe Gefahren für den Nasarbajew-Staat.

Die erste ist Nasarbajews eigene Familie, die andere ein mächtiges Nachbarland: China.

Die zivilisierte Welt wird sich von Ihnen abwenden, Herr Präsident“, schrie Kasachstans Botschafter in Österreich ins Telefon, dann brach die Verbindung nach Astana ab. Es war der 23. Mai 2007, und am Hörer in Wien war das schwarze Schaf der Nasarbajew-Familie: Schwiegersohn Rachat Alijew.

Alijew, früher Vizeaußenminister, Vizegeheimdienstchef und Mitbesitzer der damals siebtgrößten Bank Kasachstans, war beim Präsidenten in Ungnade gefallen. Der Schwiegerpapa hatte ihm angelastet, in zwei Entführungen verwickelt zu sein, und ihn nach Europa abgeschoben. Dort gab Alijew im Mai 2007 bekannt, bei der Präsidentenwahl 2012 gegen Nasarbajew antreten zu wollen.

Es war ein unglaublicher Affront, und nun, am Telefon, hatte Alijew den Herrscher von Astana auch noch dafür kritisiert, dass der gerade eine neue Verfassung durchgesetzt habe – mit dem Recht, ewig an der Staatsspitze zu bleiben. „An diesem Tag wurde die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung unseres Landes endgültig begraben“, sagt Alijew.

18 Tage nach jenem Telefongespräch kam aus Kasachstan die Faxkopie eines Gerichtsentscheids, in dem stand, dass seine Ehe mit der Nasarbajew-Tochter Dariga geschieden sei. Alijew lebt heute im Exil, aus Angst vor einer Entführung durch den kasachischen Geheimdienst im Untergrund. Von dort aus führt er eine Propagandaschlacht gegen den „finsteren Despoten“ Nursultan Nasarbajew.

In seinem Buch „The Godfather-in-law“ behauptet er, dass sein Ex-Schwiegervater ein Doppelleben führe und neben seinen drei Töchtern weitere Kinder mit einer jungen Flugbegleiterin sowie einem Model habe; dass er Besitzer von 5000 sündhaft teuren Uhren sei, den Umzug in die Retortenstadt Astana mit „Abermilliarden von gestohlenen Volksgeldern“ finanziert und für Ölkonzessionen gewaltige Bestechungsgelder eingesteckt habe. Vor allem von Amerikanern.

Es mag der Rachefeldzug eines Zukurzgekommenen sein, aber die Nasarbajew-Familie erfreut sich daheim tatsächlich keines guten Rufs.

Alijews Ex-Frau Dariga, Nasarbajews älteste Tochter, ist promovierte Politologin, Aktionärin einer großen Bank und war lange Jahre Herrscherin über die wichtigsten landesweiten Medien; ihre Anteile am großen Fernsehsender Chabar soll sie inzwischen verkauft und das Kapital ins Ausland geschafft haben.

Nasarbajews mittlere Tochter Dinara ist Unternehmerin. Das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Forbes“ bezifferte ihr Vermögen auf 1,1 Milliarden Dollar. In diesem Jahr hat sie sich am Genfer See eine Villa für die Rekordsumme von umgerechnet 50 Millionen Euro gekauft.

Auch die jüngste Tochter, die Juristin Alija, schätzt gutes Geld. Sie ist Chefin mehrerer Konzerne und Aufsichtsratsvorsitzende des größten kasachischen Immobilienunternehmens, besitzt ein Wellness-Zentrum, ein Restaurant und einen Nachtclub in Almaty.

Geschätzte sieben Milliarden Dollar habe der Nasarbajew-Clan in seine Taschen gewirtschaftet, hat das russische Magazin „The New Times“ ausgerechnet. Dass die Präsidentenfamilie beim Geldverdienen nicht zimperlich ist, zeigt der Fall Timur Kulibajews, eines weiteren Nasarbajew-Schwiegersohns.

Kulibajew, verheiratet mit Präsidententochter Dinara, ist Vizechef der mächtigen kasachischen Industrie-Staatsholding und soll – wie drei Oppositionsblätter berichteten – millionenschwere Bestechungsgelder eines chinesischen Unternehmens angenommen haben. Die Auflagen aller drei Blätter wurden per Gerichtsbeschluss sofort eingestampft.

Dass die herrschenden Clans beim Wirtschaften besondere Kreativität an den Tag legen, ist den Kasachen nicht neu. Sie bewegt auch weniger, ob die Nasarbajew-Familie sechs oder sieben Milliarden Dollar besitzt. Eines aber beschäftigt sie sehr wohl: „Biologisch“ werde sich bald die Nachfolgefrage im Präsidentenpalast stellen, sagt Oppositionsführer Kossanow. Wem aber wird Nasarbajew dann die Macht übergeben?

Viele Kasachen sind überzeugt, dass dies die Familie bestimmt. Dass Dinaras Ehemann zum Zuge kommt. Oder Aisultan Nasarbajew, der 20-jährige Lieblingsenkel des Staatschefs, der gerade an der Royal Military Academy im englischen Sandhurst sein Studium abgeschlossen hat.

Er ist allerdings der Sohn Rachat Alijews, des Staatsfeindes Nummer eins, den Nasarbajew in Abwesenheit zu 40 Jahren Freiheitsstrafe verurteilen ließ.

Der Zug Nr. 54 von Astana ins chinesische Ürümqi verkehrt nur einmal pro Woche: jeden Dienstag um 15.05 Uhr; er braucht 25 Stunden für die 1200 Kilometer bis zur

SHAMIL ZHUMATOV / REUTERS

Chinesischer Arbeiter bei der Einweihung einer Pipeline bei Almaty: *„Gebt ihnen doch das Land“*

Grenze. Dafür bietet er eine Zeitreise durch die kasachische Geschichte: Der Zug zuckelt an zerfallenden Dörfern entlang, in denen die Traktoren verrosten, weil die Bauern in die Städte geflüchtet sind; an den Kohlenminen von Karaganda, die der indische Milliardär Lakshmi Mittal aufgekauft hat, an den Überresten des Gulag, in denen die von Stalin deportierten Wolgadeutschen schuften mussten, und dann am 600 Kilometer langen Nordufer des Balchasch-Sees, der, wie der Aralsee, auszutrocknen droht.

Im Zug Nr. 54 sitzen Kasachen, die zum Einkaufen oder zur medizinischen Behandlung nach Ürümqi fahren, der Hauptstadt der autonomen Uiguren-Region Xinjiang, oder Geschäftsleute, die zwischen beiden Ländern pendeln. Männer wie Duman Chalmet, 45, der es sich in Trainingshose und T-Shirt in Waggon Nr. 4 bequem gemacht hat.

Chalmet ist in China geboren, er hat dort chinesische Sprache studiert, war Meteorologe und später Verwaltungschef eines Gebietes in der Nähe von Ürümqi. Er hat kasachische Vorfahren, die sich einst gegen die russischen Zaren erhoben hatten und dann nach China flüchteten. Chalmet versucht den Sprung nach Kasachstan zurück. „Weil das Land eine Menge Möglichkeiten bietet“, sagt er.

2003 hat er in Almaty die Firma „Duman“ gegründet, in der er Bauteile für Häuserfassaden produziert, dann ging er nach Astana, hat dort ein Werk für Keramikplatten aus dem Boden gestampft. Er besitzt in Kasachstans Hauptstadt ein Café und eine Reinigung, bald wird er einen Wellness-Salon eröffnen. „Ich habe Nischen gefunden, die bislang kein Kasache besetzt“, sagt Chalmet. Er lächelt, fast entschuldigend. Er weiß, wie tief in Kasachstan die Angst vor den Chinesen sitzt.

In Dostyk, der Grenzstation am Fuße des Tianshan, ist sie mit Händen zu greifen. Hier, an der Dsungarischen Pforte, durch die einst Dschingis Khans Reiter nach Westen stürmten und heute die einzige Bahnlinie nach China verläuft, rosten eingegrabene Panzer vor sich hin. Sie erinnern an die blutigen Gefechte, die sich die Sowjets 1969 mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee lieferten.

Dostyk heißt „Freundschaft“. Der kleine Ort ist heute wichtigster Warenumschlagplatz zwischen China und Kasachstan. Jährlich 15 Millionen Tonnen werden hier von der chinesischen Normalspur auf die Breitspur der kasachischen Bahn umgeladen: kasachisches Öl und Metall Richtung Osten, chinesische Baumaschinen und Pipelineröhren Richtung Westen. Aber die Grenze ist noch immer ein Hochsicherheitstrakt.

Ja, er habe gehört, wie Präsident Nasarbajew wohlwollend vom chinesischen

CHRISTIAN NEEF / DER SPIEGEL

Investor Chalmet in der Grenzstation Dostyk
„Ich habe Nischen gefunden“

Angebot gesprochen habe, eine Million Hektar unbewirtschafteten kasachischen Boden zu übernehmen und auf ihnen Soja und Raps anzubauen, sagt Erlan Schakijanow, 41, der quirlige Bürgermeister von Dostyk. Auch von der Empörung, die daraufhin losgebrochen sei – weil dies bedeuten würde, dass fünf Millionen Chinesen ins Land kommen würden. 500 000 chinesische Migranten gebe es aber schon.

„Ich sage immer: Gebt ihnen doch das Land, wir Kasachen können es gar nicht bewirtschaften, und schon gar nicht so billig wie sie“, sagt Schakijanow. „Außerdem werden wir dem chinesischen Druck nicht standhalten: Bald werden sie ihre Leute nicht mehr ernähren können und mit Grenzöffnung drohen, wenn wir ihnen nichts von unserem Land abgeben.“ „Ist das tragisch? Nein“, sagt der Akim, Zar Alexander II. habe einst auch Alaska verkauft. Schakijanow fährt alle paar Tage rüber auf die andere Seite der Grenze. Dort, in der Station Ala Shankou, lebten schon jetzt viermal mehr Menschen als in Dostyk. „Sie sind geschickter als wir“, lacht er: „Neulich haben wir ihnen eines unserer Stahlwerke verkauft. Sie haben es demontiert und bei sich in China wieder aufgebaut. Wir bekamen 5000 Arbeitslose dadurch, sie aber machten das Geschäft: Wir kaufen ihnen jetzt jene Stahlprodukte ab, die wir früher selbst herstellten.“

Neun Milliarden Dollar haben die Chinesen bislang in Nasarbajew-Land investiert, sie fördern bereits mehr als ein Viertel des kasachischen Erdöls und machen dabei jährlich drei Milliarden Dollar Gewinn. Dass die kasachischen Arbeiter wegen der niedrigen Löhne immer wieder gegen ihre chinesischen Bosse streiken, wird nur in Oppositionsblättern erwähnt.

Peking finanziert auch den Bau einer Pipeline, mit der Kasachstan Erdgas erstmals von seinen Feldern im Westen nach China exportieren wird. Und 50 000 Menschen arbeiten an einer Autobahn, die von China nach Europa führen soll – die 2787 Kilometer auf kasachischem Boden werden in drei Jahren fertig sein, sagt der Akim von Dostyk.

Anders als ihm macht die Offensive der Nachbarn vielen Kasachen Angst. Für sie ist es keine Frage mehr, ob die Chinesen kommen, sondern nur noch, wann. „Es ist ein Riesenirrtum zu glauben, Astana könne sich von Peking mit Rohstoffen freikaufen“, sagt der China-Forscher Murat Auesow. „Die Chinesen brauchen neue Siedlungsflächen, sie werden sie am leichtesten in Kasachstan mit seinen menschenleeren Steppen finden, und sie bekommen bei uns Zugang zum Kaspischen Meer und nach Iran.“

Ob in Astana, Dostyk oder Almaty, überall geht ein Sprichwort um: Willst du das Land verlassen, lerne Englisch, willst du bleiben, lerne Chinesisch, sagt ein Eisenbahner in Dostyk. War es ein Gerücht, was sich die Leute vor Jahren erzählten? Dass Kasachstan zwischen Russland und China aufgeteilt wird?

Sicher. Es gibt aber genügend Leute, die trotzdem daran glauben. Und nicht an den Traum von Kasachstan, dem zentralasiatischen Schneeleoparden, den ihnen Nursultan Nasarbajew nahebringen will.

Im nächsten Heft: Usbekistan

Zentrum der Seidenstraße, Basis der Bundeswehr im Afghanistan-Krieg – und eine Diktatur: Wie soll der Westen umgehen mit diesem Land?

ARTENSCHUTZ

Mammut für die Schmuckschatulle

Wer sich als Promi mit Elfenbeinschmuck zeigt, der sollte drauf achten, dass er nicht vom Stoßzahn eines Afrikanischen Elefanten stammt. Das wäre politisch höchst unkorrekt, deshalb greift etwa die Präsidentengattin Michelle Obama zu einer Kette aus Mammut-Elfenbein. Viele Tonnen des weißen Goldes finden russische Sammler jedes Jahr in den Permafrostböden Sibiriens, 60 Tonnen werden jährlich exportiert. Das ist das Ergebnis einer im Fachblatt „Pachyderm“ erschienenen Untersuchung. „Hunderte Menschen suchen von Juni bis September die Tundra Nordsibiriens ab“, so Studienautor Esmond Martin. Manch ein Artenschützer fordert, auch den Handel mit Mammut-Elfenbein zu unterbinden. Die Befürchtung: Schmuggler könnten illegalen Elefantenzahn-Schmuck zwischen Mammut-Elfenbein in den Markt schleusen. „Derzeit sollte der Handel nicht verboten werden“, schreibt Martin. Doch das könne sich ändern, falls Mammut-Elfenbein auf Wilderermärkten in Afrika auftaucht, warnt Martin.

GETTY IMAGES

Obama

FRED BRUEMMER / PETER ARNOLD

Mammutnachbildung

INTERNET

Betrug im Zweiten Leben

Das Verbrechen macht auch vor der virtuellen Welt von „Second Life“ nicht halt. Die Internetplattform, in der die Teilnehmer sich mit Hilfe eines Avatars eine künstliche Figur erschaffen können, dient Betrügern offensichtlich zur Abzocke. Betroffen von dieser neuen kriminellen Masche ist eine Hamburger Investmentfirma, der ein Schaden von rund 8000 Euro entstanden ist. Die Betrüger hatten deren Telefonanschluss in diesem Frühjahr so manipuliert, dass der Telefoncomputer nächtens in hoher Frequenz teure Sonderrufnummern anwählte. Ein Teil der Telefongebühren landete dann, umgetauscht in die „Second Life“-Währung Linden Dollar, auf dem Spielkonto von Avataren. Eingerichtet wurden sie vermutlich von den Tätern selbst, die am Ende die Spielwährung wieder in echte Dollar oder Euro umgetauscht haben. „Die echten Personen hinter diesen virtuellen Charakteren lassen sich kaum ermitteln“, sagt Lutz Thienel-Winkelmann vom Landeskriminalamt in Hamburg.

LINDEN RESEARCH

Avatare in der Internetplattform „Second Life“

MOBILFUNK

Telefon zum Tasten

Besitzer von Smartphones dürfen schon bald auf ein ganz neues Streichelerlebnis hoffen. Denn Entwickler von Nokia haben gerade den Prototyp eines berührungsempfindlichen Bildschirms vorgestellt, der dem Benutzer das Gefühl einer dreidimensionalen Glasoberfläche gibt. Die kleinen Symbole auf dem Handy-Display lassen sich damit ertasten, verspricht der finnische Telefonhersteller. Auch Bilder könnten in unterschiedlichen Ebenen erspürbar sein. Das Telefon nutzt einen Effekt namens Elektrovibration, der bereits in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts entdeckt wurde. Dabei lassen unterschiedliche elektrische Spannungsfelder auf dem Monitor im Finger die Sinnestäuschung entstehen, es handelte sich um eine Struktur. „Die Idee ist, dass alles auf dem Bildschirm eine taktile Rückmeldung gibt“, sagt Nokia-Entwickler Piers Andrew über den N900-Prototyp, für dessen sensible Technik seine Firma ein Patent erwirkt hat.

OZEANE

Ackerbau lässt die Meere anschwellen

ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Bewässerungsanlagen in der Libyschen Wüste

Aus der Luft sind sie schön anzusehen: runde grüne Kreise Ackerlandes inmitten der Wüste. Doch die Bewässerung mit Grundwasser, so die Erkenntnis niederländischer Hydrologen, lässt den Meeresspiegel ansteigen. Bislang galt vor allem die Erderwärmung als Ursache dafür, dass die Ozeane um jährlich 3,1 Millimeter ansteigen. Doch ein Viertel davon, so die Berechnungen der Forscher von der Universität Utrecht, geht auf das Konto des Grundwassers, das vom Menschen zum Trinken, für die Industrie und für den Ackerbau angezapft wird. Es verdunstet auf Feldern oder wird in Flüssen zum Meer abtransportiert. Bislang konnte dieser Effekt nicht berechnet werden. „Unsere Studie bestätigt, dass es ein signifikanter Faktor ist“, sagt Wasserforscher Marc Bierkens. Am intensivsten werde Wasser in Indien, Pakistan, den USA und China entnommen. Die Menge hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt auf jährlich 734 Kubikkilometer Wasser, von denen 283 Kubikkilometer bis in die Ozeane gelangen. Bierkens: „Die Dimension hat uns überrascht.“

NEUROFORSCHUNG

Nobelpreisträgerin in Erklärungsnot

Für die Erforschung des Geruchssinns erhielt die Neurobiologin Linda Buck im Jahr 2004 den Nobelpreis. In einer Personalfrage bewies sie allerdings keinen guten Riecher: Einer ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter manipulierte offenbar Forschungsergebnisse, weswegen sie vorvergangene Woche zwei Publikationen in renommierten Fachblättern zurückziehen musste. Darin berichtet ihr Team unter anderem, dass der Mix verschiedener Gerüche, etwa Schokolade und Zitrone, im Gehirn von Mäusen von anderen Nervenzellen verarbeitet werde, als die beiden einzelnen Gerüche. Schon 2008 musste die Forscherin vom Fred Hutchinson Cancer Research Center in Seattle eine Arbeit zurückziehen. Auch daran war, damals noch an der Harvard Medical School, der gleiche Mitarbeiter beteiligt. Derzeit ist er nicht erreichbar. Die beanstandeten Publikationen betreffen nicht die Erkenntnisse, für die Linda Buck den Nobelpreis erhalten hat. Die jetzt zurückgezogenen Artikel sind allerdings weit über hundert Mal von anderen Forschern zitiert worden, weshalb Buck nun schreibt: „Wir entschuldigen uns für jegliche Verwirrung, die daraus entstanden ist.“

AP

Buck

UMWELT

Schonfrist für den Chef des Klimarats

Der wegen falscher Prognosen zur Zukunft der Himalaja-Gletscher in die Kritik geratene Vorsitzende des Uno-Weltklimarats (IPCC), Rajendra Pachauri, braucht offenbar nicht um sein Amt zu fürchten. Denn Politiker wollen ihn aus taktischen Gründen schonen. Von kommenden Montag an treffen sich Regierungsvertreter aus der ganzen Welt im südkoreanischen Pusan zu einer Plenarversammlung des IPCC, wo sie auch über die Personalie Pachauri entscheiden sollen. Der Inder gilt als Vertreter der Schwellenländer, die wegen ihres rasant wachsenden Treibhausgas-Ausstoßes in ein neues Klimaabkommen gedrängt werden sollen. Bundesforschungs- und umweltministerium haben sich bereits über ihre Haltung zu Pachauri abgestimmt. Eine Personaldebatte, so die Einschätzung dort, würde die internationale Klimapolitik nur lähmen. Dabei denkt man in Berlin bereits an die nächste Weltklimakonferenz ab Ende November im mexikanischen Cancún. Wenn die reichen Länder dort gegen Pachauri revoltierten, würden sich die Fronten zwischen Industrienationen und aufstrebenden Entwicklungsländern noch weiter verhärten. Im Gegensatz zur Politik befürworten laut Umfrage des Fernsehsenders BBC viele Forscher und Umweltaktivisten einen Rücktritt Pachauris, um Zweifel an der Glaubwürdigkeit des IPCC zu zerstreuen.

SALVATORE DI NOLFI / AP

Pachauri

Atmosphären. Die bisher analysierten Gashüllen von extrasolaren Planeten enthalten überwiegend Wasserstoff und Helium, sie sind damit ganz ähnlich zusammengesetzt wie Jupiter oder Saturn; die Befunde bestätigen also, dass unser eigenes Sonnensystem keine Ausnahmeerscheinung in der Milchstraße darstellt.

Anfang des Jahres gelang es MPIA-Forschern sogar erstmals, das Licht eines fernen Planeten direkt aufzufangen und zu analysieren. Zum Einsatz kam dabei das derzeit modernste Observatorium der Welt, das von den Europäern betriebene „Very Large Telescope“ in der chilenischen Atacama-Wüste. Seine Acht-Meter-Spiegel sind so lichtempfindlich, dass sie eine Taschenlampe auf dem Mond erkennen könnten. Doch selbst das reicht nur für die wenigsten extrasolaren Planeten. Möglich wurde die messtechnische Meisterleistung, weil der untersuchte Planet ungewöhnlich hell leuchtet: Der Gasriese HR 8799 c ist noch sehr jung und deshalb so heiß wie ein Flammenwerfer.

Die Astrophysiker sind zuversichtlich, die Grenzen zügig weiterverschieben zu können. Unbedingt wollen sie auch kleinere und kältere Exemplare direkt fotografieren. „Wir kommen viel schneller voran als erwartet“, konstatiert Max-Planck-Forscher Henning. „Schon in fünf Jahren könnten wir so weit sein, erstmals die Atmosphären von Super-Erden zu vermessen, die um kleine leuchtschwache Sonnen kreisen.“

Die Hoffnungen richten sich dabei auf die Himmelsaugen der nächsten Generation. 2014 könnte das „James Webb Space Telescope“ ins All starten, der Nachfolger des legendären „Hubble“-Weltraumobservatoriums. Die Europäer wiederum wollen in der Atacama-Wüste das „Extremely Large Telescope“ errichten. Mit seinem 42-Meter-Spiegel wäre es das größte Fernrohr, das jemals gebaut wurde. Und es gibt sogar schon Pläne für ein 100-Meter-Teleskop.

Zumindest die Rätsel um die Gliese-Planeten werden sich mit solchen Super-Sternwarten wohl lösen lassen. Und was wäre, wenn bei der Ferndiagnose wirklich herauskommt, dass es dort unbekannte Lebensformen gibt? Könnte die Menschheit eine Expedition starten, um die Alien-Welten vor Ort zu erkunden?

Immerhin befindet sich das Gliese-System nur 20,5 Lichtjahre von der Erde entfernt. Die rote Zwergsonne gehört damit zu den 100 nächsten Fixsternen, ein kosmischer Nachbar.

Doch mit herkömmlichen Raketen ist selbst der vergleichsweise geringe interstellare Abgrund nicht zu überwinden. Um die Zwillingserden zu erreichen, wären irdische Astronauten rund 400 000 Jahre unterwegs – doppelt so lange wie es Menschen gibt. Olaf Stampf

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

PRAKASH MATHEMA / AFP

US-Physiker Singer in Berlin, nepalesische Kabinettssitzung vor dem Mount Everest: *„Man muss*

LOBBYISTEN

Die Wissenschaft als Feind

Eine Handvoll US-Wissenschaftler, von denen einige schon das Passivrauchen, den sauren Regen und das Ozonloch verharmlost haben, säen Zweifel am Klimawandel – auch im Bundestag.

Der 86-Jährige referierte mit sonorer Stimme, als wollte Opa seinem begriffsstutzigen Enkel etwas Offensichtliches erklären. „Die Natur, nicht menschliche Aktivität bestimmt das Klima“, erzählte der US-Physiker Fred Singer vor drei Wochen vor einer gutbesuchte Diskussionsrunde von FDP-Abgeordneten im Bundestag.

Auch die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion war gekommen. Marie-Luise Dött lobte Singers Vortrag anschließend als „sehr, sehr einleuchtend“. Ihre Kommentare seien aus dem Kontext gerissen, ruderte sie später zurück, natürlich stehe sie für ambitionierte Klimapolitik – ganz wie die Kanzlerin.

Ebendie möchte der Amerikaner erreichen. „Politiker, die den Klimawandel aufhalten wollen, sind gefährlicher als der Klimawandel selbst“, warnt er. „Ich hoffe, dass Angela Merkel, die nicht dumm ist, das Licht sehen wird“, sagt Singer, der inzwischen nach Paris weitergereist ist. Berlin hat ihm gefallen: „Ich denke, dass ich etwas geschafft habe.“

Singer ist Handlungsreisender in Sachen Klimazweifel. Auf seiner diesjährigen Sommertournee sprach er in Haifa, Rom und Paris vor. Nach Berlin hatte ihn Paul Friedhoff eingeladen, der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion. Singer und die FDP vertragen sich prächtig: Schon im vergangenen Dezember hatte der Amerikaner im Berliner Liberalen Institut seine eigenwilligen Klimathesen vorgetragen.

Singer ist einer der einflussreichsten Klimaleugner weltweit. Er lebt in einer Welt, in der angesehene Klimaforscher als Lügner gelten; sie seien außen grün und innen rot und hätten in Wahrheit nur ein Ziel: den Sozialismus einzuführen. Singer will die Welt vor diesem Horror retten. Und dass er sich nach dem Zweiten Weltkrieg als glänzender Atmosphärenphysiker einen Namen machte, gibt seinen Worten Gewicht.

Der in Wien geborene Singer floh 1940 in die USA und gehörte schon bald zu einer Elite, die den Kalten Krieg an der Wissenschaftsfront führte. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kämpfte Singer seinen Krieg weiter – meist gegen Umweltschützer, immer gegen jede Form der Regulierung.

Egal ob Ozonloch, saurer Regen oder Klimawandel – Singer wurde Profikritiker, wusste es immer besser als die Spezialisten des jeweiligen Feldes. Dabei kam er

die Natur fürchten, sie ist grausam und sehr gefährlich“

weit ab von jenen Wissenszweigen, von denen er etwas verstand. Seine Ausführungen halfen zum Beispiel der Tabaklobby im Kampf gegen Gesundheitspolitiker.

Ganz ähnlich wie Singer agierte auch das Marshall Institute. 1984 gegründet, sollte es für Ronald Reagans Star-Wars-Raketenabwehrsystem SDI kämpfen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs funktionierten die Gründer ihr Institut kurzerhand um: Nun wurde es zum Hort der Leugner von Umweltproblemen.

„Die Zweifler glaubten, der Verlust ökonomischer Freiheit durch Umweltgesetze würde zum Verlust politischer Freiheit führen“, sagt Naomi Oreskes, Wissenschaftshistorikerin von der University of California in San Diego, die Singers Methoden untersucht hat. Als Forscher immer neue Umweltprobleme fanden, „begannen diese Leute, die Wissenschaft als ihren Feind zu sehen“.

Es sind nur eine Handvoll Wissenschaftler und Lobbyisten. Aber sie schafften es, nicht nur viele Bürger, sondern sogar US-Präsidenten davon zu überzeugen, dass die Wissenschaft über die Ursachen des Klimawandels tief gespalten sei. George Bush senior nannte die Physiker des Marshall Institute „meine Wissenschaftler“.

Um welches Thema es auch immer ging, die Argumente von Singer oder seinen Mitstreitern klingen immer ähnlich: Die Wissenschaft sei sich noch nicht einig, man wisse nicht genug. Gene könnten schuld sein am Krebs der Passivraucher, Vulkane am Ozonloch und die Sonne am Klimawandel.

Fast hat es den Anschein, als wollte Singer sich als einer von jenen tarnen, die er bekämpft: Mit seiner Cordhose, dem Lederhalsband mit einem versteinerten Fisch und dem langen schlohweißen Haar wirkt er wie ein freundlicher Öko-Opa. Aber er pflegt ein anderes Bild von der Natur: „Man muss sie fürchten, sie ist grausam und sehr gefährlich.“

Singer stellt sich auf Konferenzen gern als Vertreter des NIPPC vor, des Internationalen Nichtregierungs-Klimarats. Das klingt toll, steht allerdings bloß für einen Haufen von gleichgesinnten Forschern, die Singer um sich geschart hat. Auch ein Deutscher ist dabei: Gerd Weber. Ein Meteorologe, der 25 Jahre lang immer wieder in Diensten des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbaus stand.

Nach einer US-Studie gehen 97 Prozent aller Klimatologen weltweit davon aus, dass sich die Erde durch von Menschen produzierte Treibhausgase erwärmt. Trotzdem bezweifelt ein Drittel der Deutschen, dass die Erde wärmer wird. Bei den US-Amerikanern sind es sogar 40 Prozent. Und viele sind sicher, dass die Klimawissenschaftler über diese Frage in zwei verfeindete Lager gespalten sind – was nicht stimmt.

Wie nur konnten Leute wie Singer so wirksam Stimmung machen?

Viele Wissenschaftler erklären ihre Ergebnisse nicht ausreichend. Manche Klimaforscher waren auch arrogant oder weigerten sich, Kritikern ihre Daten auszuhändigen. Manche übergehen Ungereimtheiten oder beschwören übertriebene Horrorszenarien herauf, die nicht immer von der Wissenschaft gedeckt sind. Aufgrund von Schlampereien stand im UN-Klimabericht etwa, dass bis 2035 alle Himalaja-Gletscher abgeschmolzen sein würden – ein grotesker Fehler, der den Uno-Klimarat in eine Glaubwürdigkeitskrise stürzte.

Genau auf solche Fehler setzen Singer und seine Kombattanten und machen sich dabei ihre Erfahrungen in ihrem Kampf für die Tabakindustrie zunutze. Jahrzehntelang hatte Big Tobacco es geschafft, Zweifel daran zu nähren, dass Rauchen tötet. „Zweifel ist unser Produkt“, hieß es in einem internen Dokument des Tabakherstellers Brown & Williamson.

1993 reichten Tabakmanager in der Industrie einen Leitfaden herum: „Schlechte Wissenschaft – ein Anwendungsbuch“. PR-Profis erläutern darin, wie man wissenschaftliche Ergebnisse, die einem nicht passen, als „Schrott“ diskreditiert. Etwa: „Darauf hinweisen, dass Wissenschaft oft manipuliert wird, um einer politischen Agenda zu dienen“. Die Kampagne gegen das Rauchen etwa diene nur dem Zweck, individuelle Freiheiten zu beschränken.

Als zum Beispiel 1993 die US-Umweltbehörde EPA die bis dahin gründlichste Studie zur gesundheitlichen Wirkung von Tabakrauch veröffentlichte, der zufolge in den USA rund 3000 Menschen pro Jahr durch das Passivrauchen sterben, erklärte Singer dies folgerichtig zu „Schrottwissenschaft“. Insgeheim verfolgten die EPA-Forscher eine kommunistische Agenda: „Wenn wir nicht sorgfältig die Rolle der Regierung in der Regulierung beschränken“, schrieb er, dann „gibt es keine Grenze, wie sehr die Regierung unser Leben kontrolliert.“

Als Reaktion auf die EPA-Studie gründete allen voran der Tabakkonzern Philip Morris die „Koalition zur Förderung or-

GETTY IMAGES

Erleuchtete US-Metropole Seattle: *Gemeinsam ist allen Prognosen der Klimaleugner nur die Empfehlung, nichts zu tun und abzuwarten*

dentlicher Wissenschaft“ TASSC. Sie sollte Zweifel an den Risiken des Passivrauchens und des Klimawandels wecken. Reporter sollten angesprochen werden – allerdings nur von Regionalzeitungen, wie es ausdrücklich heißt: „Keine zynischen Journalisten von Leitmedien.“

Singer, der Gründer des Marshall Institute Fred Seitz und Patrick Michaels, inzwischen einer der bekanntesten Klimazweifler, waren Berater von TASSC.

Reagans Regierung berief Singer auch in eine Arbeitsgruppe zum sauren Regen. Dort betonte er, dass es zu früh zum Handeln sei; dass noch gar nicht bewiesen sei, ob Schwefelabgase wirklich die Ursache seien; dass manche Pflanzen sogar vom sauren Regen profitierten.

Nach dem sauren Regen warf Singer sich dann auf ein neues Thema: den „Ozonschrecken“. Das Argumentationsmuster war gleich: Es sei zwar richtig, dass die Ozonkonzentration in der Stratosphäre abnehme, aber nur lokal. Außerdem sei nicht klar, dass Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) aus Spraydosen überhaupt dafür verantwortlich seien.

Noch 1994 behauptete Singer, es liege nahe, dass „Chlor in der Stratosphäre aus natürlichen Quellen stammt“. 1995 sagte er vor dem Kongress: „Es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens über das Ozonloch und seine Konsequenzen.“ Kurz darauf bekamen drei Chemiker den Nobelpreis, die den Einfluss der FCKW auf die Ozonschicht bewiesen hatten.

Die bewährten Strategien der Desinformation übernahmen bald danach auch die Ölmultis. Wieder gründete man Lobbyverbände, die möglichst wissenschaftlich erscheinen sollten. Erst entstand die Global Climate Coalition. ExxonMobil gründete später noch das Global Climate Science Team. Mit dabei war auch der Lobbyist Myron Ebell, dazu ein Veteran der Tabaklobby TASSC – die Aufgabe war ja ähnlich. Das Ziel laut einem internen Papier: „Wir haben gewonnen, wenn der durchschnittliche Bürger Unsicherheiten in der Klimawissenschaft ‚versteht‘.“

Bald sah es so aus, als gebe es eine breite Front gegen die Lehre vom Klimawandel, getragen von Organisationen wie dem National Center for Policy Analysis, dem Heartland Institute oder dem Center for Science and Public Policy. In Wirklichkeit steckten hinter diesen Namen oft nur dieselbe Handvoll fragwürdiger Forscher – und Exxon finanzierte den ganzen Zauber mit Dollarmillionen.

Das Geld war prima angelegt.

Die Regierung George W. Bush brach 2001 die früher gemachten Klimaversprechen. Die Chefin der US-Delegation für die Kyoto-Verhandlungen traf sich danach mit den Ölleuten der Global Climate Coalition und dankte den dort versammelten Lobbyisten für ihre Expertise: Präsident Bush „hat Kyoto zum Teil wegen Ihres Inputs abgelehnt“.

Besonders scharfzüngig kämpft Singers Mitstreiter Pat Michaels gegen die Phalanx der Klimaforscher, eins seiner Bücher heißt „Die satanischen Gase“. Aus dem Zweifeln hat er ein durchaus lukratives Geschäft gemacht: In den neunziger Jahren schickte ihm der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus 98 000 Dollar für eine Studie, mal spendierte eine US-Stromfirma seiner PR-Agentur 100 000 Dollar.

Michaels zählt sich wie Myron Ebell zur „Koalition der kühleren Köpfe“. Sie sind nicht wie Singer und Seitz Kommunistenhasser aus der Zeit der Atombombe, sondern geschmeidige Kommunikatoren. Historiker Ebell argumentiert, es sei den Menschen in kalten Phasen schlechtergegangen als in warmen. Und überhaupt: Vieles spreche dafür, behauptet der Geschichtswissenschaftler, dass derzeit gerade ein Zeitalter der Abkühlung beginne.

Zwar argumentieren die Profizweifler durchaus vielstimmig: Mal heißt es, die Erde erwärme sich gar nicht; dann erwärme sie sich doch, nur dass der Mensch daran unschuldig sei. Oder der Mensch könne doch etwas dafür, aber alles werde gar nicht so schlimm. Gemeinsam ist allen Prognosen nur die Empfehlung: Nichts tun. Abwarten. Mehr forschen.

Als bloße Spinner lassen sich Leute wie Ebell nicht abtun. Achtmal durfte er vor dem Kongress aussagen. Ungeniert brüstet er sich seiner Kontakte ins Weiße Haus: „Wir wussten, wen wir anrufen mussten.“

In Europa ist Ebells Geschäft schwieriger. Dort, so seine Erfahrung, herrschten Eliten, und die glaubten nun mal – anders als die einfachen Menschen – an den Klimawandel.

Aber Fred Singer arbeitet daran, das zu ändern. Er hat sich mit dem Europäischen Institut für Klima und Energie (EIKE) zusammengetan. Hinter dem klangvollen Namen jedoch verbirgt sich kaum mehr als eine Postfachadresse in Jena. Präsident Holger Thuss ist ein CDU-Lokalpolitiker.

Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sagt, er habe nichts gegen fachlichen Austausch mit EIKE – solange deren Vertreter sich an die Regeln wissenschaftlicher Praxis hielten. Sich mit EIKE-Vertretern auf ein politisches Podium zu setzen lehnt er jedoch ab. Das sei es ja nur, was sie erreichen wollen: bei Laien den Eindruck zu erwecken, dass sich dort Experten auf Augenhöhe streiten.

Letztendlich sei Wissenschaft so kompliziert geworden, dass große Teile der Bevölkerung ihr nicht mehr folgen könnten. Die Klimaskeptiker hingegen befriedigten „ein Bedürfnis nach einfachen Wahrheiten“.

Genau darin sieht Schellnhuber das Geheimnis ihres Erfolgs. Und dagegen helfe leider auch keine öffentliche Debatte: „Stellen Sie sich vor, Einstein müsste bei Maybritt Illner die Relativitätstheorie verteidigen. Er hätte nicht den Schimmer einer Chance.“ Cordula Meyer

GESUNDHEIT

Bergauf kämpfen

Ein Urteil, das die Auswahl von Embryonen per Gentest erlaubt, setzt die Koalition unter Druck. Zwischen den Positionen von FDP und Union liegen Welten.

Am Universitätsklinikum in Lübeck werden gerade Jobs besetzt, die es in Deutschland bisher nicht gegeben hat: Das Humangenetische Institut sucht Personal für den „Aufbau einer Gruppe zur Präimplantationsdiagnostik (PID)“. Bis vor kurzem wäre das undenkbar gewesen. Denn PID steht für die Auswahl von Embryonen nach genetischen Kriterien. Zwischen Bundesregierung und Ärzten herrschte lange Zeit Konsens, dass dieses Verfahren verboten ist.

Seit Anfang Juli jedoch ist das Verbot passé. Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied, das Verfahren dürfe angewandt werden, um schwere erbliche Krankheiten beim Nachwuchs zu vermeiden. Deshalb fangen Mediziner in Lübeck und Regensburg nun an, die Embryonenauswahl zu erproben. Bei einer künstlichen Befruchtung können seit dem Urteil wenigzellige Embryonen auf Erbkrankheiten getestet und notfalls zerstört werden.

Ein Ansturm von Paaren auf die Kliniken ist bisher ausgeblieben, konkrete Fälle sind den Medizinerverbänden nicht bekannt. Doch die Zunft bereitet sich vor: „Wir üben die Abläufe, um die PID anbieten zu können“, sagt Ute Hehr vom Zentrum für Humangenetik in Regensburg. Weite Teile der Union versetzt das in Alarmstimmung, während die FDP die Embryonenauswahl feiert.

Ein neuer Koalitionsstreit steht nun bevor. Ulrike Flach, die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, legt den liberalen Abgeordneten in diesen Tagen ein Papier vor, das vehement für Freiheit bei der Embryonenauswahl plädiert.

Die Liberalen sehen es als Fortschritt an, dass mit der PID schwere Krankheiten, von der Mukoviszidose bis zu Chorea Huntington, vermieden werden könnten. „PID ist deutlich besser und ethischer als Spätabtreibung“, sagt Flach.

Das Papier der Liberalen sieht vor, dass die Bundesärztekammer einen Katalog von medizinischen Indikationen erstellt. Haar- oder Augenfarbe werden nicht auf die Liste kommen. „Es soll keine Designerbabys geben“, sagt Flach. Jede Frau solle ein Anrecht auf eine offene Beratung haben, „wobei wir über eine verpflichtende Beratung nachdenken“. Diese Öffnung erzürnt den gesundheitspolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Jens Spahn: „Hier geht es um einen Wesenskern christlich-demokratischer Politik.“

Die Kirchenbeauftragte der Fraktion, Maria Flachsbarth, betont, das Menschsein beginne mit der Befruchtung. Da sei es „einfach nicht akzeptabel“, dass Embryonen nach genetischen Kriterien ausgewählt und zerstört würden. Volker Kauder, der Fraktionsvorsitzende, sagte am vergangenen Montag auf einem Kongress seiner Partei zum C im Parteinamen, dass seiner persönlichen Auffassung nach die PID „verboten sein muss“.

Für ein Verbot gibt es in der Koalition jedoch keine Mehrheit. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) betont, sie könne mit dem Urteil vom Juli bestens leben. Die Union hat nur eine Chance, ein hartes Verbot durchzusetzen. Sie müsste sich in dieser Frage vom Koalitionspartner abwenden. Die Suche nach einer parteiübergreifenden Mehrheit mit Abgeordneten von SPD, Grünen und Linken könnte aber den frisch gewonnenen Koalitionsfrieden gefährden. „Wir loten jetzt erst einmal aus, was mit der FDP möglich ist, und entscheiden dann, ob wir eine fraktionsübergreifende Mehrheit anstreben sollten“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Günter Krings (CDU).

Komplizierter wird die Lage dadurch, dass in beiden Parteien Unsicherheit herrscht, wie geschlossen die eigenen Reihen sind.

Die Bundestagswahl 2009 hat viele neue Abgeordnete ins Parlament gebracht. Fast die Hälfte der FDP-Fraktion gehört einer liberalen Christen-Gruppe an, während für die Union viele junge Abgeordnete ins Parlament eingezogen sind, sie stehen neuen Biotechnologien möglicherweise offener gegenüber, als man es gewohnt ist. Der Ausgang der Debatte ist ungewisser, als mancher Hardliner das wahrhaben will.

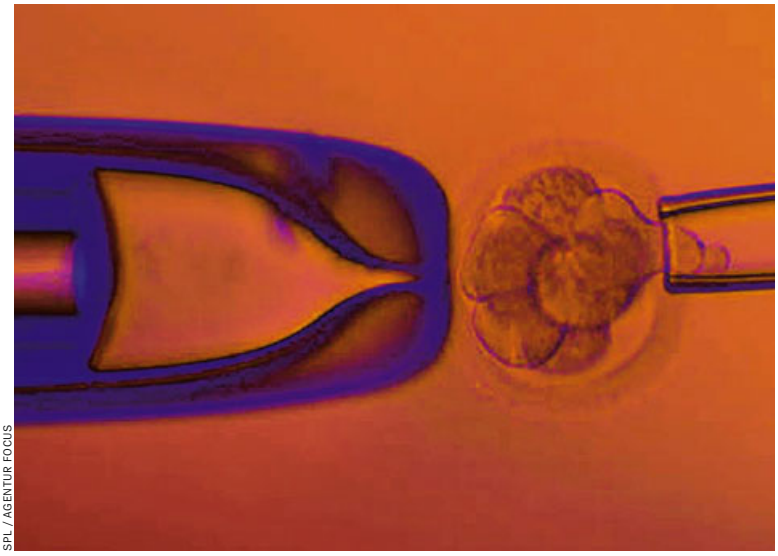
Die FDP hat das Gerichtsurteil im Rücken, das ihre Position zur neuen Rechtslage erklärt. Die Union muss bergauf kämpfen: Akzeptiert sie das Urteil, befremdet sie ihre konservativ-kirchliche Stammklientel.

Fraktionschef Kauder hat bereits den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, um Beistand gebeten. Kauder lotete bei ihm aus, ob es vielleicht besser sei, strenge Kriterien für die PID festzulegen, statt mit einem Verbot im Parlament zu scheitern. Zu den Kriterien könnte gehören, das Verfahren nur für sehr wenige Krankheiten zuzulassen, die unmittelbar das Leben der Neugeborenen gefährden und nicht erst im Erwachsenenalter ausbrechen.

Vor allem Fortpflanzungsmediziner verlangen Klarheit. Das BGH-Urteil hat der Leiter des Berliner Kinderwunschzentrums, Matthias Bloechle, mit einer Selbstanzeige losgetreten. Bei einem Informationsabend in seiner Praxis hieß es nun aber: „Wir führen derzeit noch keine PID durch.“ Die Technik im Haus sei noch nicht so weit, zudem sei unklar, in welchem Umfang das Verfahren erlaubt sei.

„Wir stehen vor der schwierigen Entscheidung, bei welchen Krankheiten wir eine PID durchführen dürfen“, sagt die Humangenetikerin Hehr. Die Rechtslage müsse „schnell geklärt werden“.

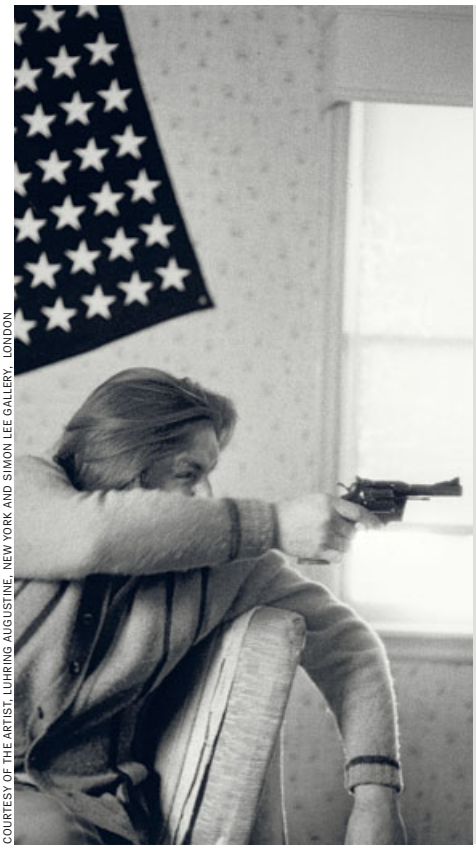
KATHARINA FUHRIN, CHRISTIAN SCHWÄGERL



SPL / AGENTUR FOCUS

PAUL ZINKEN / ACTION PRESS

Untersuchung am Embryo, Erzbischof Zollitsch: *Um Beistand gebeten*



COURTESY OF THE ARTIST, LUHRING AUGUSTINE, NEW YORK AND SIMON LEE GALLERY, LONDON

AUSSTELLUNGEN

Museum für Volljährige

Kunst mit Zugangsbeschränkung: Wer die freizügige Schau „Kiss the Past Hello“ in Paris sehen möchte, sollte vorsichtshalber seinen Personalausweis einstecken. Denn die Fotos und Filme des notorisch auf nackte junge Körper fixierten US-Künstlers Larry Clark, 67, sind zwar von Freitag an (bis 2. Januar 2011) im Pariser Museum für Moderne Kunst ausgestellt, aber für Minderjährige nicht zugänglich. Das Museum hat sich für diese ungewöhnliche Maßnahme entschieden, weil es wohl Proteste fürchtet. Präsentiert werden über 200 zum Teil nie gezeigte Originalabzüge, die Clarks gesamtes Provokationsspektrum abbilden. Die Fotos, die bisweilen wie Schnappschüsse wirken, zeigen masturbierende oder kopulierende Jugendliche, halbstarke Teenager, die mit Waffen spielen, oder Schwangere, die Drogen spritzen. Zuletzt hatte der Künstler mit „Kids“ für Aufregung gesorgt. Der Kinofilm von 1995 handelt von HIV-infizierten Jugendlichen und zeigt Minderjährige beim Sex.

Unbetitelte Clark-Bilder von 1971 (l.), 1968

POP

Tempel des Begehrens

Wenige Orte des westdeutschen Nachtlebens dürften so sagenumwoben sein wie die GI-Discos der siebziger und achtziger Jahre. Überall, wo sich amerikanische Soldaten befanden, gab es sie. Aus zwei Gründen waren sie geheimnisvoll: Zum einen wurden sie vor allem von Afroamerikanern besucht und waren deshalb ungewöhnliche Orte schwarzen Lebens in der noch sehr weißen Bundesrepublik. Zum anderen waren die Deutschen, die es an den Türstehern vorbeischafften, fast nur Frauen – die es wiederum auf die Soldaten abgesehen hatten. Den deutschen Jungs blieben nur ihre Phantasie und die Nächte vor dem Radio, wo der Soldatensender AFN auch die Musik der schwarzen Tanzflächen spielte. Der deutschsprachige HipHop wie die hiesige House-Szene sollten davon beeinflusst werden. Mit der schönen Compilation „G.I.Disco“ rekonstruieren Daniel Best und Kalle Kuts, zwei Berliner DJs und Partyorganisatoren, nun den Sound dieser vergessenen Tempel des Begehrens. Zwölf Stücke haben sie versammelt: großer Schmierlappen-Soul und Beziehungsanbahnungs-Boogie.

CD-Cover

Kino in Kürze

CENTRAL FILM VERLEIH

Charlize Theron in „The Road“

„The Road“ heißt der berühmte letzte, mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Roman des großen alten Cormac McCarthy, erschienen 2006: Durch eine erkaltete und katastrophal verwüstete Welt, in der die letzten Überlebenden als Menschenfresser Jagd aufeinander machen, zieht einsam ein Vater mit seinem kleinen Sohn einer ungewissen Zukunft entgegen. Der australische Regisseur John Hillcoat liefert nun eine getreuliche, doch vor lauter Respekt allzu kleinmütig gedämpfte Nacherzählung der Geschichte in Filmbildern. So kann seine Liebesmühe nicht verhindern, dass die sperrige, düstere Literaturparabel im Kino auf den ausgefahreneren Straßen eines Endzeit-Genres daherkommt, wo in malerischen Breitwandtotalen verkohlte Autowracks und abgefackelte Wälder schon von weitem signalisieren: Vorsicht, Postapokalypse!

COURTESY OF THE ARTIST, LUHRING AUGUSTINE, NEW YORK AND SIMON LEE GALLERY, LONDON

LITERATUR

Dorfpunks für die Neunziger

Es ist die ewige Geschichte des Heranwachsens in der Bundesrepublik, und sie muss immer wieder erzählt werden. Man sitzt in der Provinz und behilft sich mit Popkultur, um trotzdem ein Gefühl für die große weite Welt zu bekommen. Zuletzt hat Rocko Schamoni in seinem Erfolgsroman „Dorfpunks“ davon erzählt, darin geht es um das Aufwachsen in der norddeutschen Einöde der Achtziger: Bier trinken, in einer Band spielen, Lehre machen.

Nun kommt Jörg Rohleder, 34, Journalist, stellvertretender Chefredakteur des Magazins „Musikexpress“, mit seinem Buch „Lokalhelden“. Es erzählt diese Geschichte für die Neunziger. Bier trinken, Skateboard fahren und Abitur machen. Natürlich ist es noch viel mehr als das, aber allein in den popkulturellen Phänomenen jener Jahre wird sich fast jeder wiederfinden können, der damals in einem Ort wie Echterdingen, nur ein paar Kilometer von Stuttgart entfernt, aufgewachsen ist.

Nirvana, „Twin Peaks“, MTV, das waren die Pop-Phänomene jener Zeit. Auch das Personal von „Lokalhelden“ wird jeder so ähnlich aus seiner Schulzeit kennen: den Schläger, der schließlich an Heroin stirbt, den Nerd, den es in den Frühtagen des Internets in die Kriminalität treibt, die beste Freundin, die irgendwann mit dem besten Freund zusammen ist.

Vor allem trifft Rohleder aber einen bestimmten Ton – jene Mischung aus Abgebrühtheit und Unschuld, die jene Jahre vielleicht ein bisschen verklären, aber doch das vergangene Jahrzehnt treffend beschreiben. Die Teenagerzeit war da noch nicht zum Vorbereitungskampf für einen Platz auf dem globalisierten Weltmarkt verkommen, und der Schulrektor sagte bei der Abiturfeier trotzdem: „Einer von Ihnen wird eines Tages Bundeskanzler werden.“

Jörg Rohleder: „Lokalhelden“. Piper Verlag, München; 276 Seiten; 16,95 Euro.

AUTOREN

„Die Willkür einer Diktatur“

Der deutsch-türkische Schriftsteller Dogan Akhanli, 53, über seine Festnahme und die Vorwürfe, die die Staatsanwaltschaft in Istanbul gegen ihn erhebt

SPIEGEL: Herr Akhanli, Sie sitzen seit dem 10. August im Gefängnis, bei Ihrer Einreise, aus Deutschland kommend, wurden Sie festgenommen. Nun hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Was wirft man Ihnen vor?

Akhanli: Ich soll im Jahr 1989 an einem Überfall beteiligt gewesen sein, die Anklage lautet auf „Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung“. Die Vorwürfe sind absurd. Schon nach drei Tagen hätte ich freigelassen werden müssen. Aber die Staatsanwaltschaft hat sich entschieden, alle Dokumente und Zeugenaussagen, die mein Anwalt zu meiner Entlastung vorgelegt hat, zu ignorieren.

RAIMOND SPEKKING

Akhanli

SPIEGEL: Sie saßen zwischen 1985 und 1987 schon einmal aus politischen Gründen im Gefängnis, seit 18 Jahren leben Sie in Deutschland. Haben Sie mit einer Festnahme gerechnet?

Akhanli: Ich hielt es für unwahrscheinlich. Ich dachte, die Türkei hätte sich gewandelt, ihre Gerichte wären heute unabhängiger als früher. Aber ich habe mich wohl getäuscht. Die Willkür, der ich jetzt ausgesetzt bin, ist die einer Diktatur.

SPIEGEL: Warum?

Akhanli: Die Anklage beruht auf einer Zeugenaussage, die durch Folter erzwungen wurde, wie ein gerichtsmedizinisches Gutachten nachweist. Die Staatsanwaltschaft weiß das.

SPIEGEL: Wie geht es nun weiter?

Akhanli: Wenn ich nicht von einer lebenslangen Haftstrafe bedroht wäre, könnte ich über meine Situation wirklich lachen. Ich komme mir vor wie Franz Kafkas Romanfigur Josef K. – nicht nur, weil ich unschuldig verhaftet worden bin. In der Anklageschrift wird behauptet, ich wäre unter dem Decknamen „Dogan K.“ Kopf einer illegalen Organisation gewesen. Dabei ist die einzige Organisation, die ich je begründet habe, die Raphael-Lemkin-Bibliothek in Köln. Sie besteht aus einem einzigen Regal – es ist allerdings voller Bücher über den Völkermord an den Armeniern durch die türkische Armee.

An diesem Mittwoch öffnet die 62. Frankfurter Buchmesse. Aus diesem Anlass erscheint im SPIEGEL-Kulturteil ein Literaturschwerpunkt: Er beginnt mit einem Porträt von Buenos Aires, der Hauptstadt des diesjährigen Gastlandes Argentinien. Die Bewohner der Metropole haben gelernt, mit der Dauerkrise zu leben. Weitere Themen: Autoren, die im Ausland geboren wurden, aber auf Deutsch schreiben, und die drohenden dramatischen Veränderungen auf dem Buchmarkt durch illegale Raubkopien. Den Teil beschließt eine Kritik von Thomas Lehrs ambitioniertem 9/11-Roman „September“.

LITERATUR

Europa auf dem Kopf

Jede Zeit findet ihren Traumort: Im Augenblick ist Buenos Aires die wohl aufregendste Stadt der Welt. Wer die Gegenwart verstehen will, der sollte die Bücher von dort lesen, der sollte die Schriftsteller und Künstler kennen, die diese Metropole prägen. *Von Georg Diez*

Schließlich holt Marcos López noch eine Packung von dem bitteren braunen Mate-Tee, den er den ganzen Vormittag über geschlürft hat, er zeigt auf das Bild auf der Packung, und schon ist man mittendrin in diesem wunderbaren Vexierspiel, das Buenos Aires heißt.

„Aber dieser Mann, Señor López, dieser Gaucho, dieser harte Kerl, der hat so ein weiches Gesicht, so einen weiblichen Blick, hätte der keinen Schnurrbart, könnte man sagen, das ist eine Frau.“

„Das ist keine Frau.“

„Das ist eine Frau. Was hat das zu bedeuten?“

„Finden Sie es heraus.“ Er lächelt und nuckelt noch mal an seinem kleinen braunen Mate-Becher.

Nichts ist, wie es scheint, das ist die erste Lektion dieser Gauchostadt, dieser Machostadt, dieser Schwulenstadt, du Buenos Aires, Stadt der schönen Frauen, Tangostadt, Hundestadt, Psychostadt, Fleischfresserstadt, 15-Millionen-Raucher-Dorf, Großstraßenstadt, Kleinstraßenstadt, wo sich der Himmel mit so einer Härte und Klarheit über den Menschen aufspannt, als wollte er sagen, doch, doch, es ist alles genau so, wie es euch scheint.

López-Fotoarbeit „Suite Bolivariana“, 2009: *Psychedelisch und politisch, als hätte Andy Warhol Agitprop*

„Das Geheimnis von Buenos Aires, das ist es also, was Sie suchen?“, hatte Marcos López gefragt, ganz am Anfang, und dann hatte er seine Fotos gezeigt, grelle, wütende, psychedelische, politische Fotos, als hätte Andy Warhol Agitprop mit Playmobil nachgestellt; Plastikwelten, vom amerikanischen Kapitalismus angefressen, die revolutionären Wandmalereien des Diego Rivera in ein fernes Heute verlängert. Pop Latino nennt López das.

„Ich stelle mir immer erst einmal das Gegenteil von dem vor, was ist, was ich sehe“, sagt er. Zum Beispiel dieses Foto einer männlichen Meerjungfrau. Das Vorbild sitzt im Hafen von Kopenhagen und blickt versonnen ins Wasser. López hat sein männliches Modell an einem vermüllten Strand platziert, der Mann hat eine behaarte Brust, auffallend abstehende Ohren und starrt in die Kamera. Zorn und Stolz, das spricht aus diesem Bild. Wir sind wie ihr und sind doch nicht wie ihr.

„Mir geht es darum, die entwickelte Welt mit der unterentwickelten zu konfrontieren, und umgekehrt. Den Süden mit dem Norden, und umgekehrt. Ich nehme europäische Bilder und schiebe sie euch in den Rachen.“

Deshalb trifft Rembrandt auf Che Guevara. Deshalb ist das Bild seines Landes für Marcos López diese Frau mit dem durch die Hand gestochenen Messer und der Kette von Blutwürsten um den Hals. Deshalb ist die Grausamkeit, die Gewalt, die Tragik der argentinischen Geschichte genauso präsent wie der Humor, der sich gegen diesen steten Vergangenheitssog wehrt.

Buenos Aires also, Totenstadt, Schattenstadt, Geisterstadt. Was nun eher nicht nach jener beschwingten, globalen Großstadt klingt, die Menschen in Brooklyn oder Berlin-Mitte glühende Augen macht. Nach der Metropole des Moments, nach dem Ort, an dem die Gegenwart zu Hause ist, eine Gegenwart, die immer weiterwandert, von New York nach Berlin nach Shanghai, weiter und immer weiter auf der Suche nach sich selbst.

Es trifft sich also, dass Argentinien in diesem Jahr Ehrengast der Frankfurter Buchmesse ist, denn der Weltgeist hält sich gerade hier auf, findet sich in den Künsten, in der Literatur, vor allem aber in dieser Metropole, die selbst ein Stück Literatur ist: Buenos Aires, das uns hilft, die Gegenwart zu verstehen, gerade weil hier die Zukunft ein Gesicht hat, das unserer Vergangenheit aufs Verblüffendste ähnelt. Buenos Aires, eine Stadt der europäischen Ruhelosigkeit, eine Stadt der kapitalistischen Rumpeleien, der grandiosen Niederlage. Buenos Aires, das fremd ist und vertraut zugleich, was hier kein Gegensatz ist, sondern sich ergänzende Wirklichkeit.

Buenos Aires ist eine Stadt der Belle Époque und der schicken Moderne der fünfziger Jahre, jener Phasen eben, als die Einwanderer aus Europa, aus Italien vor allem, aus Spanien, auch aus Deutschland, in diesem Land die Zukunft suchten, die ihnen ihr alter Kontinent nicht mehr geben konnte. Inzwischen ist auch diese Zukunft alt geworden. Inzwischen ist der Abstieg des Westens kein Geraune mehr, sondern Tatsache. Inzwischen ist die Krise das Symbol einer neuen Generation.

Und Krise kann man eben in Buenos Aires. Es herrscht hier eine Melancholie des Verschwindens, die sich aber von der Apathie befreit hat und eine neue Energie freisetzt. Wenn in Mumbai das 21. Jahrhundert entsteht, weil es sich vom Westen frei gemacht hat, so zeigt sich in Buenos Aires das 21. Jahrhundert, das dem Westen verwurzelt bleibt. Die Stadt ist ein Wie-wir-wurden-was-wir-sind in XXL.

Denn so vieles hier ist, im eher verhalten gefeierten 200. Jahr der Mai-Revolution, Old Old Europe, nur größer, krasser, reicher. Die Boulevards und Parks des Viertels Recoleta etwa zeugen vom oligarchisch eingespielten Wohlstand, der vor hundert Jahren noch herrschte, als Argentinien zu den zehn reichsten Ländern der Welt gehörte. Inzwischen ist man auf Platz 49 abgerutscht, zwischen Lettland und Uruguay. Die Bürgerpaläste ragen trotzdem trotzig weiter zehnstöckig in den Himmel wie in einem manisch aufgeblasenen Paris.

Ein wenig weiter, im Stadtteil Palermo, schaut es aus wie eben in Brooklyn oder Berlin-Mitte, die Straßen voller jutetaschiger, pudelhaariger Gitarrenzupfer-Hipster, an jeder Ecke ein Fusion-Kitchen-Paradies mit peruanisch-japanischer oder skandinavisch-argentinischer Küche, schwarzen Wodkas und Ceviche mit Mango. Im Restaurant Olsen wächst der Kamin zwiebelförmig in den Himmel eines alten Lagerhauses, im Osaka bestellen sie um halb eins in der Nacht noch barstuhlweise rohen Fisch. Überall wabert die Musik. Ist das der brasilianische Sänger Seu Jorge, der David-Bowie-Songs singt?

Glocal, so nennen zurzeit die Kunstkuratoren auf der ganzen Welt diesen Zustand, dieses kreative Ideal, diese Hybridwirklichkeit. Glocal, das ist das Modewort, um diese schwer greifbare Übergangsgegenwart zu erklären. Glocal, das ist die Mischung aus Globalisierung und lokaler Kultur, und wer sehen will, wie das funktioniert, muss in die Glocalhauptstadt Buenos Aires fahren.

„Glocal“, sagt Valentina Liernur und lacht und schüttelt den Kopf. Sie ist schmal und klein und irgendwie punkrockig, obwohl sie nicht tätowiert ist, jedenfalls nicht auf den ersten Blick. Sie sitzt in einem Café am Rand von Palermo. Sie hat Augen, die einen anfunkeln.

„Dieser Ort ist leer“, sagt sie. „Es gibt so viel zu tun. Immer entsteht gerade etwas. Selbst wenn es Kopien sind. Wir sind so weit weg vom Rest der Welt. Wir sind ein Teenagerland. Wir sind roh, wir sind unreif. Wir haben so viele verschiedene Versionen der Wirklichkeit. Wir sind die Postmodernen.“

Liernur, 32, ist Malerin und zeitgemäß cool. Sie erfindet jede Saison einen neuen Stil für sich, sie sagt, dass Kunst wie Mode sein sollte, sie malte 2007 schrille Riesentableaus, 2008 eine Serie smarter Porträts für eine Ausstellung in einer Schule, 2009 spindelige Versuchsanordnungen in Schwarzweiß, 2010 abstrakte Streifenbilder. Sie ist ein Kind dieser Zeit, als die Wirklichkeit sich selbst durch ihre Kopie ersetzte.

Jorge Luis Borges ist tot, eine Art Proto-Postmoderner. „Ich suche noblere Realitäten“, so schrieb dieser Großgeist und Labyrinthdenker im Jahr 1930. Was Liernur und Borges verbindet, ist, dass sie sich in immer verschachtelteren Welten bestens zurechtfinden. Und das ist eben das Argentinien-Prinzip. Das hat damit

MARCOS LÓPEZ

mit Playmobil nachgestellt

zu tun, dass in diesem Einwandererland schon die Anfänge fließend sind. Mal hat sich der Grenzbeamte einfach verschrieben und einer ganzen Sippe damit einen neuen Namen geschenkt. Mal hat jemand einfach eine Biografie erfunden. Identität war hier immer ein Spiel. Bei dem man allerdings auch verlieren kann.

Geschichte ist in Argentinien ein Totenhaus, ganz direkt auf dem Friedhof von Recoleta, wo die marmornen Grabhäuser eine Stadt der Toten bilden, in der ein amerikanischer Dichter mal den Verstand verloren hat und sich die Gefilde der Toten unterirdisch ausbreiten und eine Welt unter dieser Welt bilden.

Geschichte ist aber vor allem ein Schlachtfeld, wo Nachbarn verschwinden, wie in den Jahren der Militärdiktatur 1976 bis 1983; wo die Gelder von Konten verschwinden, wie in der Finanzkrise vom Dezember 2001; wo auch Menschen wieder auftauchen, wie das gerade passiert: Als die Junta in den siebziger Jahren massenweise mordete, wurden die Kinder der Toten zur Adoption freigegeben. Heute sind es die Großeltern dieser Kinder, die sich auf die Suche machen – und 30-Jährige finden, die nicht nach Schuld suchen, sondern nach ihrer Identität. Auf großen Plakaten wird in Buenos Aires gerade für ein Theater geworben, in dem sich einige dieser verschollenen Kinder auf die Bühne stellen und ihre Geschichte erzählen. Geisterstunde.

Was all das an Misstrauen in die Wirklichkeit bedeutet, was all das für tiefergehende Folgen für ein Land hat, lässt sich schwer ermessen. Man sagt, dass es in Buenos Aires mehr Psychoanalytiker gibt als irgendwo sonst auf der Welt. Die Realität hat Löcher, das lernt man hier sehr früh. Hinter jeder Wahrheit steckt eine Lüge, das ist Common Sense, hinter jeder Mauer ein Folterer, ein Dichter, ein Gitarrenspieler. Nichts ist, wie es scheint. Die Welt steht kopf.

Und das ganz im Wortsinn. Schließlich ist man hier im Süden der Welt. Kinder im Norden meinen, dass die Menschen hier von der Erde purzeln, und die Argentinier scheinen sich nicht so sicher zu sein, ob das nicht stimmt. Ihr Unbehagen hat auch damit zu tun, dass sie immer wieder bergauf schauen müssen.

Gleichzeitig ist der Süden als Symbol einer sich wandelnden und sich in kulturellen Archipelen organisierenden Welt eines der großen Themen der nächsten Jahrzehnte, eine Quelle auch für Selbstbewusstsein. Städte wie Johannesburg, Lagos oder Buenos Aires werden zu soziologischen, ästhetischen und kulturellen Forschungsobjekten und Inspirationsgebern zugleich.

Fotograf López, Werke: *„Finden Sie es heraus“*

Magazinmacher Boerr, Yarde: *„Wir rächen uns an dem Müll“*

„Megalomanie und Wankelmut“, so nennt der Schriftsteller César Aira diese Mischung, diesen argentinischen Zustand. Er steht vor einem jener Riesenpaläste in der Innenstadt, die das fast schon hysterische Versprechen von Reichtum erahnen lassen, das um das Jahr 1900 so viele geschundene Europäer hierher brachte. Die Familie Paz, die den Palast gebaut hatte, erzählt Aira, zog es dann doch vor, im Hotel schräg gegenüber zu wohnen, wenn sie in der Stadt war, ihr Palast war einfach zu groß.

César Aira mag solche Geschichten. Er ist nicht nur Großmeister der kleinen Form, des schmalen, dafür aber philosophisch aufklappbaren und zum Teil verwirrend schönen Romans. „Je länger ein Buch ist“, sagt er, „desto weniger ist es Literatur.“

Aira ist vor allem auch ein Geschichtenerzähler, der nicht nur weiß, in welchem Lokal Che Guevara in den fünfziger Jahren gern gegessen hat, als er sich noch für schnelle Autos interessierte. Er kennt die Tragik oder die Pointe zu jedem Haus in dieser Gegend.

Gleich hinter dem Palast der Familie Paz etwa ist die Wohnung von Jorge Luis Borges, auch für César Aira das Genie des Schreibens und Denkens, nicht nur in Argentinien. Als es nun einmal in einem Teil des Palastes brannte und die Straßen voller Feuerwehrautos waren und Borges’ Mutter stundenlang vom Balkon aus die Löschversuche verfolgte, lag Borges auf seinem Bett und las. Das ist, ganz kurz gefasst, das Literaturverständnis, das auch Borges’ Enkel prägt.

Es ist keine weltabgewandte Literatur, eher eine weltsüchtige, die aber der Welt, so wie sie sich darstellt, misstraut. Warum zum Beispiel soll das Feuer dort draußen wirklicher sein als das Feuer in meinem Kopf? Realismus, sagt Aira, sei nur dann

Marcos López **Marcos López**
Ediciones Larivière, Buenos Aires;
234 Seiten; 55 Euro.

Schriftsteller Aira: *„Je länger ein Buch ist, desto weniger ist es Literatur“*

FOTOS: SUB COOPERATIVE

Malerin Liernur: *„Wir sind ein Teenagerland, wir sind roh, wir sind unreif“*

eine Option, wenn er auch delirierend sein kann. Wirklichkeit und Wahn.

Und so ist es ein verwirrender Reichtum, den man in dieser Woche auf der Buchmesse in Frankfurt entdecken kann. Da ist Martín Kohan mit seinem fast psychologischen Erzählen („Sittenlehre“). Da ist der eher epische Alan Pauls, der mit „Geschichte der Tränen“ ein so privatistisch wie politisches Buch vorstellt. Da ist der Referenzzauber von Ricardo Piglia („Ins Weiße zielen“). Da ist Ariel Magnus, dessen Roman „Ein Chinese auf dem Fahrrad“ eine umgekehrte antisemitische Phantasie erzählt, bei der die argentinischen Juden die argentinischen Chinesen der Weltverschwörung bezichtigen, worauf ein Jude entführt wird, der keiner ist, und eine Chinesin auftaucht, die auch keine ist.

Aira, 61, ist dabei wohl der experimentellste Autor seines Landes, mit seinem Ideentheater eher in der Tradition von Borges als in der des surrealen Erzählens von Julio Cortázar oder des sozial engagierten Schreibens von Roberto Arlt. Dabei, so sagt Aira selbst, sei er im Grunde gar kein Romanschriftsteller, eher eine Art visueller Künstler. Er wolle einen Roman schreiben, der wie ein Bild ist. Und Marcel Duchamp ist sein Held.

César Aira
Gespenster
Aus dem Spanischen von Klaus Laabs. Ullstein Verlag, Berlin; 176 Seiten; 18 Euro.

Die optische Kraft und Klarheit bestimmen dann auch seinen vielleicht besten Roman, „Humboldts Schatten“ aus dem Jahr 2000, in dem er die Geschichte eines deutschen Reisemalers des 19. Jahrhunderts erzählt und dabei nicht nur die halluzinogene Wirkung der Anden und der Pampa aufscheinen lässt, sondern sich davon bis zur Frage nach dem Ursprung unserer Wahrnehmung der Welt zurücktreiben lässt.

Aira schreibt langsam, aber stetig, etwa 70 Bücher sind es inzwischen, ein vielgestaltiges und faszinierendes Werk, von dem auf Deutsch erst ein kleiner Teil erschienen ist. Mal treibt er das argentinische Spiel mit der Fälschung so weit, dass aus zwei 100-Peso-Scheinen ein Monument avantgardistischer Dichtung erwächst („Die nächtliche Erleuchtung des Staatsdieners Varamo“), mal dreht eine fast klassische Mittelschichtskrisengeschichte in eine surreale Gender-Posse ab („Die Nächte von Flores“). Immer verbindet er in der Borges-Tradition Essayismus und Erzählung.

Sein Roman „Gespenster“ nun ist eigentlich ein alter, von 1990, in dem Aira ein ähnliches ästhetisches Umkehrungsprinzip verwendet wie der Fotograf Marcos López. „Ich suchte“, sagt Aira, „das Gegenteil einer klassischen Gespenstergeschichte. Sie spielt nicht in Ruinen, sondern auf einem Neubau. Nicht in der Nacht, sondern im gleißenden Tageslicht.“ Die Geister, die sich im verschwommenen Buenos Aires versammeln, tanzen nackt durch die Luft und locken am Ende ein junges Mädchen in den Tod. Oder, so klar ist das nicht, zur ewigen Party.

Martin Boerr steht am Rand der Tanzfläche, er hat einen Gin Tonic in der Hand und schaut auf das wogende Hedonistenmeer. Es ist Samstag, fünf Uhr. Neben ihm steht sein Freund Agustín Yarde Buller. Beide sind 21. Sie sind die Kinder des ganzen Wahns. Sie haben eine gute Antwort: „Wir rächen uns an dem Müll, indem wir ihn in was Schönes verwandeln.“

Die beiden studieren Mode, sie sind Teil jener Generation, für die Globalisierung eine Selbstverständlichkeit ist und glocal ein Wort für ältere Herren mit Brille. Sie schaffen sich ihre Realität selbst, gerade arbeiten sie an der neuen Ausgabe ihres sehr selbstbewusst stylischen Online-Magazins Libertarian. Das Thema: Create Your Own Adventure. Oder auch: Du bist dein eigenes Abenteuer.

„Wir suchen“, ruft Agustín über den Elektro-Beat hinweg, „weißt du, wir suchen ständig. Wir sind sehr spirituell. Wir lieben Patagonien, wir sind fasziniert von Machu Picchu, dieser Ruinenstadt in Peru. Willst du noch einen Gin Tonic?“

Martin und Agustín tragen enge Hosen und die Haare lang in die Stirn gekämmt, und sie haben immer ein paar sehr hübsche Mädchen um sich, die sich beschweren, dass alle guten Jungs in Buenos Aires schwul seien. Wenn sie nicht trinken, tanzen oder dies oder das rauchen, reden sie über die Französische Revolution, Freigeister oder Sofia Coppola. „Wenn man nichts fühlt“, sagt Martin, „dann ist das doch auch ein Gefühl.“

Agustín kommt mit den Drinks zurück. Er sagt etwas zu den Mädchen, das eine trägt eine große Brille, das andere ein großes Lachen. Sie zaubern noch etwas. Dann verschmelzen sie mit der Musik. Sie werden nicht von der Erde fallen.

„tot167“

Bislang bedienten sich Raubkopierer vor allem bei Musikdateien. Nun finden sich auch immer mehr illegale Buchkopien im Netz. Die Verlage haben keine Strategie.

Niemand weiß, wer er ist. Nur eines ist sicher, er ist ungeheuer fleißig – und er arbeitet illegal. Seit „tot167“, so sein Tarnname, im Internet tätig ist, hat er rund 10 000 Buchtitel ins Netz gestellt, hauptsächlich naturwissenschaftliche Fachbücher. In bester Qualität. Und jeder, der auf sein Diebesgut stößt, kann sich dort bedienen, umsonst.

Die Verlage sind ratlos. Sie wissen nicht, wie sie gegen „tot167“ und seine Raubzüge vorgehen sollen. Ihnen droht nun, was bei Musik, Kinofilmen oder TV-Serien längst Alltag ist: immenser wirtschaftlicher Schaden durch Internetpiraterie. Unzählige Bücher sind mit ein paar Klicks im Netz zu finden – illegal und kostenlos.

Und beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main, dem Branchenverband der Buchindustrie, ist sogar zu hören, dass viele Verlage keine Ahnung davon haben, dass sich ihre Bücher schon jetzt an jeder Ecke im Netz finden.

Die Buchlobbyisten kämpfen immer noch vor allem gegen die bekannten Tauschbörsen im Internet, doch in Wahrheit spielen die für den illegalen Büchermarkt so gut wie keine Rolle. Die meisten Bücher liegen stattdessen, eingescannt oder raubkopiert, auf Servern irgendwo in Russland oder Erfurt zum direkten Runterladen bereit.

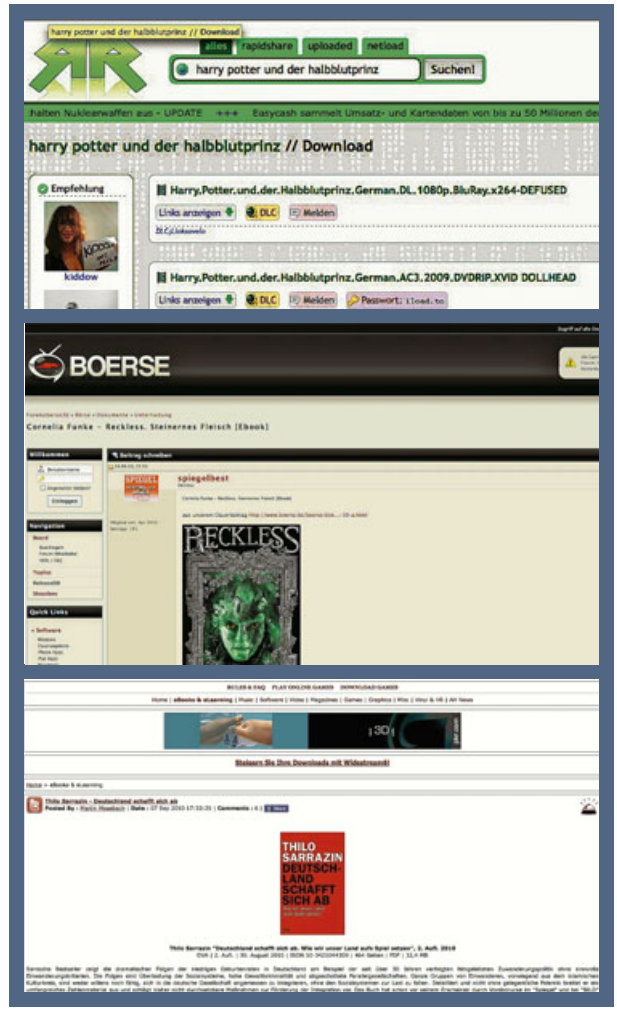
Sucht man zum Beispiel nach Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“, findet man über Suchmaschinen ohne größere Anstrengung 30 Fundstellen. Die Plattformen heißen avaxhome.ws, boerse.bz oder raidrush.ws.

Neben aktuellen Erfolgstiteln lagern auf den Servern bislang vor allem Fachbücher. Medizinstandardwerke zum Beispiel. In gedruckter Form sind sie teuer und schwer. Und jede Studentengeneration benötigt sie aufs Neue.

Je schöngeistiger ein Werk, desto seltener war es bislang im Netz zu finden, doch inzwischen geraten auch zunehmend die Belletristikverlage in Bedrängnis.

Henning Mankells Bestseller „Der Chinese“ , ein Krimi aus dem Jahr 2008, etwa ist vielerorten im Netz abrufbar. Noch gravierender wird das Problem bei aktuellen Hörbüchern: Sowohl Cornelia Funkes Neuerscheinung „Reckless“ als auch Natascha Kampuschs Tagebuch „3096 Tage“ sind leicht herunterzuladen. Und zu den Audioversionen von Jussi Adler-Olsens Dänemark-Krimis „Schändung“ und „Erbarmen“ finden sich Links in mehr als zehn Blogs. Doch als Rekordhalter bei den geraubten Werken gilt die „Harry Potter“-Serie von Joanne K. Rowling, egal ob als Textdatei, Hörbuch oder elektronisch als E-Book.

Die Zahl illegaler Downloads steigt rasant an, seitdem elektronische Lesegeräte wie das iPad oder Kindle auf dem Markt sind. Zudem werden immer mehr gedruckte Bücher auch digitalisiert und sind dadurch leichtes Diebesgut.



RAIDRUSH.ORG (O.); BOERSE.BZ (M.); AVAXHOME.WS (U.)

Download-Plattformen: *Leichtes Diebesgut*

Der Münchner Urheberrechtsexperte Björn Frommer sagt: „Die Buchindustrie steht jetzt vor der Situation wie die Musikindustrie kurz vor Markteinführung des iPod. Es gibt zwar diverse Geräte, aber keines davon konnte bisher den Markt so elektrisieren, dass die Leute darauf ihre Bücher lesen wollen.“

Ist dieses Gerät erst einmal auf dem Markt, wird die Zahl der Raubkopien massiv zunehmen, schätzen Experten.

Um eine Alternative zu den illegalen Downloads zu bieten, konzentrieren sich die Verlage derzeit vor allem darauf, eigene Download-Portale zu schaffen. Helge Malchow beispielsweise, verlegerischer Geschäftsführer beim Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch, sagt: „Wir müssen so schnell wie möglich noch mehr tun, um komfortable und umfangreiche legale Download-Plattformen anbieten zu können.“ Dass der Kampf allein damit nicht gewonnen werden kann, ahnt, wer sich Libreka anschaut. Libreka ist die verlagsübergreifende Download-Plattform des Börsenvereins. Sie sei „komfortabel“ und „umfassend“, wirbt der Betreiber selbstbewusst. Und, ach ja, natürlich auch legal. Alles richtig, nur genutzt wird sie so gut wie gar nicht.

Der eigentliche Kampf gegen die weltweiten Raubkopierer wird auch nicht in Frankfurt, sondern aus einer etwas heruntergekommenen Wohnung im Berliner Stadtteil Mitte geführt. Bücher stapeln sich dort, Tageszeitungen liegen herum; es gibt Bier und Wodka. „Willkommen beim Weltmarktführer“, sagt Manuel Bonik.

Bonik, 46, ist eigentlich Kulturwissenschaftler. Er hat einen Kollegen namens Andreas Schaale, 46, der eigentlich Physiker ist. Aber nun durchforsten die beiden professionell und gegen Geld das Internet.

Mit einer Handvoll freier Mitarbeiter arbeiten sie für Firmen, die mit Verlagen wie Springer, Thieme, DTV oder Lübbe kooperieren. Boniks und Schaales Job: die illegalen Kopien finden und bestenfalls gleich entfernen.

Das ist in der Praxis oft gar nicht so schwer, wie es scheint. „Große Filehoster wie Rapidshare oder Depositfiles sind kooperativ, richten mitunter sogar eigene Löschzugänge ein“, sagt Bonik.

Manchmal finden die Internetgendarmen bei ihrer Suche illegal ins Netz gestellte Zeitschriften, zum Beispiel auch SPIEGEL-Ausgaben, bei denen sich allerdings jemand die Mühe gemacht hat, die Werbeanzeigen mit einer Software sorgfältig herauszuschneiden. Gelegentlich stoßen Bonik und Schaale sogar auf Fachbücher, die offenbar über Scanner an Universitäten in die digitale Welt gebracht wurden.

Noch sind die Dauerhits im Netz Titel wie „Sportbootführerschein Binnen“ oder „Richtiges Verhalten im Strafverfahren“. „Suhrkamp“, sagt Bonik, „läuft gar nicht.“

MARTIN U. MÜLLER

JENS OELLERMANN / LUCHTERHANDVERLAG

ISOLDE OHLBAUM

BEOWULF SHEEHAN / PEN / OPALE

BERND KAMMERER / ACTION PRESS

Schriftsteller Bodrožić, Rabinovici, Bronsky, Nadj Abonji: *Erzählen vom Leben zwischen zwei Kulturen*

Tochtersprache

Romane von Migrantenkindern prägen diesen Bücherherbst. Sie liefern eine Außenansicht aus dem Inneren des Landes.

Die Sprache ist eine Frage der Ehre. In der Sprache fassen wir, wer wir sind. Oder, schöner, wer wir sein wollen.

Da gibt es Worte wie „Integration“, die sind eckig und sperrig und können verletzen. Sie sind wie Werkzeuge, die man benutzt, um eine Gesellschaft zusammenzuschrauben. Es gibt aber auch Worte wie „Apfelkuchen“, die riechen und schmecken, die sind schön und schlicht und führen zurück in eine Kindheit, die vielleicht nie war.

„Wenn ich mit Arjeta über den Krieg reden wollte, nickte sie meine Fragerei nur ab, so, als habe sie mir eigentlich schon alles erzählt und wolle lieber Apfelkuchen mit mir backen. Kauf doch mal richtig gute Äpfel, sagte sie dann, und ich wusste, gute Äpfel waren wie gute Stille für Arjeta.“

Die gute Stille, nach all den lauten, schrillen Sarrazin-Wochen. Die Sätze sind aus dem Roman „Das Gedächtnis der Libellen“ von Marica Bodrožić, der im Grunde nichts zu tun hat mit dem „Lump“, so schmähte der Schriftsteller Feridun Zaimoglu Thilo Sarrazin. Und trotzdem verändern diese Diskussionen den Blick auf so eine Liebesgeschichte, die vor allem und manchmal fast zitternd von der Frage handelt, wie man als Fremde in diesem Land leben kann.

Fremde? Bodrožić, 37, wurde in Dalmatien geboren und kam mit zehn Jahren nach Deutschland. „Ich mag Leute, die sich fremd in fremden Sprachen werden“, schreibt Bodrožić, „bis die fremden Sprachen ihre Sprachen werden, bis alles fremd wird im Detail, weil doch das Menschsein an sich, en gros und en détail, das Fremde ist.“

Was also ist das, was vier Schriftsteller hervorbringen, die diesen deutschen Bücherherbst prägen? Fremdenliteratur? Puh. Migrantenliteratur? Klingt nach schmutzigem Bündel auf dem Buckel. Einwandererliteratur? Klingt doch nach Goethe-Institut-Herablassung. Am besten, man spricht einfach von sehr guten deutschen Romanen.

Sie sind sinnlich, philosophisch, lustig, suchend. Etwas aber verbindet diese vier unterschiedlichen Bücher, „Das Gedächtnis der Libellen“ von Marica Bodrožić und „Die schärfsten Gerichte der tatarischen Küche“ von Alina Bronsky sowie die für den Buchpreis nominierten Romane „Tauben fliegen auf“, von Melinda Nadj Abonji, und „Andernorts“, von Doron Rabinovici: Für diese Autoren ist Deutsch nicht die Muttersprache. Und ihre Romane zeigen, um wie viel verwickelter das Ankommen, Wegwollen, Angenommenwerden, Nichtangenommenwerden ist, als es mit der Biedermeierlichkeit der bürokratischen Begriffe zu fassen ist.

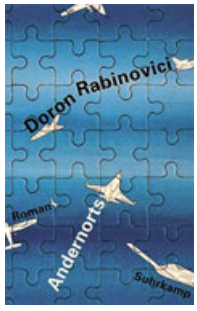
„Mutter und Vater haben tagsüber gearbeitet, Nomi und ich, wir haben mit ihnen gekocht, die Wäsche gemacht, wir sind zum Spielplatz gegangen, hinter dem Haus, eine Rutschbahn, zwei Schaukeln, ein abgedeckter Sandkasten, wir ließen den Schnee schaukeln, wir haben Eier geformt, aus Schnee, legten sie auf die Stufen der Rutschbahn, wo sind die Hühner, hat Nomi gefragt, warum kräht kein Hahn?, warum sieht man niemanden?“

So, in weit ausschwingenden Sätzen erzählt Melinda Nadj Abonji, 42, in „Tauben fliegen auf“ von der Familie Kocsis, die in den siebziger Jahren aus Jugoslawien in die Schweiz auswandert und dort einer seltsamen, fremden Beherrschtheit begegnet.

Nadj Abonjis Roman ist ein Sprachkunstwerk, weil durch jeden Satz die Sehnsucht nach dem Land der Großeltern schimmert, die immer bleibt, egal wie lang jemand schon weg ist.

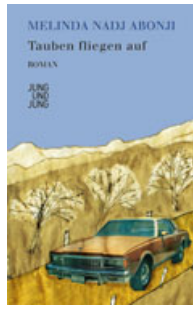
In der Fremde ist die Sprache überlebensnotwendig. Ein einzelner Buchstabe kann darüber entscheiden, ob man nach Hause findet. Nach ihrer Ankunft verirren sich die Töchter der Kocsis’ im neuen Stadtviertel. „Todistrass?“, fragen sie die Passan-

Marica Bodrožić
Das Gedächtnis der Libellen
Luchterhand Literaturverlag, München;
256 Seiten;
19,99 Euro.



Doron Rabinovici
Andernorts
Suhrkamp Verlag, Berlin;
288 Seiten;
19,90 Euro.

Alina Bronsky
Die schärfsten Gerichte der tatarischen Küche
Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 320 Seiten; 18,95 Euro.



Melinda Nadj Abonji
Tauben fliegen auf
Verlag Jung und Jung, Salzburg;
320 Seiten;
22 Euro.

ten. Achselzucken. Bis endlich einer versteht: „Tödistrasse“.

Die Eltern rackern sich ab und passen sich bis zur Selbstverleugnung an, für ein bisschen Wohlstand und für die Bildung der Kinder. Nadj Abonji, die mit fünf Jahren in die Schweiz kam, berichtet, dass sie es als Mädchen gewohnt war, für ihre Eltern zu übersetzen. Deutsch, das eben nicht die Sprache ihrer Mutter war, wurde bald die Tochtersprache.

Es sind so vor allem Töchter und Söhne, die in diesen Romanen vom Leben zwischen zwei Kulturen erzählen, von der Erinnerung an die Kindheit, von den Verwirrungen, die dieses zerhackte Leben mit sich bringt. Die neue Sprache zu beherrschen, besser zu beherrschen als die Einheimischen, war für sie der erste Schritt zu Selbstbestimmung. Geblieben ist ihnen eine Genauigkeit der Worte und ein gutes Ohr für die Missklänge, Verletzungen und Lügen, die in der Sprache stecken.

Alina Bronsky, 31, etwa ließ in ihrem ersten Roman „Scherbenpark“ ihre Heldin vom „blinden Regen“ sprechen: eine wörtliche Übersetzung einer russischen Redewendung, die beschreibt, dass es gleichzeitig regnerisch und sonnig ist. Eine Metapher fürs Hiersein und Nichthiersein – sich selbst verbietet Bronsky solches Verrutschen zwischen den Sprachen.

Es geht bei guter Literatur immer darum, das Unerhörte zur Sprache zu bringen.

„Die Situation der Autoren, die nach ihrer Emigration weiter in ihrer Muttersprache schreiben, kommt mir beklemmend und einsam vor“, sagt die Schriftstellerin. Als sie 13 Jahre alt war, zog sie mit ihren Eltern aus Jekaterinburg nach Marburg. Sie fand Deutschland damals vor allem sauber, hier könne man mit Strümpfen auf den Straßen gehen.

Die Heldin ihres böse-komischen Romans „Die schärfsten Gerichte der tatarischen Küche“ ist eine Großmutter, die eine Zeitlang als Putzfrau in Deutschland arbeitet. Für sie ist es kein harter Job. Sie erledigt ihn mit Eleganz. Der Autorin Bronsky erlaubt dieser Kunstgriff den Blick hinter deutsche Häuserfassaden. Sie entdeckt dort Reinlichkeitswahn, Depression, Notgeilheit.

Die Komik des Doron Rabinovici, 48, ist eine andere. Sie entsteht aus der komplizierten Mischung von Biografie, Geschichte und Eitelkeit – in seiner Familienfarce „Andernorts“ improvisiert er, ohne es zu wollen, auf Sarrazins Aberwitztheorie vom Juden-Gen, er macht sich selbst den größten Spaß, die Fragen von Herkunft und Vererbung auf unentwirrbare Weise zu verschleiern.

Es geht um das Hin und Her des österreichischen Juden Rosen zwischen Wien und Tel Aviv, es geht um einen nichtjüdischen Konkurrenten, der doch der eigene Bruder ist, und um einen übermächtigen Vater, der schließlich doch nicht der biologische Vater ist. Fremde, sagt Rabinovici, ist nichts, was von außen kommt; Fremde ist etwas, das man in sich trägt.

Er selbst kam als dreijähriger Junge nach Österreich und erinnert sich, wie er da mit seiner Mutter durch Wien lief und irgendwelche Männer auf Hebräisch beschimpfte: „Du Esel, ich bin so klein und kann bereits sprechen, und du bist so groß und verstehst mich nicht.“ Bald aber wurde ihm das Deutsch eine Art Heimat, er wollte ihm „leidenschaftlich näherkommen“ – und zeigt in seinem Roman die Grenze auf, die immer bleibt.

„Letztlich“, sagt Rabinovici, „geht es bei guter Literatur immer darum, das Unerhörte zur Sprache zu bringen, bis die Geschichte des anderen zu der unseren wird.“ Was auch eine einleuchtende Beschreibung dafür ist, warum „Integration“ ein einseitiges Wort ist für ein einseitiges Gesellschaftskonzept, das die Veränderung ausspart, die Einwanderung auf beiden Seiten bewirkt. Und hier kommt die Literatur ins Spiel: „Schlage ich einen Roman auf“, so Rabinovici, „will ich mich befremden lassen.“

Man könnte auch sagen: Gerade weil sie fiktional sind, hat in diesen individuellen Geschichten das Erzählte eine umfassendere Gültigkeit. Es geht nicht um den einzelnen Fall, nicht um die eine erfolgreiche türkische Apothekerin, nicht um den einen kriminiellen albanischen Jugendlichen. Es geht nicht um Statistiken oder Zahlen, es geht um Substantive und Adjektive.

Wie wichtig diese Außenperspektive von innen ist, haben Länder wie die USA oder England längst begriffen, wo Autoren wie Salman Rushdie, Aleksandar Hemon und Kazuo Ishiguro einen Reichtum an Fremdheit mit sich bringen, eine Qualität, die auch Vladimir Nabokov oder Joseph Conrad auszeichnete. In Deutschland geht diese Tradition mindestens bis zu Adelbert von Chamisso zurück.

In der Gegenwartsliteratur macht es gerade den Reiz aus, dass das Deutsch einer Terézia Mora in Melodie und Rhythmus eine ungarische Unterströmung hat, dass die Sprache eines Maxim Biller von entschiedener Klarheit ist, dass Feridun Zaimoglu mit solch orientalischer Üppigkeit erzählt.

„Das Einzige, was wir aber wirklich tun können, ist über unser Leben zu erzählen“, heißt es im Roman von Marica Bodrožić. „Ohne diese Inventur des eigenen Inneren bleiben wir lebensblind. Um uns zu sehen, brauchen wir den anderen.“

Und das gilt eben für alle, Kopftuchmädchen, Fremdländer, Inländer, Deutsche, zugleich. Georg Diez, Claudia Voigt

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (1) **Cornelia Funke**
Reckless – Steinernes Fleisch
Dressler; 19,95 Euro

2 (2) **Jussi Adler-Olsen**
Schändung
dtv; 14,90 Euro

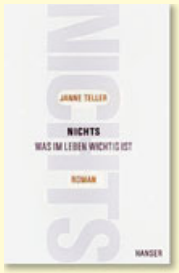
3 (3) **Jussi Adler-Olsen**
Erbarmen
dtv; 14,90 Euro

4 (5) **Ildikó von Kürthy**
Endlich!
Wunderlich; 17,95 Euro

5 (4) **Jonathan Franzen**
Freiheit
Rowohlt; 24,95 Euro

6 (6) **Tommy Jaud**
Hummeldumm
Scherz; 13,95 Euro

7 (11) **Janne Teller**
Nichts – Was im Leben wichtig ist
Hanser; 12,90 Euro



Dänischer Skandaljugendroman über die Skrupellosigkeit von Kindern

8 (8) **Ferdinand von Schirach**
Schuld
Piper; 17,95 Euro

9 (10) **Isabel Allende**
Die Insel unter dem Meer
Suhrkamp; 24,90 Euro

10 (9) **Bernhard Schlink**
Sommerlügen
Diogenes; 19,90 Euro

11 (12) **Joy Fielding**
Das Verhängnis
Goldmann; 19,99 Euro

12 (7) **Derek Landy**
Skulduggery Pleasant – Sabotage im Sanktuarium Loewe; 16,90 Euro

13 (14) **Justin Cronin**
Der Übergang
Goldmann; 22,95 Euro

14 (18) **Leonie Swann**
Garou – Ein Schaf-Thriller
Goldmann; 19,95 Euro

15 (15) **Stephenie Meyer**
Bis(s) zum Ende der Nacht
Carlsen; 24,90 Euro

16 (13) **Karin Slaughter**
Entsetzen
Blanvalet; 19,99 Euro

17 (–) **Félix J. Palma**
Die Landkarte der Zeit
Kindler; 24,99 Euro

18 (17) **John Grisham**
Das Gesetz
Heyne; 19,99 Euro

19 (–) **François Lelord**
Hector und das Wunder der Freundschaft Piper; 16,95 Euro

20 (–) **Laura Brodie**
Ich weiß, du bist hier
dtv; 14,90 Euro

Sachbücher

1 (1) **Thilo Sarrazin**
Deutschland schafft sich ab
DVA; 22,99 Euro

2 (2) **Natascha Kampusch**
3096 Tage
List; 19,95 Euro

3 (3) **Kirsten Heisig**
Das Ende der Geduld
Herder; 14,95 Euro

4 (4) **Roger Willemsen**
Die Enden der Welt
S. Fischer; 22,95 Euro

5 (5) **Stephen Hawking / Leonard Mlodinow**
Der große Entwurf Rowohlt; 24,95 Euro

6 (11) **Peer Steinbrück**
Unterm Strich
Hoffmann und Campe; 23 Euro

7 (9) **Margot Käßmann**
In der Mitte des Lebens
Herder; 16,95 Euro

8 (7) **Thilo Bode**
Die Essensfälscher
S. Fischer; 14,95 Euro

9 (6) **Ulrich Detrois**
Höllenritt – Ein deutscher Hells Angel packt aus Econ; 18 Euro

10 (10) **Eckart von Hirschhausen**
Glück kommt selten allein …
Rowohlt; 18,90 Euro

11 (8) **Jonathan Safran Foer**
Tiere essen
Kiepenheuer & Witsch; 19,95 Euro

12 (17) **Hannes Jaenicke**
Wut allein reicht nicht
Gütersloher Verlagshaus; 22,95 Euro

13 (15) **Michael Mittermeier**
Achtung Baby!
Kiepenheuer & Witsch; 14,95 Euro

14 (–) **Joachim Gauck**
Winter im Sommer – Frühling im Herbst Siedler; 22,95 Euro

15 (12) **Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja, wie viele? Goldmann; 14,95 Euro

16 (13) **Claude Lanzmann**
Der patagonische Hase
Rowohlt; 24,95 Euro

17 (14) **Roman Maria Koidl**
Scheißkerle Hoffmann und Campe; 17 Euro

18 (16) **Julia Heilmann / Thomas Lindemann**
Kinderkacke – Das ehrliche Elternbuch Hoffmann und Campe; 15 Euro

19 (18) **Manfred Lütz**
Irre! Wir behandeln die Falschen
Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro

20 (–) **Margarete Mitscherlich**
Die Radikalität des Alters
S. Fischer; 18,95 Euro

Die Psychoanalytikerin beschreibt, wie der Lebensabend die Sicht auf die Dinge verändert

CARLO LANUTTI

BÜRGERBEWEGUNGEN

„Die Furcht besiegt“

Der Dirigent Kurt Masur über seine Rolle bei der friedlichen Revolution im Herbst 1989, das Kunstverständnis von Erich Honecker und die Einträge in seiner Stasi-Akte

Masur, 83, gilt als einer der bedeutendsten deutschen Dirigenten. Von 1970 bis 1996 leitete der gebürtige Schlesier das Leipziger Gewandhausorchester, außerdem stand er von 1991 an auch den New Yorker Philharmonikern vor. Seit acht Jahren ist er international als Gastdirigent tätig. Am 17. Oktober erhält er den angesehenen Echo-Klassik-Preis für sein Lebenswerk.

SPIEGEL: Herr Professor, Sie gelten als einer der Männer, die einen blutigen Ausgang der Montagsdemonstrationen in Leipzig 1989 verhindert haben. Als die Situation zu eskalieren drohte, sendete der Stadtfunk Ihren Aufruf: „Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“ Und tatsächlich blieb es friedlich. Was ist geblieben vom Geist dieser Zeit?

Masur: Ich antworte nicht gern darauf. Der Geist jener Zeit ist ziemlich ermattet und hat nicht für alle Menschen zu einem guten Ende geführt. Eine große Zahl hat mehr unter der Wiedervereinigung gelitten, als durch sie gewonnen. Viele sind richtiggehend verzweifelt.

SPIEGEL: Von welcher Verzweiflung sprechen Sie?

Masur: Ich weiß von einigen, die den Freitod gewählt haben, weil sie alle Verlässlichkeiten in ihrem Leben verloren hatten. Blicken Sie einmal in die Augen der jungen Leute. Aus den meisten war bereits ein Jahr nach der Wiedervereinigung alles Leuchten gewichen. Einerseits ist da die Arbeitslosigkeit, das Gefühl, überflüssig zu sein. Andererseits bemüht sich ein großer Teil dieser Generation gar nicht erst um einen Arbeitsplatz. Sie machen die Erfahrung, dass es sich mit der Unterstützung vom Staat und ein bisschen Verdienst nebenbei ganz gut leben lässt.

SPIEGEL: Sie klingen enttäuscht. War Ihre Hoffnung 1989 so gewaltig?

ARAM RADOMSKI

Montagsdemonstration in Leipzig 1989: *„Wir bitten um Besonnenheit“*

Kapellmeister Masur in Rom
„Die wussten: Mit dem stimmt nicht alles“

Masur: Das war der Himmel auf Erden. Ich habe nie wieder so viele glückliche Gesichter gesehen wie an jenem 9. Oktober. Eine friedliche Revolution. Sie war ja auch ein Beweis dafür, dass die Menschen in der DDR gelernt haben, politisch sehr bewusst zu handeln. Ich bin noch immer beeindruckt von ihrer Klugheit, auch von der Besonnenheit der Streitkräfte. Es ist an diesem Tag nicht einmal eine Fensterscheibe zu Bruch gegangen.

SPIEGEL: Haben Sie die Ereignisse wirklich als Revolution erlebt?

Masur: In gewisser Hinsicht schon. Die 17-Jährigen, die 18-Jährigen, die haben sich an diesem Tag von ihren Eltern verabschiedet, als zögen sie in den Krieg. Doch für alle war das Maß voll. Alle haben sich über ihre Angst hinweggesetzt, die Furcht besiegt. 70 000 Menschen.

SPIEGEL: Rund um Leipzig standen Militäreinheiten in Alarmbereitschaft.

Masur: Das ahnten wir aber nur. Wir hatten in der Zeitung gelesen, dass die Proteste im Zweifel mit Waffengewalt niedergeschlagen werden sollten. Daraufhin hatten sich bei mir Vertreter des Neuen Forums gemeldet. Mein Büro im Gewandhaus hatte sich an jenem Tag zu einer Art Verbindungszentrale entwickelt. Ich rief dann den Kulturbeauftragten der Partei, Kurt Meyer, an. Als der sich zwei Stunden vor Beginn der Demonstration zurückmeldete, versammelte sich eine kleine Gruppe bei uns zu Hause und formulierte in Windeseile diesen Aufruf, den ich dann auf ein Tonband sprach.

SPIEGEL: Es waren insgesamt sechs Unterzeichner: ein Theologe, ein Kabarettist, drei SED-Bezirkssekretäre und Sie.

Masur: Ja, ich war nicht der einzige Held. Wir waren das Volk in Miniaturausgabe und mussten uns auf eine einheitliche Formulierung einigen. Die drei Genossen hatten keine genauen Instruktionen aus Berlin erhalten und telefonierten immerzu.

SPIEGEL: Hatten Sie das Gefühl, Geschichte zu schreiben?

Masur: Wir dachten in diesem Moment nicht daran, die Welt zu bewegen. Es ging darum zu handeln. Seit Wochen war die Stimmung zum Platzen. Einmal mussten wir im Gewandhausorchester eine Schallplattenaufnahme abbrechen. Der Solo-Oboist entschuldigte sich: „Herr Masur, ich kann nicht mehr. Ich bin gerade an der Kirche vorbeigefahren, und da haben sie junge Mädchen an den Haaren auf den Lkw gehievt.“

SPIEGEL: Sie haben am Abend des 9. Oktober dirigiert. Wie verlief das Konzert?

Masur: Nun, die Demonstration war vorüber, es war kein Schuss gefallen, ich zog vorsorglich den Frack an, dann kam der Orchesterwart und sagte: „Das Haus ist voll, alle Musiker sind da. Wir können anfangen.“ Das war das Kurioseste an dieser Revolution: dass Montagabend Revolution war, und spätestens am Dienstagmorgen gingen alle wieder ordentlich zur Arbeit. Dieses Konzert vergesse ich nie.

SPIEGEL: Sie hatten sowohl mit Parteigenossen als auch mit Intellektuellen und Künstlern zu tun. Hatten Sie nie Loyalitätsprobleme?

Masur: Nur wer außerhalb der DDR gelebt hat, sieht darin einen Gegensatz. Leipzig ist eine europäische Musikstadt. Bach, Mendelssohn, Brahms, sie alle haben dort gewirkt, und das Gewandhaus gehört zum Herz dieser Stadt. Natürlich musste ich als dessen Leiter mit denjenigen, die den Staat oder die Stadt führten, zusammenarbeiten. Ich begrüßte Herrn Honecker in meinem Konzerthaus ebenso freundlich, wie ich der Königin von England die Hand geküsst hätte, wenn sie gekommen wäre. Ich war der Gastgeber.

WALTRAUD GRUBITZSCH / PICTURE ALLIANCE / DPA

Dirigent Masur, Gewandhausorchester*: *„Die Löwen brüllten dazwischen“*

SPIEGEL: Sie haben Erich Honecker einen vielbeachteten Neubau für Ihr Orchester abgerungen. Er liegt mitten in der Innenstadt und ist das einzige reine Konzerthaus, das in der DDR errichtet wurde. Was haben Sie dafür tun müssen?

Masur: Ich habe ihm geschrieben. Unser 200. Jubiläum stand 1981 bevor, und das Orchester spielte seit Kriegsende provisorisch in einer Kongresshalle am Zoo. Bei leisen Stellen brüllten die Löwen dazwischen. Wir waren im Begriff, uns vor der ganzen Welt zu blamieren. Das habe ich Genosse Honecker mitgeteilt. Ich hatte mich erkundigt, wie ich ihn anzureden hatte.

SPIEGEL: Was hat er Ihnen geantwortet?

Masur: Er nannte mich „Genosse Masur“, was nicht korrekt war, denn ich war nicht in der Partei. Aber der Respekt, den er der Orchestertradition entgegenbrachte, war bemerkenswert. Jedes Orchester musste in der DDR jedes Jahr ein Auftragswerk eines jungen Komponisten zur Uraufführung bringen. Ich wünschte manchem heutigen Politiker ähnliche Weitsicht in solchen Belangen.

SPIEGEL: Sie haben Honecker nach seinem politischen Ende einen Dankesbrief geschrieben, für den Sie öffentlich kritisiert wurden. Waren Sie ein Anhänger von ihm?

Masur: Nein, aber ich hatte nun einmal Grund, ihm zu danken. Für das Gewandhaus hat er seine Position genutzt, um für die Allgemeinheit Gutes zu tun.

SPIEGEL: In der DDR gab es auch Todesschüsse an der Grenze, Mangelwirtschaft, die Spitzel-Stasi und politische Gefangene. Lebten Sie in einem Unrechtsstaat?

Masur: Das ist nicht leicht zu beantworten. Die Grundidee des Kommunismus war nicht diktatorisch. Die Verheißung des Sozialismus, dass jeder Mensch gleichermaßen viel wert ist, war auch in Ordnung. Alles, was danach kam, mit dem Stalinismus als Höhepunkt, war natürlich eine Diktatur. Es gab Momente, da hat sie auch meine Freiheit beschnitten.

SPIEGEL: Inwiefern?

Masur: Ich arbeitete bis 1964 an der Komischen Oper in Berlin bei Walter Felsenstein. Anschließend war ich drei Jahre sozusagen arbeitslos. Ich hatte kein Orchester, und auch zu Gastdirigaten in den Westen durfte ich nicht reisen. Man wollte mich politisch ein bisschen aushungern.

SPIEGEL: Was war vorgefallen?

Masur: Es gab eine Vielzahl von Vorkommnissen. Ich gehörte zu einer Gruppe von Kulturschaffenden, die ins Zentralkomitee geladen worden war. Walter Ulbricht hielt eine aufgebrachte Ansprache über die Aufgaben eines Künstlers in der DDR. Wolfgang Langhoff, der das Deutsche Theater in Berlin geleitet hatte, war in Ungnade gefallen, weil er sich angeblich nicht genug in den Dienst des sozialistischen Realismus gestellt hatte. Ulbricht hat uns ganz schön zusammengedonnert. Tage später gab es eine weitere Aussprache und einen Appell an uns mit der Aufforderung zur Diskussion. Ich sagte: „Nach diesen Darlegungen von Ihnen ist eine Diskussion nicht mehr möglich.“ Danach wurde es schwierig für mich.

SPIEGEL: Wie haben Sie die Gunst zurückerlangt?

Masur: Es war keine Frage der Gunst. Ich wurde nach Venedig eingeladen, um „Lohengrin“ zu dirigieren. Ich sagte zu, obwohl für mich ein Reiseverbot galt. Dann sprach ich beim Kulturminister vor und erklärte, dass ich im Zweifel auch ohne Visum reisen würde. Sollte mir etwas an der Grenze passieren, sei er mit schuld. Am nächsten Mittag hatte ich die Genehmigung.

SPIEGEL: Verglichen mit dem Großteil der DDR-Bürger waren Sie, ähnlich wie Leistungssportler, in einer privilegierten Position.

Masur: Das ist richtig. Und ich war ausreichend bekannt, um mir den Mut zur Wahrheit leisten zu können. Die wussten: Mit dem Masur stimmt nicht alles. Und dann war ich auch noch Christ.

SPIEGEL: Und der Staat war atheistisch.

Masur: Mein Bekenntnis wurde genau beobachtet. Als ich einmal in der Kreuzkirche nach einem Orgelkonzert Geld für die Kollekte gab, fragte mich ein Minister, der auch unter den Zuhörern saß: „Sie unterstützen die Kirche?“ Ich antwortete ihm, dass die Orgel verstimmt sei und die Gemeinde Geld für das Instrument brauche. Am nächsten Tag meldete sich bei mir tiefbetrübt der Orgelbauer. Er war wohl von der Stasi informiert worden.

SPIEGEL: Was ist in Ihrer Stasi-Akte nachzulesen ?

Masur: Darin ist ein umfassendes Charakterbild von mir gezeichnet, auch meine angebliche „starke Neigung zum schönen Geschlecht“. Alle Einträge aus der Wendezeit müssen allerdings vernichtet worden sein. Nachzulesen ist auch, dass einer meiner langjährigen Mitarbeiter Einzelheiten über meine Freundschaft zu dem russischen Komponisten Alfred Schnittke verraten hat. Ein anderer sollte mich während der Auslandstourneen bespitzeln. Aber der hat den Auftrag abgelehnt.

SPIEGEL: Hatte es Konsequenzen für Sie, wenn Ihre Musiker von Tourneen nicht zurückkehrten?

Masur: Ich musste mich erklären. Die schönste Antwort ist leider nicht mir, sondern dem Chefdirigenten der Leningrader Philharmoniker eingefallen. Den fragte einmal ein sowjetischer Parteifunktionär: „Mrawinski, was ist los, immer bleiben einige von Ihnen weg!“ Da hat der geantwortet: „Die bleiben nicht von mir weg, die bleiben von euch weg!“

Interview: Joachim Kronsbein, Katja Thimm

* 1975 in Leipzig.

NACHRUF

Oswalt Kolle

1928 bis 2010

JENS BOLDT / PHOTOSELECTION

Sie haben ihn in den vergangenen Jahren häufig noch eingeladen in die Talkshows. Er sollte aus seinem Leben erzählen, von seinen Büchern und Filmen („Deine Frau, das unbekannte Wesen“) und natürlich von seinen zahlreichen Affären, zum Beispiel mit Romy Schneider. Er aber wollte lieber von seinen Plänen berichten, wie ein Bergsteiger, den nur der nächste Gipfel interessiert.

Oswalt Kolle wurde 81. Er wäre gern 100 geworden. „Ich bin ein zorniger junger Mann gewesen, jetzt bin ich ein zorniger Alter“, sagte er.

Kolle war so etwas wie der Immanuel Kant der Sexualität: Aufklärung ist der „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Er glaubte, dass die Menschen etwas tun können, um sich zu befreien, hier und heute, jetzt und gleich. Er bezog sich oft auf die Aktivisten der „Sexpol“-Bewegung der zwanziger und dreißiger Jahre, auf Männer wie Magnus Hirschfeld, Wilhelm Reich und Felix Theilhaber. Er setzte dort an, wo sie aufhören mussten, obwohl er wusste, dass die Lücke, die das „Dritte Reich“ gerissen hatte, nicht zu schließen war. Er versuchte es trotzdem und erntete dafür Häme und Spott, wobei „Turnvater Jahn der Sexualität“ noch wie ein Kompliment klang.

Seine Kritiker waren laut: Er würde die Liebe auf Technik reduzieren, die Unmoral befördern und Frauen auf dumme Gedanken bringen. Es war die Zeit, als Frauen eine Erlaubnis des Mannes brauchten, um arbeiten zu dürfen. Vergewaltigung in der Ehe war kein Straftatbestand, sondern das Recht des Mannes. Die Frau hatte so viel Anspruch auf einen Orgasmus wie ein Arbeiter auf eine Gewinnbeteiligung. „Die Männer sind rübergerutscht, weil halt Freitag oder Samstag war – und die Frauen haben zur Decke geguckt. Wenn sie sich zu viel bewegten, waren sie nuttenhaft, wenn sie sich überhaupt nicht bewegten, frigide. So war die Zeit, und da habe ich eingegriffen.“

Er ließ sich mit seiner Familie am FKK-Strand von Sylt fotografieren. Er outete sich als bisexuell, ohne daraus ein Programm zu machen. Kolle wurde zum Aufklärer, bevor die Studenten die „sexuelle Revolution“ ausriefen.

47 Jahre lang führte er eine „offene Ehe“ mit seiner Frau Marlies, die er gelegentlich betrog, aber nie verriet. Als sie vor zehn Jahren unheilbar erkrankte, leistete er ihr Sterbehilfe.

Sein Vater war Psychiater in Kiel, die Nazis hatten ihn mit einem Berufsverbot belegt, Kolle machte eine Landwirtslehre, doch dann wurde er lieber Journalist. Er begann als Volontär bei der „Frankfurter Neuen Presse“, schrieb Promi-Geschichten für „Bild“ und „BZ“, bis ihn Rudolf Augstein zum stellvertretenden Chefredakteur der „Star Revue“ machte, einer Art „Bravo“ für Erwachsene, die der SPIEGEL-Verlag gekauft hatte.

Später wechselte er zur Illustrierten „Quick“. 1963 besuchte er die Schauspielerin Sophia Loren in Nizza. „Die Dame benutzte kein Deodorant, und es stank so fürchterlich wie im Umkleideraum einer Turnhalle. Plötzlich wusste ich, ich will diesen seichten Star-Journalismus nicht mehr.“

Kolles erste populärwissenschaftliche Serie hieß „Dein Kind, das unbekannte Wesen“. „Ich hatte mein Lebensthema gefunden, fortan war ich der Aufklärer der Nation.“ Nachdem er das Buch „Dein Mann, das unbekannte Wesen“ verfasst hatte, schrieb die „Bild“-Zeitung: „Jetzt liegt in jedem deutschen Ehebett ein Dritter: Oswalt Kolle.“

Kolle bekam zehntausend Briefe von Frauen, die ihm anvertrauten, was sie ihren Männern nie zu sagen wagten. Bevor sein Film „Das Wunder der Liebe“ 1968 in die Kinos kam, musste Kolle tagelang mit den Zensoren der „Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft“ über jede einzelne Szene verhandeln.

Dabei fiel auch der Satz: „Herr Kolle, Sie wollen wohl die ganze Welt auf den Kopf stellen, jetzt soll sogar die Frau oben liegen!“

Die Welt auf den Kopf stellen, das wollte er nicht. Ihn interessierte nur die einfachste und wohl auch schwierigste Sache der Welt: wie Menschen, egal welchen Geschlechts, zueinanderfinden. Und wie sie dabei glücklich werden. Oder zumindest „etwas weniger unglücklich“. Er war gegen Pornografie, Charlotte Roches „Feuchtgebiete“ brach er nach den ersten 50 Seiten ab, zu „ekelhaft“, danach wollte er „mindestens 14 Tage keinen Sex mehr“ haben. Zuletzt schrieb er über „Sex im Alter“, in einem seiner letzten Interviews sagte er: „Use it or lose it, darum geht es. Meine Freundin ist fast 70, die würde mir was husten, wenn ich der nur ein bisschen auf dem Körper rumspielen würde.“

Oswalt Kolle starb vorletzten Freitag in seiner Wohnung in Amsterdam. „Er hat sich von uns verabschiedet und ist eingeschlafen“, sagt seine Tochter Cornelia, die Älteste seiner drei Kinder.

Falls es so etwas wie Sex im Himmel (oder in der Hölle) gibt, Oswalt Kolle wird es uns bald wissen lassen.

Henryk M. Broder

Der deutsche Sonderweg

Literaturkritik: Thomas Lehrs ambitionierter 9/11-Roman „September. Fata Morgana“

Ein erstaunlicher Roman. Und eine erstaunliche Entscheidung des Erzählers Thomas Lehr, diesen lebens- und leidvollen Roman „September“ derart hermetisch anzulegen, dass er ein großes Lesepublikum von vornherein, von der ersten Zeile an ausschließt.

Dabei bringt dieses Buch mit dem Unter- oder besser Nebentitel „Fata Morgana“ alle Voraussetzungen für einen wahrhaft großen deutschen Gegenwartsroman mit. Und Lehr, 52, ist ein Autor, der ihn hätte stemmen können.

Flimmernd wie eine Luftspiegelung hebt die Erzählung an – passender Einstieg angesichts eines so schwierigen literarischen Sujets: der Annäherung an Terror und Massenmord, an Krieg, Folter, Lüge und Propaganda. Und das gezeigt an einem epochalen Ereignis, das als Thema oder Hintergrundmotiv zahlloser Romane und im kollektiven Bewusstsein seit 2001 eine zentrale Rolle spielt: dem Angriff auf die beiden Türme von Manhattan und die folgende amerikanische Reaktion – und wie das eine sich im anderen spiegelt.

Als Spiegelung ist auch die Figurenkonstellation des Romans angelegt: zwei Väter, zwei fast erwachsene Töchter. In Massachusetts lebt das eine Duo, der aus Deutschland stammende Goethe-Forscher Martin Lechner und die Studentin Sabrina, in Bagdad das andere, der unermüdliche Arzt Tarik, der in Paris studiert hat, und die Schülerin Muna. Die beiden Vater-Tochter-Paare kennen einander nicht, haben indes viel gemeinsam: Die Väter sind fürsorglich und nachdenklich, die Töchter liebenswerte Geschöpfe, die unerbittlich hineingezogen werden in die Katastrophen- und Schreckenswelt.

Das ist eine gewagte, weil zur Kolportage neigende Romankonstruktion. Der versierte Erzähler Lehr meistert das – nur hat er sich offenbar davor gefürchtet, der Stoff von „September“ könnte als oberflächlicher Anreiz missverstanden werden. Das mag ein Grund dafür gewesen sein, dass der anfangs faszinierende lyrisch-schwebende Tonfall bis zur letzten Zeile unerbittlich durchgehalten wird – einem Requiem näher als einem Roman.

Thomas Lehr stammt aus Speyer, hat Biochemie studiert und lebt in Berlin, ein Autor, der gezeigt hat, wie raffinierte Erzählkunst mit unterhaltsamer Darstellung zu verbinden ist. Vor 17 Jahren erschien sein Debüt „Zweiwasser oder die Bibliothek der Gnade“, in dem ein Autor vergnüglich vom vergeblichen Bemühen berichtet, einen Verlag zu finden. Mit „Nabokovs Katze“ (1999) gelang Lehr ein anrührend-kluger Liebesroman.

ISOLDE OHLBAUM

Autor Lehr

Dann ein Bruch: Die Novelle „Frühling“ (2001) irritierte mit Satzellipsen und wilden Assoziationen eines sterbenden Selbstmörders. Der Roman „42“ (2005) erwies sich als literarisches Gedankenexperiment: Die Zeit bleibt – möglicherweise nach einem Zwischenfall im Teilchenbeschleuniger Cern – einfach stehen.

Nun, in „September“, jagt Lehr seine Leser ohne Punkt und Komma – das ist wörtlich zu verstehen – über fast 500 Seiten, vom September 2001 und der Terrorattacke auf Manhattan bis hin zu einem Bombenattentat in Bagdad, August 2004, gefolgt von einem Epilog im Monat darauf.

In Monologblöcken – jeweils mit Muna, Sabrina, Tarik oder Martin überschrieben – wird der politische und persönliche Hintergrund erhellt. Bagdad, Paris, New York, Berlin und Frankfurt sind Schauplätze oder Orte der Erinnerung.

Lehr hat für diesen Roman jahrelang recherchiert und gearbeitet, er zitiert arabische und persische Dichter herbei, ebenso Goethe („West-östlicher Divan“), Friedrich Rückert („Kindertotenlieder“) oder Walt Whitman („Grasblätter“). Das alles ist als Montage feinmaschig mit den Zahlen von Kriegs- und Terrortoten verwoben – nicht in Form eines Bewusstseinsstroms, sondern in clusterartigen Worthäufungen, rhythmisch mit Zeilenbrüchen durchsetzt.

Neuengland wird so zu einem Landstrich, „in dem die Puritaner landeten die Winchester erfunden Cambridge und Berlin wiedererbaut der Kabeljau und die höheren Rekruten gefangen die besten Denker und Preiselbeeren gezüchtet die Präsidenten und die Ökofreaks gezogen die Hexen verbrannt die ersten großen Romane und schönsten Gedichte des Landes geschrieben worden waren erinnerst du dich an Woodstock“.

Das ist jene Anti-Erzähl-Haltung, die bei uns eine lange Tradition hat. Die Dichterin Friederike Mayröcker hat es einmal als „das blanke das nackte das krude Erzählen“ bezeichnet. Der deutsche Sonderweg: lieber Literaturpreise als ein Publikum gewinnen.

Das mag ein Vergnügen für die kundige Leserschaft sein. Viele Kritiker und Juroren erkennen den Autor Lehr erst jetzt, in seiner sperrigen Phase, als einen „der besten deutschen Schriftsteller“. Kürzlich ist ihm der mit 30 000 Euro dotierte Berliner Literaturpreis zugesprochen worden, und natürlich kam er auf die Shortlist für den Deutschen Buchpreis 2010.

Schön und gut und gegönnt. Aber was hat der so enorm begabte Erzähler Thomas Lehr hier für eine Chance vertan. „September“ hätte so viel mehr als ein von der Literaturkritik mit Emphase begrüßtes Gegengift zum umlaufenden literarischen Schwachsinn werden können. Ein gewaltiges Epos nämlich aus unserer Gegenwart, wirksam weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Es ist ein Jammer.

Volker Hage

Thomas Lehr: „September. Fata Morgana“. Hanser Verlag, München; 480 Seiten; 24,90 Euro.

Die Innenansicht eines Mythos

Marilyn Monroe gilt als Sexsymbol einer untergegangenen Welt, als naives Opfer des Ruhms und der Männer. Nun zeichnen Notizen, Briefe und Gedichte aus ihrem privaten Nachlass das bislang unbekannte Bild einer modernen Frau.

„Verdammt, ich wünschte ich wäre
tot – gar nicht vorhanden –
fort von hier – von
überall, nur wie …“

Aus einem Gedicht von Marilyn Monroe

Auf dem Weg zum Apartment von Anna Strasberg am Central Park in New York kann man Marilyn Monroe in diesen Tagen, 48 Jahre nach ihrem Tod, ziemlich oft begegnen.

Spätsommer, 25 Grad, die sich wie 30 anfühlen, aber die Frauen auf der Fifth Avenue kleiden sich schon jetzt mit engen Wollröcken, schmalgestrickten Rollkragenpullovern, taillierten Kleidern. Die Mode des Herbstes ist ganz rund und weich, feminin und altmodisch. Die Puppen in den Auslagen von Prada und Zara sehen aus, als stünden sie seit damals in den Schaufenstern. Sie haben ernste Gesichter, die Augen geschlossen, der Kopf gesenkt, als wären sie depressiv. Die Modezeitschriften nennen es den „Marilyn-Look“.

Die New Yorkerinnen beschreibt Tom Wolfe in seinem Roman „Fegefeuer der Eitelkeiten“ als Röntgenbilder einer Gesellschaft, weil sie Sehnsüchte und Kämpfe auf besonders deutliche und manchmal auch tragische Weise zeigen.

Die Wohnung von Anna Strasberg im siebten Stock eines dieser großen Apartmenthäuser mit Türstehern ist vollgestellt mit Memorabilien, überall Fotos, an den Wänden, in den Regalen. Es sind Bilder ihres Mannes, des berühmten Schauspiellehrers Lee Strasberg und dessen berühmtester Schülerin Marilyn Monroe. Die Wohnung ist wie ein kleines Hollywood-Museum. Im Flur hängt eine Aufnahme aus einer Unterrichtsstunde, Marilyn Monroe sitzt dort, nicht anders angezogen als die anderen, aber diese blonde Frau bündelt das Licht, alle Helligkeit fällt auf sie, es ist ein Rätsel, wie das zustande gekommen ist.

Anna Strasberg ist jetzt 71 Jahre alt, ihr Mann starb vor knapp 30 Jahren, seitdem ist sie die rechtmäßige Erbin des größten Stars, den Hollywood jemals erfand. In dieser Woche wird sie von New York nach Frankfurt fliegen, um dort auf der Buchmesse einen Teil von Monroes Nachlass zu präsentieren. Das Buch, um das es geht, heißt „Tapfer lieben“*. Es sind Notizen, Aufzeichnungen, handgeschriebene Gedichte, To-do-Listen und Briefe, allesamt unveröffentlicht, an die hundert Dokumente aus knapp zwei Lebensjahrzehnten, von 1943 bis zu Monroes Tod 1962, die sie in ihrer Villa in Los Angeles aufbewahrte und die nun ein bislang unbekanntes Bild dieser Frau zeichnen, das Bild einer klugen, nachdenklichen und eigentlich modernen Frau.

Das Buch kommt fast gleichzeitig in Frankreich und Spanien heraus, in den USA und Großbritannien ein paar Tage später. Eine kleine Sensation. Zu bestaunen ist die Innenansicht eines Mythos.

Marilyn Monroe war eine der großen Figuren des 20. Jahrhunderts, damals die begehrteste und meistfotografierte Frau der Welt. Sie versprach Sex und Unschuld. Eine Minute und 37 Sekunden lang hauchte sie John F. Kennedy ihr „Happy Birthday, Mr. President“ entgegen, elf Wochen vor ihrem Tod. Es war ein Lockruf, ein Sirenengesang. Ihre Stimme vibrierte vor Verlangen und war trotzdem zart. Sie hatte einen weichen Körper, einen Busen und Po so rund, so weiblich, dass der Gerichtsmediziner während der Obduktion mit wohl nur mühsam gebändigter Hingabe notierte: Es sei der Körper einer „gut entwickelten, gut ernährten Frau“.

Ihr früher Tod machte sie unsterblich, weil sie ein Mysterium ist seitdem. War

Foto „Marilyn Monroe, actor, New York, May 6, 1957“ von Richard Avedon
„Warum quält mich das so?“

* Stanley Buchthal, Bernard Comment (Hg.): „Marilyn Monroe – Tapfer lieben“. Aus dem amerikanischen Englisch von Uda Strätling. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 272 Seiten; 24,95 Euro.

© THE RICHARD AVEDON FOUNDATION

es vielleicht doch Mord? Was war wirklich mit den Kennedys? War sie mehr als nur ein Phantasieprodukt der Männer?

Norman Mailer schrieb, sie sei der Engel des Sex, zwar unerzogen und ungebildet – er vermutete, dass es „ihr völlig gleich war, ob sie das Rokoko dreihundert Jahre vor der Renaissance ansetzte“ –, und doch habe sie eine geheimnisvolle Vieldeutigkeit besessen. Männern wie Mailer, also vielen, blieb sie, wie alle Frauen, ein Rätsel. Zum Verrücktwerden begehrenswert, aber seltsam fern und erratisch und irgendwie gefährlich.

Der Regisseur Billy Wilder, mit dem sie ihre besten Filme drehte, hielt sie für „völlig naiv“. Eine Sexbombe, eine Blondine, sehr süß, aber von schattigem Gemüt, nicht klug, ein Star, natürlich, eine perfekte Frau mit einem perfekten Busen, die aber an zu viel Ruhm zerbrach, an zu viel Alkohol, zu vielen Tabletten, zu vielen berühmten Männern, die sie als Trophäe besitzen wollten. Eine Schauspielerin, die alle, die mit ihr arbeiteten, in den Wahnsinn trieb, weil sie ihre Zeilen nicht konnte, weil sie nicht funktionierte, weil sie immer wieder zu spät war und niemals verlässlich.

Einer ihrer größten Filme hieß „Wie angelt man sich einen Millionär?“, sie sang davon, dass Diamanten für Mädchen die besten Freunde seien. Für Frauen, die unabhängig wurden, arbeiten gingen, Geld verdienten, wurde sie bald zu einem Synonym für ein Frauenbild aus der Steinzeit: ein Produkt der Studiobosse, eine Gespielin der Männer, die in ihr nur ein Sexobjekt sahen, ein Dummchen, ein Opfer der Männerwelt. Die Opfertheorie packte Marilyn Monroe ein in die Watte des Mitleids.

Marilyn Monroe ist eine mythische Figur, sie lässt Raum für Phantasien. Sie ist der Welt fremd geblieben, ihre Interviews waren sorgsam choreografiert, um keine Lücke entstehen zu lassen zwischen Person und Image. Immer mal wieder tauchen kleinere Dokumente, FBI-Akten oder angebliche Mitschriften von Psychoanalysesitzungen auf.

So besteht die berühmteste Frau des 20. Jahrhunderts heute vor allem und immer noch aus dem Blick von außen, aus Fotos, aus Büchern über sie, aus Meinungen. Was es kaum gab, waren Zeugnisse ihrer selbst, wer sie war, was sie dachte, was sie antrieb– alles ein Rätsel.

In ihren privaten Aufzeichnungen nun, die nie für eine Veröffentlichung gedacht waren, findet sich ein Alptraum, den sie 1955 aufgeschrieben hat, auf dem Briefpapier des Waldorf-Astoria, in das sie häufiger flüchtete, ein Hotel in der Nähe vom Central Park, nicht weit weg von den Shops der Fifth Avenue.

In allen Einzelheiten beschreibt Marilyn Monroe dort, wie Lee Strasberg, ihr

EVE ARNOLD/MAGNUM PHOTOS/AGENTUR FOCUS; S. 171: AUS DEM BUCH: MARILYN MONROE TAPFER LIEBEN, ERSCHIENEN BEI S. FISCHER

Idol Monroe bei den Dreharbeiten zu „The Misfits“ 1960: *„Ach Friede, wie ich dich brauche“*

engster Vertrauter und Schauspiellehrer, sie operiert und in ihrem Innern etwas sucht, sie weiß nicht, was. Er findet schließlich: Sägemehl. Er ist fassungslos. Sägemehl!

„Er hatte“, so schrieb es damals Monroe, „so viel erwartet – mehr, als er sich je hatte träumen lassen bei jemand, doch nun war da absolut gar nichts.“ Sie selbst wundert sich nicht, sie fühlt sich leer, wie eine Puppe, die nur durch die Projektion anderer lebt.

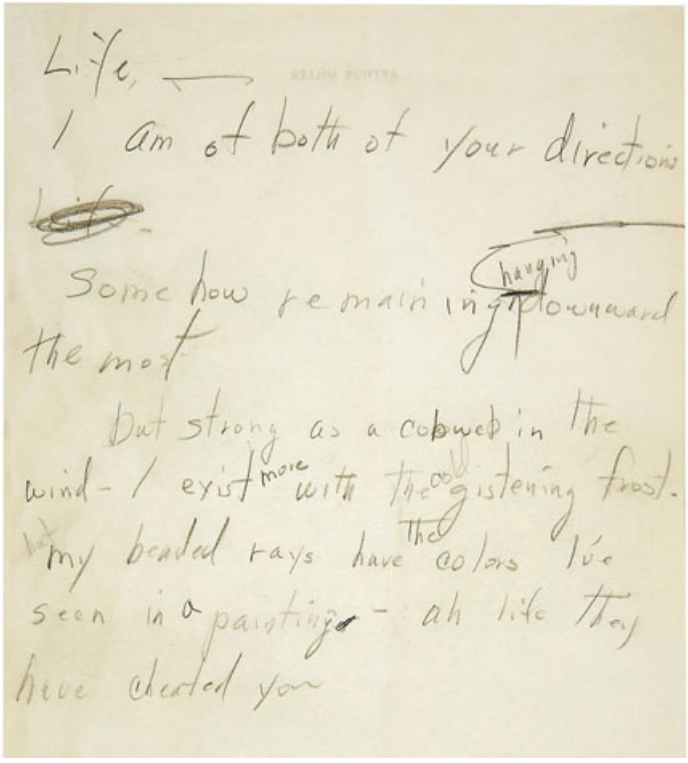
In einem Gedicht, geschrieben in ihrer kaum lesbaren, flüchtig wirkenden Schrift, heißt es: „Life – I am both of your directions“. Im Leben gibt es zwei Wege, der eine führt ins Glück, der andere ins Elend.

Die Marilyn Monroe aus ihren Notizen ist eine andere Frau als die, die man zu kennen meint. Zu lesen sind die Versuche eines Menschen, klarzukommen mit dem Ruhm, der Einsamkeit, der Verzweiflung. Zu erfahren ist vom Hadern mit ihren Ängsten, vom Zerbrechen an den eigenen und den fremden Erwartungen, vom Abdriften in die Grenzgebiete der Psyche und von dem Drang, sich selbst zu verstehen und den, den man liebt.

Die Notizen von Marilyn Monroe offenbaren die traurigen Wahrheiten ihres Lebens, und sie legen auch die Spur zu einer Erklärung dafür, warum diese schöne, verletzte Frau nicht weiterleben konnte: Es war – neben allem anderen – der Anspruch an sich selbst. Ein Anspruch, der nichts hatte, worauf er sich gründen konnte, keine Basis, keinen Boden.

Die Notizen zeigen: Sie war nicht naiv, nicht passiv den Einflüssen ihrer Umwelt ausgeliefert. Keine Denkerin, keine Dichterin, das nicht, aber sie war eine kluge, wissbegierige Frau, die sich sehr gut kannte, die wusste, was sie wollte und was ihr widerfuhr und auch worin der eigene Anteil an dem Unglück bestand. Sie war eine Akteurin ihres Lebens, die ihre Karriere suchte und den Erfolg, die wusste, dass sie als Star und als Frau erfolgreich und schön sein musste, die bei jeder durchwachten Nacht immer gleich auch an die Falten dachte, die dabei entstanden. Sie wollte eine selbstbestimmte Schauspielerin sein in einer Zeit, als Schauspielerinnen das Produkt der großen Studios waren. Es gab keine Vorbilder für sie, kein geeignetes Rollenmodell. Und immer wieder die Frage: Bin ich gut genug?

Vielleicht ist das die große Erkenntnis dieser Notizen: Sie war nicht das Auslaufmodell der Voremanzipation, kein Dummchen mit hübschem Po und langen Wimpern. All ihre Notizen, diese kleinen, traurigen Gedichte, ihre Zweifel und ihr Abscheu – das alles ist am Ende nichts anderes als das aussichtslose Ringen um einen Platz in der Gesellschaft, für den es damals kein Vorbild gab und heute noch keines gibt.



Leben – ich bin von deiner zweierlei Richtung
Irgendwie kopfüber hängend
meistens
doch stark wie Spinnweben im
Wind – ich bestehe mehr mit dem kalt glitzernden Frost.
Meine perlenden Strahlen aber haben Farben, die ich
von Bildern kenne – ach Leben, man
hat dich betrogen

Undatiertes Gedicht

Genau davon erzählen Marilyn Monroes Notizen, sie zeigen ihren Kampf darum, es schaffen zu wollen, die Karriere machen zu wollen, die sie machte. Sie zeigen aber auch, wie Monroe genau daran zerbrach. Sie erzählen von einer modernen Frau, von ihren Zweifeln und Dramen.

Es war 4.30 Uhr am Morgen des 5. August 1962, als die Polizei in Marilyn Monroes Villa kam, 12305 Fifth Helena Drive in Brentwood, Los Angeles. Die Leiche im Schlafzimmer war nackt, sie lag auf dem Bauch, eine Hand umschloss einen Telefonhörer. Im Haus liefen viele Leute herum, ihr Psychoanalytiker, ihr Anwalt, ihr Hausarzt, ihr Pressesprecher. Es kamen Dinge weg an jenem Morgen, Papiere, Taschen, Schmuck. Niemand weiß genau, was alles mitgenommen wurde, und auch das, was übrig blieb, ging durch viele Hände, bevor es schließlich bei Lee Strasberg in New York ankam. Es herrschte Chaos. Deswegen tauchten in den folgenden Jahrzehnten immer mal wieder an den seltsamsten Stellen ein paar Schnipsel aus dem Vermächtnis auf.

Gestorben ist Marilyn Monroe, da war sie 36 Jahre alt, die brünetten Haare stark blondiert, erste Falten um Augen und Mundwinkel. Todesursache: akute Barbituratvergiftung. Im Magen allerdings keine Überreste, die tödliche Dosis wurde möglicherweise rektal eingeführt. Monroe litt an Schlafstörungen. Die Frage, ob sie vielleicht doch das Opfer eines Mordes war, wird wohl nie geklärt werden. Unmengen giftiger Stoffe waren über Jahre durch ihre Blutbahnen geflossen, sie hatte längst den Überblick verloren, wann sie welches Medikament und welche Droge eingenommen hatte.

Monroe und Strasberg hatten sich Mitte der fünfziger Jahre kennengelernt. Seine Schauspielschule in New York war legendär, er lehrte dort das sogenannte Method Acting. Marlon Brando, Al Pacino und Paul Newman gehörten zu seinen Schülern. Method Acting, das ist Psychoanalyse angewandt auf Schauspielerei, die Idee ist, dass ein Schauspieler seine Rolle mit Erinnerungen an eigene Erlebnisse verknüpft, die der gespielten Situation nahekommen.

In den letzten Jahren ihres Lebens war Strasberg Marilyn Monroes engster Vertrauter, sie hat ihn vergöttert und ihn schließlich, sie hatte keine Kinder, auch zu ihrem Haupterben gemacht. Sie hat früher in dieser Wohnung am Central Park immer wieder Schutz gesucht, wenn es ihr schlechtging. Lee Strasberg hat versucht, ihr zu helfen, es gelang ihm nicht.

Anna Strasberg hat ihren Mann kennengelernt, da war Marilyn schon tot. Sie gründete 1999 die Marilyn Monroe LLC, ein Unternehmen, das ihr zu 100 Prozent

gehört und mit den Vermarktungsrechten von Monroes Namen und ihres Nachlasses jährlich 2,5 Millionen Dollar umsetzt. Im selben Jahr hat Strasberg im Auktionshaus Christie's persönliche Dinge von Monroe versteigern lassen, den Ehering aus ihrer Ehe mit dem Baseballspieler Joe DiMaggio etwa oder das perlenbestickte Kleid, das Monroe beim Lied für den Präsidenten trug. Die bei Monroe-Fans extrem umstrittene Auktion erzielte mehr als 5,6 Millionen Dollar, einen Großteil des Erlöses will Strasberg für wohltätige Zwecke gespendet haben.

Jahrzehntelang wollte sie Monroes private Notizen nicht herausrücken. Stattdessen kümmerten sich vier Archivare um den Nachlass. Verleger, Buchautoren, Andenkenjäger, die von dem Material erfuhren, flehten sie an. Ihr sei viel Geld angeboten worden, sagt Anna Strasberg, aber „es waren in den vergangenen 40 Jahren so viele Spekulationen und Theorien über Marilyn in der Welt, es war alles zu viel, es war nicht der richtige Zeitpunkt".

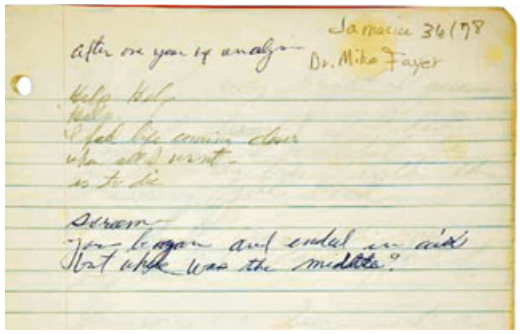
Vor ein paar Jahren fand Anna Strasberg Briefe der Monroe, von denen sie nichts wusste. Sie hatte, so erzählt sie, die Zimmer ihrer inzwischen erwachsenen Söhne umbauen wollen. In einem Karton ganz unten entdeckte sie die Briefe, unter den Baseballschuhen ihres Sohns, an denen noch Lehm klebte.

Das Normale wäre gewesen, einen amerikanischen Groß-Autor zu bitten, um die Notizen herum für ein Groß-Honorar einen Groß-Text zu schreiben. Doch sie lernte auf einer Party den französischen Verleger Bernard Comment kennen, einen Freund des Sängers und Songwriters Lou Reed. Der Herausgeber beim vornehmen Pariser Verlag Editions du Seuil sagte ihr, er könne ihr zwar nicht das ganz große Geld bieten, Literaturverleger sagen so etwas immer, aber er würde ein schönes Buch machen.

Ein Jahr lang kümmerte er sich um das Material, las Marilyn-Monroe-Biografien, fand darin keine Widersprüche zum Material, und natürlich hält er die Dokumente für authentisch: „Daran besteht kein Zweifel." Chronologisch geordnet, aber nahezu unkommentiert präsentiert das Buch die unbekannten, jahrzehntelang unter Verschluss gebliebenen Notizen, Briefe, Gedichte, Listen von Marilyn Monroe, ohne Interpretation, ohne These, und dennoch entwickelt dieser Nachlass große Wucht.

Die Notizen beginnen im Jahr 1943. Es schreibt Norma Jeane Dougherty, die erst in ein paar Jahren zu Marilyn Monroe werden wird. Im Jahr zuvor hatte diese Norma Jeane den fünf Jahre älteren, ehemaligen Nachbarsjungen Jim Dougherty geheiratet, um dem Waisenhaus zu entkommen. Ihren Vater hatte sie nie kennengelernt, ihre Mutter lebte die meiste Zeit in psychiatrischen Kliniken, sie selber hatte mit 16 Jahren, 1942 also, genug gehabt von Pflegefamilien und Waisenhäusern. Dann lieber heiraten.

Die Ehe war kein Neuanfang. Als knapp 18-jähriges Mädchen ahnt sie, dass die Weichen bereits gestellt sind. Sie schreibt unbeholfen und weiß es auch: „Wahrscheinlich kann nur jemand, der sich sehr klar und vollständig erinnert, wie er geworden ist, verstehen, was für eine objektiv-analytische Sicht ich anstrebe und dabei nur aufgeblasen klinge mit meinen eher schlichten Überlegungen."



Jamaica 36/78
Dr. Mike Fayer

Nach einem Jahr Analyse

Hilfe, hilfe
Hilfe.
Das Leben rückt näher
und ich will
nur sterben.

Schrei –
In Luft fingst du an, du endest in Luft
nur wo war das dazwischen?

(Dr. Fayer: nicht identifizierter Arzt)
Monroe-Gedicht „Help"

Sie hat Ziele, möchte eine „vollständige Persönlichkeit" werden, „fähig, mich weniger oberflächlichen Problemen zu stellen, als sie dem typischen Teenager nachgesagt werden". Sie weiß, dass sie „gut beschäftigt als Mannequin" ist, alles könnte okay sein, die Ziele stimmen, und das, was jetzt ist, ist schon viel: ein gutverdienendes Mannequin mitten im Krieg.

Doch sie neigt dazu, die Wünsche anderer zu eigenen Wünschen zu machen: „Ich hatte immer das Gefühl gehabt, den Erwartungen Älterer gerecht werden zu müssen." Und dann die Ansprüche an sich selbst: „Wahrscheinlich bin ich nicht frustrierter gewesen als jeder andere Teenager, aber manche überwinden es, indem sie ein bisschen Prinzipien und Intelligenz verlieren, während ich fand, das würde sich auf Dauer gegen, nicht für sie auswirken."

Sie wisse um ihre ersten Erfolge, aber sie sehe auch, „wie ich meine kleinen Unsicherheiten zu einer nervösen Spannung aufgebaut hatte".

Später wird sie diese Spannung nutzen können, die Spannung wird ein wesentlicher Teil ihres Erfolgs als Filmschauspielerin werden, doch sie sieht die negativen Seiten: „Ich bin wohl an den falschen Stellen emotional."

Die Norma Jeane, die da in der Frühphase ihrer Karriere sitzt und über ihr Leben nachdenkt, ist streng mit sich: „Da! wieder komme ich vom Thema ab." Sie will sich selber nicht ausweichen. Doch sie weiß: „Es ist kein Vergnügen, sich selbst gut zu kennen oder es jedenfalls zu denken – jeder braucht ein bisschen Einbildung, um an und um den Abgrund zu kommen."

Nach vier Ehejahren lässt sich das junge Paar scheiden, einvernehmlich, die beiden verstehen sich weiterhin gut, vielleicht waren sie zu jung für die Ehe, am Ende ihrer dritten Ehe aber wird Marilyn Monroe behaupten, die Ehe an sich sei gar nichts für sie. „Wahrscheinlich hatte ich immer schon bodenlose Angst, wirklich eine Ehefrau zu sein, da ich vom Leben weiß, dass man einander nicht lieben kann, nie wirklich."

Norma Jeane bekommt einen Vertrag bei Twentieth Century Fox. Sie beginnt, kleinere Rollen zu spielen. Das Publikum mag sie. Ihr Auftritt 1950 in dem Film „Asphalt-Dschungel" wird ihr Durchbruch. Monroe beginnt, ihre Karriere gezielt zu lenken. 1951 ist sie auf den Titelseiten vieler Zeitschriften zu sehen. Als Aktfotos auftauchen, die ihr Fortkommen bedrohen, gibt sie auf die Frage eines Journalisten, ob sie denn gar nichts angehabt habe, die legendäre Antwort: „Doch, doch, das Radio."

Aber ihre Notizen belegen, dass sie ihre Karriere nie im Griff hat, trotz aller Souveränität, die auch ein Teil von ihr ist. Sie ist fixiert auf das, was nicht gutläuft, sieht sich selber als vorläufiges, in jeder Hinsicht optimierbares Wesen. „Ich habe auch manches richtig gemacht und sogar gut und jetzt phasenweise hervorragend, aber das Schlechte ist schwerer zu tragen", schreibt sie, als sie schon eine berühmte Schauspielerin ist.

So geht es, wieder und wieder: „Warum quält mich das so? Warum fühle ich mich als Mensch weniger wert als andere?" An einer anderen Stelle: „Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr wird mir klar, es gibt keine Antworten, das Leben muss man leben, und da es vergleichs-

ANDRÉ DE DIENES; S. 172: AUS DEM BUCH: MARILYN MONROE TAPFER LIEBEN, ERSCHIENEN BEI S. FISCHER

Mannequin Monroe 1949: *„Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr wird mir klar, es gibt keine Antworten“*

weise kurz ist – (vielleicht zu kurz – vielleicht zu lang) –, bleibt mir nur die Einsicht, es ist nicht leicht.“

Marilyn Monroe sucht nach einer Erklärung für ihre Schwächen, sie lernt sich selber gut kennen, und das ist eine unterschätzte Form der Klugheit: sich zu kennen. Aber ihre Komplexe sind groß, das weiß man von ihr. Man mag sich vorstellen, was alles noch aus ihr hätte werden können, wenn sie nicht unter diesen Komplexen gelitten hätte. Sie hat sie mit Alkohol betäubt und mit Barbituraten, nur so konnte sie später überhaupt Filme drehen.

Doch Filmwissenschaftler, Psychologen, Biografen haben schon lange gesehen, dass keineswegs in ihrem Superblond, sondern in der Spannung zwischen Unsicherheit und Präsenz Marilyn Monroes ungewöhnliche Ausstrahlung gelegen hatte. Ihre Komplexe haben sie zerstört und ihr geholfen, sie waren ihre Triebkraft.

1953 kommen die Filme „Niagara“ und „Blondinen bevorzugt“ in die Kinos, Riesenerfolge, Filme, die zu Klassikern werden. Anfang 1954 heiratet sie Joe DiMaggio, die Ehe hält nur neun Monate, er kommt mit ihrer Popularität nicht zurecht. Sie ist jetzt der größte weibliche Star Hollywoods.

Die Schauspielerin Jane Russell erlebt sie bei den Dreharbeiten zu „Blondinen bevorzugt“. „Wir alle fanden, dass sich bestens mit ihr arbeiten ließ, dass sie ganz reizend und humorvoll war. Und wenn die Kamera lief, strahlte sie. Ihr Körper schien knochenlos zu sein, sie bog sich geschmeidig in alle Richtungen, ließ das Fleisch wogen, und doch war immer diese Unschuld eines Kindes dabei. Wenn man ihr gegenüber laut wurde oder zu rau mit ihr umging, fing sie an zu weinen – das wusste man im Voraus.“

Der Schriftsteller Truman Capote beschreibt sie als „wunderschönes Kind“. Er trifft sie 1955 auf der Beerdigung der Schauspiellehrerin Constance Collier, einer mütterlichen Freundin Capotes. Er hatte die Monroe einst Collier vorgestellt. „O ja,“ sagte Collier schließlich zu Capote, „es ist etwas da. Ich glaube nicht, dass sie überhaupt eine Schauspielerin ist, nicht nach traditioneller Auffassung. Was sie hat, diese Präsenz, dieses Leuchten, diese aufblitzende Intelligenz, könnte auf der Bühne niemals herauskommen. Es gleicht einem fliegenden Kolibri: Nur eine Kamera kann die Poesie festhalten. Aber jeder, der glaubt, dieses Mädchen sei nichts weiter als eine neue Harlow oder eine Hure oder was immer, ist wahnsinnig.“

Monroe gelingt es trotz des Erfolgs nicht, ihre Unsicherheit zu besiegen. Sie

sieht ihre Stärke, ja, aber auch ihre Fragilität. In einem Gedicht findet sie ein Bild dafür: Spinnweben. Spinnweben können im Sturm bestehen, aber von einer Hand, die nach ihnen greifen, sofort zerrissen werden. In einem ihrer Gedichte heißt es: „Ach Friede, wie ich dich brauche – und sei es als friedliches Monster."

Den Frieden, den sie sucht, scheint sie in Arthur Miller zu finden, dem bekannten Dramatiker. Miller und die Monroe kennen sich seit 1951, er begehrt sie sofort. Miller ist da seit mehr als zehn Jahren verheiratet, in den letzten Jahren seiner Ehe kämpft er gegen seine Gefühle, weil er eine Zukunft mit Marilyn als „Verderbnis" betrachtet.

Sie heiraten 1956, Marilyn Monroe konvertiert für ihn zum Judentum, zieht nach New York und setzt dort ihre Kurse an Lee Strasbergs Schauspielschule „Actors Studio" fort.

Strasbergs Method Acting fällt ihr nicht immer leicht, einmal soll sie etwas Heiteres spielen und fragt sich in ihren Notizen: „Wie soll ich ein so lebenslustiges, hoffnungsvolles, junges Mädchen sein? Womit ich arbeite, ist der eine Sonntag, als ich vierzehn war, denn an diesem Tag war ich all das."

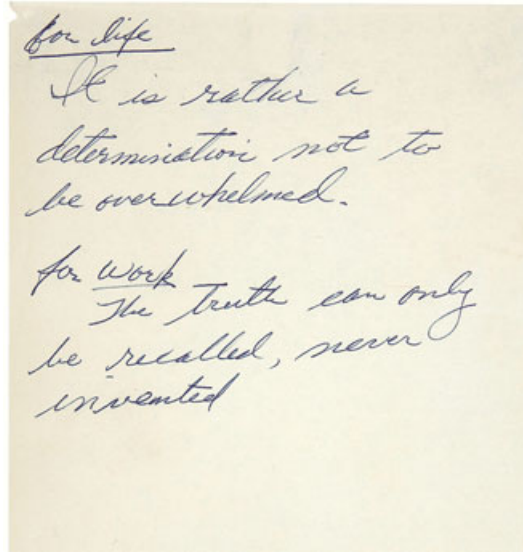
Marilyn Monroe gründet eine eigene Produktionsfirma, mit Arthur Miller geht sie nach London, um dort im Film „Der Prinz und die Tänzerin" zu spielen und ihn mitzuproduzieren. Die Dreharbeiten verlaufen katastrophal, Monroe versteht sich nicht mit Laurence Olivier, der Regie führt und die männliche Hauptrolle spielt.

Für die Zeit der Dreharbeiten zieht sie ins Parkside House auf dem Land. Sie bekommt, nun 30 Jahre alt, Angst vor dem Altern: „Es ist nicht umsonst, dass die alte Frau sich versteckt vor ihrem Spiegel", so schreibt sie und denkt an ihren Ehemann: „Wo seine Augen mit Freude ruhen / will ich noch sein / doch – doch die Zeit hat das Verweilen des Blicks verändert. / Und wie soll ich erst zurechtkommen, wenn ich noch weniger jugendlich bin."

Im Jahr darauf, 1957, kauft sich das Ehepaar ein Haus in Connecticut, 1958 zieht es ein. Ihr Gesicht betrachtet Monroe inzwischen mit der Lupe: „Ich sehe mich jetzt im Spiegel, die Stirn gerunzelt – wenn ich mich vorbeuge, werde ich sehen, was ich nicht wissen will." Mit Miller wünscht sie sich Kinder, doch die Schwangerschaften enden mit Fehlgeburten. Sie, die Sexgöttin, kann keine Kinder austragen, was für ein Alptraum, wer bloß hält für das Leben so böse Witze bereit?

Die Ehe kollabiert, Miller und Monroe, der Intellektuelle und der Star, das funktioniert nicht. Es ist Frühjahr, wieder betrachtet sie Bäume, sie ist fassungslos, dass sogar die uralten Bäume es schaffen, im Frühjahr wieder frische, grüne Blätter zu bekommen, während sie sich selber verdorrt fühlt. „Die zarten grünen Blätter an den hundert & fünf und siebzig Jahre alten Ahornbäumen. Das ist wie mit neunzig ein Kind bekommen."

Im Sommer verlässt sie das Haus in Connecticut, um wieder einen Film zu drehen, „Manche mögen's heiß": „Ich verließ mein Heim aus grünem Holz, ein samtblaues Sofa, das ich bis heute träume. Der dunkel blanke Busch gleich links von der Tür. Den Gehweg hinab rollte klick klack meine Puppe im Puppenwagen über die Ritzen – ‚Wir gehen weit weg'. Nicht weinen, mein Püppchen, nicht weinen. Ich halte dich, wiege dich in den Schlaf. Schsch, ich hab eben nur so getan ich bin nicht deine verstorbene Mutter. Ich werde dich füttern von dem dunkel blanken Busch gleich links von der Tür."



Zum Leben
Es ist mehr eine Entschlossenheit, mich nicht unterkriegen zu lassen.
Zur Arbeit
Die Wahrheit kann nur erinnert werden, nie erfunden.

Undatierte Notiz

Für den Regisseur Billy Wilder sind die Dreharbeiten mit ihr die Hölle. „Früher kam sie am Donnerstag, wenn sie für Montag bestellt war. Jetzt kommt sie im Herbst, wenn im Frühjahr gedreht werden soll." Er sagt auch: „Nicht Hollywood hat Marilyn Monroe umgebracht, es sind die Marilyn Monroes, die Hollywood umbringen."

Wilder kann schließlich wochenlang nur noch im Sitzen schlafen, so verspannt ist er. In einer Szene muss sie den Satz sagen: „Wo ist der Bourbon?" Sie braucht 65 Wiederholungen. Wilder lässt den Satz in sämtliche Kisten und Schubladen schreiben, die im Bühnenbild bereitstehen. Und sobald Wilder „Schnitt" ruft, schreit Marilyn Monroe: „Kaffee!" Aber in ihrer Thermoskanne ist kein Kaffee, sondern Wermut.

Sie will es immer wieder hinkriegen, das Leben. Ganze Notizbücher füllt sie mit To-do-Listen und Merkblättern: „Mehr anstrengen und tun, muss Disziplin aufbringen für Folgendes – zum Unterricht gehen – eigenem immer – ohne Ausnahme – möglichst oft Strasbergs andere Kurse besuchen – nie die Stunden im Actors Studio versäumen – Augen offen halten – beobachten – nicht nur mich, sondern auch andere und alles."

Sie resümiert: „Zum Leben: Es ist mehr eine Entschlossenheit, mich nicht unterkriegen zu lassen. Zur Arbeit: Die Wahrheit kann nur erinnert werden, nie erfunden."

Im Januar 1961 lassen sich Arthur Miller und Marilyn Monroe scheiden. Monroe kehrte nach Los Angeles zurück.

Es gibt ein paar Zeilen, geschrieben in einem undatierten Gedicht, die das Ende ankündigen: „Verdammt, ich wünschte, ich wäre tot – gar nicht vorhanden – fort von hier – von überall, nur wie …"

Im Jahr 1962 bereitet sie sich auf ein Interview vor. Sie nimmt sich vor, auf die Fragen des Journalisten optimistisch zu antworten:

„Ich bin sehr selbstkritisch, aber ich glaube, allmählich werde ich überlegter und nachsichtiger, realistischer, was das angeht." Sie äußert „die Hoffnung auf künftiges Wachstum und Weiterentwicklung". Es ist die letzte Notiz in diesem Nachlass.

Es gibt heute nicht mehr viele, die Marilyn Monroe noch kannten. Der Schauspieler Tony Curtis starb vergangene Woche, zu einem Interview mit dem SPIEGEL kam es nicht mehr. Die beiden hatten sich 1949 kennengelernt.

Curtis hat oft in der Öffentlichkeit über seine Bekanntschaft zu Marilyn gesprochen. Von ihren Orgasmusschwierigkeiten als junge Frau. Von ihren aggressiven Küssen, die er mit den Küssen Adolf Hitlers verglich, was er als Witz gemeint hatte. Davon, wie sie bei den Dreharbeiten zu „Manche mögen's heiß" 1958 angeblich wieder ein Verhältnis miteinander hatten. „Sie war merkwürdig geworden", hat Curtis später einmal gesagt, „man konnte sie nicht mehr fassen, sie hatte ihr Selbstvertrauen verloren."

Der Sohn von Lee Strasberg ist heute 69 Jahre alt. Er kann nicht sagen, ob ihm das Buch Freude bereiten wird, das Verhältnis zu seiner fast gleichaltrigen Stiefmutter Anna Strasberg war von Anfang

INGE MORATH / MAGNUM / AGENTUR FOCUS; S. 176: AUS DEM BUCH: MARILYN MONROE TAPFER LIEBEN, ERSCHIENEN BEI S. FISCHER

Eheleute Monroe, Miller 1960: *„Wo seine Augen mit Freuden ruhen, will ich noch sein“*

an zerrüttet, er und seine Schwester wurden vom Vater enterbt. John Strasberg, ein freundlicher Mann, der auch Schauspiellehrer geworden ist, erzählt, dass Monroe Mitte der fünfziger Jahre bei seinen Eltern in New York auftauchte. „Als Marilyn in meine Familie kam, veränderte sich unser Leben komplett, meine Eltern taten alles für sie.“ Er beschreibt Marilyn Monroe als extrem fordernd, „sie hatte die emotionalen Bedürfnisse eines Kindes“.

Wenn sie bei ihnen übernachtete, musste er ausziehen aus seinem Kinderzimmer und im Wohnzimmer schlafen. Seine Mutter Paula starb an Krebs, ein paar Jahre nach Monroe. Sie war immer dabei, wenn gedreht wurde, sie hatte bald das Image der bösen alten Frau, weil Monroe nur auf sie hörte und nicht auf den Regisseur. John Strasberg beschreibt seine Mutter nicht als böse, sondern im Verhältnis zu Monroe als hingebungsvoll bis zur Selbstaufgabe.

Marilyn Monroe, sagt Strasbergs Sohn, „hatte eine intuitive Intelligenz. Sie war es, die diese Figur des lustigen Blondchens erfunden hat. Sie war ein wunderbarer Clown. Und vielleicht liegt die Faszination dieser Frau darin, dass sie jenseits dieser Maske vollkommen echt war. Kunst ist immer gut, wenn sie simpel ist“.

Kurz vor ihrem Tod posiert Marilyn Monroe noch einmal für einen Fotografen, für Bert Stern, drei Tage lang in einem Hotelzimmer. Die Serie nennt Stern „The Last Sitting“, sie ist in die Fotogeschichte eingegangen. Stern erzählt später, Monroe sei betrunken gewesen. Stern zeigt ihr die Kontaktabzüge, die Fotos, die sie nicht mag, streicht sie mit Nagellack durch. Es wirkt, als hätte Monroe nicht die Fotos, sondern sich selbst durchgestrichen.

Gab es einen Ausweg? Die Geschichte von Marilyn Monroe erzählt auch, dass starke Selbstzweifel, Zweifel daran, sich in der Welt, wie sie nun mal ist, behaupten zu können, nicht mit Perfektionismus zu kompensieren sind. Wer dies tut, begibt sich in Gefahr. Ohne den Schatten der Depression ist die Suche nach Perfektion nicht zu haben.

Der tolle Beruf, die gelungenen Kinder und Schönheit bis ins Alter, das ist die Maßgabe heute, und das war auch das Ziel von Marilyn Monroe, die mit dreißig begann, mit der Lupe nach Falten zu suchen, die glaubte, dass alles schon zu spät für sie sei. Ihre Verzweiflung kommt einem heute ziemlich bekannt vor. Es ist eine individuelle Geschichte, und es ist auch die Geschichte einer Kranken. Dennoch ist Marilyn Monroe ein Spiegel, in dem wir „unser vergrößertes Ebenbild erblicken“, wie Norman Mailer einmal über sie schrieb.

Vor knapp einem Jahr präsentierten zwei Wissenschaftler von der Universität Pennsylvania eine Studie: „The Paradox of Declining Female Happiness“, das Paradox des abnehmenden Glücks von Frauen. Es ist eine erschöpfende Untersuchung, die beiden Forscher haben dafür sechs internationale Statistiken ausgewertet. Das Ergebnis: Frauen sind in den vergangenen 40 Jahren immer unglücklicher geworden.

Aber was folgt daraus? Etwa, dass Frauen den falschen Weg eingeschlagen haben, den Weg in die Emanzipation? Hätten sie sich stattdessen bescheiden sollen? Wie viel ärmer wäre die Welt, wenn eine Monroe sich beschieden hätte, wenn sie sich nicht aus Norma Jeane Dougherty in Marilyn Monroe verwandelt hätte. Unvorstellbar dieser Verlust. Unvorstellbar, Emanzipation für keine

EVE ARNOLD/MAGNUM PHOTOS/AGENTUR FOCUS (L.); AUS DEM BUCH: MARILYN MONROE TAPFER LIEBEN, ERSCHIENEN BEI S. FISCHER (U.)

Schauspielerin Monroe 1955: *„Nicht weinen, mein Püppchen, nicht weinen – ich halte dich, wiege dich in den Schlaf“*

gute Idee zu halten. Es geht um weibliche Würde.

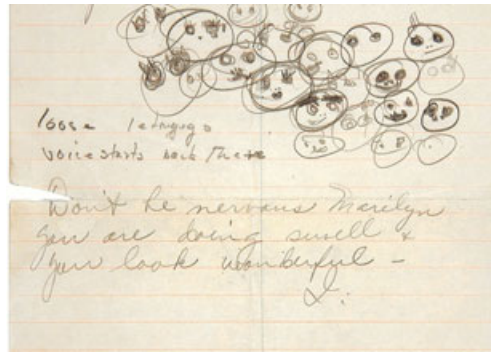
Lee Strasberg hatte zu Marilyn Monroe gesagt: „Es tut mir leid für dich, dass du so viel aus der Angst heraus tust, du musst anfangen, aus der Kraft heraus zu agieren.“ Monroes Weg aber war zerstörerisch:

„Ich habe immer, wenn mich jemand lobt, Angst, dass das in gewisser Weise schlimmer ist, in der Weise, dass es mich schlimmen Zweifeln aussetzt, dass das Ganze ein Versehen war.“

Die Borderline-Erkrankung, an der Marilyn Monroe wahrscheinlich litt – und über die sie in ihren Notizen Witze machte, sich als „Mitglied der Anonymen Borderliner“ bezeichnete –, wurde erst in den Jahrzehnten nach ihrem Tod gründlich erforscht. Borderline gilt als ein weibliches Krankheitsphänomen, 70 Prozent der Betroffenen sind Frauen: Merkmale dieses Syndroms sind ein verzerrtes Selbstbild und kapitale Selbstzweifel. Männer richten ihre starken Aggressionen, die Bestandteil dieser Störung sind, nach außen, werden Verbrecher, kommen ins Gefängnis, während Frauen die Aggressionen gegen die eigene Person richten.

Dass man Marilyn Monroe in diesen Tagen so oft auf New Yorks Straßen zu sehen bekommt, hat übrigens mit dem Erfolg einer Fernsehserie zu tun.

Die Serie heißt „Mad Men“ und spielt genau in jenen Jahren, als Marilyn Monroe ihrem Untergang entgegenging. Erzählt wird die Geschichte einer Werbeagentur, es ist die Zeit, in der die moderne Welt von heute erfunden wird und die Werbung Begehrlichkeiten weckt, die aus Bürgern Konsumenten machen. Noch rauchen alle überall, noch trinken Männer Whiskey zu jeder Tageszeit, noch müssen Frauen sexy und allzeit zugänglich sein, aber es ist eine Welt im Wandel.



lockern, loslassen
Stimme hinten aus Theaterraum

(das Folgende ist von Lee Strasberg geschrieben)
Nicht nervös werden, Marilyn,
Sie machen das großartig &
sehen toll aus –
L.

Bei einer Probe entstandene Notiz, undatiert

Eine Folge von „Mad Men“ handelt von Marilyns Tod. Die Männer reagieren gelassen, es sind die Frauen, die es wegträgt, vor allem Joan, die Organisatorin des Büros. Dargestellt wird sie von der Schauspielerin Christina Hendricks, die sehr groß und rund ist, ihre Weiblichkeit ist wie eine Waffe. Joan hat eine Affäre mit dem Chef der Agentur und ist auf der Suche nach einem selbstbestimmten Leben. Sie will alles, den Mann und die Kinder, die Karriere und die Schönheit, aber sie kommt ihrem Ziel nicht näher. Als die Frauen der Agentur vom Tod Monroes erfahren, weinen sie. Joan betrinkt sich, weil das, wovon sie träumt, noch nicht möglich ist und Marilyn genau daran gescheitert ist. „Diese Welt hat sie zerstört.“

Und warum ist diese Serie heute so erfolgreich? Warum kleiden sich die schicken New Yorkerinnen heute so wie damals Marilyn und wie die Frauen der „Mad Men“?

Vielleicht, weil sich seitdem weniger verändert hat, als man hofft.

Susanne Beyer, Lothar Gorris

DOPING

„Schädlicher Dreck“

DAPD

Werner Franke, 70, Dopingfachmann und Molekularbiologe am Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg, über positive Fälle mit dem Tiermastmittel Clenbuterol

SPIEGEL: Das Kölner Anti-Doping-Labor hat in kurzer Zeit zwei Clenbuterol-Fälle aufgedeckt. Erfreut sich das Mittel, das schon vor 18 Jahren die deutsche Sprinterin Katrin Krabbe eingenommen hatte, wieder wachsender Beliebtheit?

Franke: Es war niemals außer Mode. Vermutlich bekommen es heute mehr Bodybuilder als Kälber verabreicht. Beliebt ist es in Sportarten, wo Athleten Gewicht halten wollen.

SPIEGEL: Was macht Clenbuterol so attraktiv?

Franke: Es erhält die antrainierten oder angedopten Muskeln. Gleichzeitig hat es fettabschmelzende Wirkung, so kann der Sportler sein Gewicht halten oder senkt es sogar. Aus der Chirurgie wissen wir, dass es gern zur schnelleren Wundheilung genutzt wird – also auch für verletzte Sportler geeignet.

SPIEGEL: Stört es nicht, dass es leicht nachweisbar ist?

Franke: Natürlich, aber die Spuren sind auch recht schnell aus dem Körper heraus. Es ist ein probates Mittel, wenn man genau weiß, dass man für einige Zeit nicht kontrolliert wird.

SPIEGEL: Der deutsche Tischtennisspieler Dimitrij Ovtcharov und der spanische Radprofi Alberto Contador machen verseuchtes Fleisch für ihre positiven Kontrollen verantwortlich. Sind das Ausreden?

Franke: Verseuchtes Fleisch kann eine Ursache sein. Bisher ging ich davon aus, dass die medizinischen Berater im Radsport vor Clenbuterol warnen.

SPIEGEL: Sie glauben dem Tour-Sieger Contador also nicht?

Franke: Wie könnte ich? Ich weiß, dass seine Dopingvergangenheit schon mal vertuscht wurde. Und wer das kriminelle Umfeld des Radsports kennt, wäre naiv, ihm zu glauben.

SPIEGEL: Brauchen Athleten in China, wo Ovtcharov war, Vorkoster, um nicht positiv getestet zu werden?

Franke: Wer in China Fleisch und Milch zu sich nimmt, riskiert es, schädlichen Dreck aufzunehmen. Aber auch in Spanien und Deutschland werden die Mittel illegal verfüttert, ich erinnere an die großen Clenbuterol-Fälle im Münsterland.

SPIEGEL: Reicht denn ein einziges Steak, um positiv zu sein?

Franke: Schon einige Bisse reichen. Ich wundere mich deshalb, dass in letzter Zeit nur die Kölner Analytiker etwas gefunden haben. Da frage ich mich doch: Wollen die anderen Labors nichts finden, oder können sie es nicht?

SPIEGEL: Wie schwer ist es für Sportler, ihre Unschuld zu beweisen?

Franke: Nahezu unmöglich. Wer wirklich sichergehen will, braucht einen eigenen Koch.

TIM DE WAELE / PIXATHLON

Dopingverdächtiger Radprofi Contador bei der Tour 2010

SEBASTIAN WIDMANN / DAPD

Gottschalk, Riesch

OLYMPIA 2018

Angst vor Enteignung

Mit großem Aufgebot an Prominenten, darunter Ski-Olympiasiegerin Maria Riesch und TV-Moderator Thomas Gottschalk, wurde vorige Woche das Konzept für Münchens Olympiabewerbung vorgestellt. Die bayerische Landeshauptstadt kandidiert, gemeinsam mit Garmisch-Partenkirchen, für die Winterspiele 2018. Die Präsentation des Rahmenplans, laut dem das Projekt rund drei Milliarden Euro kosten soll, wird als Durchbruch für die Kandidatur gefeiert. Dabei sind die Probleme mit Garmischer Landwirten, die ihre Wiesen nicht für Olympiabauten verpachten wollen, nach wie vor ungelöst. Nur 3 von 170 Grundbesitzern haben Mietvereinbarungen unterschrieben. In der Marktgemeinde rechnet man damit, dass die Landesregierung das Prestigevorhaben nun mit anderen Mitteln durchsetzen werde. „Es wird in Richtung Enteignung gehen“, sagt ein Sprecher der Grundeigentümer. Zuletzt wurden die Olympiaplanungen in Garmisch wegen des Widerstands der Bauern drastisch eingedampft. Trotzdem benötigen die Organisatoren noch Flächen für Parkplätze und Zufahrtsstraßen.

FUSSBALL

Mainzer Farbenlehre

Die Mannschaft des jungen Trainers Thomas Tuchel sorgt in der Bundesliga für Furore. Trotzdem bleibt das Ziel des früheren Abstiegskandidaten bescheiden: Der Club will die Chance nutzen, sich endlich zu etablieren.

Das Training ist gerade zu Ende gegangen, in der Ferne läuten Kirchenglocken, der Himmel ist bleigrau, und Thomas Tuchel, der Trainer des 1. FSV Mainz 05, des Überraschungsteams der Bundesliga, stellt sich neben dem Rasen den Fragen von Journalisten. Tuchel ist ein begehrter Mann in diesen Tagen, Reporter aus ganz Europa wollen ihn sprechen.

Heute ist das italienische Fernsehen da. Die Kamera läuft, der Mann von Sky Sport liest seinen Text aus dem Notizblock ab: „Für misch habbe Sie die Meisterschale schon verdiente“, sagt er, entfaltet eine Pappscheibe, die wie die deutsche Meisterschale aussieht, und drückt sie Tuchel in die Hand. Tuchel bedankt sich, lächelt kurz, dann sagt er: „Wir haben keine Zeit zum Träumen.“ Er faltet die Pappe wieder zusammen.

Thomas Tuchel ist 37 Jahre alt, er trägt einen Trainingsanzug in Rot und Schwarz, dazu altmodische Fußballstiefel, um sei-

FRANK HÖRMANN / SVEN SIMON

Mainzer Profis Adam Szalai, Schürrle, Holtby
„Wir bleiben mutig“

nen Hals hängen eine Trillerpfeife und eine Stoppuhr, er ist unrasiert, die Haare sind dünn und etwas zu lang. Tuchel sieht aus wie der Sportlehrer des städtischen Gymnasiums, aber er soll jetzt über sich und den Weltfußball sprechen. Seine Lieblingsmannschaft? „Ich bewundere den FC Barcelona. Mit welcher Demut bei denen jeder Spieler bereit ist, Bälle zu erobern. Das Trikot ist der Star.“

Zum Schluss des Interviews will er die Pappschale wieder zurückgeben, doch der Italiener schenkt sie ihm. Tuchel fummelt etwas ratlos daran herum.

Danach scharen sich die deutschen Reporter um Tuchel, viele duzen ihn. Die Fragen sind nicht mehr wohlig, es geht nun um Zweifel. „Thomas, hast du keine Angst, dass deine Jungs abheben?“, fragt einer. „Verlieren die Spieler nicht die Konzentration bei dem ganzen Rummel?“, hakt jemand nach.

Tuchel steckt die Pappschale in die Jackentasche. „Ich habe noch keinen im Lamborghini vorfahren sehen“, sagt er, „ich sehe hier niemanden, der abhebt. Tut mir leid.“ Als alle Fragen beantwortet sind, steckt er die gefaltete Meisterschale dem Pressemann des Clubs zu. Tuchel kann mit dem Ding nichts anfangen.

Noch nie in seiner Vereinsgeschichte hat Mainz 05 bislang etwas mit dem Titelkampf im deutschen Profifußball zu tun gehabt. Vor ein paar Jahren war der Club im Europacup dabei, aber nur, weil er sich über die Fairplay-Wertung qualifiziert hatte – sie durften mitmachen, weil sie nett waren. Sie bleiben auch jetzt auf dem Boden, trotz des überragenden Saisonstarts mit Siegen in Wolfsburg, Bremen und München, wo sie mit den Bayern Katz und Maus spielten.

Mainz ist keiner dieser Vereine, die mit Geld aufgemotzt worden sind, wie der VfL Wolfsburg von Volkswagen und 1899 Hoffenheim vom Milliardär Dietmar Hopp. Wie sich Mainz 05 seinen Weg bahnt, in einer Nische zwischen Retortenteams und wohlhabenden Großclubs wie dem FC Bayern, das erscheint unwirklich. Als wären die Zeiten zurückgekehrt, da Geld noch keine Tore schoss.

Der Club ist lange genug im Profigeschäft dabei, um nicht als Kunstprodukt zu gelten. Er wirkt erfrischend. Es tummeln sich keine Ex-Nationalspieler aus grauer Vorzeit auf der Tribüne, die nach zwei Niederlagen alles besser wissen. Sie haben in Mainz einen pfiffigen Manager und einen außergewöhnlichen Trainer. Vor allem den beiden ist es gelungen, aus einem Team, das zwischen Liga eins und zwei pendelte, eine Spitzenelf zu formen, die ohne Stars auskommt. Der Etat für die Lizenzspieler liegt bei 15 Millionen Euro, kaum ein Proficlub gibt weniger an Gehältern und Prämien aus. Viele allerdings viel mehr, allein der FC Bayern etwa 100 Millionen.

Die Mannschaft spielt den vielleicht schönsten Fußball in Deutschland derzeit: temporeich, offensiv und taktisch variabel. Aber der Titel? Das Ziel bleibt bescheiden. In Mainz sehen sie die Gelegenheit gekommen, Nullfünf in der Bundesliga zu etablieren, ohne die dauernde Furcht, es könnte wieder abwärtsgehen.

„Bei uns werden Sie vergebens einen Trophäenschrank suchen, wir haben keinen“, sagt Christian Heidel, der Manager. „Andere Vereine haben eine lange Tradition, wir erschaffen sie gerade.“

Wenn bei Heidel das Telefon klingelt, kommt es inzwischen vor, dass eine Zeitung aus dem Ausland wissen möchte, wo denn das ganze Geld für die Spieler herkomme. „Jeder glaubt, bei uns sei ein Milliardär eingestiegen“, sagt er und kichert. Früher hat er seinen Verein gern als „die grauste Maus unter den grauen Mäusen“ bezeichnet. Nun genießt er das Interesse daran, was da Wundersames in Mainz geschehen sein muss.

Heidel trägt einen dunkelblauen Pulli, ein jovialer Mann, Sohn eines früheren Mainzer Bürgermeisters. Er sitzt in seinem Büro unter einem großen Foto, auf dem auf vollbesetzter Tribüne bengalische Feuer brennen. Heidel ist 47 und seit fast 20 Jahren für den Club tätig, „Mainz 05 war schon immer mein Ding“. Ab 1991 war er zunächst im Vorstand für die Amateure zuständig, kurz darauf auch für die Zweitligaprofis. Manager? Er kümmerte sich halt. Erst seit fünf Jahren wird er für seine Arbeit bezahlt.

Die Geschäftsstelle war damals in einem Container untergebracht, besetzt mit einer Halbtagskraft, und das Bruchwegstadion bestand überwiegend aus staubigen Stehplätzen. Heute befindet sich die Geschäftsstelle über einem Supermarkt. Gegenüber das Stadion, Wellblechoptik. Wie die Hauptstadt von Fußballdeutschland schaut Mainz immer noch nicht aus.

Wenn Heidel Anekdoten erzählt und Jahreszahlen runterschnurrt, im rheinhessischen Singsang, dann vergisst man leicht, dass er Kaufmann ist: Heidel war Teilhaber an einem Autohaus. Er gibt sich nicht kühl oder knurrig wie andere Manager aus der Bundesliga, aber er hält sich strikter als manche Kollegen daran, dass ein Geschäftsmann tunlichst weniger Geld ausgeben als einnehmen sollte, um den Laden nicht irgendwann vor die Wand zu fahren.

Teure Spieler kann sich der Club nicht leisten. Also muss er diejenigen auftreiben, die keine Millionen kosten: Talente vor allem, die noch günstig sind; erfahrene Profis, anderswo abgeschoben auf Bank oder Tribüne, missachtet vom Trainer, Unglückliche, die es noch einmal wissen wollen und Gehaltseinbußen hinnehmen, um wieder glücklich zu werden.

In seinem Büro hat Heidel auf einem Tischchen einen DVD-Player samt Fernseher stehen, ausgerichtet zum Schreibtisch, davor stapeln sich die Hüllen. „Meine Tagesration“, sagt er, „das Ding läuft normalerweise von morgens bis abends.“ Spielerberater schicken gern Szenen ihrer Klienten zur Sichtung, es hat sich herumgesprochen, für welche Typen Mainz die richtige Adresse ist. Andererseits weiß Heidel, welche Vermittler jene Spieler vertreten, die Mainz braucht. „Es gibt in Deutschland ja fast mehr Berater als Spieler“, sagt er, „aber es sind nur 50 Leute, die 80 Prozent des deutschen Marktes, der für uns interessant ist, bearbeiten.“

Und wie sucht er den Kader zusammen? „Parameter“, sagt Heidel, steht auf und geht zu einem Flipchart, das neben dem Fernsehtisch aufgestellt ist, und blättert durch die Papierbögen, auf denen je-

MATTHIAS KERN / GETTY IMAGES

Trainer Tuchel: *Nachts um zwei sagte er zu*

MARTIN HOFFMANN / IMAGO

Jungstars Schürrle, Holtby im ZDF-„Sportstudio“: *Die Mannschaft war zu alt geworden*

weils der Kader aufgeschrieben steht. „Alter, Größe, Mentalität, Vertragsdauer. Ich arbeite mit Farben.“ Auf einem Blatt sind die Spieler der Vorsaison aufgelistet, getrennt nach Tor, Abwehr, Mittelfeld, Sturm: schwarz die Namen der Jungen, rot die mittleren Alters, blau die Älteren.

Es ist viel Blau zu sehen. Die Mannschaft war zu alt geworden, „also mussten wir das ändern“, sagt Heidel.

Das Restaurant Zum Haasekessel liegt gleich hinter der Haupttribüne des Stadions, eine Vereinskneipe mit furniertem Mobiliar und Weinbembeln im Thekenregal, an der Wand verblichene Fotos vom Mainzer Dom und Fachwerkhäusern, ein Teil der Gaststätte ist heute abgetrennt. Dort trifft sich später eine Trauergemeinde zum Leichenschmaus.

Gegen Mittag kommen Christian Fuchs und Lewis Holtby zur Tür herein. Die beiden sind zuletzt mit dem VfL Bochum abgestiegen, in Mainz spielen sie um die Tabellenspitze. Dass sie hier gelandet sind, verdanken sie Heidels Farbenlehre.

Holtby ist einer der neuen Jungstars des FSV, einer der „Bruchweg Boys“, 20 Jahre, blond, Tätowierungen am Handgelenk. Holtby gilt als eines der größten Mittelfeldtalente in Deutschland und ist auf dem Sprung in die Nationalelf. Er steht langfristig bei Vizemeister Schalke 04 unter Vertrag, aber ihn jetzt schon in der eigenen Elf aufzunehmen erschien den Schalkern als Risiko. Also verliehen sie ihn, zuerst an Bochum, nun an Mainz.

Als Schalke vorige Saison am letzten Spieltag in Mainz war, lief Heidel nach dem Schlusspfiff zum Schalker Trainer und Manager Felix Magath. Bochum war eben gerade abgestiegen, Heidel fragte Magath sofort, ob er ihm Holtby nicht für ein Jahr überlassen wolle, damit dieser Spielpraxis sammele. Magath hielt das für eine gute Idee. So gelangte Heidel an einen Spieler, den er anders nie bekommen hätte.

Holtby kam zwei Monate vor Christian Fuchs nach Mainz, er rief ihn ständig an und erzählte ihm, „wie familiär es hier zugeht, wie cool es ist, dass viel mit dem Ball trainiert wird, dass man sich richtig weiterentwickeln kann“.

Fuchs, 24, ein schmächtiger Österreicher mit Kinnbart, wollte auch wechseln. Es gab nur ein Problem: Bochum wollte ihn zwar verkaufen, verlangte allerdings zwei Millionen Euro Ablöse, zu viel für Heidel. Weil aber auch sonst kein Club bereit war, diese Summe aufzubringen, machte Heidel den Bochumern ein Angebot. Er lieh Fuchs aus und sicherte sich eine Kaufoption. Bewährt sich Fuchs diese Saison, dann hat Mainz das Vorrecht, ihn fest zu verpflichten. Heidel hat zum reduzierten Geschäftsrisiko einen hervorragenden Außenverteidiger an der Hand.

Prompt ist Fuchs Stammspieler geworden, nun hofft er darauf, dass der Verein ihn behält. „Ich würde mich extrem freuen“, sagt er, „ich habe wieder Spaß am Fußball.“ Holtby dagegen wird ziemlich sicher zu Schalke zurückkehren – wahrscheinlich als jemand, der es in Mainz zum Nationalspieler gebracht hat.

Thomas Tuchel kommt in den Haasekessel, schmunzelnd stellt er sich hinter Fuchs und Holtby, die mit dem Rücken zur Tür sitzen. Ohne ihn zu bemerken, schwärmen sie über die Arbeit des Mannes, der wenig älter aussieht als sie, über dessen Training, Analysen des Gegners, die Vorbereitung auf das nächste Spiel. Tuchel hört kurz zu, dann springt er aus der Deckung und ruft grinsend: „Genau so isses! Genau so!“ Alle lachen.

Vor 15 Monaten war Tuchel noch Trainer der Mainzer A-Jugend, dann wurde er über Nacht zum Chefcoach, fünf Tage vor Beginn der Bundesligasaison. Er zögerte, als er zu Hause bei Manager Heidel saß und das Angebot bekam, er fürchtete, eine Zwischenlösung zu sein. Heidel offerierte ihm einen Zweijahresvertrag. Tuchel war das wichtig: Er wollte die Aufgabe, aber er wollte sie mit aller Konsequenz. Nachts um zwei sagte er zu.

Heute sagt Tuchel, am meisten mache ihn stolz, „dass die Mannschaft eine Begeisterungsfähigkeit zeigt, die man eher Jugendteams zuschreibt“.

Seine große Fähigkeit liegt wohl darin, dass er Autorität mit Sensibilität verknüpft. Er verlangt Disziplin und stellt hohe Ansprüche, aber er versteht es, die Emotionen aufzuladen. In den letzten Minuten vor dem Spiel beim FC Bayern ging es nicht mehr um Taktik. Es ging wie üblich vor dem Anpfiff darum, eine „Überschrift“ zu finden, wie Tuchel es nennt. Diesmal las er einen Artikel vor, eine kurze Eloge über das attraktive Spiel des Teams, die mit dem Satz endet: „Hoffentlich bleibt Mainz Mainz.“ Tuchel sagt, „das war unser Motto: Wir bleiben mutig, auch in München, auch in dieser Arena“.

Am Montag nach dem Sieg verglich die Londoner Zeitung „The Times“ Tuchel mit José Mourinho von Real Madrid. Das ist der Star unter Europas Clubtrainern.

Die Dinge geraten in Bewegung in Mainz. Ein neues Stadion für 33 500 Zuschauer entsteht, Manager Heidel rechnet damit, von kommender Saison an jährlich zehn Millionen Euro zusätzlich einzunehmen. Stürmer André Schürrle wechselt nächsten Sommer nach Leverkusen, der Verkauf des 19-Jährigen, der aus dem Mainzer Nachwuchs stammt, bringt die Rekordablöse von etwa zehn Millionen Euro ein. Eventuell kommen ein paar Millionen aus dem Europacup dazu. Es ist Geld da wie nie zuvor, der Etat für die Mannschaft wird von 15 auf rund 23 Millionen Euro aufgestockt werden.

„Paradiesische Zustände“, sagt Heidel. „Wir haben die Möglichkeit, auf unserem Weg jetzt zwei, drei Jahre zu überspringen. Wenn wir es nicht völlig ungeschickt anstellen, können wir ein richtiger Bundesligaverein werden.“

Maik Grossekathöfer, Detlef Hacke

WETTSKANDALE

Geständnis eines Zockers

In Bochum kommt es zum ersten Prozess gegen eine Bande mutmaßlicher Manipulateure. Einer der Angeklagten diente den Ermittlern als eine Art Kronzeuge.

Der Brief an den Häftling Marijo C., den Beamte der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede Anfang Juni abfingen, sollte dem Gefangenen Mut machen. Er sei für seine Kumpel draußen „ein Held, der sich super verhalten hat“, hieß es in dem Schreiben.

Seit 19. November vorigen Jahres sitzt der 35-jährige Marijo C. als einer der Hauptbeschuldigten einer Bande mutmaßlicher Fußball-Wettbetrüger in Untersuchungshaft – doch eine Aussage hatte der Kroate trotz des umfangreichen Beweismaterials gegen ihn bis vor wenigen Wochen nicht gemacht.

Fast alle anderen der derzeit noch inhaftierten Zocker, denen die Bochumer Staatsanwaltschaft vorwirft, rund 270 Fußballspiele in ganz Europa verschoben zu haben, sind mittlerweile vernommen worden. Einige sind geständig.

Und einer packte sogar komplett aus, „weit über seinen Tatbeitrag hinaus“, wie die Beamten anerkennend festhielten: der 35-jährige Nürettin Günay, ein im Essener Gefängnis einsitzender Türke aus dem niedersächsischen Lohne. Für die Ermittler erwies sich der Zocker bei seinen 37 Vernehmungen zwischen Januar und Juli als eine Art Kronzeuge. „Ohne Günays Aussagen“, hielt die Bochumer Kripo in einem „Auswertungsbericht“ Mitte Juli fest, „wären die polizeilichen Ermittlungen in dieser Form nicht möglich gewesen.“

Vor seiner Verhaftung besaß Günay mehrere Wettlokale in Niedersachsen und Bremen, er war Patron des Spielclubs Emperyal in Osnabrück, wo auch Spieler des ortsansässigen Zweitligisten VfL ein und aus gegangen sein sollen. Zuweilen lud er dort zum 24-Stunden-Poker, dann wanderten Hunderttausende Euro über die Tische.

Von diesem Mittwoch an muss sich der Türke wie drei andere Angeschuldigte vor dem Bochumer Landgericht wegen des Vorwurfs des gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs verantworten. Der Prozess ist Auftakt einer ganzen Reihe von Gerichtsverfahren im bislang größten Manipulationsskandal des europäischen Fußballs.

Günay, den die Staatsanwaltschaft wegen Manipulation in 16 Fällen anklagt, kann wohl mit einem vergleichsweise milden Strafmaß rechnen. Sein Anwalt Jens Meggers wollte sich „vor Prozessbeginn nicht öffentlich zu den Vorwürfen gegen meinen Mandanten äußern“.

Bei Günays Kompagnons hatte seine Redebereitschaft für erhebliche Nervosität gesorgt. In dem Brief an den Mitbeschuldigten Marijo C., den die Bochumer Staatsanwaltschaft beschlagnahmte, hieß es warnend: „Der Türke ist am Singen.“

Insgesamt äußerte sich Günay zu 158 Spielen. Dabei habe er die Mittäter sehr umfangreich charakterisiert und identifiziert, komplette Ablaufbeschreibungen manipulierter Spiele geliefert, bei der Auswertung beschlagnahmter Unterlagen mitgeholfen, Geldflüsse aus gekauften Partien erläutert – und Aussagen zu Straftaten gemacht, die nicht im Zusammenhang mit verschobenen Fußballbegegnungen stehen. So steht es in den Akten der Bochumer Staatsanwaltschaft.

Vor allem zu den Bestechungsfällen in der Türkei habe Günay „umfangreiche, sachdienliche Aussagen“ gemacht. Dort stehen 67 Partien unter Korruptionsverdacht, mehr als in jedem anderen Land und bis hinauf in die höchste Profiliga, die Süper Lig.

Diese Protokolle leiteten die deutschen Behörden an die türkische Justiz weiter. Bei einer landesweiten Razzia im Frühjahr nahm die Staatsanwaltschaft Sariyer Istanbul daraufhin 70 Personen fest.

Günays Aussagen erwecken den Eindruck, dass der Profifußball in der Türkei von Wettbetrügern unterwandert ist. So beschreibt er ein Treffen vor zweieinhalb Jahren im Istanbuler Swissôtel mit einem Spielervermittler und einem wohlhabenden Türken, mit denen sich Günay beim Essen auf den Kauf eines Erstligaspiels und zweier Zweitligaspiele geeinigt haben will. Der Preis: 100 000 Euro für die korrupten Kicker. Günay schildert, wie der Trainer einer Mannschaft, die zur Halbzeit 3:1 führte, die Anweisung gegeben haben soll, die Partie dürfte keinesfalls gewonnen werden – was dann auch geschah.

Der Zocker berichtet von der Begegnung mit einem türkischen Schiedsrichter, der auch internationale Spiele pfeife und ihm mitgeteilt habe, für 50 000 Dollar „würde er jedes Spiel manipulieren“. Und er gibt detailliert zu Protokoll, wie einem Profi in der Türkei, dessen Manipulationsversuch offenbar misslang, mit brutaler Gewalt gedroht wurde.

Besonders betroffen von den Manipulationen soll demnach der Erstligist Kasimpaşa sein, Lieblingsclub des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, nach dem auch das Stadion benannt ist. Ein türkischer Spielerberater habe Profis der Mannschaft zum Betrug angestiftet und dafür gesorgt, dass allein in der Saison 2007/08 drei Partien von Kasimpaşa verschoben worden seien.

Dieser Mann sei ihm besonders in Erinnerung geblieben, sagte Nürettin Günay den Bochumer Beamten – wegen seiner „Gorillas, die hatten immer eine Pistole unter der Jacke dabei“.

MAXIMILIAN POPP, SVEN RÖBEL, MICHAEL WULZINGER

IHLAS NEWS AGENCY

Verdächtiges Erstligaspiel in der Türkei*: *„Pistole unter der Jacke“*

* Kasimpaşa gegen Sivasspor (0:4) am 30. März 2008 in Istanbul.

Impressum

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo (V. i. S. d. P.), Mathias Müller von Blumencron

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Dirk Kurbjuweit, Michael Sauga (stellv.), Christoph Schwennicke (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Kerstin Kullmann, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. *Autoren, Reporter:* Henryk M. Broder, Markus Feldenkirchen

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Peter Müller, Alexander Neubacher, Christian Reiermann. *Autor:* Jan Fleischhauer

DEUTSCHLAND *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm (Hausmitteilung, Online Koordination), Ulrich Jaeger, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheuermann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep, Hans-Ulrich Stoldt, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, John Goetz, Wiebke Hollersen, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Sandra Schulz, Helene Zuber. *Reporter:* Clemens Höges, Susanne Koelbl, Walter Mayr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Cordula Meyer, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autorin:* Rafaela von Bredow

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Julia Bonstein, Nikolaus von Festenberg, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Elke Schmitter, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Dialika Krahe, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin, Alexander Osang

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Annette Großbongardt, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels
Sonderhefte: Karl-Heinz Körner

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. *E-Mail: bildred@spiegel.de*
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe (stellv.), Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Petra Gronau, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Maximilian Popp, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Steffen Winter, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 290, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, Tel. (0066) 22584037

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Daniel Steinvorth, PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2432080, Fax 2432079

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (004420) 32394776, Fax 75045867

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Dr. Wieland Wagner, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

SINGAPUR Jürgen Kremb, 5 Hume Avenue # 05-04, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. + Fax (0065) 63142004

STAVANGER Gerald Traufetter, Rygjaveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

TEL AVIV Juliane von Mittelstaedt, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 64 vom 1. Januar 2010
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden
Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $350 per annum.
K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.
Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop
SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop
Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)
Telefon: (040) 3007-2948
Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196
E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,
Sa. 10.00 – 16.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg
Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857003
Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857006
* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.
Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz
Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070
E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de
Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 189,80
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 709,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 145,60 inkl.
6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 351,00
Europa: zwölf Monate € 244,40
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 322,40
DER SPIEGEL als E-Paper:
zwölf Monate € 189,80
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.
Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 3,65 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 13,65 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort
Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut
❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP10-001-WT127

SPIEGEL ONLINE Jeden Tag. 24 Stunden.

PILAR OLIVARES / REUTERS

Moche-Maske: Seltsame Riten der peruanischen Ureinwohner

WISSENSCHAFT | Die Totenesser
Vor 1500 Jahren gab es in Peru den Leichenschmaus der etwas anderen Art: Der Moche-Stamm ließ seine Verstorbenen von Insekten verspeisen. SPIEGEL ONLINE beschreibt die Hintergründe des außergewöhnlichen Begräbnisritus.

POLITIK | Brisante Ehrung
Der chinesische Schriftsteller Liu Xiaobo gilt als Kandidat für den Friedensnobelpreis, doch die Regierung in Peking will die Auszeichnung verhindern. SPIEGEL ONLINE analysiert die Entscheidung des Komitees in Oslo.

PANORAMA | Beichte des Mörders
Günther Jacoby vergewaltigte, folterte und tötete drei Frauen. Mit SPIEGEL ONLINE sprach der verurteilte Mörder über seine Schuld – und erklärt, warum seine Gefährlichkeit so lange unbemerkt blieb.

KULTUR | Bedrohtes Erbe
Mit seinem Operndorf in Burkina Faso sorgte Christoph Schlingensief für Furore. Doch was passiert nach dem Tod des Theaterregisseurs mit dem Großprojekt? SPIEGEL ONLINE hat sich vor Ort umgesehen.

SPORT | Löws Auswärtsspiel in Berlin
Im Top-Spiel der EM-Qualifikation fordert die Auswahl der Türkei die DFB-Elf heraus. SPIEGEL ONLINE berichtet live aus dem Olympiastadion und über die rot-weißen Schlachtenbummler aus Neukölln und Kreuzberg.

einestages.de | Plattencoup – und raus bist du

ROBERT GALBRAITH / REUTERS

Wer war die Frau bei den Beastie Boys? Was geschah mit dem fünften Beatle? Welche bekannte Blondine war Mitgründerin der Pussycat Dolls? Vor ihrem Durchbruch traten viele berühmte Bands in anderer Besetzung an. einestages.de verrät, welche Musiker kurz vor dem großen Erfolg ausstiegen, warum sie gingen – und was aus ihnen wurde.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

SPIEGEL TV

DIENSTAG, 5. 10., 23.40 – 0.40 UHR | VOX
SPIEGEL TV EXTRA

Willkommen im Leben – Alltag in der Geburtsstation, Teil 2

SPIEGEL TV EXTRA

Neugeborenes

In der Asklepios-Klinik Hamburg-Altona wird jeden Tag Geburtstag gefeiert: Rund 2600 Babys kommen pro Jahr in der größten Entbindungsstation Norddeutschlands zur Welt. Für die Eltern ist der Nachwuchs langersehntes Glück und ganzer Stolz. Doch keine Geburt ist wie die andere, sondern jedes Mal eine emotionale und medizinische Herausforderung.

SAMSTAG, 9. 10., 9.40 – 11.45 UHR | VOX
SPIEGEL TV THEMA

Weg damit? Eine Chance fürs Gerümpel

Für die einen ist es überflüssiger Müll, für andere ein willkommenes Schnäppchen. Allein auf Ebay wechselt jede Sekunde ein Kleidungsstück den Besitzer, alle fünf Minuten ein Paar Fußballschuhe, alle zwei Minuten ein Auto. Ein Report über Second-Hand-Läden, Powerseller und Aufräumprofis bei der Arbeit.

SPIEGEL TV

Entrümpler bei der Arbeit

SONNTAG, 10. 10., 22.10 – 22.55 UHR | RTL
SPIEGEL TV MAGAZIN

Seelen am Abgrund – Wie die Depression zur Volkskrankheit wurde; **70 Bewerber auf eine Wohnung** – Miet-Wahnsinn in den Städten; **Feuer aus dem Wasserhahn** – Die riskante Gasförderung in den USA.

SPIEGEL TV

Wohnungsbesichtigung

Register

GESTORBEN

BETTMANN / CORBIS

Tony Curtis, 85. Ein Jahrzehnt lang hat er sich in Hollywood als Kraftkerl vom Kleindarsteller zum Star hochgeackert und als Knast-Ausbrecher in „Flucht in Ketten“ (1958) sogar eine Oscar-Nominierung bekommen. Doch alles an Unvergesslichkeit, was im Kino zu gewinnen ist, hat ihm sein Herzensbrecher-Charme in einer einzigartigen Sternstunde des Vergnügens eingebracht, 1959 im Zusammenspiel mit Marilyn Monroe und Jack Lemmon in „Manche mögen’s heiß“. Hinter ihm lagen eine trostlose Bronx-Kindheit als Sohn ungarisch-jüdischer Einwanderer und eine Zeit bei der Navy. In Hollywood blieb er als vielseitiger, immer strahlender Profi bis Ende der sechziger Jahre obenauf, gerühmt auch als unermüdlicher Frauenvernascher (fünf oder sechs Ehen, sechs Kinder); später kamen Alkohol und Kokain, doch auch lukrative TV-Dauerbrenner wie „Die Zwei“ im Duo mit Roger Moore; im Alter kultivierte er seine Talente als Maler. Tony Curtis starb am 29. September in der Nähe von Las Vegas.

JUPP DARCHINGER IM ADSD DER FES

Walter Schwenninger, 68. Neben Helmut Kohl schaffte er es 1983 in die Weltpresse: der Kanzler in Anzug und Krawatte, der Alternative im Alpaka-Grobstrick mit Bart und langhaariger Prinz-Eisenherz-Frisur. Schwenninger, Lehrer für Sport und Theologie, gehörte zu den ersten Grünen, die in den Bundestag einzogen. Die parteiübliche Rotation beendete seine Abgeordnetenzeit schon zwei Jahre später; 1994 versuchte er erfolglos, wieder ins Parlament zu kommen. Der urgrüne Entwicklungspolitiker, der mit seiner aus Peru stammenden Frau viele Projekte im Ausland auf die Beine stellte, hielt sich aus dem innerparteilichen Gezänk heraus. Dafür stritt der ehemalige Zehnkämpfer, der auch als lautstarker „kritischer Aktionär“ bei Daimler-Benz-Hauptversammlungen bekannt war, im Tübinger Gemeinderat für seine Themen. Walter Schwenninger starb am 24. September in Tübingen an Krebs.

Georges Charpak, 86. Die Mathematik diente dem Sohn polnisch-jüdischer Einwanderer in Paris als Ausflucht und Trost in bedrohlichen Lebenslagen: Als er mit 18 Jahren verhaftet wurde, weil er sich im Widerstand gegen die Nazis engagiert hatte, studierte er im Gefängnis alte Mathematikbücher. 1944 wurde er als Zwangsarbeiter aus dem KZ Dachau nach Landsberg am Lech verschleppt; dort fand er in einem Mitgefangenen seinen Lehrmeister. Nach dem Krieg arbeitete Charpak als Praktikant am Centre national de la recherche scientifique in Paris, später als Physiker am Kernforschungszentrum in Genf. Für die Entwicklung von Teilchendetektoren, die zum Nachweis von Quarks, den elementaren Bausteinen der Materie, beitrugen, erhielt er 1992 den Nobelpreis. Georges Charpak starb am 29. September in Paris.

REUTERS

James „Jimi“ Heselden, 62. Schulabbrecher, Bergarbeiter, Multimillionär – seine Karriere mutet märchenhaft an. Mit der Produktion und dem Verkauf von „Concertainern“ – genutzt als mobile Sandsäcke – verdiente der aus dem nordenglischen Leeds stammende Heselden ein Vermögen. Vor einem knappen Jahr übernahm er die US-Firma Segway. Die von ihr hergestellten Elektro-Stehroller sind umstritten, in Großstädten aber bei Polizisten und Touristen beliebt. In Leeds wurde Heselden als Volksheld verehrt – der öffentlichkeitsscheue Unternehmer hat Millionen Euro für Bedürftige in der Region gespendet. Eines seiner Geräte wurde dem Segway-Eigentümer nun möglicherweise zum Verhängnis, als er damit von einer Klippe stürzte. James Heselden starb am 26. September in West Yorkshire.

Arthur Penn, 88. Als der US-Regisseur 1967 die Titelhelden seines Gangsterfilms „Bonnie und Clyde“ im Kugelhagel sterben ließ, war das der Beginn einer neuen Ära. Penn läutete die Zeit des New Hollywood ein, laut, dissonant, unüberhörbar. Regisseure wie John Schlesinger, Dennis Hopper oder Martin Scorsese folgten dem Signal zum Aufbruch, drehten Filme über das andere, das schmutzige, asoziale und rebellische Amerika. Penn, der sich zu „einer Liebesaffäre mit dem Film“ bekannte, begleitete diese Revolte: Mal kommentierte er sie ironisch wie in „Alice’s Restaurant“ (1969), in dem er sehr amüsant den Zusammenprall zwischen dem ländlichen Amerika und der Hippiekultur beschrieb. Mal reflektierte er sie melancholisch wie im Detektivfilm „Night Moves“ (1975), in dem er aus einem Kriminalfall eine Metapher für die Watergate-Affäre machte. Arthur Penn starb am 28. September in Manhattan.

Personalien

Markus Karp, 44, Ex-Wahlkampfmanager von Christian Wulff und unter akutem Affärenverdacht beurlaubter Chef der Wolfsburger Stadtwerke, würde im Fall einer Kündigung weich fallen. Der CDU-Stratege, der die ihm unterstellten Stadtwerke mehrfach für Wahlkämpfe seiner Partei zweckentfremdet haben soll, hätte bei einer ordentlichen Kündigung Anspruch auf ein „Übergangsgeld“ in Höhe von bis zu rund 7000 Euro monatlich. Eine „fristlose Verdachtskündigung“ des Chefs hat am vorigen Mittwoch im Aufsichtsrat keine Mehrheit gefunden. Das „Risiko der Stadtwerke“ hätte sich laut einem internen Vermerk des Unternehmensanwalts „auf über EUR 1 Mio. (Prof. Dr. Karps Vergütungsansprüche bis Ende 2015) nebst eines Prozesskostenrisikos“ belaufen. Gegen Karp wird wegen Vorteilsgewährung und Untreue ermittelt; er bestreitet sämtliche Vorwürfe.

Helmut Kohl, 80, Kanzler der Einheit, gibt sich gern als Bewunderer des ehemaligen Kreml-Chefs **Michail Gorbatschow,** 79, den er zärtlich „Mischa“ nennt. Ein jetzt aufgetauchtes Dokument aus dem Archiv des Auswärtigen Amts zeigt allerdings, dass ausgerechnet im Spätfrühling 1990, als das internationale Ringen um die Einheit dem Höhepunkt zustrebte, Kohl mit kühlem Blick auf den Reformer schaute. Während alle Welt einen Staatsstreich kommunistischer Hardliner fürchtete, meinte der Kanzler bei einem US-Besuch,

Kohl, Gorbatschow 1990

sollte Gorbatschow stürzen, könnte ein Nachfolger den Lauf der Dinge „nur teilweise und auch nur für kurze Zeit zurückdrehen“. Vielmehr werde sich die Entwicklung „wie ein aufgestauter Fluss relativ bald doch wieder Bahn brechen“. Mit anderen Worten: Rücksicht müsse nicht genommen werden.

David McAllister, 39, niedersächsischer Ministerpräsident (CDU), fühlt sich unablässig an die Probleme der Union erinnert – auch Tausende Kilometer von Hannover entfernt. Als der Politiker in der vergangenen Woche im indischen Chennai eine Fabrik für Windenergieanlagen besichtigte, präsentierte ihm der Inhaber

ROBERT ERDMANN / AUGUST (R.); DPA (L.)

Lily Allen, 25, schwangere Popsängerin aus Großbritannien, wechselt die Branche. Gemeinsam mit ihrer Schwester Sarah feierte sie kürzlich die Eröffnung einer Modeboutique mit Klamotten im Retro-Stil; ein Kosmetiksalon und eine Partylounge gehören zur Ausstattung dazu. Die Kunden können Kleider kaufen, aber auch leihen. Im Januar wollen die Geschwister ihr eigenes Modelabel vorstellen. Allen glaubt, mit Mode leichter ihren Lebensunterhalt verdienen zu können als bisher: „Es ist unmöglich geworden, mit Musik Geld zu machen, ohne jahrelang auf Tournee zu gehen – und das wäre nicht besonders verantwortungsvoll mit einem Baby.“ Ihr Sohn soll im Frühjahr zur Welt kommen.

auf einem Computerbildschirm eine Grafik, die eine stark abfallende Kurve zeigte. McAllister verstand die komplizierten technischen Erläuterungen nicht, ließ sich aber zu einer vielsagenden Bemerkung hinreißen: „Haben Sie hier in Indien sogar die aktuellen Umfragewerte der CDU?“ Später sollte McAllister vor dem Firmengebäude einen Baum pflanzen. Um die Pflanze zu gießen, hatte der Gastgeber ausgerechnet eine rot-grüne Plastikkanne bereitgestellt. Bei deren Anblick mutmaßte McAllister: „Das schwarz-gelbe Exemplar war wohl gerade kaputt.“

Herta Müller, 57, Literaturnobelpreisträgerin, verstört ihre ehemaligen Landsleute in Rumänien mit schroffer Direktheit. Vergangene Woche las sie aus der „Atemschaukel“ im Athenäum, Bukarests klassizistischem Konzerthaus mit 794 Sitzplätzen. Der Andrang war gigantisch, der Saal mit mehr als tausend Zuschauern völlig überfüllt. Bei der Podiumsdiskussion nahm Müller kein Blatt vor den Mund. Die Frage, wie sich das Land entwickeln solle, um sie zur Rückwanderung zu bewegen, deklarierte Müller als „ohne Gegenstand“. Rumänien müsse sich für seine Bürger entwickeln, nicht für sie. Eine Initiative, ihr den höchsten Staatspreis Rumäniens zu verleihen, interessiert sie nicht: „Ich sammle kein Blech.“ „Niemand kann sagen, dass sie Charme hat“, schreibt die Wochenzeitung „Academia Caţavencu“. Eindruck hat die Autorin

ROBERT GHEMENT / DPA

Müller

dennoch gemacht: Müller sei „ohne Kompromiss, gespannt wie eine Feder und lässt ihrer Ehrlichkeit freien Lauf“.

Uwe Lehmann-Brauns, 72, CDU-Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, erntet hämische Kommentare für seinen Vorschlag, am Checkpoint Charlie wieder einen Wachturm aufzustellen. „Ich bin entschieden gegen eine Rekonstruktion des Schreckens“, erklärte Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz (SPD). „Jeder Versuch in diese Richtung führt unweigerlich ins Disneyland.“ Lehmann-Brauns hatte dem Senat vergangene Woche vorgeworfen, dass von dem ehemaligen Grenzübergang „nichts mehr

ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Herbert Nitsch, 40, österreichischer Extremtaucher, will seinen eigenen Weltrekord brechen. In der „No Limit“-Disziplin beim Apnoe-Tauchen ist er seit 2007 ungeschlagen: Damals tauchte er 214 Meter tief. Jetzt peilt er 1000 Fuß, knapp 305 Meter, an. Anfang nächsten Jahres will „The Deepest Man on Earth“ sich diesem Ziel zum ersten Mal annähern. Eigentlich hält ihn nur ein technisches Detail davon ab, den Wahnsinn zu starten: Sein Tauchschlitten ist zu langsam. Die ganze Aktion soll nicht länger als fünfeinhalb Minuten dauern. Nitsch bastelt derzeit eifrig mit einem Technikteam an der Lösung des Problems. Der lebensgefährlich hohe Druck unter Wasser macht dem Sportler ebenso wenig Sorgen wie die Tatsache, dass er kurzfristig in eine Stickstoffnarkose fallen wird. Seine extreme Körperbeherrschung und akribische Vorbereitung sollen ihn schützen: „Ich bin total konzentriert. Alles, was du hast, sind drei Gehirnzellen: eine für Plan A, eine für Plan B – und die dritte entscheidet, welchen du nimmst“, so Nitsch.

übrig“ sei, die vielen Besucher suchten vergeblich nach „authentischem Material“. Ein Wachturm könne „abhelfen“. Berlins Ex-Kultursenator Thomas Flierl (Die Linke), der 2006 das Berliner Mauerkonzept entworfen hat, findet den Vorschlag völlig daneben und fragt: „Sollen demnächst auch bewaffnete Schauspieler-Soldaten mit Wachhunden am Checkpoint Charlie aufmarschieren?“

Carey Mulligan, 25, Hollywood-Schauspielerin („An Education“, „Wall Street 2“), achtet strikt auf ihre Linie: Sie will auf keinen Fall abnehmen. Der Magerwahn schreckt sie ab. Die Schauspielerin musste bei einem Fototermin für die amerikanische „Vogue“ feststellen, dass sie trotz ihrer zierlichen Figur Probleme mit Design-Klamotten hat. Für das Titelbild sollte sie ein bestimmtes Kleid anziehen. Das passte aber beim besten Willen nicht über ihre Hüften, obwohl es oben herum perfekt saß. Die „Vogue“‘-Leute krempelten das Unterteil des Kleides kurzerhand um, es sollte ohnehin nur ein Porträt entstehen. Mulligan lacht über den Vorfall, Size Zero bleibt für sie reizlos. Mit dem Dünnsein hat sie nämlich schlechte Erfahrungen gemacht: „Nach einer Blinddarmoperation wog ich nur noch 50 Kilo. Da habe ich gemerkt, dass mein Hirn nicht arbeitet, wenn ich so dünn bin!“

ANDREA RENAULT / POLARIS

Mulligan

Ilse Aigner, 45, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, verschlug es vergangenen Donnerstag die Sprache. In einem stockfinsteren „Dunkelrestaurant“ in Berlin, wo blinde Kellner das Essen servieren, wollte sie zum Auftakt der bundesweiten „Geschmackstage 2010“ für bewusste Ernährung werben. Das lichtlose Lokal habe einen weiteren Vorzug: „Hier kann man hingehen und vertrauliche Gespräche führen, ohne dass man gleich erkannt wird“, sagte die CSU-Politikerin. Irrtum. „Hallo Frau Ministerin Aigner“, rief eine Stimme aus dem Off. Das war Markus, blinder Telefonist aus dem Kanzleramt und Aushilfsober. Aigner schwieg verdutzt. Markus fragte: „Können Sie nicht dafür sorgen, dass Frau Merkel mal hierher kommt?“ Aigner versprach dann artig, ein gutes Wort einzulegen.

Aus der „Zeit“: „Gelingt der Balanceakt aber, so trifft Gabriel einen Ton, der selbst bei 16-jährigen Teenagern verfängt, die von Sicherheitsnadeln und Haargel zusammengehalten werden.“

Die bellende Stimme, die Lautsprecher zerfetzt

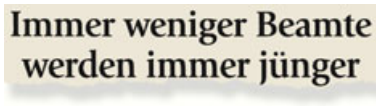
Aus dem „Delmenhorster Kreisblatt“

Aus dem „Jülich Magazin“: „Die nächste Beratung für Schwerbehinderte und für solche Personen, die es werden wollen, findet am Donnerstag, den 30. September, 16.30 Uhr in der CDU-Geschäftsstelle, Jülich-Wilhelmstraße 22 statt.“

Hotel Beau Rivage
Genf - Traurige Berühmtheit: 1898 erliegt Kaiserin Sisi in dem Hotel den Verletzungen eines Attentats. Auch Uwe Barschel (ehem. Ministerpräsident Schleswig-Holstein) wird nach einem Polit-Skandal 1987 tot aufgefunden.

Aus einer Werbe-Mail von „Hotel.de“

Aus „Deutschland today“: „Ein Pilot wurde bei einer Kollision und anschließend beim Absturz getötet.“


Immer weniger Beamte werden immer jünger

Aus dem „Münchner Merkur“

Aus dem „Wittlager Kreisblatt“: „Soweit keine Elementarschäden-Versicherungen für die Eigentümer bestanden, sind erhebliche Schäden an Hausrat, Gebäuden und Werkshallen eingetreten.“

Pilotprojekt der Freiwilligen Feuerwehr
Rauchmelderübergabe an Neugeborene

Aus dem „Wolfsburger Kurier“

Aus der „Leipziger Volkszeitung“: „Bis zum 2. Oktober, wenn die offizielle Präsentation mit Markkleebergs Oberbürgermeister Bernd Klose stattfindet, wird dieser allerdings unter einem Erdhügel verschwinden. Was dann bleibt, ist nicht nur eine weitere Skulptur am Markkleeburger See, sondern viele schöne Erinnerungen.“

Zitate

Die „Stuttgarter Zeitung“ zum SPIEGEL-Interview „‚Mir bleibt nur der Rückzug‘“ mit dem deutschen WikiLeaks-Sprecher Daniel Schmitt (Nr. 39/2010):

Er war nicht nur der Sprecher von WikiLeaks, sondern neben dem Gründer des Enthüllungsportals, Julian Assange, auch der wichtigste Aktivist. Doch nun hat … Daniel Schmitt das Projekt im Streit verlassen. Schmitt, der wie viele Mitstreiter in der Öffentlichkeit stets einen fremden Nachnamen angab, kündigte im Nachrichtenmagazin SPIEGEL seinen Rückzug an … Ursache sei vor allem, dass sich die Plattform aus seiner Sicht – und der von Kollegen – zu sehr auf große Projekte konzentriert habe, sagte Schmitt, der im SPIEGEL nun seinen richtigen Namen mit Daniel Domscheit-Berg angab.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ über den SPD-Parteitag und zum SPIEGEL-Kommentar „Kanzlerkandidat Steinbrück“ (Nr. 35/2010):

Joachim Gauck, der für das Präsidentenamt kandidiert hat, hält ein Grußwort, der frühere Finanzminister Peer Steinbrück mehr als das: eine Grundsatzrede zur Finanz- und Steuerpolitik. Das hat manche überrascht, zumal der SPIEGEL ihn als möglichen Kanzlerkandidaten für 2013 ins Gespräch gebracht hat; offenbar mit Informationen aus dem engeren Führungszirkel der SPD …

Der SPIEGEL berichtete …

… in Nr. 28/1994 „Russland – Zu kurze Arme“ über die Neuverteilung der Moskauer Immobilien und Unternehmen unter der Herrschaft des Oberbürgermeisters Jurij Luschkow.

Wegen dieses Berichts hatte Luschkow damals gegen den SPIEGEL geklagt – weil die dargelegten Informationen seine „Ehre, Würde und geschäftliches Ansehen“ beeinträchtigen und der Wirklichkeit nicht entsprechen würden. In dem in Moskau ausgetragenen Streit bekam Luschkow damals in allen Instanzen recht. 16 Jahre später hat nun das staatsnahe Fernsehen in mehreren Sendungen genau dieselben Vorwürfe erhoben – offenbar mit Billigung des Kreml; gegen Luschkow und seine Unternehmergattin Jelena Baturina wurden Vorermittlungen wegen mutmaßlicher Korruption eingeleitet. Staatschef Dmitrij Medwedew entließ den Bürgermeister Anfang vergangener Woche – „im Zusammenhang mit dem Verlust des Vertrauens des Präsidenten der Russischen Föderation“.